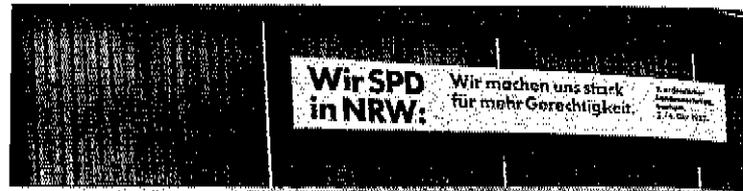


Wir SPD in NRW:

**Wir machen uns stark
für mehr Gerechtigkeit.**

Protokoll.

9. ordentlicher Landesparteitag, Bochum, 3. und 4. Oktober 1987.



Inhalt

	Seite
1. Eröffnungsansprache von Christoph Zöpel	4
2. Konstituierung des Parteitages	6
3. Beschlußfassung über Tagesordnung und Geschäftsordnung	8
4. Grußworte Rede von Heinz-Werner Meyer	9 13
5. Grundsatzreferat von Johannes Rau	15
6. Bericht des Vorsitzenden der Landtagsfraktion	27
7. Bericht des Landesgeschäftsführers	30
8. Bericht der Landeskontrollkommission	32
9. Bericht der Gleichstellungskommission	34
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission	36
11. Entlastung des Landesvorstandes	36
12. Antragsspiegel	37
13. Wortlaut der beschlossenen Anträge	44
14. Wahlen	104
15. Rede des Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel	106
16. Schlußwort von Johannes Rau	115

1. Eröffnung und Begrüßung

Eröffnungsrede von Christoph Zöpel



Meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, ich darf zunächst allen, die hier im Saal sind, einen schönen guten Morgen wünschen. Diesen Wunsch verbinde ich mit der Bitte, allmählich Platz zu nehmen. Der Morgengruß gilt allen hier im Saal, und er gilt allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Bochum, die heute Gastgeber dieses Parteitages ist. Die besonderen Grüße, die zu Beginn eines Parteitages an einzelne, die unter uns sind, gerichtet werden, wird Antje Huber nachher sagen. Ich möchte mit dem Gruß an die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt Bochum eine Erwartung an diesen Parteitag verbinden. Die Erwartung, daß von diesem Parteitag Signale ausgehen, Bochumer Signale ins ganze Land.

Das erste Signal ist für mich das Signal aktiver Solidarität mit allen, die arbeiten wollen und nicht arbeiten dürfen. Arbeitslosigkeit ist der größte Skandal in unserer historisch einmalig reichen Wohlstandsgesellschaft. Wir werden diesen Skandal nur beenden, wenn wir zu einer anderen Verteilung der Arbeit kommen – ohne Arbeitszeitverkürzung kein Ende der Arbeitslosigkeit. Dabei müssen wir aber – wenn wir das wirklich wollen – eines wissen: Eine andere Verteilung der Arbeit verlangt eine andere Verteilung der Einkommen. Ohne eine Verlagerung von Einkommensteilen von selbständigen und unselbständigen Arbeitsplatzbesitzern zu Arbeitsplatzsuchenden wird es nicht zu einer solidarischen Neuverteilung von Arbeit kommen.

Das zweite Signal: Wir brauchen die Kohle. Die Kohle ist unser Energieträger und unser Rohstoff. Wer die deutsche Kohle absaufen lassen will, der handelt mit der Blindheit, die Egoismus und Kapitalismus so oft eigen ist. Und weil wir die Kohle brauchen, gilt unsere ganz besondere Solidarität den Bergleuten, die unseren Energieträger, die unseren Rohstoff sichern.

Das dritte Signal: Wir brauchen keine Kernenergie. Der Verzicht auf die Kernenergie ist für uns der Prüfstein, ob die Industriegesellschaft tatsächlich fähig ist zur Technikbeherrschung, ob sie tatsächlich fähig ist, aus technologischen Fehlentwicklungen zu lernen. Mögen früher die Atomenergieexperten sich als intellektuelle Eierköpfe verstanden haben, heute sind sie für mich Betonköpfe, Betonköpfe von potenziertem Gefährlichkeit. Mit unserem Nein zur Kernenergie müssen wir wieder in eine offensive Auseinandersetzung eintreten. Nach Tschernobyl haben viele – auch viele Unternehmer, auch viele Konservative in CDU und FDP – gesagt, Kernenergie sei eine Übergangstechnologie. Mit diesen mag es sich lohnen zu streiten, wie lange dieser Übergang dauern muß. Aber gerade diesen müssen wir eins sagen: Was kann es für einen Sinn machen, wenn Kernenergie eine Übergangstechnologie ist, dann noch in den Plutoniumkreislauf einzutreten oder eine neue Reaktorlinie weiterlaufen zu lassen.

Das vierte Signal: Die SPD in Nordrhein-Westfalen muß zeigen: die Nürnberger Beschlüsse lassen sich in Regierungshandeln umsetzen – auch, wenn wir alle wissen: eine Landesregierung ist nicht allein auf der Welt. Parteitagsbeschlüsse erweisen ihre Richtigkeit und ihr Augenmaß daran, ob der politische Wille, der sich ihnen ausdrückt, tatsächlich umgesetzt werden kann im tatsächlichen Handeln regierender Sozialdemokraten. Ich meine, dieser Parteitag muß zeigen, daß Partei und Regierende in Nordrhein-Westfalen das können.

Das fünfte Signal: Die SPD ist wieder weit offen für neue, junge Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder im Alter zwischen 22 und 30 Jahren hat von 1976 auf heute um nahezu die Hälfte abgenommen. Das hing, und hängt vielleicht noch, mit den Grünen zusammen. Deshalb muß die SPD zeigen, daß sie offen ist für junge Menschen, die Alternativen suchen; Alternativen zu konservativen Einstellungen, zu verkrusteten Strukturen, zu eingefahrenen Denkgeleisen. Wir müssen zeigen, daß wir offen sind für Alternativen, dann braucht es die Grünen nicht.

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten hat am vergangenen Wochenende in Castrop-Rauxel getagt. Ich halte das für ein ganz wichtiges Symbol für unsere Partei. In Castrop-Rauxel wurde im Jahre 1979 mit dem Ruhrprogramm die Grundlage für den Gewinn der absoluten Mehrheit der SPD in Nordrhein-Westfalen gelegt, die wir bis heute behalten haben, die wir verteidigen werden. Und ich hoffe, daß ein Jungsozialistenkongreß in Castrop-Rauxel Grundlage ist für eine lange Phase neuer, junger Lebendigkeit in unserer 125 Jahre alten Partei. Eine solche Hoffnung ist natürlich eine gewisse Herausforderung für uns Ältere. Und deshalb möchte ich Jochen Vogel zitieren mit einem Satz, den er am vergangenen Wochenende in Castrop-Rauxel gesagt hat: „Es gibt genügend Beispiele dafür, daß Ansichten und Auffassungen, die heute zum Allgemeingut der ganzen Partei geworden sind, zunächst einmal als unbe-

quem, ja als störend oder sogar als provokativ empfunden worden sind." Wir wollen uns das Positive dieser Botschaft alle zu eigen machen.

Das sechste und für mich wichtigste Signal ist: Die SPD ist in Nordrhein-Westfalen die Partei sensibler und intelligenter Innovation.

Alle Parteien reden seit einiger Zeit wieder über die Zukunft. Aber dabei erscheint Zukunft oft als Anpassung an vorgegebene technische Sachzwänge. Das ist falsch. Wie die Zukunft aussieht, das entscheiden wir. Wir bestimmen, in welcher Zukunft wir leben wollen. Dabei kann Zukunft nicht die Fortschreibung des Bestehenden sein. Schon gar nicht eine Rückkehr zu kapitalistischer Beton- und Tonnenideologie. Innovationen für eine Zukunft, die wir wollen, das ist Technik, aber Technik, die ökologisch beherrschbar und sozial vertretbar ist. Innovationen, das ist Technik, die ökologische Schäden des industriellen

Prozesses der Vergangenheit beseitigen kann. Innovationen für eine Zukunft, die wir wollen, das ist eine Änderung des Bildungssystems, damit alle Menschen ein ganzes Leben lang immer wieder neues Wissen und neue soziale Chancen aufnehmen können. Innovationen, die wir wollen, das ist eine Aufhebung der starren Aufteilung in unserer Gesellschaft zwischen Arbeitszeit und Freizeit. Eine junge Generation macht uns vor, wie Erwerbsarbeit, soziale Arbeit und kulturelles Engagement ineinander übergehen können, in eine Gesellschaft, in der Zeit inzwischen im Überfluß vorhanden ist, denn sonst hätten wir keine Arbeitslosen. Innovationen, die wir wollen, das sind auch neue Formen des Zusammenlebens, des Zusammenarbeitens, der Selbsthilfe in einer reichen Gesellschaft.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn diese Signale hier von Bochum ausgehen, wenn sie ankommen, dann bin ich sicher, hat Blüm Sendepause.



2. Konstituierung des 9. ordentlichen Landesparteitages

Wahl des Präsidiums

Friebe, Ingeborg	Bezirk Niederrhein
Goldmann, Volker	Unterbezirk Bochum
Heinemann, Hermann	Bezirk Westliches Westfalen
Huber, Antje	Landesvorstand
Preising, Renate	Bezirk Mittelrhein
Sielemann, Helge	Bezirk Ostwestfalen-Lippe

Begrüßung durch Antje Huber



Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Gäste!

Das Präsidium begrüßt zuerst alle Delegierten und alle, die heute als Gast bei uns sein wollen. Insbesondere begrüßen wir Heinz Kühn, der trotz einiger gesundheitlicher Schwierigkeiten es sich nicht hat nehmen lassen, jetzt hier unter uns zu sein. Heinz hat zu seiner Verstärkung gleich jemand aus seinem früheren Kabinett mitgebracht, Jürgen Girgensohn.

Nun wird es aber Zeit, daß ich den Oberbürgermeister dieser Stadt begrüße, Heinz Eikelbeck.

Dann darf ich begrüßen den Vizepräsidenten des deutschen Bundestages, Heinz Westphal. Und außerdem gibt uns die

Ehre die neue Bundesgeschäftsführerin der SPD, Anke Fuchs. Wir begrüßen auch den Bundesvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt, Hermann Buschfort, und Heinz-Dieter Mahlberg den DGB-Landesvorsitzenden. Auch er wird nachher ein Grußwort an uns richten.

Schließlich möchte ich auch begrüßen Herrn Kirchenrat Kögel, der als Beauftragter der evangelischen Kirche heute bei uns zu Gast ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, meine Damen und Herren, wir wollen jetzt – wie auf jedem Parteitag – unserer Toten gedenken.

Stellvertretend für alle, die wir ehren wollen, nenne ich aus Ostwestfalen-Lippe Willy Generotzky, ehemaliger DGB-Kreisvorsitzender und Stadtdirektor von Brackwede; Willy Kralemann, ehemaliges UB-Vorstandsmitglied aus Bielefeld, der auch Fraktionsvorsitzender war; Elisabeth Schook, ehemaliges Bezirksvorstandsmitglied und Ratsmitglied; Friedrich Steding, ehemaliger Bürgermeister und späterer Ehrenbürgermeister, am Aufbau der Stadt Espelkamp beteiligt; Heinrich Burkamp, ehemaliger Vorsitzender des UB-Lübbecke, Mitglied im Kreistag Lübbecke, späteres Minden-Lübbecke; Heinrich Kramer, ehemaliger Bürgermeister von Oerlinghausen, ehemaliges Bezirksvorstandsmitglied. Aus dem Bezirk Westliches Westfalen nenne ich Ernst Knäpper, Bezirksgeschäftsführer, Vorsitzender des AWO Bezirks Westwestfalen, Vorsitzender Landschaftsverband Westfalen-Lippe und Egon Alius, Geschäftsführer im UB Unna; Heinz Udo Scheepers, Mitglied im Landtag NRW; Heinrich Sonderman, ehemaliger Oberbürgermeister in Unna; Werner Plitt, leitender Oberstaatsanwalt, langjähriger Bezirksvorsitzender der ASJ, am Aufbau der ASJ der NRW beteiligt, viele Jahre Mitglied des ASJ Landesvorstandes. Aus dem Bezirk Niederrhein nenne ich Heinz Rieken, ehemaliger Bürgermeister in Mönchengladbach, erster Bevollmächtigter der IG Metall; Willi Haumann, DGB Kreisvorsitzender und Stadtverordneter; Else Treichel, Sozialdemokratin seit 1945, Fraktionsvorsitzende im Stadtrat Remscheid; Ilse Reutlinger, ASF-Vorsitzende, im Alter von 45 Jahren verstorben; Jakob Dückers, Sozialdemokrat seit 1930, 25 Jahre Mitglied des Gemeinderates; Fritz Dreskes, Sozialdemokrat seit 1928, langjähriges Ratsmitglied in Mülheim; Karl Geis, langjähriger Fraktionsvorsitzender in Krefeld; Friedrich Enkisch, 40 Jahre Sozialdemokrat, Ratsmitglied in Duisburg und Ortsvereinsvorsitzender; Gilbert Just, langjähriger Oberstadtdirektor in Düsseldorf. Aus Mittelrhein nenne ich Franz Gurbiers, Stadtverordneter in Hürth; Käthe Schlechter, 1933 schon Mitglied der SPD, 1945 wieder eingetreten und Journalistin bei der Welt der Arbeit; Peter Gilles, über 60 Jahre Parteimitglied und aktiver Gewerkschafter; Stefan Thomas, ehemaliger UB-Vorsitzender in Bonn, Leiter des Ostbüros beim Parteivorstand.

Liebe Genossinnen und Genossen, sie haben alle mit uns gekämpft. Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten. Ich danke Euch.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Franke, Ferdi	Kontrollkommission
Grahl, Jörg	Kontrollkommission
Hock, Liesel	Bezirk Niederrhein
Hofmeister, Manfred	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Mittelberg, Wilfried	Kontrollkommission
Nilges, Herbert	Kontrollkommission
Riesel, Renate	Bezirk Westliches Westfalen
Röhrig, Eva	Bezirk Mittelrhein
Verhoeven, Rainer	Kontrollkommission



Wahl der Zählkommission

Becker, Heinrich	Bezirk Ostwestfalen Lippe
Cleophas, Karl	Bezirk Niederrhein
Fischer, Hellmut	Bezirk Niederrhein
Gürtler, Jochen	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Höhmer, Irmgard	Bezirk Westliches Westfalen
Weinkauf, Angelika	Bezirk Mittelrhein
Wiegand, Klaus	Bezirk Westliches Westfalen
Wolle, Hans Peter	Bezirk Mittelrhein



Bestätigung der Antragskommission

Benner, Gerd	Bezirk Westliches Westfalen
Böcker, Manfred	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Farthmann, Friedhelm	Landesvorstand
Giesselmann, Helga	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Hein, Horst	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Hoff, Madgalene	Bezirk Westliches Westfalen
Katzy, Roland	Bezirk Niederrhein
Müntefering, Franz	Bezirk Westliches Westfalen
Schlatter, Günter	Bezirk Mittelrhein
Schmidt-Zadel, Regina	Bezirk Niederrhein
Vollmann, Wilhelm	Bezirk Mittelrhein
Vosen, Josef	Bezirk Mittelrhein
Wolf, Gerd Peter	Bezirk Niederrhein
Ziegler, Fritz	Landesvorstand
Zöpel, Christoph	Landesvorstand



3. Beschlußfassung über

a) Tagesordnung

b) Geschäftsordnung

Tagesordnung

Erster Tag, 3. Oktober 1987, Beginn 10.00 Uhr

1. Eröffnung und Begrüßung;
2. Konstituierung des 9. Ordentlichen Landesparteitages
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - c) Wahl der Zählkommission
 - d) Bestätigung der Antragskommission;
3. Beschlußfassung über
 - a) die Tagesordnung
 - b) die Geschäftsordnung;
4. Grußworte;
5. Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden
Ministerpräsident Johannes Rau, MdL;
6. Bericht der Landtagsfraktion
Berichterstatter: Friedhelm Farthmann, MdL;
7. Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes
Berichterstatter: Bodo Hombach;
8. Bericht der Landeskontrollkommission
Berichterstatter: Rainer Verhoeven;
9. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 5 bis 8 einschließlich der schriftlichen Berichte der Gleichstellungskommission, der Finanzkommission, der Arbeitsgemeinschaften und der Kommissionen und Gesprächskreise des Landesvorstandes;
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission;
11. Entlastung des Landesvorstandes;
12. Beginn der Antragsberatung;
13. Wahlen
 - a) des Landesvorsitzenden
 - b) der stellvertretenden Landesvorsitzenden
 - c) des Schatzmeisters (nach Beschluß über Satzungsänderung)
 - d) der Beisitzer/innen im Landesvorstand
 - e) der Landeskontrollkommission
 - f) eines Mitglieds für den Parteirat;

Zweiter Tag, 4. Oktober 1987, Beginn 10.00 Uhr

Fortsetzung der Antragsberatung
Rede des Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel
Gegebenenfalls Fortsetzung der Wahlen
Schlußwort von Johannes Rau
Die Tagesordnung wurde ohne Gegenstimmen beschlossen.

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des SPD-Landesvorstandes.
2. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
4. Die Wahlen erfolgen gemäß Satzung des SPD-Landesverbandes NRW (§ 9) durch den Landesparteitag mittels Stimmzettel in getrennten Wahlgängen. Nacheinander werden gewählt:
der/die Landesvorsitzende,
die stellvertretenden Vorsitzenden in besonderen Wahlgängen,
der Schatzmeister/die Schatzmeisterin,
die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes.
Wahlen zum Landesvorstand sind geheim. Für die Wahlen gilt die Wahlordnung der Partei.
5. Fristgerecht eingereichte Anträge von Organisationsgliederungen für den Landesparteitag sowie Anträge von Bezirksparteitagen werden vom Landesparteitag behandelt. Der Landesparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit über die Behandlung von Initiativ-Anträgen. Initiativ-Anträge können nur aus aktuellem Anlaß gestellt werden, dem vor Ende der Antragsfrist (22. August 1987) nicht absehbar war. Antragsschluß ist der 3. Oktober 1987 mit Beginn der Mittagspause. Initiativ-Anträge zum Landesparteitag bedürfen der Unterstützung von 30 Delegierten aus zwei Bezirken.
6. Die Redezeit für Diskussionsredner/innen beträgt fünf Minuten. Die Diskussionsredner/innen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort; die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
7. Berichterstatter/innen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller/innen erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/innen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je einem Redner/einer Rednerin Gelegenheit gegeben worden ist, für oder gegen den Antrag zu sprechen.
9. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.
Die Geschäftsordnung wurde bei wenigen Gegenstimmen beschlossen.

4. Grußworte

Heinz Eikelbeck Oberbürgermeister



Lieber Johannes Rau, liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Damen und Herren!

Landesparteitag im Revier, das ist für Sozialdemokraten so etwas wie ein Heimspiel. Und zu diesem Heimspiel begrüße ich Euch alle hier in Bochum sehr herzlich im Namen des Rates, der Verwaltung und der Bürgerschaft.

Nun bringen Heimspiele natürlich eine ganz besondere Erwartungshaltung mit sich, vor allem dann wenn der eigene Verein außerhalb besonders erfolgreich war. Ihr wißt, liebe Genossinnen und Genossen, daß ich damit auf die Wahlen in Bremen und Schleswig-Holstein anspiele, bei denen wir Sozialdemokraten mit einer sauberen und intakten Mannschaft größere Erfolge erzielten, als sich das die meisten von uns in ihren kühnsten Träumen haben vorstellen können. Jetzt, nur drei Wochen danach, die Terminierung hätte nicht günstiger sein können, bietet sich für uns die Chance, an diese Erfolge anzuknüpfen. Denn diese Wahlen haben gezeigt, daß wieder mehr und mehr Bürger der SPD ihr Vertrauen schenken, wieder mehr und mehr Bürger Sozialdemokraten für besser geeignet halten, die Zukunftsaufgaben mit all den damit verbundenen Problemen zu lösen.

Ich meine, liebe Genossinnen und Genossen, und damit komme ich auf die besondere Erwartungshaltung beim Heimspiel zurück, daß hier der Landesparteitag seine große Chance nutzen muß, Antworten auf die anstehenden Fragen zu geben, um damit jedem Bürger zu zeigen, daß es zur Politik der SPD keine wirkliche Alternative gibt. Und einer geschlossenen SPD, die den Bürgern deutlich sagt, wie sie sich die Problemlösungen und die damit verbundene Belastung der Bürger vorstellt, wird man das Motto dieses Landesparteitages „Wir machen uns stark für mehr Gerechtigkeit“ abnehmen. Insofern bietet dieser Parteitag die große Chance, die Schwarz-Gelb-Koalition ins Abseits zu stellen.

Genossinnen und Genossen, ich meine, daß wir deshalb unsere Probleme – und wir haben weiß Gott genug davon hier in

Nordrhein-Westfalen und hier insbesondere im Ruhrgebiet als dem Kernland der Sozialdemokraten – progressiv und auch mit einem gerüttelten Maß an Risikobereitschaft angehen sollten. Dabei werden wir auch ganz neue Wege beschreiten müssen, wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern die Fragen beantworten wollen, die sich aus dem drohenden Verlust von zigtausend von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Bergbau, von weiteren zigtausend Arbeitsplätzen in der Zuliefererindustrie und der immer noch nicht absehbaren Situation im Stahlbereich ergeben. Für Kohl und Bangemann sind diese Kahlschläge bereits abgehakt.

Wir müssen den Bürgern sagen, wie wir uns eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung mit der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen vorstellen, mit der die Zukunftsaufgaben stehen und fallen. Wir wissen das und das müssen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, daß dies alles mit dieser Bundesregierung wahrscheinlich nicht zu machen ist. Wir sind aber in dem Dilemma, daß vor dem Hintergrund immer neuer Hiobsbotschaften, die einzig und allein durch die Bundesregierung und deren verfehlte Bundes- und Europapolitik bedingt sind, dem auswärtigen Unternehmer und Investor das längst herangewachsene, das neue Ruhrgebiet nahebringen müssen. Das Ruhrgebiet, dessen ungebrochene Vitalität sich in vielen Anstrengungen der Kommunen, der Kammern, des Handwerks, der Gewerkschaften, der Kirchen, des Handels, der Banken und der Unternehmen zeigt. Darum haben sich die Ruhrgebietsstädte auch zusammengesetzt, um künftig in Abstimmung miteinander und nicht in Konkurrenz zueinander diese neuen Wege zu begehen.

Bochum und Dortmund werden 1990 zusammen das Deutsche Turnfest, Bochum, Dortmund und Essen 1991 den evangelischen Kirchentag ausrichten. Das Ruhrgebiet hat sich darum beworben, die Olympischen Spiele ins Revier zu bekommen. Dies sind nur einige Beispiele. Wir hier in Bochum vor Ort haben den Sprung ins kalte Wasser gewagt und haben für das Musical Starlight Expresß eine Veranstaltungshalle hier hinter der Ruhrlandhalle gebaut, in der im Frühjahr 1988 das bisher erfolgreichste Broadway-Musical exklusiv für Deutschland im Revier aufgeführt werden wird. Und wir haben die Voraussetzungen für Privat-Investoren in weiten Bereichen geschaffen. Diese Unternehmen brauchen wir hier im Revier, und davon brauchen wir noch sehr, sehr viel mehr.

Aber, Genossinnen und Genossen, wir müssen die Menschen erst einmal hier ins Revier bringen. Sie müssen persönlich dieses Revier kennenlernen, bevor sie die Entscheidung treffen, nach München, Augsburg oder Stuttgart zu gehen. Und ich bin davon überzeugt, daß jeder, der das Ruhrgebiet kennengelernt hat, der einmal – und ich greife jetzt einmal meine engere Heimat heraus – die Burg Blankenstein, die Ruhrauen, das ländliche Stiepel, den Kernader See gesehen hat, durch die Altstadt unserer Nachbarstadt Hattingen spaziert ist, weiß, wie schön es hier ist und welch unvergleichliche Freizeit-, Kultur- und Infrastruktureinrichtungen es hier gibt. Wer dies alles weiß und kennt, wird sich letztlich dann auch für uns entscheiden. Bei allen unseren Bemühungen hier vor Ort, bei denen wir natürlich auch schon bittere Rückschläge erlitten haben, wird uns diese Bundesregierung – so wie wir das sehen – sicherlich nicht helfen – im Gegenteil. Sie belastet die Kommunen künftig durch die Steuerreform mit neuen Steuerausfällen in vielfacher Millionenhöhe, die für uns Revierstädte nicht mehr zu verkraften sind.

Wir können uns deshalb des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Bundesregierung das Revier mit seinen starken sozialdemokratischen Mehrheiten aushungern will, und dies dürfen wir nicht zulassen. Dagegen müssen wir uns wehren! Das müssen wir unseren Bürgern sagen! Dazu bietet dieser Parteitag eine große Möglichkeit.

Ein herzliches Glückauf und einen erfolgreichen Parteitag!

Volker Goldmann UB-Bochum

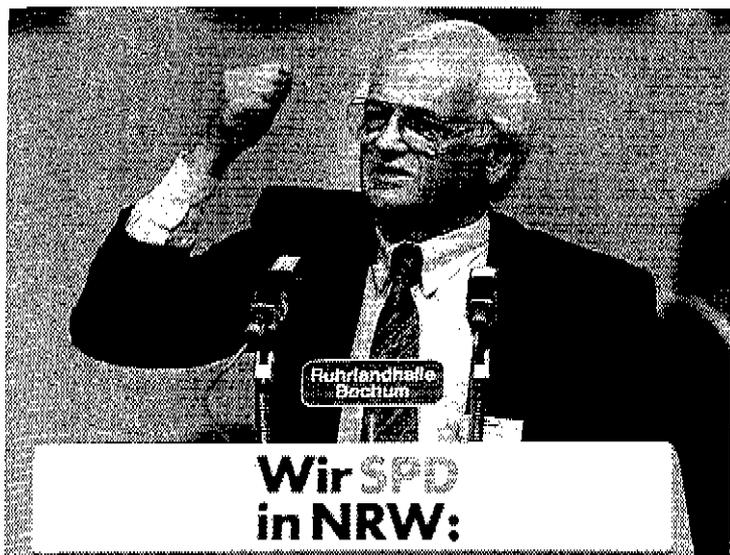
Genossinnen und Genossen, die Bochumer Sozialdemokraten sind stolz und freuen sich, daß Ihr in unserer Stadt diesen wichtigen Parteitag abhaltet. Wir grüßen Euch recht herzlich. Aber ganz besonders begrüßen wir auch diejenigen, die heute hier in der Ruhrlandhalle die Sorgen, die wir teilen um die Arbeitsplätze und die Zukunft unserer Region zum Ausdruck bringen. Herzlich willkommen ebenso.

Wir Bochumer Sozialdemokraten erwarten, daß dieser Parteitag klare Aussagen macht, wie es mit unserer Region weitergeht und die Signale, die Christoph erwartet, so meinen wir müssen sehr schnell in konkrete Arbeit umgesetzt werden, damit sie nicht verhallen. Ich kann Euch für unsere 13 000 Mitglieder sagen: Wir werden mithelfen, daß man die Bochumer Signale noch sehr, sehr lange hören wird.

Dem Parteitag wünschen wir ein herzliches Glückauf!



Hermann Heinemann Westliches Westfalen



Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Kollegen auf den Rängen dieser Halle!

Ich überbringe Euch die herzlichen Grüße des Bezirksvorstandes Westliches Westfalen und freue mich, daß der diesjährige Landesparteitag hier in dieser Stadt im Bereich des Bezirkes Westliches Westfalen durchgeführt wird.

Diese Region, Heinz Eikelbeck hat darauf hingewiesen, hat viele Probleme. Ich brauche sie hier im einzelnen nicht erläutern. Ein Teil derjenigen, die von Problemen betroffen sind, die Sorgen haben, machen hier sichtbar, welche Probleme, welche Sorgen sie haben. Und ich sage, sie klagen mit Recht die Solidarität der Politik ein. Wir wissen um die Sorgen der Stahlarbeiter und der Bergleute, und dieser Bezirk Westliches Westfalen, wie die Landesorganisation, hat den Beschäftigten in Taten Solidarität entgegengebracht. Aber nicht nur die Bergleute und die Stahlarbeiter sind von Sorgen geplagt. Es gibt auch andere Branchen, denen es mit Sicherheit nicht besser geht. Ich erinnere an die Kolleginnen und Kollegen im Baugewerbe. Ich erinnere an die Kolleginnen und Kollegen in der Textilindustrie.

Und wenn ich sage, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten, dann möchte ich zunächst einmal daran erinnern, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die mich dazu beauftragt hat als Ressortminister, in den Bundesrat eine Gesetzesinitiative zum beschäftigungswirksamen Abbau von Überstunden einzubringen. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, der nicht meiner Partei angehört, sagt, das kann 2 bis 300 000 Arbeitsplätze bringen. Im Bundesrat hat der Bundesarbeitsminister Blüm nein gesagt.

Und liebe Freunde, ich erinnere daran, daß ich ebenfalls im Auftrage der Landesregierung einen Gesetzentwurf gegen die illegale Leiharbeit und die Einschränkung der Leiharbeit überhaupt eingebracht habe, um einmal der Japanisierung in den Betrieben Einhalt zu gebieten, zum anderen den Leiharbeitnehmern den gleichen Schutz und den gleichen Lohn zu garantieren, wie die Arbeitnehmer der Stammbeslegschaften ihn in den Betrieben haben. Der Bundesarbeitsminister hat wiederum nein gesagt.

Und liebe Freunde, vor wenigen Tagen habe ich eine Studie bekommen, die ich in Auftrag gegeben habe, wie sich die Steuerreform auf den Arbeitsmarkt auswirkt, von dem angesehenen Institut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsförderung. Und da kommt man zu der Überzeugung, ein Verzicht auf diese Steuerreform würde die Möglichkeit geben, 200 000 neue Ar-

beitsplätze zu bringen. Das sind Möglichkeiten, den Bergleuten, den Stahlarbeitern, allen Arbeitslosen zu helfen, denen die Sorgen zu nehmen, die in ihren Bereichen um ihre Arbeitsplätze bangen, um ihre Arbeitsplätze kämpfen.

Und liebe Freunde, ich will hier zu dem Sozialen dieser Steuerreform nichts sagen. Es wird ja so von den Arbeitnehmern der CDU der Eindruck erweckt, als wären sie dagegen, gegen die Senkung des Spitzensteuersatzes, gegen die Begünstigung der Gutverdienenden. Da sagt doch in Antwort auf diese Studie der Herr Scharrenbroich, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe der CDU-CSU-Bundestagsfraktion, ich zitiere: „Die geplante Steuerreform ist wirtschafts- und sozialpolitisch richtig angelegt.“ Ist es richtig angelegt, wenn jemand, der 32 000 Mark verdient, 850 Mark im Jahr, derjenige, der 240 000 Mark 20 000 Mark und derjenige, der 600 000 Mark verdient, 30 812 Mark spart? Das ist der Widerspruch zwischen den Worten einiger Politiker und ihren Taten, da wo sie politische Verantwortung haben.

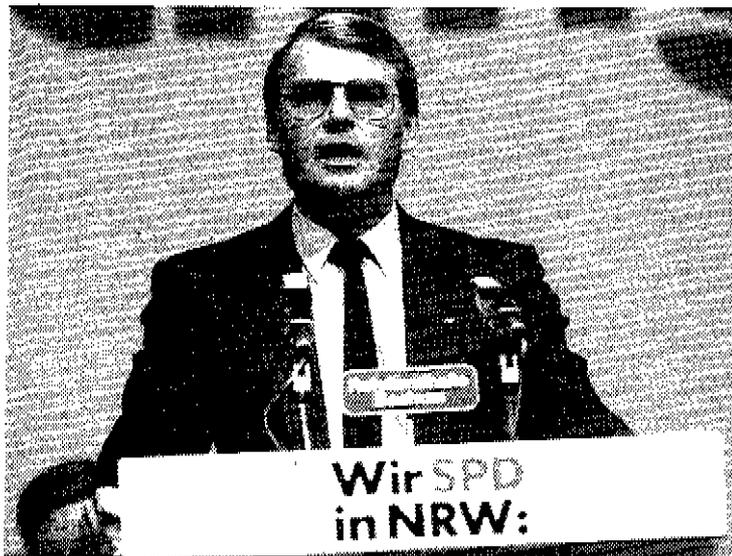
Liebe Freunde, ich will mein Grußwort nicht schamlos ausnutzen, aber Euch noch folgendes und insbesondere im Angesicht der dort demonstrierenden Arbeitnehmer wiedergeben, was sich vor zwei Wochen bei der Ministerkonferenz für Arbeits- und Sozialminister ergeben hat. Die Landesregierung und das Land Nordrhein-Westfalen hat ein Zwei-Milliarden-Programm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gefordert. Man redet doch immer von der Solidarität der Stahlarbeiter und Bergleute, die die Impulse zum Wiederaufbau der Bundesrepublik gegeben haben. Bei den Arbeitsministern im Beisein des Herrn Vogt, des parlamentarischen Staatssekretärs im Arbeitsministerium, haben die sieben CDU-Länder gegen die vier sozialdemokratisch regierten Länder diese Forderung von Nordrhein-Westfalen abgelehnt. Das sind Taten gegen die Arbeitnehmer.

Und ein Weiteres, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe die Forderung erhoben, daß die Arbeitsminister sich hinter das Konzept der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie stellen.

Und liebe Freunde, in dieser Arbeitsministerkonferenz im Beisein des parlamentarischen Staatssekretärs Vogt wurde auch das von den sieben CDU-Ländern gegen die Stimmen der vier sozialdemokratisch-regierten Länder abgelehnt. Da zeigt man das wahre Gesicht, zeigt man, wie man es mit den Sorgen der Arbeitnehmer und der Arbeitslosen in Wirklichkeit hält.

Liebe Freunde, ich wollte Euch das sagen, auch um Euch klar zu machen, wie wir handeln, wie wir uns engagieren, wie wir uns auch weiterhin bemühen. Und in diesem Engagement, in diesem weiteren Bemühen für die Arbeitnehmer werden wir auch hier heute unseren Parteitag durchführen, unsere Beschlüsse fassen, damit die Arbeitnehmer wie bisher wissen, auf die Sozialdemokraten im Lande, auf den Ministerpräsidenten Johannes Rau können sie sich verlassen.

Dieter Mahlberg DGB-Landesbezirk



Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln, mit diesem Prädikat, so meine ich, wird zumindest in Teilen der Öffentlichkeit die aktuelle Energiepolitik nicht nur von SPD, sondern auch vom DGB diskutiert. Ich meine allerdings: mehr als voreilig. Denn diejenigen die sich derzeit am lautesten das Maul über unseren angeblichen Rückzug aus dem Nein der Kernenergie zerreißen, sind doch, Genossinnen und Genossen, in Wahrheit jene, die selbst am stärksten die heile Welt des Atoms beschwören. Um es deutlich zu sagen, vor den Zimmermanns und Bangemannern müssen sich weder DGB noch SPD gerade in dieser Frage rechtfertigen.

Rechtfertigen, Genossinnen und Genossen, müssen wir uns viel eher vor jenen, die mit uns den Ausstieg aus der Kernenergie befürwortet haben und die jetzt den klammheimlichen Rückzug aus unseren Beschlüssen befürchten. Sie fragen uns, ob unser Nein nur Stimmung, ob unsere klare Haltung nur Opportunismus gewesen ist. Diese Menschen, es sind unsere Mitglieder ebenso wie weite Teile der Bevölkerung, müssen wir überzeugen, daß wir uns nicht opportunistisch von Hamburg oder Nürnberg verabschieden. Hier geht es um unsere gemeinsame Glaubwürdigkeit.

Wir können nicht gestern noch das Restrisiko von Atomkraftwerken für zu hoch erklären und es schon heute mit einer Handbewegung als nebensächlich beiseitewischen. Ich meine, Genossinnen und Genossen, wir würden uns vor unseren Kindern und vor der Geschichte schuldig machen, würden wir aus Tschernobyl keine Lehren ziehen. Fest steht, auch für den Industriestaat Bundesrepublik Deutschland ist eine Perspektive ohne Kernenergie realistisch und daran, und dies muß die Öffentlichkeit wissen, halten wir fest.

Unsere Glaubwürdigkeit, Genossinnen und Genossen, dazu gehört allerdings auch, daß wir unser Nein zur Kernenergie mit einer umsetzungsfähigen Strategie verbinden. Schöne Worte schaffen eben noch keine Taten. Und jeder von Euch in diesem Saal weiß, daß der sofortige Ausstieg, und mag er auch noch so gewollt sein, politisch völlig unrealistisch ist. Und deshalb hat der Deutsche Gewerkschaftsbund in Hamburg beschlossen, ich zitiere: „Wir wollen eine Energiepolitik, die es uns ermöglicht, so rasch wie möglich auf den Einsatz von Kernenergie zu verzichten.“

Bundesregierung will Kernkraft statt Kohle

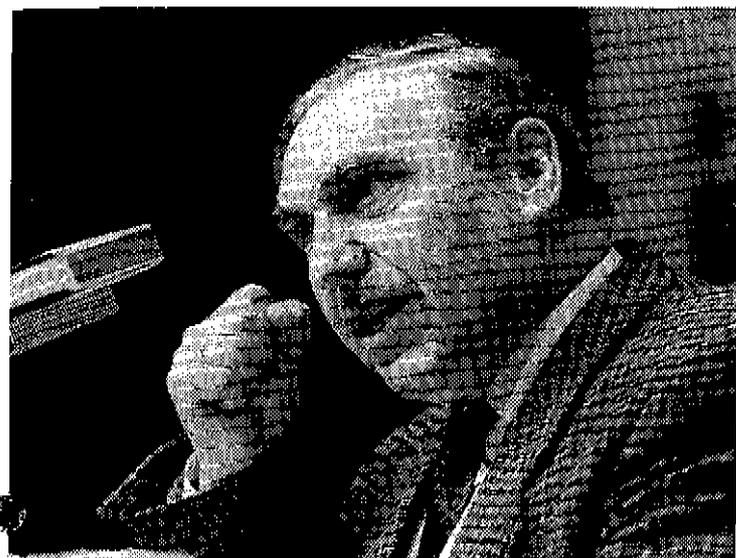
Natürlich, Genossinnen und Genossen, bin ich mir bewußt, daß eine solche Formulierung Interpretationen herausfordert. Wir stellen dies auch nicht in Abrede, vielmehr ist auf der Ebene der DGB seit mehreren Monaten eine Kommission dabei, auf der Basis des richtigen Grundsatzbeschlusses eine konkrete Umsetzungsperspektive zu entwickeln. Und dies, das sage ich Euch, ist eine verdammt schwere Aufgabe. Ich denke da nicht nur an diesen Beschluß. Ich denke da an die Beschäftigten der Kernkraftwerken, die von uns nicht nur ein Nein, sondern gleichzeitig auch eine politische Perspektive erwarten. Und ich denke an die vielen Kumpel im Bergbau, die in ihrem verzweifelten Kampf gegen das Zechensterben auf die finanzielle Unterstützung eben dieses Bundes angewiesen sind. Ihre Interessen, liebe Genossinnen und Genossen, die Interessen von zehntausenden Kumpeln, stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Und vor einem solchen Hintergrund, Genossinnen und Genossen, sage ich auf diesem Parteitag, muß man die Position der IG Bergbau sehen, wenn sie für einen Übergangszeitraum die Forderung nach verstärkter Kohleförderung nicht mit dem sofortigen bedingungslosen Ausstieg aus der Kernenergie, sondern mit der Reduzierung ihres Anteils verbindet. Laßt es mich sehr deutlich sagen: Nicht das Überbrückungskonzept der IG Bergbau ist das Problem, sondern die Interessenpolitik dieser Bundesregierung.

Diese Bundesregierung will eben nicht unsere Kohlevorrangpolitik, sie will Kernenergie statt Kohle und dazu sagen die Gewerkschaften nicht nur hier in Nordrhein-Westfalen, sondern dazu sagen die Gewerkschaften insgesamt Nein. Natürlich, liebe Genossinnen und Genossen, überrascht es mich nicht, daß wir Leute wie Bangemann nicht auf unserer Seite finden. Denn dieser Bangemann kennt das Ruhrgebiet doch bestenfalls aus Schimanskis Tatort, nicht aber aus eigener Anschauung. Wir sind aber auch nicht verwundert, wenn wir bei Länderfürsten wie Strauß keine Unterstützung finden. Ich muß auch hier ganz deutlich dazu sagen, dem Mann aus München ist Kohle aus dem schwarzen Afrika doch allemal lieber als aus dem roten Nordrhein-Westfalen.

Liebe Genossinnen und Genossen, aber daß die nordrhein-westfälische CDU ihrer Verantwortung gegenüber unseren Kumpeln nicht gerecht wird, da sage ich, das tut einem Gewerkschafter weh. Ich verkenne nicht die ökologischen Probleme, die mit dem Einsatz der Braunkohle verbunden sind. Man muß an den Umweltproblemen arbeiten. Aber ich habe kein Verständnis, wenn in der jetzigen ohnehin dramatischer Situation Nordrhein-Westfalens der Generalsekretär der CDU, Helmut Linssen, auch darüber spekuliert, daß zukünftig sogar Teile der Braunkohle durch Kernenergie ersetzt werden sollen. Und es geht mir angesichts der objektiven Sicherheitsrisiken endgültig über die Hutchnur, wenn Norbert Blüm noch vorgestern für den Schnellen Brüter in Kalkar stark macht. Dabei konnten wir doch diese Woche lesen, wie groß die technischen Probleme des Superphenix in Frankreich sind und daß seine Weiterentwicklung kaum noch Chancen besitzt.

Liebe Genossinnen und Genossen. Ich habe mich in meinem Grußwort auf die Energiepolitik beschränkt, ganz einfach, weil dieses Thema auch mit im Mittelpunkt Eures Parteitages stehen wird. Ich bin sicher, daß es zwischen DGB und nordrhein-westfälischer SPD nicht nur einen großen Fundus an Gemeinsamkeiten in der Kohle-, Stahl- und Strukturpolitik, sondern auch auf dem Gebiet der Energiepolitik gibt. Es wird nötig sein, daß wir diese große Gemeinsamkeit behalten, wenn wir der konservativen Atomlobby erfolgreich Widerstand leisten wollen. Zentrale Voraussetzung, so meine ich, ist allerdings eine glaubwürdige, eine realistische Strategie. Laßt uns dafür gemeinsam arbeiten. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf!

Rede von Heinz-Werner Meyer IG Bergbau und Energie



Ich bin der Bitte des Landesvorstandes gern nachgekommen, in dieser ungewöhnlich schwierigen Situation für Bergbau und Bergleute zu Euch zu reden. Für diese Gelegenheit bin ich dankbar, weil ich davon überzeugt bin, daß es helfen kann, die tatsächlichen Probleme der deutschen Steinkohle genauer zu sehen. Ich will den Blick dafür zu schärfen versuchen, damit die Entscheidungen so getroffen werden, daß sie unter den tatsächlichen Bedingungen auch zur tatsächlichen Hilfe für Bergleute und Bergbau beitragen können.

Die deutsche Kohle braucht **jetzt** Unterstützung. Die Bergleute brauchen jetzt Solidarität. Sie brauchen auch und gerade tatkräftige Hilfe von der SPD und von diesem Landesparteitag. Darum bitte ich. Heute muß politisch darüber entschieden werden, welchen Beitrag die deutsche Kohle für unsere Energieversorgung morgen und übermorgen leisten soll. Und ich füge hinzu: Es wird in den nächsten Tagen und Wochen ganz konkret darüber entschieden werden, ob die deutsche Steinkohle zukünftig überhaupt noch gewollt ist, oder ob stattdessen Kohle aus Südafrika, Kolumbien, Polen oder anderswo kommt. Die politische Entscheidung heißt: Deutsche Kohle oder importierte Kohle. Sie soll nach dem Willen des Bundeswirtschaftsministers schnell getroffen werden. Vorbereitet werden soll die politische Entscheidung schon in vier Tagen auf der Länderwirtschaftsministerkonferenz. Das ist die Lage.

Jetzt werden politisch die entscheidenden Weichen für die Zukunft des deutschen Steinkohlenbergbaus und damit für die Zukunft unserer Energieversorgung gestellt, unabhängig vom Ja oder Nein zur Kernenergie. Es geht heute nicht um die Alternative Kernenergie oder deutsche Kohle. Die deutsche Kohle muß nicht weichen, damit die Kernenergie überleben kann. Umgekehrt muß die Kernenergie nicht deshalb schnell und restlos verschwinden, damit die deutsche Kohle gerettet werden kann. Beides ist zu einfach. Beides lenkt von den tatsächlichen Problemen ab.

Die Entscheidung über die Zukunft der Kernenergie darf nicht mit der Entscheidung über die Zukunft der deutschen Kohle verknüpft werden. Die Kohle darf nicht zwischen Kernkraftgegnern und Kernkraftfreunden zerrieben werden. Die deutsche Kohle ist ohne die Kernenergie genauso lebensfähig wie mit der Kernenergie. Sie muß nur politisch gewollt werden. Von allen. Das gilt es zu erkennen. Danach gilt es zu handeln. Schnell. Weil die Zeit drängt.

Ohne Kohle in die Abhängigkeit

Die Botschaft heißt, unsere Botschaft muß sein: Ohne die deutsche Steinkohle und ohne die deutsche Braunkohle gibt es keine Sicherheit für unsere Energieversorgung. Anders: Ohne die deutsche Kohle wäre unsere Abhängigkeit total. Wir wären abhängig von importierter Kohle, abhängig von importiertem Öl, abhängig von importiertem Gas – und wir wären abhängig von der Kernenergie. Auf ganz lange Zeit. Wollen wir das? Ich sage: Nein, das dürfen wir nicht wollen! Wir dürfen unser wichtigstes, wir dürfen unser entscheidendes Stück Unabhängigkeit nicht aufgeben, indem wir die deutsche Kohle, indem wir den deutschen Steinkohlenbergbau jetzt absaufen lassen. Jetzt müssen wir uns alle zusammen darauf konzentrieren, den deutschen Steinkohlenbergbau zu erhalten und für die Zukunft zu sichern. Ohne deutsche Kohle würden wir manövrierunfähig in der Energiepolitik. Das darf niemand wollen. Wir wollen das nicht.

Wir wollen das auch deshalb nicht, weil wir unsere Chance bewahren müssen, eine breite Mehrheit für eine Energiepolitik zu gewinnen, die es möglich macht, ganz auf die Kernenergie zu verzichten. In diesem Ziel müssen wir einig bleiben. So, wie das der Deutsche Gewerkschaftsbund in Hamburg und so, wie das die SPD in Nürnberg beschlossen haben. Dieses Ziel eint uns. Ohne die deutsche Kohle wäre die Chance, das gemeinsame Ziel zu erreichen, dahin. Und diese Chance wäre nicht rückholbar, weil Schachtanlagen nicht auf- und zugemacht werden können wie Büros und Fabriken. Das muß jeder wissen!

Wir alle brauchen jetzt die Konzentration in der Energiepolitik auf die Sicherung des deutschen Steinkohlenbergbaus und des deutschen Braunkohlenbergbaus. Die SPD muß dafür die Initiative ergreifen. Nicht nur die Bergleute erwarten das, aber sie erwarten das besonders. Gerade von diesem Landesparteitag. Die Bergleute und ihre Familien vertrauen auf die SPD. Unser Signal, das Signal von Bochum muß sein:

Die SPD organisiert eine neuerliche große politische Kraftanstrengung zur Sicherung des deutschen Steinkohlenbergbaus. Jetzt und ohne Verzögerung.

Der Landesregierung, unserem Ministerpräsidenten Johannes Rau, muß der Rücken frei gehalten werden, die Bundesregierung und alle Bundesländer auf einen klaren kohlepolitischen Kurs zu zwingen und darauf zu halten. Weil alle gebraucht werden.

„Alle müssen sich bewegen“

Wir wissen: Energiepolitik läßt sich weder allein von Bonn, auch nicht allein von Saarbrücken oder von Düsseldorf, auch nicht von München oder von Hannover kommandieren. Energiepolitik läßt sich überhaupt nicht kommandieren. Energiepolitische Entscheidungen brauchen die Zustimmung von vielen. Wenn etwas Vernünftiges zustande kommen soll, dann brauchen wir auch gemeinsame Anstrengungen von vielen. Gemeinsamkeiten gibt es nicht ohne Kompromisse. Deshalb müssen sich alle bewegen, wenn sie ein gemeinsames Ziel erreichen wollen.

Unter der sozialliberalen Regierungskoalition ist 1973 das erste Energieprogramm einer Bundesregierung entstanden und später dreimal – zuletzt 1981 – fortgeschrieben worden. Diese Bundesregierung hat nur noch berichtet, wie es in der Energieversorgung aussieht. Sie ist auf dem Weg, sich aus der Energiepolitik zu verabschieden, alles dem Wettbewerb der Energieträger, dem sogenannten freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen. Das ist lebensgefährlich für unsere Volkswirtschaft, weil über unsere Energieversorgung dann in den Exportländern von Kohle, Öl und Gas entschieden würde. Für uns muß deshalb weiter gelten: Kohlepolitik ist Energiepolitik.

Energiepolitik ist immer zugleich auch Vorsorgepolitik. Immer wieder neu Vorsorge zu leisten für Krisenzeiten, bleibt wichtige Aufgabe der Energiepolitik.

Jeder weiß: Die nächste Ölkrise kommt bestimmt. Sie wird uns und andere treffen, so wie uns die Ölkrise 1973/74 und 1978/79 getroffen haben. Die Folgen wären dann um ein Vielfaches schlimmer, wenn unser Bergbau inzwischen auf eine unbedeutende Restgröße geschrumpft oder sogar endgültig verschwunden wäre. Dann gäbe es überhaupt keine Sicherheit mehr, dann wäre Unsicherheit in der Energieversorgung die Knute für unsere Volkswirtschaft. Unsere Botschaft ist: Deutsche Kohle ist Arbeit und Sicherheit! Auf beides kommt es an. Würde alles so eintreten, wie sich das einige vorstellen, und wie das in Bonn, Hannover, München und sonstwo sogar geplant wird, dann wäre die Katastrophe tatsächlich da. Nicht nur für Bergbau und Bergleute, sondern auch für die übrige Wirtschaft, für Bergbaustädte und für die Regionen. Deshalb muß unsere wichtigste Aufgabe jetzt sein, die Katastrophe zu verhindern. Deshalb müssen wir alle Kräfte darauf konzentrieren, die Angriffe gegen die deutsche Kohle abzuwehren und ihre Zukunft jetzt zu sichern. Deshalb müssen wir in dieser konkreten Situation ganz konkret handeln.

Praktische Solidarität ist jetzt gefragt

Wir müssen das Notwendige jetzt machen, ohne das Wünschbare aus dem Auge zu verlieren. Deshalb hat die IG Bergbau und Energie mit ihrem Überbrückungskonzept für den deutschen Steinkohlebergbau konkrete Vorschläge in einer konkreten Situation gemacht. Niemand kann diese konkrete Situation heute verändern – auch nicht dieser Landesparteitag. Billigölschwemme, Dollarsturz, Stahlflaute und Billigimportkohle sind die Stichworte für die schwierige Lage des deutschen Steinkohlebergbaus. Ich muß darauf verzichten, Einzelheiten der Krisenentwicklung zu schildern. Ich muß auch darauf verzichten, Einzelheiten des IGBE-Überbrückungskonzeptes zu nennen. Ich muß allerdings deutlich sagen, daß ohne dieses Überbrückungskonzept, daß ohne die Verwirklichung der darin gemachten Vorschläge die Kohlekrise nicht abzuwenden ist, daß dann die Katastrophe nicht mehr zu verhindern wäre.

Bis heute gibt es keinen anderen Gesamtvorschlag zur Überwindung der Kohlekrise. Nicht von der Bundesregierung und nicht von den Bergbauunternehmen. Es gibt aber auch keinen anderen Gesamtvorschlag von der SPD. Das muß auch nicht sein. Denn jeder kann das Überbrückungskonzept der IGBE unterstützen und mithelfen, es durchzusetzen.

Wir haben uns in diesem Konzept auf das Wesentliche konzentriert. Das Wesentliche heißt: Überbrückung der Absatzprobleme des deutschen Steinkohlebergbaus, und die Sicherung der deutschen Kohle für eine Zukunft, in der sie mehr als heute gebraucht wird. Wir mußten uns auf das Wesentliche konzentrieren. Das ist unsere Aufgabe. Dazu sind wir unseren Mitgliedern und ihren Familien gegenüber verpflichtet.

Die Zeit drängt. Schon in der nächsten Woche werden wesentliche Entscheidungen über die Kohlepolitik vorbereitet. Weichen werden gestellt. Jetzt kommt es auf praktische Solidarität an. Das erwarten auch die Bergleute, ihre Familien und viele Menschen in den Bergbaurevieren.

Wir haben nach der Veröffentlichung unseres Überbrückungskonzeptes viel Zustimmung erfahren. Von Oberbürgermeistern und Bürgermeistern, vor allem aus den Revierstädten, aber auch aus sogenannten revierfernen Ländern. Von Ratsfraktionen der SPD, aber auch von anderen. Von Kreistagen und Gemeindeparlamenten, und von vielen Bürgern. Wir haben auch Zustimmung erfahren von vielen in der SPD und auch und besonders von der SPD-Landtagsfraktion. Dafür danke ich.

Ich weiß ganz genau: Die Bergleute vertrauen auf die SPD, zumal in Nordrhein-Westfalen, sie vertrauen auf die Landesregierung, und sie vertrauen ganz besonders auf ihren Ministerpräsidenten, auf Johannes Rau. Dieses Vertrauen ist bisher nie enttäuscht worden. Dafür sind die Bergleute und dafür bin ich persönlich dankbar.

Ich bitte ganz herzlich: Sorgt Ihr auf diesem Landesparteitag mit dafür, laßt uns alle gemeinsam dafür sorgen, daß dieses Vertrauen erhalten bleibt. Dann bin ich zuversichtlich, daß wir auch diese schwierigen Probleme überwinden können. Die Bergleute brauchen die SPD, so wie die SPD die Bergleute braucht.

Glück auf!

5. Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden Johannes Rau



Liebe Freunde, vor fast genau zwei Jahren, am 28. September 1985, hatten wir in Oberhausen unseren ordentlichen Landesparteitag, auf dem der Landesvorstand gewählt wurde, dessen Amtszeit heute zu Ende geht. Viele von Euch waren auch damals Delegierte, hatten auch damals das Vertrauen der Ortsvereine und Unterbezirke. Damals haben wir uns gemeinsam über große Erfolge im Land gefreut. Aber wir ahnten auch schon, wie schwer es im Bund werden wird. Ich erinnere mich gut: Viele haben mir damals von der Kanzlerkandidatur abgeraten. Kaum einer hat gesagt: Mach es! Und Ihr alle wißt, daß ich mich wahrlich nicht nach dieser Kandidatur gedrängt habe. Aber nachdem alle gemeinsam zu der Überzeugung gekommen waren,

es sei das Beste für unsere Partei oder für unser Land, daß ich antrete, da habe ich das mit Überzeugung getan. Und ich habe gegeben, was ich habe.

Wir alle hätten uns am 25. Januar ein besseres Ergebnis gewünscht. Das Ergebnis war schlechter als wir erhofft hatten und doch besser, als es uns die meisten Auguren noch wenige Wochen zuvor prophezeit hatten. Wir haben gemeinsam gekämpft. Was Ihr hier in Nordrhein-Westfalen für mich getan habt, hat mich ermutigt, hat das Ergebnis für die SPD im ganzen Bundesgebiet verbessert und die Position der SPD in Nordrhein-Westfalen weiter gestärkt.

Noch nie waren wir bei einer Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen so deutlich vor der CDU. Wir sind stärkste Partei: 43,2 Prozent. Und die CDU hat in Nordrhein-Westfalen mit 40,1 Prozent ihr schlechtestes Bundestagswahlergebnis seit 1949 errungen, möchte ich sagen.

Im Revier haben wir der CDU auch den letzten Direktwahlkreis abgenommen. Über 56 Prozent der Stimmen haben wir erreicht in Städten wie Gelsenkirchen, Herne, Duisburg, Oberhausen und Dortmund. Hier in Bochum haben wir 56,8 und 56,4 Prozent in den beiden Wahlkreisen erhalten. Im Wahlkreis Duisburg II haben wir unser bestes Ergebnis mit 63,1 Prozent erreicht, das bundesweit beste Ergebnis. Und da ich gerade bei Wahlkreisergebnissen bin: In Dortmund III hat der Kandidat der CDU 29,9 Prozent erreicht – man scheint ihn dort zu kennen.

Wir haben keinen Grund, diese Wahlergebnisse zu vergessen. Denn in ihnen spiegelt sich das Urteil der Menschen über uns und unsere Politik. Und natürlich das Urteil über unseren politischen Gegner.

„Wir tragen doppelte Verantwortung“

Wir haben das gemeinsam erreicht. Ihr habt mit mir gekämpft, Euch abgerackert und Euren Familien viel zugemutet – auch dann, als wir schon gemeinsam erkannten, daß es zur Macht in Bonn nicht reichen wird. Das war kein „Sonderwahlkampf“, das war in Wahrheit ein „Verstärkerwahlkampf“, der uns alle stärker gemacht hat. Dafür danke ich Euch, so wie vielen anderen in der ganzen Republik, die in diesem Bundestagswahlkampf mehr getan haben als nur ihre Pflicht.

Ich will Euch an dieser Stelle ein kleines Geheimnis nicht vorenthalten – sagt es nicht weiter, sonst könnten einige Journalisten um ein Thema ärmer sein: Ich bin gerne Ministerpräsident, ich bin gerne Vorsitzender unserer Partei in Nordrhein-Westfalen. Ich bin hier geboren, dieses Land ist meine Heimat, und das ist meine Partei.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen tragen doppelte Verantwortung: Verantwortung für unser Land und Verantwortung für unsere Partei, nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Wir sind stolz auf unser Land. Wir sind stolz auf das, was wir bisher gemeinsam erreicht haben. Und wir sind hier zusammen-

gekommen, um deutlich zu machen, wie wir dieses große Industrieland weiter nach vorne bringen.

Niemand weiß besser als Ihr, welche großen Probleme es in Nordrhein-Westfalen gibt. Die Kohle, der einzige sichere heimische Energieträger, droht abzusaufen, weil in Bonn Politik gegen die Kohle gemacht wird. Für die Lage in der Stahlindustrie ist der Begriff „Krise“ wahrlich nicht zu hoch gegriffen. Der wirtschaftliche Strukturwandel, nicht nur in den Montanregionen des Landes, ist noch lange nicht abgeschlossen.

Als ich als Nachfolger Heinz Kühns 1978 Ministerpräsident wurde, habe ich mir vorgenommen: Ich will mit meiner Politik dazu beitragen, daß unser Land eine gute Zukunft hat – in allen Regionen.

Wir Sozialdemokraten sagen Nein zum Wirtschaften nach dem Goldgräberprinzip, bei dem große Konzerne nach intensiver Ausbeutung einer Region alles stehen und liegen lassen, einfach weiterziehen und dann Altlasten zurücklassen. Das hat mit sozialpflichtigem Eigentum nichts zu tun. Das entspricht nicht dem Sozialstaatsprinzip, das bei uns Verfassungsrang hat.

1978 habe ich gewußt, daß der Weg zur Erneuerung der traditionellen Industrieregion, den Heinz Kühn begonnen hat, und den ich fortzusetzen versuche, schwierig und lang sein würde. Daß er so schwierig und so lang sein würde, habe ich nicht geahnt.

Aber niemand, der sich unvoreingenommen in unserem Land umsieht, wird der Feststellung widersprechen können: Von allen Industrieregionen in Europa hat das Land an Rhein und Ruhr die besten Chancen – und das gibt mir die Kraft, weiterzumachen und weiter zu arbeiten –, wir können es schaffen, Nordrhein-Westfalen und das Ruhrgebiet werden es schaffen.



„Bei Exporten sind wir Nummer 1“

Außerhalb unserer Landesgrenzen nimmt mancher mit Erstaunen zur Kenntnis, ein wie starkes Stück Deutschland dieses Nordrhein-Westfalen ist. Und es stimmt ja auch: Bei den Exporten sind wir Nummer 1 unter den Bundesländern. Bei der Produktivität liegt nur noch Hessen vor uns. Und daß unsere wirtschaftsnahe Infrastruktur in ganz Europa eine Spitzenstellung hat, das hat eine neue Studie der Europäischen Gemeinschaft herausgehoben.

Wir haben hier qualifizierte, industrieerfahrene Arbeitnehmer, denen niemand etwas von „Leistung“ zu erzählen braucht. Wir sind ein großer Markt für Konsum- und Investitionsgüter im Zentrum Europas und können künftig noch stärker zu einer Drehscheibe der internationalen Wirtschaft werden. Wir haben breite, vielfältige Bildungsangebote, von der Grundschule bis zu den Hochschulen. Hochschulen, die uns auch als Standort immer attraktiver machen. Unser Land ist reich an kulturellen Möglichkeiten und unterschiedlichen Lebensstilen. Diese Viel-

falt ist unsere Stärke. Wir haben also allen Grund, nicht nur über unübersehbare und unbestreitbare Probleme zu sprechen, sondern noch viel mehr als bisher über unsere Stärken. Neulich habe ich in einer großen Zeitung gelesen: „Um würdigen zu können, was im Ruhrgebiet trotz alledem schon an positiver Strukturverbesserung zustande gekommen ist, muß man vergleichbare Industrieregionen in England, Amerika oder in den europäischen Nachbarländern gesehen haben. Das immer noch größte kompakte Industriegebiet der Welt ist trotz des Verlustes seiner einstigen Vitalität noch immer nicht verlottert. Es ist auch in der Bundesrepublik ein Sonderfall nur insofern, als sich hier Probleme häufen, die anderswo punktueller auftreten. Die Sorgen des Ruhrgebiets sind Sorgen, die die ganze Bundesrepublik als Industriestandort angehen. Regionaler Hochmut, der mancherorts gepflegt wird, ist unangebracht.“

Ich stimme dem zu. Und es wird auch nicht dadurch falsch, daß es in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ stand.

Wer das Ruhrgebiet in eine Sonderrolle drängen will, wer es herunterredet, tut niemandem einen Gefallen – er schadet dem Ruhrgebiet, und er schadet sich selbst. Tatsache ist: Alle Regionen unseres Landes, die ganze Bundesrepublik, ja ganz Europa haben ein vitales Eigeninteresse daran, daß die Industrieregion an Rhein und Ruhr leistungsfähig und modern bleibt, daß sie den neuen Aufgaben gewachsen ist. Ohne ein starkes Ruhrgebiet läßt sich weder die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik noch die Europas auf Dauer sichern. Ohne die wirtschaftliche Kraft des Ruhrgebiets, ohne die Forschung und Entwicklung in den Labors und an den Universitäten, ohne die Umsetzung dieser Forschung in die industrielle Produktion können wir uns alle zusammen nicht auf dem Weltmarkt behaupten. Darum ist ökonomische und ökologische Erneuerung des Reviers nicht nur ein Akt der Solidarität, sondern ein Zeichen ökonomischer Weitsicht.

„Wir wollen keine Almosen, wir fordern Gestaltung“

Wer seine ganze Aufmerksamkeit auf die Krisen der Agrarwirtschaft, der Wertstandorte oder der Zonenrandgebiete konzentriert, wer meint, er könne die aktuellen Probleme der Montanregionen als regionale Besonderheiten abtun, dem kann man alles nachsagen, aber eines nicht, daß er etwas von Wirtschaftspolitik und Industriepolitik versteht. Wir in Nordrhein-Westfalen wollen keine Sozialpläne und Almosen, wir fordern aktive Industriepolitik und Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft. Das ist vernünftig für das Ganze, und wir haben ein Recht darauf.

Aber nicht nur bei dieser Aufgabe bietet die gegenwärtige Bonner Koalition ein klägliches Bild. Wie die da miteinander umgehen, da sind die sprichwörtlichen Kessefflicker ja ein friedliches Völkchen. In nur fünf Jahren haben sie schon nahezu das ganze Porzellan zertrampelt, das sie in ihre Liaison eingebracht hatten. Jetzt streiten sie nur noch darüber, wer Schuld an was hat. Wenige Monate nach der Bundestagswahl ist offensichtlich: Diese Bundesregierung hat keine Substanz, keine gemeinsame Linie. Sie muß sich über die Runden retten mit Formelkompromissen und Ausklammern. Und in den Unionsparteien findet eine Auseinandersetzung über Sachfragen gar nicht mehr statt. Alles verkommt dort zu Personalangelegenheiten und zu sogenannten Strategiefragen, die oft nicht mehr als taktische Winkelzüge sind. Heute wird auch bei uns viel darüber diskutiert und gerätselt, welche Zukunft die Unionsparteien wohl haben.

Die einen halten die Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU und innerhalb der CDU über den künftigen Kurs für taktische Spielereien. Sie sehen darin nur kühles Kalkül aus dem Bonner Adenauer-Haus – immer nach dem Motto: Vielen wohl und niemand weh, aber auf keinen Fall etwas Verbindliches. Andere meinen, es handele sich wirklich um inhaltliche Ausein-

andersetzungen, und Teile der CDU bemühten sich ernsthaft, reaktionären Ballast abzuwerfen.

Eines auf jeden Fall ist unverkennbar: Teile der CDU übernehmen in wichtigen politischen Fragen zumindest verbal sozialdemokratische Positionen. Ich habe den Eindruck: Viele von uns haben noch nicht ganz begriffen, was das für die politische Entwicklung in unserem Land bedeutet. Es ist doch zumindest eine Bestätigung dafür, daß wir Sozialdemokraten in wichtigen politischen Fragen die Meinungsführerschaft zurückgewonnen haben. Ich nenne nur drei Beispiele: Nach quälender und selbstzerstörerischer Diskussion innerhalb der Bonner Koalition kam auch der Bundeskanzler nicht mehr umhin, sich in der Frage der Pershing Ia im Ergebnis die Position zu eigen zu machen, auf die wir Sozialdemokraten von Anfang an gedrängt haben. Aber was ist das für ein Bundeskanzler, der es nicht mehr wagen kann, zu dieser gerade für uns Deutsche existenziellen Frage eine Regierungserklärung abzugeben? Er hat für den Verzicht auf die Modernisierung der Pershing Ia im Bundestag keine eigene Mehrheit. Er kann sich nicht aller Stimmen seiner Koalition sicher sein. Ein einmaliger Vorgang.

Auch aus der CDU kommt Kritik an der Regierung

Der ungebrochene Zuwachs bei der Arbeitslosigkeit führt inzwischen auch in der CDU zur Kritik an der beschäftigungspolitischen Untätigkeit dieser Bundesregierung. Die Vorschläge von Ulf Fink zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch aktives staatliches Handeln sind ja weitgehend deckungsgleich mit dem Programm und den Anträgen der SPD.



Die Steuerpläne der Bonner Koalition stoßen auch innerhalb der CDU auf wachsenden Widerstand. Die Argumente mancher CDU-Politiker, die praktische politische Verantwortung tragen für Länder und Gemeinden, unterscheiden sich so gut wie überhaupt nicht von unseren Argumenten gegen das unsoziale, unsolide und ungerechte Herummachen an den Steuern. Aber auch hier gibt es natürlich einen Unterschied. Wir Sozialdemokraten haben bereits vor der Bundestagswahl laut und deutlich gewarnt. Wir haben schon damals unsere Alternative auf den Tisch gelegt.

Bei alledem, liebe Freunde, wird die Polemik der CDU/CSU gegen unsere Politik natürlich weitergehen. Manchmal habe ich sogar den Eindruck: Je lauter die Polemik, desto sicherer kommt die rasche Kurve – jedenfalls verbal. Denn das ist der Kern des taktischen Kalküls aus dem Konrad-Adenauer-Haus: Die CDU möchte dorthin, wo wir Sozialdemokraten – vor allem wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen – schon lange sind. Das kann sie nur, wenn wir da Platz machen. Und das tun wir nicht! Ich halte es für den großen Irrtum des Herrn Dr. Geißler, daß er glaubt, man könnte politische Parteien und ihre Wählerschaft in der Retorte zusammenbasteln. Er wird daran scheitern.

Wir sind hier in Bochum zu einem zweitägigen Parteitag zusammengekommen, damit wir genügend Zeit haben, in der Sache zu diskutieren und die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Dieser Parteitag ist zweitägig, denn er umfaßt auch den von uns beschlossenen Sonderparteitag zum Thema Energie. Darum darf sich niemand wundern, daß auf diesem Parteitag das Thema Energie einen breiten Raum einnehmen wird; das war schon bei der Vorberichterstattung so.

Aber wir haben alle Interesse daran, daß dieser Parteitag nicht verengt erscheint, nur als eine Diskussion über sicherlich drängende Fragen der Kernenergie oder nur über eine einzige Reaktorlinie. Das würde der Wirklichkeit in unserem Lande, das würde den Sorgen der Menschen und ihren Erwartungen an die SPD nach meiner Überzeugung nicht gerecht. Wenn wir heute über Energiepolitik sprechen, dann bauen wir auf dem auf, was wir gemeinsam im August letzten Jahres in Nürnberg beschlossen haben. Da haben wir – übrigens mit meiner maßgeblichen Mitwirkung – einmütig festgestellt: „Wir werden von uns aus alles tun, damit innerhalb eines Zeitraumes von zehn Jahren eine Energieversorgung ohne Atomkraft für die Bundesrepublik Deutschland verwirklicht wird. Wenn die Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenwirken, werden wir weniger als ein Jahrzehnt benötigen, um in einem geordneten Rückgang das letzte Atomkraftwerk abzuschalten.“ Das ist und bleibt unser politisches Ziel.

„Nein zur Atomkraft ist Ja zum Fortschritt“

Wir müssen aber deutlich machen: Unser Nein zur weiteren Nutzung der Atomkraft ist zugleich ein Ja zum Fortschritt, weil eine Technik, die zu ihrem Funktionieren die ständige Unfehlbarkeit des Menschen voraussetzt, in Wirklichkeit eine unmenschliche Technik ist. Von einer solchen Technik muß man sich verabschieden. Daher hat der Landesvorstand auf meinen Vorschlag im Leitantrag B 1, für den ich um breite Zustimmung werbe, einmütig und eindeutig gesagt:

„Die SPD will die ökologische und ökonomische Erneuerung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen. Dazu gehört in besonderem Maße das Umsteuern der Politik hin zu einer sicheren, umweltfreundlichen Energieversorgung. Deshalb fordern wir eine nationale Forschungsinitiative für neue Energie, den Vorrang der heimischen Kohle, rationelle Energieverwendung und einen Stufenplan zum Ausstieg aus der Nutzung von Atomkraft, in den alle Kernkraftwerke einbezogen werden müssen. Das schließt alle Reaktoren ein; in Nordrhein-Westfalen den SNR 300, den THTR und den Siedewasserreaktor in Würgassen.“ Der Landesvorstand hat in seinem Antrag gesagt, was wir auf der Basis des geltenden Rechts wollen und können. Ich will Euch ganz offen sagen: Bei diesem klaren politischen Willen habe ich nicht verstanden, wie es bis in die letzten Tage zu Irritationen und Mißverständnissen kommen konnte. Jochen Vogel hat doch recht, wenn er feststellt, daß unser Leitantrag die bisher beste Umsetzung des Nürnberger Beschlusses ist.

Mir liegt sehr daran, daß es in dieser Frage nicht die Spur einer Mißdeutung in unserer Partei und in der Öffentlichkeit geben kann. Darum habe ich am 17. September im Landesvorstand und danach auch mehrfach öffentlich gesagt: „Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen eine sichere Energieversorgung, die ohne Kernenergie auskommen kann. Unser Nein zur weiteren Nutzung der Atomkraft gilt ohne Unterschied für alle Reaktortypen, auch für den THTR. Die nordrhein-westfälische SPD will mit allen rechtsstaatlich möglichen Mitteln so schnell wie möglich die Nutzung der Atomkraft zur Stromerzeugung beenden.“

Was der Landesvorstand und der Landesausschuß dazu gestern auf meinen Vorschlag einmütig der Antragskommission vorgelegt haben und was die uns jetzt in der neuen Fassung zur Annahme empfiehlt, ist die Umsetzung meines politischen Willens in die Sprache des Antragstextes. Dabei kommt es mir auf jedes Wort an. Denn wir wissen, daß das Umsteuern in der

Energiepolitik nur im Rahmen von Recht und Gesetz geschehen kann. Politischer Wille allein kann weder fehlende Mehrheiten ersetzen noch falsche Gesetze aus der Welt schaffen. Deshalb kämpfen wir um die Mehrheit, denn es geht um Mehrheiten, also um Machtfragen.

Oskar Lafontaine hat das genau auf den Punkt gebracht, als er im Februar zum Nürnberger Beschluß gesagt hat: „Dieser Beschluß wird immer falsch interpretiert. Da steht zum Beispiel, der Ausstieg ist nicht realisierbar, ohne daß die Machtfrage, die Rechts- und Finanzfragen geklärt sind. Der Ausstieg in Reinkultur ist also nur durchzusetzen, wenn es auch gelingt, die Macht der anderen großen Volkspartei zu erschüttern. Wer sich hinstellt und sagt, ich bin für den sofortigen Ausstieg – bin ich auch –, sich aber die Frage schenkt, wie das geht – Entschuldigung –, den kann ich nicht ernst nehmen“, so Oskar Lafontaine.

„Wir dürfen nicht auf das Umsteuern verzichten“

Wir Sozialdemokraten haben weder im Deutschen Bundestag noch im Bundesrat die Mehrheit. Die aktuelle Mehrheit da blockiert den Aufbau einer sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung ohne Atomkraft. Aber das alles bedeutet für uns in Nordrhein-Westfalen doch nicht, daß wir darauf verzichten dürften, mit dem Umsteuern in der Energiepolitik bei uns zu beginnen. Wir tun alles, was wir heute können. Wir nutzen alle Möglichkeiten, die wir jetzt als Land haben. Wir haben alle bisher in der Landesplanung vorgesehenen Reserveflächen für Atomanlagen ersatzlos gestrichen. Der Schnelle Brüter in Kalkar kann nach unserer Erkenntnis auf der Grundlage geltenden Rechts aus Sicherheitsgründen keine Betriebsgenehmigung erhalten.

Ich weiß, liebe Freunde: mancher von uns glaubt, der Konflikt um den SNR 300 wäre bereits ausgestanden und man könnte nun zu anderen Tagesordnungspunkten übergehen. Täuscht Euch nicht. Da gibt es in Bonn immer noch maßgebliche Kräfte, die wollen – aus welchen Gründen auch immer –, daß der SNR 300 ans Netz geht. Nun hat sich vorgestern noch der neugewählte Landesvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen zum Brüterfreund gemausert. Er hat sich in Kalkar so geäußert, daß er später immer leicht sagen kann, er habe auch das Gegenteil von dem gesagt, was er gemeint habe. Ich will dazu dreierlei sagen:

Erstens: Wenn der Bundesarbeitsminister vor seinem Besuch in Kalkar mit dem Bundesumweltminister kurz geredet hätte, dann hätte er in Kalkar etwas sachkundiger reden können. Denn beim Bundesumweltminister sind die Bedenken gegen den SNR 300 so stark, daß er deswegen sogar schon einen Brief an den Kanzler geschrieben hat.

Und zweitens: Welch ein Rückschritt ist das doch gegenüber der Position des Vorgängers des Bundesarbeitsministers als Landesvorsitzender. Bei Biedenkopf war das keine Frage „Ja oder Nein zur Kernenergie“ – für ihn war es eine Frage nach der Geschwindigkeit, mit der wir aus der Nutzung der Atomkraft herauskommen.

Und drittens: Ich nenne es doppelbödig, den Kumpeln eine gute Zukunft für die Kohle in Aussicht zu stellen und gleichzeitig für einen Reaktor einzutreten, der überhaupt nur Sinn macht, wenn wir mit ihm immer mehr Atomstrom produzieren und die Kohle endgültig an den Rand drängen.

In Nürnberg haben wir beschlossen, alle in der Bundesrepublik vorhandenen Atomanlagen umgehend einer Sicherheitsprüfung zu unterziehen. Diese Sicherheitsüberprüfung aller Atomanlagen findet bei uns in Nordrhein-Westfalen zur Zeit statt. Wir tun das als einziges Bundesland. An dieser Überprüfung sind Wissenschaftler beteiligt, die der Atomkraft ausweislich kritisch gegenüberstehen. Diese Sicherheitsüberprüfung ist

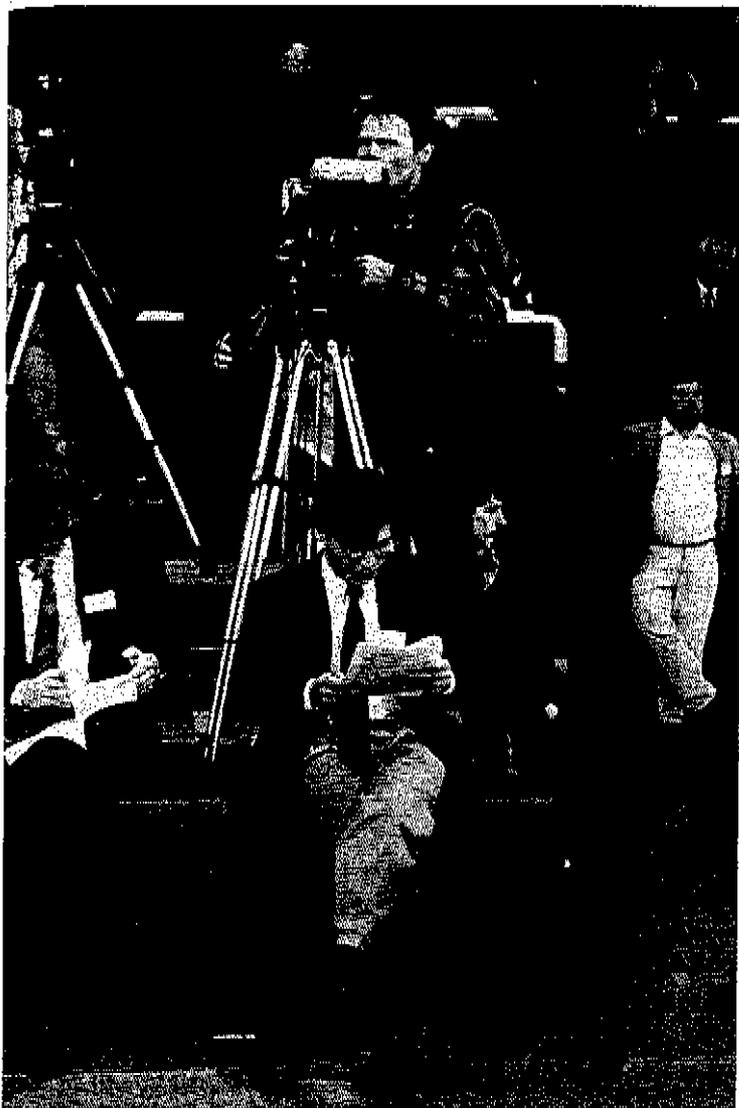


keine Alibiveranstaltung! Wenn die Überprüfung nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik gravierende Sicherheitsmängel, nicht zumutbare Risiken für die Bevölkerung offenbaren sollte, dann dürfen und werden wir nicht zögern, die betroffenen Anlagen stillzulegen, wenn eine Nachrüstung nach dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik nicht möglich ist. Das gilt für alle kerntechnischen Anlagen in Nordrhein-Westfalen. Eine Vorzugsbehandlung für einzelne Reaktoren oder bestimmte Reaktorlinien kann und darf es nicht geben.

Genauso gilt: Ergibt die Sicherheitsüberprüfung keine schwerwiegenden, nicht beseitigbaren Sicherheitsbedenken und wird von den Betreibern der nach geltendem Recht vorgeschriebene Nachweis der Entsorgung erbracht, dann kann der Weiterbetrieb so lange nicht versagt werden, solange unsere Bemühungen zur Veränderung des geltenden Atomrechts keine Mehrheit haben.

Wir alle kennen die Diskussion um die Fristen, zehn Jahre oder nicht zehn Jahre. Wir haben dazu in Nürnberg einen klaren Beschluß gefaßt, und ich habe ihn zitiert. An dem ist nichts zu diskutieren. Für mich zumindest ist die Frage, ob es acht Jahre dauern oder vierzehn Jahre, viel weniger wichtig als die Tatsache, daß wir in Nordrhein-Westfalen angefangen haben und damit zeigen, daß bei uns Reden und Handeln übereinstimmt.

Wenn von der ersten Atomspaltung 1938 bis zur ersten Atombombe auf Hiroshima 1945 sieben Jahre genügt haben, wenn man also um tödlicher Ziele willen so etwas in sieben Jahren kann, dann muß es doch um friedlicher Ziele willen auch in zehn Jahren zu schaffen sein. Wenn man die Mehrheit dazu hat, um diese Mehrheit muß es uns gehen.



„Es geht um die Zukunft der Kohle“

Neben Freunden, in der Energiepolitik stehen wir in Wirklichkeit mitten in einer neuen Auseinandersetzung, die ich für ungleich schwerer halte: Es geht um die Zukunft der Kohle. In der aktuellen Diskussion müssen wir allen Verdrehungen entgegenzutreten und den Menschen sagen, wie die Dinge wirklich liegen. Wir Sozialdemokraten stehen an der Seite der Bergbau- und Energiegewerkschaften und aller Kollegen, wenn es darum geht, die Kohlevorrangpolitik zu verteidigen. Die Kumpel in unserem Land wissen: Niemand hat als Ministerpräsident mehr für die Kohle getan als die Sozialdemokraten unter Heinz Kühn, seit Heinz Kühn und mit Johannes Rau.

Ich habe als erster das Überbrückungskonzept der IG Bergbau und Energie begrüßt, denn ich bin mit den Kollegen der Auffassung, daß die Kohle nur gesichert werden kann, wenn der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung verringert wird. Nun bekommen wir immer wieder zu hören, Kohlevorrangpolitik würde erst wieder möglich, wenn wir Sozialdemokraten der weiteren Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung zustimmen. Das ist reine Propaganda. Die Kohle kommt doch nicht in Schwierigkeiten, weil die SPD sagt, „Kernenergie ist nur eine Übergangstechnologie“ – die Kohle wird an den Rand gedrängt, weil wir schon zu viele Atomkraftwerke haben und weil nun auch noch weitere ans Netz gehen sollen. Das müssen wir den Menschen sagen.

Die Wirklichkeit ist doch: Wir haben es mit einer Bundesregierung zu tun, die betreibt Kernenergie-Vorrang und drängt die

heimische Kohle auf den Restbedarf ab. Mit uns Sozialdemokraten ist eine solche Politik nicht zu machen. Wir stehen zum Vorrang für die heimische Kohle. Aber hinzu kommen muß: Alle Möglichkeiten der rationellen Energieerzeugung und -verwendung wollen wir nutzen, um knappe Ressourcen zu schonen, um die Umwelt zu verbessern und die Versorgung sicherer zu machen. Darum wollen wir neue regionalisierte und dezentrale Energiekonzepte zustande bringen. Mit dem Saarland zusammen machen wir einen Modellversuch mit einer veränderten Tarifgestaltung beim Strom.

Es ist doch das Gegenteil von Marktwirtschaft, es ist und bleibt ökologischer und ökonomischer Unsinn, daß aufgrund der Stromtarife jede Kilowattstunde im Durchschnitt um so billiger wird, je höher der Stromverbrauch ist. Damit werden Investitionen zur rationellen Stromnutzung künstlich erschwert und unwirtschaftlich gemacht.

Bundesregierung kürzt an der falschen Stelle

Wir brauchen für die künftige Energieversorgung die Entwicklung und stärkere Nutzung unerschöpflicher Energiequellen. Die Möglichkeiten modernster Energieerzeugung werden in der Bundesrepublik noch viel zu wenig genutzt und viel zu wenig gefördert. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren gerade an dieser Stelle an der falschen Stelle gekürzt. Carl Friedrich von Weizsäcker hat vor kurzem gesagt: „Wenn ich recht sehe, hat die Technik der Solarenergie Fortschritte gemacht, die sie als hauptsächliche Energiequelle des kommenden Jahrhunderts möglich erscheinen lassen.“

Ich teile diese optimistische Einschätzung. Ich bin sicher, daß die Kombination von Sonnenenergie und Wasserstoff zum größten industriepolitischen Projekt der Zukunft werden kann. Unser Konzept für eine sichere, umweltfreundliche Energieversorgung ohne Atomkraft, liebe Freunde, das ist doch kein Aussteigerkonzept, das ist eine große Herausforderung an die Intelligenz, an die Phantasie der Wissenschaftler, der Ingenieure, der Techniker, der Kaufleute, der qualifizierten Facharbeiter. In dieser Herausforderung liegen zugleich große Chancen gerade für das Energieland Nordrhein-Westfalen.

Wollen wir darüber nicht viel mehr sprechen, als wir das getan haben? Die Ergebnisse der jüngsten, sehr sorgfältig, ohne Zeitdruck erarbeiteten Prognose-Studie zeigen doch, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Prognose stellt fest:

- „Die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Kernenergieverzichts sind klar positiv zu bewerten. Der Aufbau einer Energieversorgung ohne Atomkraft schafft insgesamt 90 000 bis 125 000 zusätzliche Arbeitsplätze, vor allem im Handwerk und bei kleinen und mittleren Unternehmen.“
- Eine Energieversorgung ohne Atomkraft bringt nicht weniger, sondern mehr technischen Fortschritt und mehr Innovation in praktisch allen Industriebereichen.
- Eine Energieversorgung ohne Atomkraft bringt auch nicht weniger, sondern mehr Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Es ergeben sich vielfältige Chancen für neue Produkte und neue Verfahren, im Elektrizitätsbereich, bei der rationellen Energieverwendung, bei den unerschöpflichen Energiequellen.

Wir in Nordrhein-Westfalen wollen diese Chancen nutzen, neue Arbeitsplätze schaffen, modernste sozial- und umweltverträgliche Techniken entwickeln und so eine Energieversorgung aufbauen, vor der Menschen keine Angst zu haben brauchen. Das ist unsere Vorstellung von technischem Fortschritt im Dienste der Menschen. Und mir ist das wichtiger als manche Aufgeregtheit, mit der wir in den letzten Tagen und Wochen den Gazetten in unserem Land Stoff geliefert haben.

Liebe Freunde, das Gesicht unseres Landes hat sein Profil gewonnen, aber auch seine Falten und Narben durch seine frühe Industrialisierung, durch das Gewicht der Montanindustrie. Daraus haben sich Probleme und Chancen entwickelt, die uns

zum Handeln auffordern. Wie alle traditionellen Industrieregionen, so leidet auch Nordrhein-Westfalen darunter, daß die industrielle Produktion lange Zeit Natur und Umwelt bedenkenlos in Anspruch genommen hat. Die Altlasten sind dafür das deutlichste Beispiel. Heute haben wir aber die Aufgabe und die Möglichkeit, Grün dorthin zu bringen, wo es nicht ist. In den vergangenen zehn Jahren hat die Zahl der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie um fast 100 000 abgenommen, bei der Kohle waren es in drei Jahrzehnten über 350 000. Und in den kommenden Jahren drohen in beiden Bereichen nochmals Zehntausende ihre Arbeit zu verlieren, weil in Bonn eine Politik gegen die Kohle und ohne Rücksicht auf den Stahl gemacht wird. Ich wünsche, wir hätten in Bonn endlich wieder einmal einen Wirtschaftsminister, der von Wirtschaft etwas versteht und der nicht einfach ganze Regionen abschreibt.

„Die Konzerne tragen Verantwortung“

Die Montanregionen sind wie nirgendwo anders in der Bundesrepublik geprägt von einzelnen großen Industrieunternehmen – seit hundert Jahren und länger. Diese großen Konzerne dürfen sich nicht heute sang- und klanglos zurückziehen. Sie müssen ihren Beitrag zur Erneuerung leisten. Sie tragen Verantwortung für jene, denen sie Arbeit nehmen und denen sie neue anbieten müssen. Besondere Verantwortung tragen sie für die jungen Menschen. Übrigens auch in ihrem eigenen Interesse, denn bald werden sie auf diese Menschen und deren Qualifikation angewiesen sein.

Ich kenne keine Region, in der allein der Staat die wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen könnte. Wir wissen, daß damit jeder Staat überfordert wäre. Unternehmen müssen investieren und neue Arbeitsplätze schaffen. Sie müssen neue Produkte entwickeln, damit sie weltweit konkurrenzfähig bleiben. Aber die Unternehmen haben auch ein Recht darauf, daß der Staat für faire Wettbewerbsverhältnisse sorgt. Wir alle wissen, daß es sie jetzt auf dem Stahlmarkt nicht gibt. Die Bundesregierung hat bis heute die Interessen der deutschen Stahlindustrie in Europa nicht erfolgreich vertreten.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.“ Das steht im Grundgesetz. Was hilft ein solcher Satz im Grundgesetz, wenn er für Stahlarbeiter nicht gilt? Die Stahlarbeiter haben einen Anspruch darauf, daß das Sozialstaatsgebot wieder Geltung bekommt. Da darf sich niemand aus seiner Verantwortung stellen. Das Land hat seinen Beitrag geleistet und leistet seinen Beitrag.

Aber Politik für die Montanregionen muß mehr sein als Sozialpolitik. Sie muß dazu beitragen, daß neue, zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen. Daher haben wir die Initiative zur Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft der Montanregionen beschlossen. Darum haben wir zu den bereits vorgesehenen Mitteln zusätzlich 100 Millionen Mark für 1988 bereitgestellt. Darum gibt es im Landeshaushalt 180 Millionen Mark für Zukunftsinvestitionen in den Montanregionen im Jahr 1988.

Mit dieser Zukunftsinitiative Montanregion wollen wir beispielsweise

- Innovation und Technologie fördern,
- die Wirtschaftsförderung verstärken,
- zur besseren Qualifikation der Arbeitnehmer beitragen,
- bei der Aufbereitung und Erschließung von Industrieflächen und der Sanierung von Altlasten helfen.

Eines aber ist klar: Ohne die gemeinsame Hilfe aus Bonn und Düsseldorf kommen wir nicht weiter. Wir in Nordrhein-Westfalen wollen keine Almosen, wir wollen unser Recht. Wir wollen, daß der Bund endlich seine regionale Mitverantwortung wahrnimmt, wie das im Grundgesetz steht.

Was aber tut die Bundesregierung? Die Stahlstandorte in Nordrhein-Westfalen sind ihr in den kommenden drei Jahren gerade jeweils 30 Millionen Mark zusätzlich wert. Und das verkauft sie auch noch als große Tat. Das ist ein Skandal. Ich hätte mich geschämt, darüber auch nur eine Pressemeldung zu ver-

fassen. Wer Milliarden für die Landwirtschaft und den Airbu „locker“ macht, wer den Wertstandorten 420 Millionen Mark zur Verfügung stellt – ein Programm, für das ich mich eingesetzt habe und das ich begrüße –, der darf die nordrhein-westfälischen Stahlstandorte nicht mit dreimal 30 Millionen zusätzlich abspeisen wollen. Vom Land 180 Millionen Mark im Jahr, vom Bund 30 Millionen Mark zusätzlich, da sieht man, wer bereit ist etwas zu tun für Arbeitsplätze in den Montanregionen.

Keine Reaktion aus Bonn

Ich habe im Juni dem Bundeskanzler ein gemeinsames Programm für die Montanregionen unseres Landes mit viermal 50 Millionen Mark vorgeschlagen, das der Bund zu zwei Dritteln und das Land zu einem Drittel finanzieren soll. Die Bundesregierung hat darauf bis heute nicht reagiert. Das zeigt deutlicher als alle Reden und alle Interviews, welche Politik in Bonn wirklich gemacht wird.

Den Kolleginnen und Kollegen in den Stahlstandorten versichere ich: Wir stehen an der Seite aller, die in Sorge um ihre Arbeitsplätze sind, und versuchen alles, diese Sorgen zu verringern. Deshalb unterstütze ich die gemeinsame Initiative von IG Metall und Stahlunternehmen gegen Massenarbeitslosigkeit für neue Beschäftigung, wie das am 16. Juni verabredet worden ist. Und ich fordere von dieser Stelle nochmals den Bundeskanzler und den Bundesarbeitsminister auf: Werden Sie endlich Ihrer Verantwortung für die betroffenen Menschen und Regionen gerecht!

Da gab es gestern wieder mal ein Gespräch zwischen IG Metall, Stahlunternehmen und Bundesregierung. Danach wurde mitgeteilt, die Runde habe sich geeinigt auf die soziale Begleitung des Anpassungsprozesses, also auf das Bezahlen von Sozialplankosten auch durch den Staat. Das ist sicher ein Schritt, auch wenn mich befremdet, daß da munter Geschäfte zu Lasten anderer gemacht werden, denn die Länder sollen 150 Millionen Mark bezahlen. Aber beteiligt waren sie nicht an den Gesprächen. Und ich frage: Was geschieht eigentlich, wenn die EG nicht das leistet, was gestern in Bonn unterstellt wurde? Ausgehandelt ist da ja wohl nichts. Am schlimmsten finde ich aber, daß mit keinem Wort die Rede ist von neuen Arbeitsplätzen und von notwendigen Zukunftsinvestitionen.

Ich sage: Mit reinen Sozialplanhilfen ist nicht geholfen, denn ich will, daß die Menschen hier bleiben können, hier arbeiten können und hier leben können.

Unser Land hat nach wie vor eine außerordentlich hohe Wirtschaftskraft. Der durchschnittliche Beitrag eines Erwerbstätigen zum Bruttoinlandsprodukt lag 1986 bei uns mit 78 000 Mark höher als in Baden-Württemberg, höher als in Bayern, höher als in Rheinland-Pfalz, höher als im Saarland, höher als in Niedersachsen und höher als in Schleswig-Holstein.

Ich sage den professionellen Schwarzmalern: Die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zeigt überdurchschnittlich gute Ergebnisse in Branchen mit zukunftsorientierten Produkten und Produktionen. Wir haben große Probleme in Nordrhein-Westfalen, aber wir haben auch Grund zur Zuversicht.

„Wir haben auch Grund zur Zuversicht“

Unsere Zuversicht gründet sich auf die Fähigkeiten unserer Unternehmer, Arbeitnehmer und Gewerkschaften, unserer Kaufleute und Wissenschaftler. Zuversicht und Beharrlichkeit bei allen Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik, Ermutigung zu Innovationen, Förderung technischer und sozialer Entwicklung, das sind Grundlagen für eine gute wirtschaftliche Zukunft unseres Landes.

Zur Erneuerung gehören:

- Wir brauchen den handlungsfähigen Staat, der auch finanziell so ausgestattet ist, daß er seine vielfältigen Aufgaben

erfüllen kann. Wir brauchen den leistungsfähigen Sozialstaat, der soziale Gerechtigkeit schafft.

- Wir brauchen selbstbewußte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und starke Gewerkschaften. Wir müssen Solidarität in der Arbeit auch dadurch sichern, daß wir Produktivitätsfortschritte für weitere Arbeitszeitverkürzungen einsetzen.
- Und wir brauchen unternehmende Unternehmer. Wir sagen „Nein“ zur Ausbeutung von Mensch und Natur, zu unmenschlichen Arbeitsbedingungen zu bornierter Umwelterstörung. Aber wir sagen ebenso deutlich „Ja“ zu den Unternehmern, die längst wissen, daß vernünftige Sozialvorschriften, wirksame Umweltschutzgesetze auch in ihrem Interesse liegen. Ihnen wünsche ich großen wirtschaftlichen Erfolg. Ich freue mich über jeden Unternehmer, der auf anständige Weise ordentliche Gewinne macht und ich wünsche mir davon noch viel mehr auch in unserem Land. Wie anders sollen denn anständige Löhne und Gehälter gezahlt werden? Woher sollen denn sonst die Steuern kommen, mit denen der Staat Infrastruktur erhält, Lehrer bezahlt, soziale Sicherheit schafft? Für unsere vielen Betriebsräte ist diese Einsicht nichts Neues. Laßt sie uns aber auch nicht vergessen, wenn wir als Partei Beschlüsse fassen.



Wir Sozialdemokraten sind die politische Kraft in Nordrhein-Westfalen. Schaut auf die politische Landkarte: Sie ist der Beweis dafür, daß die SPD in allen Teilen des Landes fest verankert ist.

Wir haben das ganze Revier gehalten und die ländlichen Regionen hinzugewonnen. In 125 Wahlkreisen haben wir im Mai 1985 ein Direktmandat gewonnen. Der CDU blieben noch ganze 26. Von 1975 bis 1980 hatte sie schon 19 Direktmandate an uns abgegeben, dann von 1980 auf 1985 weitere 31 - darunter viele ehemalige Hochburgen.

Die Kraft von NRW liegt in der Vielfalt

Ich weiß, mit welchem großem Einsatz Mandatsträger und Partei daran arbeiten, dieses Vertrauen vor Ort zu erhalten und zu festigen. Und ich weiß auch, daß im Kreis Euskirchen, in den Kreisen Kleve, Warendorf, Höxter, Olpe, Coesfeld die Sozialdemokraten nicht ruhen, bis auch sie einen direkt gewählten Abgeordneten in den Landtag schicken. Das Geheimnis unseres Erfolgs in Nordrhein-Westfalen ist: Wir haben begriffen, daß die Kraft unseres Landes in seiner Vielfalt liegt. Wir halten dieses Land zusammen und bringen seine Kraft zur Entfaltung. Die CDU hat vor zwei Jahren noch vorgeschlagen, den Namen unseres Landes zu ändern in „Rheinland-Westfalen“. Deutlicher kann man doch nicht zeigen, wie wenig man von diesem

Land versteht. Kurt Biedenkopf hat der CDU als Erbe den organisatorischen Mantel eines Landesverbandes hinterlassen. Das ist sicher verdienstvoll, aber die Union hat immer noch nicht gelernt, Nordrhein-Westfalen als Ganzes anzunehmen. In ihrer Öffentlichkeitsarbeit ist gerade wieder die Kumpeltour durchs Revier angezeigt und in ihrer parlamentarischen Praxis versucht sie, Regionen gegeneinander auszuspielen im Kampf um die Düsseldorfer Zuschüsse. Es versteht sich dabei von selbst, daß in den kommunalen Parlamenten die CDU kein Wort darüber verliert, daß es Bonner Politik ist, die Städte, Gemeinden und Kreise verarmen läßt durch ungerechte und unsoziale Steuerpolitik.

Der CDU in Nordrhein-Westfalen fehlt es an Inhalten. Das kann auch nicht überdeckt werden durch neue Personen. Es ist ja nicht das erstmal, daß die CDU in Nordrhein-Westfalen ihre Defizite und Probleme durch neue Köpfe überdecken will. Kontinuität hat bei ihr nur der Wechsel der Führungspersonen. Nach Köppler kam Biedenkopf, auf ihn folgte Worms, dann kam wieder Biedenkopf, dazu der „Kennedy vom Niederrhein“, von dem man im Augenblick nicht so viel hört. Nun steht Bundesarbeitsminister Blüm an der Spitze. Ich rate, den neuen Landesvorsitzenden der CDU ernstzunehmen, aber nehmt ihn bitte nicht wichtiger, als er es verdient. Achtet nicht nur auf das, was er sagt, sondern auf das, was er tut. Mit allem Nachdruck: Gegen diesen Kandidaten der CDU ist ein gutes Gedächtnis die schärfste Waffe.

Die Arbeitnehmer haben ein gutes Gedächtnis

Die Arbeitnehmer in unserem Land haben ein gutes Gedächtnis. Sie haben ihre Erfahrungen mit diesem Bundesarbeitsminister gemacht.

Er hat ja maßgeblich eine Politik zu verantworten, die gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtet ist. Die erinnern sich doch an den Abbau von Sozialleistungen, an sein spätes Ja zur Senkung des Spitzensteuersatzes, den er zuvor noch als „Schlag ins Gesicht eines jeden Malochers“ bezeichnet hat. Sie erinnern sich an die unausgewogenen Kürzungen im Bundeshaushalt. Für all das ist dieser Bundesarbeitsminister mitverantwortlich. Ganz besonders erinnern wir uns alle daran, wie dieser Bundesarbeitsminister mit der Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes einen der schlimmsten sozialen Konflikte der letzten Jahre verursacht hat.

Gegen das neue Gesetz hat die Landesregierung Klage in Karlsruhe eingereicht, weil wir das im Grundgesetz garantierte Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften voll erhalten wollen. Die Frage ist ja wohl fällig, wo denn der Bundesarbeitsminister stand, als es in den vergangenen Jahren um Arbeitnehmerrechte ging. Ich nenne nur wenige Beispiele:

Wir haben im Bundesrat auf Initiative von Hermann Heinemann einen Gesetzentwurf vorgelegt mit dem Ziel, die Zahl der Überstunden drastisch zu reduzieren, damit neue Arbeitsplätze entstehen können. Der Bundesarbeitsminister hat freundlich geplaudert und unseren Gesetzentwurf abgelehnt. Wir haben im Bundesrat einen Gesetzentwurf vorgelegt mit dem Ziel, wirksam gegen illegale Leiharbeit vorzugehen. Der Bundesarbeitsminister hat freundlich geplaudert und unseren Gesetzentwurf abgelehnt.

Wir haben eine Initiative vorgelegt zur Finanzierung der beruflichen Ausbildung mit dem Ziel, auch diejenigen Betriebe an der Finanzierung zu beteiligen, die sich ihrer Ausbildungspflicht entziehen. Der Bundesarbeitsminister hat fröhliche Sprüche gemacht und unsere Initiative abgelehnt.

Wir haben konkrete Vorschläge gemacht, um die schwierigen Probleme bei Kohle und Stahl zu bewältigen. Der Bundesarbeitsminister hat dazu hier im Land in Reden und Interviews Dinge gesagt, die sich gut anhören. Aber wir messen ihn daran, ob und wie er seine Versprechungen hält.

Der Bundesarbeitsminister hat vor den Sommerferien immer wieder erklärt, mit ihm gebe es keine Massenentlassungen in

der Stahlindustrie. Wir werden ihn zu gegebener Zeit daran erinnern. Und laßt nicht zu, daß der Eindruck erweckt wird, mit der Bonner Ankündigung von gestern sei dieser Satz schon eingelöst. Das ist er nicht.

Wessen Wort gilt in Bonn?

Der Bundesarbeitsminister hat sich klar und deutlich für die Erhaltung der deutschen Kohle eingesetzt und die Solidarität der anderen Bundesländer gefordert. Das ist wichtig und das war auch gut. Noch in der gleichen Stunde ließ der Bundeswirtschaftsminister erklären, die finanziellen Unterstützungen für die deutsche Kohle müßten drastisch zurückgeschraubt werden. Ich frage: Wessen Wort gilt eigentlich in Bonn?

Der Bundesarbeitsminister hat auf seiner Reise nach Chile und danach gefordert, daß dort die Menschenrechte gelten müssen. Ich habe mich darüber gefreut, daß er etwas anspricht, was wir Sozialdemokraten schon seit 14 Jahren anprangern. Aber ich kritisiere, daß er klaglos in einer Bundesregierung bleibt, die immer noch „keinen Handlungsbedarf“ sieht, und die sich bis heute – im Gegensatz zur Landesregierung – nicht zur Aufnahme der Gefolterten bereit erklärt hat und die die Unterzeichnung der Konvention gegen Folter nun schon seit Jahren verzögert. Das ist doppelbödig.

Und deshalb sage ich nochmals: Die schärfste Waffe gegen den neuen PR-Mann der CDU in Nordrhein-Westfalen ist ein gutes Gedächtnis. Denn das ist doch die Methode: Etwas in die Welt setzen und gleichzeitig darauf bauen, daß sich nach kurzer Zeit schon niemand mehr daran erinnert und keiner nachfragt. Also fragen wir nach.

Wir dürfen nicht zulassen, daß der Bundesarbeitsminister so tut, als sei er mit der Bundesregierung nur entfernt bekannt und habe mit deren Politik eigentlich gar nichts zu tun. Wir müssen immer wieder deutlich machen, der neue Landesvorsitzende der CDU und der Bundesarbeitsminister – übrigens: die beiden sind identisch, auch mit dem Stellvertreter des CDU-Vorsitzenden, also die drei sind mitverantwortlich für eine Politik, die sich gegen die Mehrheit in unserem Land richtet.

Auch der Bundesarbeitsminister kann den Fluß nicht gleichzeitig rauf- und runterschwimmen. Oder anders gesagt: „Everybody's Darling“, das kann man im Spielfilm sein, aber nicht in der Politik. Da müssen Reden und Handeln übereinstimmen.

Die Finanz- und Steuerpolitik der Bonner Koalition ist finanziell unsolide, ist wirtschaftspolitisch unsinnig und sozial ungerecht. Doch damit nicht genug: Bis heute verschweigen die Bonner Koalitionsparteien hartnäckig, wie sie die Steuersenkung bezahlen wollen. Von Tag zu Tag wird aber deutlicher: Die Bundesregierung will mit der einen Hand mehr zurückholen, als sie mit der anderen gegeben hat.

Es geht aber nicht nur darum, wer durch die Steuerpolitik mehr Geld behalten wird. Es geht auch um die Frage, was Städte und Gemeinden in Zukunft für ihre Bürger tun können. Die Bundesregierung nimmt mit ihrer Steuerpolitik offenbar ganz bewußt die Zerrüttung der Finanzen in den Ländern und Gemeinden in Kauf.

„Wir brauchen eine Koalition der Vernunft“

Immer mehr Gemeinden wird das Geld für notwendige Investitionen fehlen. Öffentliche Einrichtungen sind längst in ihrem Bestand gefährdet.

Das hat praktische Konsequenzen für alle Bürgerinnen und Bürger.

Was nützt denn einem Ehepaar mit einem Jahreseinkommen von 30 000 Mark der zusätzliche Steuervorteil von 14 Mark im Monat je Kind, wenn gleichzeitig die Kindergartenbeiträge erhöht werden.

Was nützt denn die Steuersenkung den Sportfreunden, wenn

die Gemeinde die Gebühren für die Sporthallen verdoppeln muß?

Was nützt die Steuersenkung den Bürgerinnen und Bürgern, wenn ihre Gemeinde wegen der Einnahmeausfälle die Kläranlage nicht bauen kann, die nötig ist, und wenn auf Dauer die Trinkwasserversorgung gefährdet wird?

Und was nützt schließlich den Handwerkern und Gewerbetreibenden die Steuersenkung, wenn Länder und Gemeinden ihre Investitionen zusammenstreichen müssen, von denen doch die Aufträge abhängen, die Gewerbetreibende und Handwerker bekommen.

Diese Politik gegen Länder und Gemeinden, gegen die Interessen der breiten Mehrheit müssen wir stoppen. Ihr wißt, daß wir Sozialdemokraten mit dieser Auffassung nicht allein stehen. Deshalb geht es darum, über alle Parteigrenzen hinweg eine Politik zu verhindern, die die Gemeinden austrocknet und sie zwingt, ihr Angebot an Dienstleistungen für die Bürger auf das Niveau der 50er Jahre zurückzuschrauben.

Wir brauchen eine Koalition der Vernunft gegen diese Kahl-schlagpolitik. Dazu gibt es viele Partner: Denkt an die Kirchen, an die Verbände, an die vielen Organisationen im Land, die immer stärker spüren, daß diese Politik ihre Wirkungsmöglichkeiten gefährdet. Wir müssen mit ihnen gemeinsam neue Bündnisse eingehen für eine bessere Politik.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben Probleme oft etwas früher als andere, aber wir lösen sie auch früher.

Wenn wir mit Hochdruck an Technologien arbeiten, mit denen die ökologischen Schäden des industriellen Fortschritts in Nachhinein geheilt und in Zukunft verhindert werden sollen, dann tun wir das für uns, aber auch für andere.

Alle Ballungszentren der Welt, von Rio de Janeiro bis Tokio haben vergleichbar drückende Probleme beim Transport von Menschen und Gütern, beim Müll, bei der Entsorgung von Industrieabfällen, bei der Belastung von Luft und Wasser und wo es um menschengerechtes Wohnen geht. Oft fehlt es nicht nur an Geld, sondern am Know-how, am „Gewußt wie“, an der planerischen und technischen Kompetenz.

Wir sind, liebe Freunde, eine der reichsten Gesellschaften und die Arbeit geht uns wahrlich nicht aus. Unsere große Chance ist: Wir haben genügend Kapital und genügend Forscher, genügend Ingenieure und Facharbeiter. Wir können die weltweit vorhandenen Probleme beispielhaft lösen.

„Wir können die Probleme beispielhaft lösen“

Wir sind in der Umweltforschung ganz vorne:

- rund 230 Forschergruppen und Institute in Nordrhein-Westfalen befassen sich mit Fragen des Umweltschutzes. Technologietransferstellen an den Hochschulen verbinden Wissenschaft und Praxis.
- Über 500 Firmen arbeiten für den Umweltschutz. Nordrhein-Westfälische Unternehmen haben eine starke Position im Markt für Umweltechnik, sie sind teilweise Marktführer.

Ich nenne nur die Rauchgasreinigungstechnik, die Filtertechnik, die Staubmeßtechnik und die Klärtechnik. Anlagen zur Rauchgasreinigung aus Nordrhein-Westfalen, das ist auch in Japan begehrt.

Wir haben jetzt zum ersten Mal die historische Chance, zu zeigen, daß man keine Nachkriegssituation braucht, um eine große Wirtschaftsdynamik zu entfalten.

Unsere große Aufbauleistung, das muß die ökologische und ökonomische Erneuerung der Industriegesellschaft sein. Sie braucht Kreativität und sie bringt Arbeit. In diesem Prozeß können wir in Nordrhein-Westfalen wieder einmal Vorreiter und Motor sein.

Für mich ist das ein Thema von besonderer Bedeutung: Die Entsorgung hochgiftiger Rückstände aus der industriellen Produktion und die Beseitigung von Altlasten.

- die Überwindung der Zweidrittelgesellschaft durch die Weiterentwicklung des Sozialstaates, die Stärkung der privaten Nachfrage, den Abbau der Arbeitslosigkeit und eine Verkürzung der Arbeitszeit,
- die Fortführung der ökologischen Erneuerung des Landes, einschließlich einer sicheren und sparsamen Energieversorgung ohne Atomkraft,
- die sozialverträgliche Gestaltung zukunftsorientierter Technologien,
- die soziale Absicherung in der Entwicklung neuer Dienstleistungen,
- die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen,
- die Verteidigung der Bürgerrechte und die Weiterentwicklung der Demokratie.

Trotz der begrenzten Handlungsspielräume sieht die SPD in NRW gute Chancen, bei der Verwirklichung dieser Ziele in den nächsten Jahren weiter voranzukommen. Für diese Politik der sozialen und ökologischen Vernunft wirbt die SPD um Unterstützung der Bevölkerung, insbesondere der Gewerkschaften, Kirchen, Kultur und Wissenschaft.

5. Die SPD in Nordrhein-Westfalen setzt ihren Schwerpunkt für die kommenden Jahre auf die Konkretisierung und Weiterentwicklung ihrer Politik der sozialen, ökologischen und ökonomischen Erneuerung des Landes. Sie wird hierzu eine Vielfalt von Veranstaltungen auf der Ebene des Landes, der Bezirke und Unterbezirke durchführen.

Antrag-Nr.:	A 3
Antragsteller:	SPD-Landesvorstand
Betreff:	Entscheidung zur Verhinderung des Ausplünderns der öffentlichen Kassen durch die Bundesregierung zugunsten einer vermögenden Minderheit

Sozialdemokraten können grundsätzlich keine Bedenken gegen Steuersenkungen erheben. Es wäre mehr als gerechtfertigt, daß vor allem die Menschen mit kleinem Einkommen auch durch eine spürbare Senkung der Lohnsteuer entlastet würden.

Die gegenwärtige Bundesregierung hat die höchste Lohnsteuerquote zu verantworten, die es jemals seit Bestehen der Bundesrepublik gegeben hat. In wenigen Jahren werden sich mehr als 90 Prozent aller Lohn- und Gehaltsempfänger im progressiven Teil unseres Lohn- und Einkommenssteuersystems befinden.

Die falsche Finanz- und Steuerpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung hindert uns daran, wichtige Aufgaben zu erledigen:

Bereits 1976, also vor mehr als 10 Jahren, hat es im Landtag von Nordrhein-Westfalen eine erste Debatte über die drohende Gefahr der Jugendarbeitslosigkeit und deren Auswirkungen gegeben. Heute müssen wir feststellen: Derzeit gibt es mehr als 600 000 offiziell gemeldete Arbeitslose unter 25 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. Die Zahl der jugendlichen Sozialhilfeempfänger ist innerhalb von 10 Jahren um 400 Prozent auf circa 300 000 gestiegen.

Es ist zynisch und makaber, wenn diese jungen Menschen auf die 90er Jahre verwiesen werden, in denen angeblich der Arbeitsmarkt sich wieder entlasten soll.

Während Millionen qualifizierter Arbeitskräfte auf ihre Chance warten, wird gleichzeitig ein Bedarf an zusätzlichen Tätigkeiten im öffentlichen und gemeinnützigen Bereich für die vielfältigsten Aufgaben der öffentlichen Hand, sei es im Umwelt-

schutz, sei es bei den sozialen Diensten, auf mindestens 1 Million Arbeitsplätze geschätzt. Es ist unerträglich, daß aus finanziellen Gründen Stellen abgebaut werden müssen, wo gleichzeitig der Bedarf an zusätzlichen qualifizierten Arbeitskräften beim Land, bei den Kommunen und den freien Trägern eindeutig nachweisbar ist.

Und es ist unsozial und unmenschlich, die wirtschaftlich Starken in ihrer gesellschaftlichen Vorrangstellung weiter zu bestärken, während immer mehr Menschen an den Rand des Existenzminimums gedrängt werden. So stagniert der Aufwand für die Jugendhilfe seit langem bei etwa einem halben Prozent des Bruttosozialprodukts. Der Inhalt des § 1 des Jugendwohlfahrtsgesetzes, wonach jeder „Anspruch auf leibliche, seelische und körperliche Tüchtigkeit“ hat, ist für viele Kinder und Jugendliche zur Farce geworden. Die Jugend- und Familienpolitik steht mit dem Rücken zur Wand. Sie hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem Reparaturbetrieb für die entwickelt, denen der Zutritt zur mündigen Gesellschaft durch Arbeitslosigkeit verweigert wird.

Wenn wir die Grundsätze einer sozialen Gesellschaft nicht völlig außer Kraft setzen wollen, dann dürften wir nicht in diesen wichtigen Bereichen der Gemeinde- und Landespolitik kürzen, sondern müßten die Mittel aufstocken. Das Land Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren trotz schwieriger Finanzlage in der Jugend-, Familien- und Sozialpolitik und im Bildungsbereich den Trägern und Gemeinden erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. Die dem Landtag vorgelegten Jugend- und Familienberichte fordern den kontinuierlichen Ausbau vieler Aufgaben. Wir wissen wohl, daß wichtige Aufgaben nur deshalb ungenügend bewältigt werden können, weil die erforderlichen Mittel dafür fehlen. Eltern und Verbände fordern zusätzliche Einstellung von Lehrern. Die Kindergärten müßten nach Auffassung von Eltern und Erziehern personell verstärkt werden. Angesichts der vielen Probleme, die sich natürlich auch bei den Kindern auswirken, ist das verständlich. Hochschulen und Weiterbildung fordern mehr Mittel. Im Umweltschutz müßten wir ein Vielfaches von dem tun, was wir heute tun können. Die Gemeinden fordern angesichts ihrer großen Probleme zurecht einen höheren Anteil im Steuerverbund.

Seit Jahren warnen die Wohlfahrtsverbände: „Viele Menschen verarmen und verelenden.“ Das war der Kernsatz einer Aussage des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes im November 1985. Bei der gegenwärtigen Koalition in Bonn ist das alles auf taube Ohren gestoßen. Jetzt müssen die Wohlfahrtsverbände zur Kenntnis nehmen: Durch die Steuermaßnahmen der gegenwärtigen Bundesregierung wird ihre Arbeit erheblich gefährdet.

Wir Sozialdemokraten können und wollen das nicht hinnehmen. Wir brauchen die Leistungen der verschiedenen Verbände, Gruppen und Organisationen in unserem Lande und in den Gemeinden. Wir sind stolz auf die Infrastruktur, die wir geschaffen haben und können deshalb die durch die Bonner Beschlüsse verursachte zwangsläufige negative Entwicklung nicht akzeptieren. Wir müssen kämpfen gegen diese falsche Steuer- und Finanzpolitik. Wir müssen auf die katastrophalen Auswirkungen der Bonner Steuerpolitik aufmerksam machen. Wir fordern die Verbände, die Kirchen, die Organisationen auf, mit uns gemeinsam dieser falschen Politik zu widerstehen.

Es gilt, heute ein Bewußtsein dafür zu schaffen, daß in der jetzigen – von hoher Arbeitslosigkeit geprägten Situation – die öffentliche Hand und hier vor allem Länder und Gemeinden mehr und nicht weniger Mittel brauchen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat in der Vergangenheit das in seinen Kräften stehende getan, um den notwendigen Ausgleich der Finanzkraft zwischen den Gemeinden herzustellen. Mit dem Gemeindefinan-

zierungsgesetz 1988 wird die Bedarfsbestimmung im kommunalen Finanzausgleich verbessert. Den strukturschwachen Gemeinden soll zudem dadurch geholfen werden, daß künftig die Zahl der Arbeitslosen und die Dauer der Arbeitslosigkeit als Bedarfselemente in das System der Verteilung der Schlüsselzuweisungen aufgenommen werden.

Für uns kommt die immer wieder geforderte Abschaffung der Gewerbesteuer so lange nicht in Frage, wie eine Neuordnung des kommunalen Steuersystems nicht erfolgt ist. Unter den gegebenen Bedingungen fordern wir die Neuordnung der Gewerbesteuer; notwendig ist vor allem die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer, wie dies der Deutsche Städtetag parteiübergreifend vorgeschlagen hat. Nur so können die Wirksamkeit des Hebesatzrechts der Gemeinden gesichert und die Finanzautonomie der Gemeinden gewahrt werden.

Für uns Sozialdemokraten sind handlungsfähige Länder und Gemeinden und leistungsfähige Gemeinden unverzichtbare Elemente der sozialstaatlichen Demokratie. Daran hat sich die Finanz- und Steuerpolitik zu orientieren und nicht an den ungeordneten Umverteilungsvorstellungen der gegenwärtigen Bonner Koalition.

Antrag-Nr.:	A 4
Antragsteller:	SPD-Landesvorstand
Betreff:	Die Zukunft des Landes in einer von Technik geprägten Gesellschaft

Sozialdemokratische Forschungs- und Technologiepolitik in Nordrhein-Westfalen hat erfolgreich den Weg der ökonomischen, ökologischen und sozialen Erneuerung unseres Industrielandes eingeschlagen.

Wir Sozialdemokraten sind uns der Verantwortung für eine Zukunft unseres Landes bewußt, in der neue Gestaltungsspielräume von Technik genutzt und die Risiken des technischen Fortschritts beherrscht werden.

In der Duisburger Erklärung von 1983 haben wir die Grundlagen unseres Umgangs mit der verfügbaren Technik und den Möglichkeiten der technologischen Entwicklung formuliert:

„- Die technologische Entwicklung hat den Menschen schier unbegrenzte Möglichkeiten der individuellen und sozialen Entfaltung geschaffen, gleichzeitig aber Wege zu sozialen Katastrophen und zur Selbstvernichtung der Menschheit geöffnet. Technik bietet die Möglichkeit, immer mehr, immer neue und immer bessere wirtschaftliche Güter und Leistungen zu erstellen. Technik ersetzt dabei zunehmend menschliche Arbeitskraft. Dies bietet die Chance, Arbeitsleid zu mindern und Arbeitszeit zu verkürzen. Dies birgt die Gefahr, daß nicht alle, die Arbeit suchen, auch Arbeit finden.“

- Technik hat zur Beherrschung der Natur und zur Nutzung der natürlichen Ressourcen durch den Menschen geführt. Technik gefährdet nun aber zunehmend die Natur und die natürlichen Lebensgrundlagen.

- Technik hat Waffensysteme möglich gemacht, mit denen die Menschheit erstmals in ihrer Geschichte in der Lage ist, sich selbst zu vernichten.“

Reichtum und Risiken durch Technik

Die Welt des 20. Jahrhunderts ist Ergebnis des technischen Fortschritts und seiner ökonomischen Verwertung. Der techni-

sche Fortschritt ermöglichte den Industriegesellschaften einen bisher einmaligen materiellen Lebensstandard, an dem gleichwohl nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen teilhaben.

Die Industriegesellschaften sind so reich, daß die Menschen nicht Sklaven der Technikentwicklung sein müssen, sondern zwischen technologischen Optionen auswählen können. Diese Auswahl ist nötig vor der Erfahrung, daß Reichtumsproduktion auch Risikoproduktion ist. Beide sind das Ergebnis hochentwickelter Produktivkräfte. Diese Risiken müssen wir beherrschen lernen.

Humanverträglichkeit

Für Sozialdemokraten ist unabdingbar: Technik muß sich orientieren am menschlichen Maß. Techniken, die einen Menschen voraussetzen, der keine Fehler macht, sind inhuman. Genauso inhuman sind Techniken, die den neuen Menschen schaffen wollen.

Sozialverträglichkeit

Technikanwendung darf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen nicht verschlechtern. Wir brauchen Prinzipien für die Anwendung von Technik, die das Ziel „Humanisierung der Arbeit“ in den Vordergrund stellen.

Neue Techniken dürfen die demokratischen Grundrechte nicht gefährden. Techniken, die immer stärkere Kontrollen und Überwachung nötig machen, die damit die Freiheitsrechte des einzelnen einschränken, sind nicht vereinbar mit den Grundsätzen unseres demokratischen Rechtsstaates.

Umweltverträglichkeit

Technik darf die Regenerationsfähigkeit unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht überfordern. Es kann keinen Fortschritt auf Kosten der Umwelt geben. Ökonomie und Ökologie dürfen keine Gegensätze sein.

Völkerverträglichkeit

Besondere Aufmerksamkeit in der Entwicklung von Wirtschaft und Technik muß auf den Komplex der Waffentechnik gerichtet werden. Aller Fortschritt wird zweifelhaft, wenn durch die Überrüstung die Weltkatastrophe faktisch programmiert wird.

Technologischer Entwicklungsstand und technologische Perspektiven in NRW

Als industrielles Herz der Bundesrepublik hat Nordrhein-Westfalen eine besondere Verantwortung bei der Beherrschung des technologischen Wandels.

- Mit dem Aktionsprogramm Ruhr wurde gezeigt, wie die Erneuerung einer alten Industrielandschaft angegangen werden kann.

- Mit der Nordrhein-Westfalen-Initiative Zukunftstechnologien hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen deutlich gemacht, daß eine enge Verknüpfung von Technologie, Forschungs- und Wirtschaftspolitik mit dem Umweltschutz, der Umweltvorsorge und der Sozialverträglichkeit möglich und erfolgreich ist:

- Nordrhein-Westfalen verfügt über eine quantitativ und qualitativ gut ausgebaute Infrastruktur und damit über eine der wesentlichen Voraussetzungen für technologische Innovationen.

- Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste und industriestärkste Bundesland und bietet hervorragende Voraussetzungen für eine breit angelegte und effektive Wissenschafts- und Forschungspolitik. Nordrhein-Westfalen hat 15 Universitäten, 11 Fachhochschulen, 13 Bundesforschungsanstalten, 3 Großforschungseinrichtungen, 10 Max-Planck-Institute, 6 Institute der Fraunhofer-Gesellschaft und weitere 9 institutionell geförderte Forschungseinrichtungen. Mit dieser „Forschungslandschaft“ hält Nordrhein-Westfalen die Spitzenstellung in der Bundesrepublik Deutschland.
- In Nordrhein-Westfalen arbeiten viele hervorragend ausgebildete Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler; die Qualifikation der Facharbeiter ist seit Jahrzehnten ein wesentlicher Grund für die großen Erfolge der deutschen Industrie, auch im Export.
- Nordrhein-Westfalen hat eine vielfältige Industriestruktur mit leistungsfähigen Unternehmen, vom Weltkonzern bis zur kleinen Tüftlerwerkstatt.
- Nordrhein-Westfalen hat bereits jetzt bundesweit die führende wissenschaftliche und wirtschaftliche Position in der Umweltforschung und -industrie und ist damit das Zentrum der deutschen Umweltschutzwirtschaft. Eine wichtige Grundlage für den umwelttechnischen Fortschritt in Nordrhein-Westfalen sind die Leistungen der Hochschulforschung, die im Umweltschutz und in Umwelttechnologien wissenschaftliche Schwerpunkte gesetzt haben.
- Praktisch alle Hochschulstandorte und alle natur- und ingenieurwissenschaftliche Fächer sind in den Bereichen Umwelttechnologie, Umweltforschung und Umweltschutz tätig.
- Eine wesentliche Voraussetzung für eine sozialverträgliche Technikentwicklung ist nicht zuletzt die Entscheidung des Landtags von Nordrhein-Westfalen, eine Kommission „Mensch und Technik“ einzusetzen, die mögliche Linien der technischen Entwicklung und ihrer sozialen Gestaltung erörtert, sich um eine Folgenabschätzung bemüht, mögliche Handlungsalternativen aufzuzeigen versucht und Entscheidungen des Landtags auf diesem Feld vorbereitet.

Politik und Technik

Wir Sozialdemokraten halten einen breiten gesellschaftlichen Konsens über den vernünftigen Umgang mit Technik und Technikfolgen für notwendig. Für uns sind weder pauschale Technikbejahung noch allgemeine Technikverneinung, weder Technikoptimismus noch Technikpessimismus Maßstäbe unseres Handelns. Nicht der Austieg aus der Technik, sondern deren human-, sozial-, umwelt- und völkerverträgliche Auswahl und Gestaltung ist die politische Aufgabe.

Damit stellt sich das Problem der Verantwortung für die Technikentwicklung und ihre Folgen. Zentrale Fragen der Gesellschaft werden zur Zeit in den Forschungslabors von Hochschulen und Unternehmen wesentlich beeinflusst und vorbestimmt. Für die Folgen aber wird vielfach der Staat verantwortlich gemacht, wiewohl er sie nicht ausgelöst hat.

Die Anwendung neuer Technologien kann nicht allein privatwirtschaftlichen Entscheidungen überlassen bleiben; denn der Markt ist blind für langfristige ökologische und soziale Folgen kurzfristiger unternehmerischer Optimierungen.

Unsere Erfahrung ist: In der Gesellschaft von heute gibt es noch keinen Konsens über die Verantwortung für die technische Entwicklung und ihre Folgen. Daher muß geklärt werden, wie der Staat hinsichtlich der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung seiner Rahmenverantwortung gerecht werden kann.

Für die praktische Politik heißt dies: Der Staat muß den rechtlichen Rahmen dafür setzen, daß bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen die Verträglichkeit mit dem Menschen, der Umwelt, der Sozialstruktur und dem Völkerfrieden beachtet wird. Forschungsergebnisse müssen neben der Prüfung auf technische Funktionsfähigkeit und betriebswirtschaftliche Einsetzbarkeit auch auf ihre wirtschafts- und sozialpolitische Konsequenz hin untersucht werden.

Der Staat muß einen Grundkonsens darüber herbeiführen, daß die Bedürfnisse der Menschen nach humaner und naturverträglicher Gestaltung zum Maß der Technikanwendung gemacht werden können. Da dies eine existentielle Frage unserer Gesellschaft und ihrer natürlichen Lebensgrundlagen ist, muß in einer breiten öffentlichen Diskussion der Rahmen für Technikgestaltung und Technikeinsatz gefunden werden. Wissenschaft, Arbeitgeber, Gewerkschaften und der Staat tragen dabei eine besondere Verantwortung, diese öffentliche Diskussion anzuregen und gemeinsam zu führen.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen Gespräche mit allen gesellschaftlichen Kräften über Zukunftsgestaltung und Zukunftsverantwortung in einer von Technik geprägten Gesellschaft suchen.

Der Landesvorstand wird beauftragt, die Arbeiten der von ihm eingesetzten Kommission „Politik und Technik“ fortzusetzen.

Auf Landesebene sind Gesprächskreise und Veranstaltungen mit den in technischen Berufen Arbeitenden zu organisieren. Die Erfahrungen aus diesen Gesprächen sollen in die politische Meinungsbildung der Partei einfließen.

Die Kommission „Politik und Technik“ soll für den Landesvorstand die politischen Eckpunkte zur Forschungs- und Technologiepolitik in Nordrhein-Westfalen konkretisieren und weiterentwickeln. Sie soll Thesen über das Verhältnis staatlicher Verantwortung und technologischer Entwicklung erarbeiten. Diese Thesen sollen Grundlage für Gespräche mit Wissenschaft, Forschung und Technik sein.

Der Landesvorstand wird aufgefordert, die Ergebnisse der Arbeiten zum Verhältnis von Politik und Technik in die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der SPD einzubringen.

Antrag-Nr.:	A 5
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Wupperthal
Betreff:	Qualifizierungspakt

Landtagsfraktion und Landesregierung werden aufgefordert, ihre langfristige und kontinuierliche Politik der Qualifizierung fortzuentwickeln. In einem Qualifizierungspakt zwischen Land, Arbeitgebern und Gewerkschaften ist die berufliche Existenz der Arbeitnehmer zu sichern und zu verbessern und damit auch die Wirtschaftskraft unseres Landes zu stabilisieren. Hierzu wird ein koordiniertes allgemeines und berufliches Weiterbildungskonzept auf der Grundlage der regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation erstellt. Eine Qualifizierungspolitik auf Landesebene kann allerdings nicht die fehlende aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Bundes ersetzen.

Antrag-Nr.:	A 6
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Steinfurt
Betreff:	Kampagne zur 35-Stunden-Woche

Die SPD in NRW unterstützt den gewerkschaftlichen Kampf zur Verkürzung der Arbeitszeit. Dies gilt insbesondere für die ge-

werkschaftliche Kampagne zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in den Tarifauseinandersetzungen 1987 und darüber hinaus.

Antrag-Nr.: A 8
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Mettmann
Betreff: Agrarsubventionen

Die SPD in Nordrhein-Westfalen fordert eine Änderung des Systems der Agrarsubventionen. Insbesondere ist eine Subventionierung unabhängig von der Betriebsgröße abzulehnen. Den einkommensschwachen Klein- und Mittelbetrieben muß durch eine Umverteilung der vorhandenen Mittel geholfen werden. Dabei müssen vor allem Leistungen für die Pflege der Landschaft berücksichtigt werden.

Antrag-Nr.: A 9
Antragsteller: SPD-Bezirk Niederrhein
Betreff: Ausbildungsplatzfinanzierung

Bundestagsfraktion und Landesregierung werden aufgefordert, sich für folgende Änderungen in dem geplanten Ausbildungsplatzfinanzierungsgesetz einzusetzen:

- Es ist klarer herauszustellen, daß Jugendliche nur in nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) anerkannte Berufe vermittelt werden sollen.
- Es ist deutlich zu machen, daß mittels der erhobenen Beiträge jeder unvermittelte Jugendliche einen qualifizierenden Ausbildungsplatz erhalten kann.
- Es ist sicherzustellen, daß durch die Förderung nicht betriebliche Ausbildungsplätze, welche die Betriebe im Rahmen ihrer Ausbildungsquote bereitzustellen haben, mit finanziert werden.
- Den Jugendlichen, welche im Rahmen der Förderung ausgebildet werden, ist eine tarifliche Ausbildungsvergütung zu zahlen.

Antrag-Nr.: A 13
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Unna
Betreff: Finanzierung von Ausbildungsplätzen im dualen Ausbildungssystem

1985 hat die Afa-Landeskonferenz eine landeseigene gesetzliche Regelung über eine Meldepflicht und eine allgemeine Ausbildungsplatzabgabe nur in NRW mit folgender Begründung als nicht sinnvoll bezeichnet:

- Unterstützung der von den SPD-regierten Bundesländern eingebrachten Bundratsinitiative für eine bundesgesetzliche Regelung zur Lehrstellenfinanzierung durch die Wirtschaft.
- Falls diese scheitert, deutliche landeseigene Anstrengungen, Ersatzlösungen unterhalb gesetzlicher Anstrengungen für das gleiche Ziel zu finden.

1987 ist festzustellen, daß die Zahl der von der Wirtschaft zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze nach wie vor nicht ausreicht und nur durch außergewöhnliche finanzielle Anstrengungen der öffentlichen Hände (Bund, Länder und Kommunen) und mit übermäßig eingesetzten Mitteln der beitragszahlenden Arbeitnehmer (Bundesanstalt für Arbeit) die Ausbildungsplatznot gemildert werden konnte.

Die begrüßenswerten Anstrengungen des Landes über Jahre hinweg, mit rund 760 Millionen DM Ausbildungs- und Arbeits-

plätze für Jugendliche zu schaffen, haben das Problem verdeckt.

Die ständig vorgetragene Bereitschaft der privat organisierten Wirtschaft, im dualen Ausbildungssystem Ausbildungsplätze und deren Finanzierung zu garantieren, wird seit Jahren nicht mehr erfüllt.

Unter Berufung auf die Gesamtzahl der angebotenen Ausbildungsplätze, deren Steigerungsrate überwiegend vom Steuer- und Beitragszahler finanziert wird, schmückt man sich mit fremden Federn, anstatt (über eine gestaffelte Kammerabgabe z. B.) die nicht ausbildungsplatzfähigen oder ausbildungswilligen Betriebe an der Finanzierung zu beteiligen.

Daran schließt sich unsere derzeitige Forderung an:

1. in Verhandlungen mit den Verbänden von Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie und den zuständigen Kammern die Umlagefinanzierung als Selbstverpflichtung der beteiligten Wirtschaftskreise sicherzustellen;
2. mit regionalen, branchenbezogenen Daten über Angebot und Nachfrage bei Ausbildungsplätzen beständig Druck auszuüben, damit in regelmäßigen, regionalen Ausbildungsplatzkonferenzen/-gesprächen mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberorganisationen und den Kommunen die notwendigen Maßnahmen zu erörtern und zu veranlassen, einschließlich ergänzender Unterstützung der öffentlichen Hand.
3. Falls solche selbstverpflichtenden freiwilligen Maßnahmen in der Wirtschaft nicht durchsetzbar sind, sind eigene landesgesetzliche Regelungen unvermeidbar.

Antrag-Nr.: A 16
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Gütersloh
Betreff: Bekämpfung von Jugend- und Mädchenarbeitslosigkeit

Die Bekämpfung der Mädchenarbeitslosigkeit kann nicht von einer Verbesserung der gesamten Beschäftigungslage getrennt werden. Trotzdem ist es notwendig, spezielle Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugend- und Mädchenarbeitslosigkeit zu ergreifen.

Wir fordern zum Kampf gegen Mädchenarbeitslosigkeit von der Landes- und Bundesregierung:

- die Schaffung von ausreichenden qualifizierten und zukunftsorientierten Ausbildungsplätzen im Rahmen des Ausbaus außerbetrieblicher Ausbildungsplätze,
- die prinzipielle Öffnung aller Ausbildungsgänge für Mädchen,
- gezielte Fördermaßnahmen für die Ausbildung und Beschäftigung von Mädchen im gewerblich-technischen Bereich,
- betriebliche Frauenförderpläne,
- die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung und den Aufbau eines umfassenden Kollegstufensystems, um allen Mädchen diese gewünschte Ausbildung zu garantieren,
- dem unterrepräsentierten Geschlecht bei gleicher Qualifikation solange Vorrang einzuräumen, bis eine Parität der Geschlechter erreicht ist.

Antrag-Nr.: A 17
Antragsteller: SPD-Ortsverein Langenberg
Betreff: Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung auf den Umweltschutz

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß die Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte auch im Umweltschutz im Betriebsverfassungsgesetz und im Personalvertretungsgesetz verankert wird.

Bezogen auf die Zuständigkeit des Landesgesetzgebers richtet sich diese Forderung auch an die SPD-Landtagsfraktion.

Antrag-Nr.: A 18
Antragsteller: SPD-Ortsverein Vlotho
Betreff: Gegen die Benachteiligung von Arbeitern

Alle SPD-Mitglieder in allen Organisationsgliederungen, Gremien und Institutionen sowie Parlamenten werden aufgefordert, die Benachteiligung von Arbeitern zu beseitigen und die Rechte der Arbeiter denen der Angestellten gleichzustellen.

Antrag-Nr.: A 19
Antragsteller: SPD-Unterbezirk
Betreff: Dienstleistungsabend

Sozialdemokraten in Kommunal-, Landes- und Bundespolitik sind aufgefordert, die Gewerkschaft in ihrem Kampf gegen die Einführung des sogenannten „Dienstleistungsabends“ zu unterstützen.

Antrag-Nr.: A 20
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Dortmund
Betreff: Aktuelle Situation in der Eisen- und Stahlindustrie

Der Landesparteitag solidarisiert sich mit den um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Arbeitnehmern in der Eisen- und Stahlindustrie. Die derzeitige Bundesregierung hat sich als unfähig erwiesen, auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft eine Stahlpolitik durchzusetzen, die den Interessen der heimischen Stahlwirtschaft und ihrer Beschäftigten entspricht. Die Bundesregierung ist deshalb verantwortlich für den drohenden bzw. schon beschlossenen Niedergang ganzer Stahlstandorte und die damit verbundene katastrophale Beschäftigungsentwicklung.

Angesichts dieser Entwicklung fordert der Landesparteitag:

- die Sicherung und Erhaltung der Stahlstandorte
- die unbefristete Sicherung der Montanmitbestimmung
- vorgezogene Altersruhegeldregelungen für Stahlarbeiter
- die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den Stahlregionen als Ausgleich für schon vernichtete Arbeitsplätze durch Ansiedlungsmaßnahmen der Stahlkonzerne und ihrer Muttergesellschaften
- die Aufstockung der Bundeszuweisungen für Investitionen in den Stahlregionen nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für die Jahre 1988 bis 1990 von jährlich 30 Mio DM auf 120 Mio DM
- die Unterstützung der „Zukunftsinitiative Montanregionen“ des Landes NRW durch Bereitstellung von Finanzhilfen des Bundes nach Art. 104 a (4) des Grundgesetzes in Höhe von 500 Mio DM für 4 Jahre, von denen das Land ein Drittel zur Verfügung stellt.

Nachdem der EG-Ministerrat in seiner Sitzung am 21. 9. 1987 erneut keine Übereinstimmung über Ausmaß und Organisation des Abbaus von Stahl-Überkapazitäten im Gemeinsamen Markt erzielen konnte, bleibt die Bundesregierung unverändert aufgefordert, auf der Basis eines eigenen Stahlkonzeptes für die Sicherung des deutschen Anteils an der europäischen Stahlerzeugung Sorge zu tragen. Ziel dieser Anstrengung muß es sein, eine größtmögliche Anzahl von Arbeitsplätzen in einer modernen und wettbewerbsfähigen deutschen Stahlindustrie zu erhalten, da der Industriestandort Bundesrepublik Deutschland auf keinen Fall auf eine eigene und moderne Stahlbasis verzichten kann.

Die dramatische Situation in der Stahlindustrie erfordert auch zukünftig eine Sozialplan-Politik. Allerdings darf Stahlpolitik nicht zu einer „sozialverträglichen Arbeitsplatzvernichtungsstrategie“ degenerieren. Der Landesparteitag unterstützt deshalb die Forderung der Industriegewerkschaft Metall nach einer „Beschäftigungsgesellschaft“ für Arbeitnehmer in der Stahlindustrie nachhaltig. Im Rahmen dieser „Beschäftigungsgesellschaft“ müssen Stahlarbeiter weiter qualifiziert werden, um Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Stahlproduktion, insbesondere in den Muttergesellschaften der Stahlkonzerne, zu erschließen. Darüber hinaus hat die „Beschäftigungsgesellschaft“ die Aufgabe, bei der Sanierung von Altlasten sowie im allgemeinen Umweltschutz mitzuwirken und neue, intelligente Produkte, die im Rahmen der Stahlindustrie bzw. der Muttergesellschaften der Stahlkonzerne gefertigt werden können, zu entwickeln.

Zu berücksichtigen ist, daß Stahlarbeiter, die im Rahmen der „Beschäftigungsgesellschaft“ tätig werden, weiterhin bei den Stahlkonzernen arbeitsvertraglich gebunden bleiben und damit alle sozialen Rechte und Leistungen, die sich aus diesen Arbeitsverhältnissen ergeben, in Anspruch nehmen können. Die Bundesregierung muß kurzfristig die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, um die oben genannten Maßnahmen finanziell abzusichern. Darüber hinaus hat die Bundesregierung die Pflicht, auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft endlich nachhaltig für den Abbau der Stahl-Subventionen in fast allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft einzutreten.

Der Landesparteitag fordert in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften die Einrichtung eines Stahlausschusses bei der Bundesregierung, in dem Bund, Länder, Gemeinden, Unternehmen und Gewerkschaften vertreten sind.

Wenn die geforderten Maßnahmen an privatwirtschaftlichen Engpässen scheitern, sind gemeinwirtschaftliche Lösungen unumgänglich.

Initiative
Antrag-Nr.: 1 (Antrag B.0)
Betreff: Die nationale Energiereserve erhalten

Die immer deutlicher werdende „Anti-Kohle-Politik“ des Bundeswirtschaftsministers mit der erklärten Absicht, die kohlepolitischen Förderinstrumente massiv einzuschränken, führt zu einer akuten Bedrohung des Bergbaus und einer Vielzahl von Arbeitsplätzen. Als Ergebnis dieser Wende-Politik droht bis 1990:

- Absatzverlust 30 Mio Tonnen Steinkohle,
- Wegfall von 60 000 Arbeitsplätzen im Bergbau,
- Wegfall von 15 000 Ausbildungsplätzen im Bergbau,
- Wegfall von 78 000 Arbeitsplätzen in vor- und nachgelagerten Bereichen.

Dies kann zum sozialen Elend und zum Niedergang ganzer Regionen führen, und es werden Förderstrukturen zerschlagen, die wir morgen dringend benötigen.

In dieser aktuellen energiepolitischen Situation fordern die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen:

- Sicherheit für die Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland durch die dauerhafte Sicherung des deutschen Steinkohlenbergbaus.
- Sicherheit für die Bergleute und ihre Familien.
- Sicherheit und wirtschaftliche Zukunft für die Bergbaustädte und -regionen.

Nach Tschernobyl waren sich alle Parteien einig, daß die Kernenergie aufgrund des hohen Risikopotentials nur noch für eine Übergangszeit verantwortlich ist.

Zur Erreichung dieses Ziels darf deshalb das entscheidende Standbein „deutsche Kohle“ zur Sicherung der nationalen Energieversorgung nicht abgeschlagen werden. Dieser gemeinsame politische Wille wird nun durch die Bonner „Anti-Kohle-Politik“ aufgegeben.

Wir Sozialdemokraten bleiben dabei: Der beste Weg, die deutsche Steinkohle und Braunkohle langfristig zu sichern, ist der schnellstmögliche Ausstieg aus der Kernenergie. Wer jetzt den deutschen Bergbau absaufen läßt, der will in Wahrheit den Ausstieg aus der Kernenergie verhindern.

Für uns Sozialdemokraten gilt nach wie vor: Der gemeinsam gewollte und für die Zukunft nötige Kohleanteil ist jetzt zu sichern.

Aus Verantwortung für die nationale Energiepolitik fordern wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit uns alles zur Sicherung eines größtmöglichen Beitrages der heimischen Kohle zur Sicherung der nationalen Energieversorgung zu unternehmen. Wir unterstützen das Konzept der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie und bekräftigen seine Kernforderungen:

1. Notwendig ist eine Bestätigung der politischen Rahmenbedingungen der Kohlevorrangpolitik und die Sicherung ihrer Instrumente.

2. Für die Verstromung heimischer Steinkohle bedeutet dies: Sicherung der Grundlage (Kohlepfeffer) des Jahrhundertvertrages, damit die vereinbarten Einsatzmengen in voller Höhe eingesetzt werden können.

3. Um sofort einen größeren Einsatz der deutschen Steinkohle zu erreichen, muß zusätzlich der Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung um mindestens 10 % zurückgefahren werden. Dies ermöglicht es, die aus anderen Gründen notwendige Anpassung der Förderkapazitäten sozial verträglich zu gestalten.

4. Die über diesen Weg erreichten Einsatzmengen müssen als Basis für den Nachfolgerevertrag gelten.

5. In der Verhüttung wird heimische Steinkohle bedarfsdeckend eingesetzt. Für Koks-Kohle-Lieferungen in die EG wird entsprechend den betroffenen Vereinbarungen anlässlich der Nachfolgeregelung zum Hüttenvertrag für eine Übergangszeit ein Ausgleich zwischen kostendeckendem Preis und Weltmarktpreis gewährt. Die Vereinbarungen aus der Kohlerunde 1983 und anlässlich der Verlängerung des Hüttenvertrages 1985 müssen eingehalten werden. Die Beihilfezahlung für Koks- und Kohlekoks-Lieferungen in übrige EG-Länder, wie 1983 vereinbart und 1985 erneut zugesichert, müssen beibehalten werden.

6. Wir fordern eine weitere Beschränkung für den Import von Kohle aus Drittländern und halten am Öl-Verdrängungsnachweis fest.

Angesichts des drohenden Verlustes von 75 000 Arbeitsplätzen im Bergbau und weiteren 78 000 Arbeitsplätzen in vor- und nachgelagerten Bereichen in einer Region, die ohnehin schon schwere Lasten zu tragen hat, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen aller Parteien. Die SPD hat ihren Anteil dazu schon über viele Jahre geleistet und unternimmt neue Anstrengungen mit der soeben vom Land Nordrhein-Westfalen beschlossenen Initiative zur Unterstützung der Montanregion.

Die Bundesregierung und die Unionsparteien haben ihren Erklärungen, dem Bergbau helfen zu wollen, bisher keine Taten folgen lassen.

Wir fordern alle an der Energiepolitik Beteiligten auf, gemeinsam mit uns ihren Beitrag zur Lösung der Krise zu leisten, damit durch eine langfristige Perspektive die deutsche Kohle, die Bergleute, ihre Familien und die Bürger der Bergbaureviere eine sichere Zukunft haben.

Antrag-Nr.:	B 1
Antragsteller:	SPD-Landesvorstand
Betreff:	Energiepolitik für die Zukunft – Kohle und moderne Technik statt Atomkraft

I.
In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des SPD-Bundesparteitages 1986 in Nürnberg und dem in Offenburg beschlossenen Regierungsprogramm 1987 – 1990 stellt die SPD in Nordrhein-Westfalen fest:

Der Aufbau einer sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung ohne Atomkraft ist eine zentrale industrie- und technologiepolitische Aufgabe im Rahmen der ökonomischen und ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft.

Für Nordrhein-Westfalen, das Energiezentrum der Bundesrepublik Deutschland, liegt darin eine besondere Herausforderung.

Die Tatsache, daß die SPD derzeit weder im Deutschen Bundestag noch im Bundesrat eine Mehrheit hat, und die Tatsache, daß von den derzeitigen Mehrheiten auf Bundesebene der Aufbau einer sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung ohne Atomkraft nicht gewollt, sondern blockiert wird, bedeutet für uns in Nordrhein-Westfalen nicht, daß wir auf das Umsteuern in der Energiepolitik verzichten. Wir bekräftigen, was der außerordentliche Bundesparteitag 1987 in Bonn einstimmig festgestellt hat:

„Seit Jahren ringt die SPD um eine sichere, umweltfreundliche Energieversorgung ohne Atomkraft. Sie bleibt unser Ziel. Solange die Gesetzgebungsmehrheit für den energiepolitischen Wandel fehlt, werden wir den Umbau überall da vorantreiben, wo die geltenden Gesetze dazu Raum geben. Wir stehen zu unserer Aussage, daß bei ernsthaftem Wollen und bei entsprechenden Gesetzgebungsmehrheiten dieses Ziel innerhalb von zehn Jahren erreichbar ist.“

Wir müssen deshalb an allererster Stelle um Mehrheiten kämpfen, die das Umsteuern in der Energie- und Forschungspolitik und die unverzichtbaren Veränderungen von Bundesrecht überhaupt erst ermöglichen.

Bis dahin können wir nur die im Rahmen geltender Gesetze gegebenen Möglichkeiten auf Landesebene und in den Kommunen nutzen, um schrittweise eine neue Energiepolitik zu verwirklichen. Der Ausstieg aus der Atomkraftnutzung kann nur Zug um Zug im Rahmen des jeweils geltenden Rechts erfolgen.

II.
Die SPD will die ökologische und ökonomische Erneuerung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen. Dazu gehört in besonderem Maße das Umsteuern der Politik hin zu einer sicheren, umweltfreundlichen Energieversorgung.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen eine sichere Energieversorgung, die ohne Kernenergie auskommen kann. Unser Nein zur weiteren Nutzung der Atomkraft gilt ohne Unterschied für alle Reaktortypen, auch für den THTR. Die nordrhein-westfälische SPD will mit allen rechtsstaatlich möglichen Mitteln so schnell wie möglich die Nutzung der Atomkraft zur Stromerzeugung beenden.

Deshalb fordern wir eine nationale Forschungsinitiative für neue Energie, den Vorrang der heimischen Kohle, rationelle Energieverwendung und einen Stufenplan zum Ausstieg aus der Nutzung von Atomkraft, in den alle Kernkraftwerke einbezogen werden müssen. Das schließt alle Reaktoren ein; in Nordrhein-Westfalen den SNR 300, den THTR und den Siedewasserreaktor in Würgassen.

In der aktuellen energiepolitischen Auseinandersetzung sind für die SPD in Nordrhein-Westfalen sechs Punkte von besonderer Bedeutung:

1. Alle bisher in der Landesplanung vorgesehenen Reserveflächen für Atomanlagen werden gestrichen.

2. Der SNR 300 kann nach unserer Erkenntnis auf der Grundlage geltenden Rechts aus Sicherheitsgründen keine Betriebsgenehmigung erhalten. Wir sagen Nein zum Einstieg in die großtechnische Plutoniumwirtschaft und der damit verbundenen Wiederaufbereitung.

3. Alle anderen Atomanlagen in NRW werden zur Zeit einer generellen Sicherheitsüberprüfung unterzogen, an der auch Wissenschaftler beteiligt sind, die der Atomkraft kritisch gegenüberstehen. Ergibt die Sicherheitsüberprüfung keine schwerwiegenden, nicht beseitigbaren Sicherheitsbedenken und wird von den Betreibern der nach geltendem Recht vorgeschriebene Nachweis der Entsorgung erbracht, dann kann der Weiterbetrieb bzw. die Betriebsgenehmigung nicht versagt werden, solange die Bemühungen der SPD zur Veränderung des geltenden Atomrechts keine Mehrheit haben.

4. Die SPD Nordrhein-Westfalen steht auf dem Boden geltenden Rechts. Sie fordert die Landesregierung auf, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln die Nutzung der Atomkraft so schnell wie möglich zu beenden und hinsichtlich der stromerzeugenden Kernkraftanlagen SNR 300, THTR 300 und Kraftwerk Würgassen alle im Rahmen des geltenden Rechts gegebenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um endgültige Betriebsgenehmigungen zu verhindern bzw. bereits erteilte zu widerrufen.

5. Die SPD setzt sich für die direkte Endlagerung ein. Gleichzeitig lehnt sie längerfristige Zwischenlösungen in Zwischenlagern für abgebrannte Brennelemente ab. Daher kann eine Inbetriebnahme des Brennelementezwischenlagers in Ahaus nur erfolgen, wenn die Eignung des vorgesehenen Endlagers nachgewiesen ist. Das bezieht sich auch auf die Einlagerung von Brennelementen des Thoriumhochtemperaturreaktors.

6. Wir wollen auf unserem Markt keinen subventionierten ausländischen Strom und wir wollen nicht die Überkapazitäten bei unseren Nachbarn finanzieren. Um das zu verhindern, müssen alle geeigneten Wege überprüft werden – auch die Überführung privater Stromversorgungsnetze in Gemeineigentum. Auf keinen Fall dürfen durch solche Stromimporte die Verstromung der heimischen Steinkohle, der Jahrhundertvertrag und die erforderliche Anschlußregelung gefährdet werden.

Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion haben auf dem Weg zu einer sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung schon mehr getan als alle anderen Bundesländer, in denen es kerntechnische Anlagen gibt. Gerade in den sechs vorgenannten Punkten wurden und werden alle bestehenden rechtlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft. Das wird auch deutlich in den auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion gefaßten Beschlüssen des Landtages in Nordrhein-Westfalen vom 4. Juni 1986 „Konsequenzen für die Politik nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl“ und vom 10. Juli 1986 „Umsteuern in der Energie-Politik – Zukunft von SNR 300 und THTR 300“ und zahlreichen Initiativen der Landesregierung.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion auf, auf diesem Weg im Rahmen ihrer Möglichkeiten konsequent weiter voranzugehen. Zentrale Ziele dabei müssen sein:

- Vorrang für die umweltgerechte Gewinnung und Nutzung der heimischen Stein- und Braunkohle. Das ist für die heute überschaubare Zukunft die einzige sichere Grundlage der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland.
- Rationelle Energieversorgung und -verwendung, um

knappe Ressourcen zu schonen, die Umweltqualität zu verbessern und die Versorgungssicherheit zu erhöhen.

- Dabei sind Forschungsanstrengungen darauf zu richten, daß längerfristig vor allem die solare Wasserstoffwirtschaft mit Sonnenenergie als Energiequelle, Photovoltaik (direkte Umwandlung von Licht in elektrische Energie) und Wasserstoff als Energieträger wesentliche umweltverträgliche und ungefährliche Pfeiler einer qualitativ neuen Energieversorgung werden.

Die Landesregierung soll schnellstmöglich einen Bericht vorlegen, in welcher Weise und in welchen Fristen der Übergang zu einer Energieversorgung ohne Atomkraft vollzogen werden kann.

III.

Zur Erreichung dieser Ziele sind folgende Vorhaben vorrangig, für deren Verwirklichung wir um die erforderlichen Mehrheiten im Bund und in den Ländern kämpfen:

- Neustaltung des Energierechts, insbesondere des Energiewirtschaftsgesetzes, vor allem mit dem Ziel der ressourcenschonenden und umweltverträglichen Stromerzeugung und zur Verbesserung des Wirkungsgrades des Gesamtenergiesystems. Die Kosten einer sicheren heimischen Energieversorgung müssen gleichmäßiger auf alle Energieträger verteilt werden. Der „Kohlepfennig“ muß beibehalten werden.
- Verstärkte Förderung des Energie- und Stromsparens durch rationelle Energie- und Stromnutzung.
- Förderung und verstärkte Nutzung unerschöpflicher Energiequellen.
- Rückkehr zur Kohlevorrangpolitik; Verlängerung des Jahrhundertvertrages auf der Basis des Mengengerüsts, das bisher für die Zeit bis 1995 geplant ist, um der wichtigsten heimischen Energiequelle eine sichere Zukunft zu schaffen und so die Sicherheit der Energieversorgung zu garantieren.
- Volle Durchführung des Hüttenvertrages nach dem Bedarfsdeckungsprinzip; Fortführung des Schutzes der heimischen Steinkohle im Wärmemarkt; allenfalls zeitlich gestreckter Abbau der EG-Exporte.
- Änderung des Atomgesetzes mit dem Ziel der Stilllegung aller Atomkraftwerke; Untersagung der Erteilung von Bau- und Betriebsgenehmigungen für weitere Atomkraftwerke sowie Ablehnung und Wiederaufarbeitung, Verzicht auf die wirtschaftliche Nutzung von Plutonium und Unterbindung des Exports von Kernkraftwerken aus der Bundesrepublik.
- Für bestehende Atomkraftwerke wird der Nachweis einer Entsorgungsvorsorge auf dem Gebiet der Bundesrepublik gesetzlich vorgeschrieben, die ohne Aufschluß der Brennelemente einen sicheren Abschluß von der Biosphäre gewährleistet (direkte Endlagerung). Dazu sind neben dem Salzstock in Gorleben weitere Endlagerstandorte in verschiedenen geologischen Formationen auf ihre Eignung zu untersuchen. Eine Entsorgungsvorsorge, die sich auf den Export von Brennelementen beschränkt, ist auszuschließen.
- Förderung der industriepolitischen Chancen der Umstrukturierung des Energiesystems zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Wir sind davon überzeugt, daß das Umsteuern auf eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft in einem Zeitraum von 10 Jahren erreicht werden kann, wenn alle maßgeblichen Kräfte unserer Gesellschaft zusammenwirken.

IV.

Die SPD Nordrhein-Westfalen fordert die Sicherung des Vorrangs der heimischen Braun- und Steinkohle als Grundlage ei-

ner sicheren Energieversorgung. Voraussetzung für diesen Vorrang sind umweltgerechte Gewinnung, Verarbeitung und Verwendung der Kohle.

Neue Aufbaufelder für Steinkohle und Braunkohle müssen aufgeschlossen werden. Dies wird mit dem Gesamtkonzept zur Nordwanderung des Steinkohlebergbaus und einer Förderkapazität von 120 Millionen Jahrestonnen Braunkohle angestrebt.

Gleichrangig sind Umweltgesichtspunkte vorgegeben, die bei der Planung des weiteren Abbaus zu berücksichtigen sind. Die dafür erforderlichen Maßnahmen für die Steinkohle und die Braunkohle müssen ökologisch vertretbar und sozialverträglich sein. Dazu gehört, daß die Kraftwerksbetreiber auch in Zukunft den Emissionsminderungsplan einhalten.

Nordrhein-Westfalen leistet seit Jahrzehnten einen hohen Beitrag zur Erhaltung und Zukunftssicherung der heimischen Kohle durch Beteiligung an den Kohlehilfen und durch Förderung neuer Energie- und Kohletechnologien; dazu gehören Landesprogramme zur Schadstoffverringerung und Emissionsminderung bei der Kohlenutzung, zur Förderung neuer Technologien in der Kohleverfeuerung (z. B. Wirbelschichtfeuerung, neue Entstaubungstechniken), Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben für den Kohleeinsatz im Wärmemarkt und zur Kohleveredelung.

Wir kämpfen mit den betroffenen Arbeitnehmern und ihrer Gewerkschaft gegen den Kurswechsel der Bundesregierung in der Kohlepolitik. Denn allein der heimische Energieträger ermöglicht es, daß das energiepolitische Ziel einer langfristig sicheren und zuverlässig kontrollierbaren Energiedarbietung in der Bundesrepublik Deutschland nicht zur Utopie wird.

Aus Verantwortung für die nationale Energiepolitik fordern wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit uns alles zur Sicherung eines größtmöglichen Beitrages der heimischen Kohle zur Sicherung der nationalen Energieversorgung zu unternehmen. Wir unterstützen das Konzept der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie und bekräftigen seine Kernforderungen:

1. Notwendig ist eine Bestätigung der politischen Rahmenbedingungen der Kohlevorrangpolitik und die Sicherung ihrer Instrumente.

2. Für die Verstromung heimischer Steinkohle bedeutet dies: Sicherung der Grundlage (Kohlepfennig) des Jahrhundertvertrages, damit die vereinbarten Einsatzmengen in voller Höhe eingesetzt werden können.

3. Um sofort einen größeren Einsatz der deutschen Steinkohle zu erreichen, muß zusätzlich der Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung um mindestens 10 % zurückgefahren werden. Dies ermöglicht es, die aus anderen Gründen notwendige Anpassung der Förderkapazitäten sozial verträglich zu gestalten.

4. Die über diesen Weg erreichten Einsatzmengen müssen als Basis für den Nachfolgevertrag gelten.

5. In der Verhüttung wird heimische Steinkohle bedarfsdeckend eingesetzt. Für Kokskohle-Lieferungen in die EG wird entsprechend den getroffenen Vereinbarungen anläßlich der Nachfolgeregelung zum Hüttenvertrag für eine Übergangszeit ein Ausgleich zwischen kostendeckendem Preis und Weltmarktpreis gewährt. Die Vereinbarungen aus der Kohlerunde 1983 und anläßlich der Verlängerung des Hüttenvertrages 1985 müssen eingehalten werden. Die Beihilfezahlung für Koks- und Kohlekoks-Lieferungen in übrige EG-Länder, wie 1983 vereinbart und 1985 erneut zugesichert, müssen beibehalten werden.

6. Wir fordern eine weitere Beschränkung für den Import von

Kohle aus Drittländern und halten am Öl-Verdrängungsnachweis fest.

Der energiepolitische Konsens der 70er Jahre beruhte im wesentlichen auf folgenden Elementen:

- Vorrang der heimischen Kohle bei der Energiesicherung;
- Einsatz von Kernenergie nur für den verbleibenden Restbedarf;
- tatsächliche Fortschritte bei der Entsorgung von Kernkraftwerken;
- Förderung des Energiesparens und Entwicklung unerschöpflicher Energiequellen.

Durch die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung ist dieser Konsens zerbrochen: Es droht, daß zur Stromerzeugung vorrangig Kernenergie und Kohle nur noch für den Restbedarf eingesetzt wird. Jede Änderung an den einzelnen Bausteinen des Jahrhundertvertrages gefährdet den gesamten Vertrag und damit die Grundlage der bewährten Kohlepolitik. Und wir müssen feststellen: Die Frage der endgültigen Entsorgung ist weltweit immer noch ungelöst.

Wer den energiepolitischen Konsens in der Bundesrepublik erneuern will, muß zur Kohlevorrangpolitik zurückkehren und tatsächliche Beiträge zur Lösung der Entsorgungsfrage leisten. Die SPD Nordrhein-Westfalen ist dazu bereit, denn unabhängig davon, wie lange der Übergang auf eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft tatsächlich dauert, brauchen wir in der Bundesrepublik ausreichende und sichere Entsorgungsmöglichkeiten zum Schutz der Menschen und der Biosphäre. Bedingung für ein Zwischenlager in Nordrhein-Westfalen bleibt aber, daß die Frage der Endlagerung geklärt ist.

V.

Der Landesparteitag erwartet von der Landesregierung, daß sie die in ihrem Programm „Rationelle Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen“ angekündigten Maßnahmen konsequent verwirklicht.

Notwendig ist die verstärkte Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsprojekten auf dem Gebiet der rationellen Energieverwendung und der Nutzung unerschöpflicher Energiequellen.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen ihre Forschungs-, Entwicklungs- und Beratungskapazität stärker als bisher auf die Bereiche der rationellen Energieverwendung und der Nutzung unerschöpflicher Energiequellen orientieren; das gilt in besonderem Maße für die Großforschungseinrichtungen KFA Jülich und DFVLR in Köln-Porz.

Angesichts der Industriestruktur Nordrhein-Westfalens kommt Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, Demonstrations- und Modellvorhaben für neue energiesparende Technologien besondere Bedeutung zu.

Der Landesparteitag erwartet, daß die Landesregierung im Rahmen des geltenden Rechts alle möglichen Schritte zur rationellen Energieverwendung geht und geeignete Initiativen zur Änderung des Bundesrechts unternimmt. Dazu gehören:

- Die Tarifgestaltung beim Strom muß sparsamen Stromverbrauch stärker belohnen. Das gilt sowohl für private Haushalte als auch für Gewerbe und Industrie; zeitgemäße Tarife für leistungsgebundene Energien ohne einen heute durch nichts mehr gerechtfertigten Grundpreisanteil bieten Anreize für einen sparsamen Umgang mit diesen Energien

und die Entwicklung und Anwendung moderner, energie-sparender Techniken und Geräte. Nordrhein-westfälische Energieversorgungsunternehmen beteiligen sich deshalb an einem bundesweiten Modellversuch zur neuen Tarifgestaltung.

- Zur besseren Ausschöpfung des Potentials zur Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung und aus unerschöpflichen Energiequellen müssen verstärkt dezentrale Anlagen genutzt werden. Um dies zu erreichen, müssen die stromwirtschaftlichen Bedingungen für die Einspeisung eigenerzeugten Stroms in die Netze der Elektrizitätsversorgungsunternehmen verbessert werden.
- Bestehende baurechtliche Hemmnisse bei der Nutzung unerschöpflicher Energiequellen müssen beseitigt werden.
- Die bestehende Wärmeschutzverordnung muß erweitert und die vorgeschriebenen Dämmwerte müssen verschärft werden; neben Wohngebäuden müssen auch Industrie- und Verwaltungsgebäude einbezogen werden.
- Die Heizungsanlagenverordnung muß an den Stand der Technik angepaßt werden.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, die Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben auf dem Gebiet der rationellen Energieverwendung und der Nutzung unerschöpflicher Energiequellen auszubauen.

Wo mit ausgereiften Techniken heute schon Entscheidendes erreicht werden kann, soll die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Einführung und Durchsetzung dieser Techniken unterstützen. Zu diesem Bereich zählen:

- Förderung rationeller Strom- und Wärmeherzeugung in dezentralen Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung, Ausbau der Netze für Nah- und Fernwärme, verbesserte Nutzung industrieller Abwärme, Investitionshilfen für Solaranlagen, Wasser- und Windkraftanlagen, Wärmepumpenanlagen mit Verbrennungsmotorantrieb, Anlagen zur Wärmerückgewinnung und zur Energiegewinnung aus Bio-, Deponie- und Klärgas.
- Einbeziehung von Möglichkeiten zur Nutzung der Wasserkraft in bestehende Förderungsrichtlinien.
- Fortsetzung der Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen in landeseigenen Gebäuden.
- Zur dringend notwendigen Verbesserung der Energieberatung ist die von der Landesregierung angekündigte Gründung einer „Energieagentur Nordrhein-Westfalen“ ein wichtiger Schritt. Häufig sind es nämlich unzureichende energietechnische und energiewirtschaftliche Kenntnisse bei den Energieverbrauchern, die eine rationellere Energienutzung verhindern. Die „Energieagentur Nordrhein-Westfalen“ soll einen Beitrag dazu leisten, diese Defizite zu verringern, dabei den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und die Kooperation von Anwendern und Herstellern energiesparender Produkte und Verfahren fördern.
- Von herausragender Bedeutung für die Struktur der künftigen Energieversorgung ist die kommunale Ebene. Die Kommunen sind als Energienachfrager und als Energieanbieter bei der Umsetzung einer Politik der rationellen Energienutzung gefordert.

Der Landesparteitag begrüßt die Absicht der Landesregierung, im Jahr 1988 einen „Kommunalpolitischen Kongress zur rationellen Energieverwendung und zur Nutzung unerschöpflicher Energiequellen“ zu veranstalten.

Der Landesparteitag fordert alle sozialdemokratischen Kommunalpolitiker auf, stärker noch als in der Vergangenheit im Rahmen ihrer sachlichen und finanziellen Grenzen alle kommunalen Möglichkeiten zu nutzen, die zum Aufbau einer Energieversorgung beitragen, die auf rationelle, umweltverträgliche

Technik und Kohle statt auf Atomkraft setzt. Dazu gehört auch die Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten der Energieversorgung durch die Kommunen.

Antrag-Nr.:	B 2
Antragsteller:	SPD-Bezirk Mittelrhein
Betreff:	Unterstützung für das Aachener Revier

Der SPD-Landesverband NRW fordert von Bundesregierung und Europäischer Gemeinschaft:

1. Die Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau des Aachener Reviers (EBV) müssen so lange wie möglich (1994) gesichert werden, um die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen zeitlich zu ermöglichen.
2. Für die betroffenen Arbeitnehmer muß die Schließung von Emil Mayrich so sozialverträglich wie möglich gestaltet werden, etwa durch die Verlängerung der Anpassung über 1989 hinaus, Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in anderen Kohlebereichen (etwa Sophia Jacoba) und weitere Maßnahmen.
3. Die Montanregion Aachen muß in ein von Bund, Land und EG gefördertes „Zukunftsprogramm Montanregionen“ aufgenommen und ab sofort gefördert werden.
4. Über die kurzfristige Förderung eines solchen Programms hinaus muß durch die sofortige Aufnahme der Arbeitsmarktre-gion Aachen-Jülich in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sichergestellt werden, daß finanzielle Hilfen zur Strukturverbesserung auf längere Zeit erfolgen.
5. Einrichtung einer geeigneten kommunalen Gemeinschaftsstelle der betroffenen Städte, die im Auftrag der Mitglieder die zu bündelnden Fördermittel und Eigenleistungen für das Zukunftsprogramm Zentrum Montanregion Aachen bewirtschaftet und das kommunale Handeln im Auftrag der Mitglieder sinnvoll koordiniert und wirkungsvoll konzentriert.

Antrag-Nr.:	B 3
Antragsteller:	SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe/ SPD-Unterbezirk Höxter-Warburg
Betreff:	Beseitigung der Beiräte in Versorgungsunternehmen

Wir fordern die Beseitigung sog. Beiräte in den Versorgungsunternehmen verschiedenster Art. Die schon früher erhobene Forderung nach Auflösung dieser überflüssigen Beiräte ist bisher noch nicht erfüllt worden.

Wir fordern die SPD und ihre Fraktionen in den Gemeinden und Kreisen auf, darauf hinzuwirken, daß die Vertreter aus diesen Beiräten zurückgezogen werden. Soweit Preiserhöhungen anstehen, ist ihre Zustimmung davon abhängig zu machen, daß vorher die Beiräte als unnötige Kostenverursacher aufgelöst werden. Den Vorständen und Aufsichtsräten der betroffenen Unternehmen stehen ausreichende Möglichkeiten zur Verfügung, sich zu beraten bzw. mit den Kommunen ihre Meldungen auszutauschen, ohne daß es der kostenträchtigen Beiräte bedarf.

Die gleiche Forderung richten wir an den Wirtschaftsminister des Landes NRW hinsichtlich der Strompreiserhöhungen.

Anträge-Nr.: B 6.1/B 6.2
Antragsteller: SPD-Bezirk Mittelrhein
Betreff: Praktische Umsetzung der energiepolitischen Beschlüsse des Nürnberger Parteitagés in NRW

B 6.1 Verhalten von Sozialdemokraten in Gremien der Elektroversorgungsunternehmen

Der SPD-Landesverband NRW fordert alle SPD-Fraktionen im Land auf, nur solche Personen in Gremien zur Vertretung kommunaler Interessen bei Energieversorgungsunternehmen zu entsenden oder zu belassen, die die energiepolitischen Beschlüsse des Nürnberger Bundesparteitages und des Bochumer Landesparteitages inhaltlich aktiv vorbringen.

Sollten einzelne Mandatsträger/innen diese neue Energiepolitik nicht aktiv mitgestalten, erwartet der Landesverband, daß sie ihre Mandate zur Vertretung kommunaler Anteile in Absprache mit den entsprechenden SPD-Fraktionen zurückgeben.

B 6.2 Braunkohlepolitik

1. Braunkohle ist konkurrenzlos preiswerte Energie und ein Sicherheitspfeiler der nationalen Stromversorgung. Preisgünstige Energie ist wesentlich für die Neuansiedlung und Wettbewerbsfähigkeit von Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie. Dies gilt besonders für die heimische chemische Industrie, die dem Konkurrenzdruck des Weltmarktes nur mit preisgünstiger Energie standhalten kann.

2. Braunkohle ist ein Standbein der Wirtschaftskraft des Rheinlandes. Damit dies so bleibt, muß die Braunkohleförderung mit 120 Millionen Tonnen pro Jahr gesichert werden. Das erfordert den Aufschluß neuer Tagebaue – vor allem des Tagebaues Frimmersdorf West-West. Bei diesen Aufschlüssen müssen die Ergebnisse des „Forschungsprogramms Braunkohle“ und das „ökologische Anforderungsprofil“ der Landesregierung angewendet werden.

3. Deshalb muß die Verstromung der Braunkohle im Grundlastbereich und ihr Anteil an der öffentlichen Stromversorgung nach dem Stand von 1984 beibehalten werden.

4. Die Veredlung der Braunkohle muß verstärkt unterstützt werden; vor allem die Vergasung und Verflüssigung ohne Kernenergie, aber auch ihr Einsatz als Brikett, Staub oder Koks.

5. Neue Braunkohle-Kraftwerksanlagen müssen im Volumen der wegen der Großfeuerungsanlagenverordnung stillgelegten und stillzulegenden Leistungskapazitäten errichtet werden – zum Beispiel der Neubau des Goldenberg-Kraftwerkes in Hürth und Ersatzanlagen in Neurath für das Kraftwerk Fortuna.

6. Die Gemeinden, Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen müssen verstärkt nach Einsatzmöglichkeiten für andere Nutzungsbereiche der Braunkohle und Steinkohle suchen, zum Beispiel in Form von Heizkraftwerken, bei der Fernwärme (Kraftwärmekopplung) und mit der Wirbelschicht-Technologie.

Antrag-Nr.: B 11
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Duisburg
Betreff: Atomgesetz/GNS

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Initiativen zur Änderung des Atomgesetzes, der Strahlenschutzverordnung und des Baurechtes (Baugesetzbuch, Baunutzungsverordnung) mit dem Ziel zu ergreifen:

a) für Genehmigungen von unter die Voraussetzungen des Atomgesetzes bzw. der Strahlenschutzverordnung fallenden Anlagen ein förmliches Genehmigungsverfahren vorzuschreiben, in das – wie in entsprechenden Planfeststellungsverfahren, z. B. nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz und der Gewerbeordnung – die Öffentlichkeit und die betroffenen Gemeinden eingeschaltet werden (insbesondere durch Veröffentlichung des Vorhabens, Auslegung der Pläne, Schaffung von Anhörungs- und Einspruchsrechten) und

b) die Ausweisung von Standorten für solche Anlagen besonders strengen planerischen Kriterien zu unterwerfen, die es ausschließen, sie in Ballungsgebieten zu errichten und zu betreiben.

Antrag-Nr.: B 28
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Warendorf
Betreff: Thorium-Hochtemperaturreaktor

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein ergänzendes Gutachten zur Vorbereitung des Sonderkatastrophenschutzplanes für den Thorium-Hochtemperaturreaktor in Auftrag zu geben.

Dem Landesparteitag erscheint es unzureichend, wenn die Kernforschungsanlage Jülich, die den Reaktor maßgeblich mitentwickelt hat, gleichzeitig als Gutachter in Sicherheitsfragen für das Land und die betroffenen Gebietskörperschaften auftritt.

Antrag-Nr.: C 1
Antragsteller: SPD-Landesvorstand
Betreff: Sicherung preiswerter Mietwohnungen – Schwerpunkt sozialdemokratischer Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen

1. Wohnungspolitik ist mehr, als den Menschen ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Wohnungspolitik ist Gesellschaftspolitik. Sie sichert als staatliche Daseinsvorsorge Einkommensschwächeren gute Wohnbedingungen zu sozialverträglichen Mieten. Sie ist aber auch nötig, um die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen der Städte und Gemeinden des Landes zu verbessern und die Attraktivität Nordrhein-Westfalens zu erhöhen. Gute Wohn- und damit gleichzeitig Lebens- und Freizeitbedingungen sind Voraussetzung dafür, daß der sozialverträgliche Strukturwandel in unserem Lande gelingt.

Dazu müssen Wohnungen in ausreichender Zahl vorhanden und familiengerecht ausgestattet sein. Bei hoher Arbeitslosigkeit und sinkenden Einkommen müssen sie vor allem für die jeweiligen Bewohner bezahlbar sein und bleiben.

Da der Markt allein diesen sozialen Erfordernissen nicht genügt, muß staatliche Wohnungspolitik sicherstellen, daß Mieten und Belastungen erträglich bleiben.

2. Diese Ziele und Grundsätze sind gefährdet:

a) Von den rund 4,5 Millionen Mietwohnungen in Nordrhein-Westfalen sind rund 1,5 Millionen öffentlich gefördert und stehen deshalb für die Wohnungsversorgung Einkommensschwächerer zur Verfügung. Aktuelle Untersuchungen bestätigen, daß diese öffentlich geförderten Wohnungen im Durchschnitt zwei bis drei DM pro Quadratmeter billiger sind als die ortsübliche Vergleichsmiete. Diese Wohnungen bilden damit das Rückgrat der Wohnungsversorgung für diejenigen, die wegen ihrer niedrigen Einkommen auf eine preiswerte Wohnung angewiesen sind. Als Folge der Ablösung der öffentlichen Bau-

darlehen werden in den nächsten 10 Jahren bei rund der Hälfte dieser 1,5 Millionen öffentlich geförderte Wohnungen die Bindungen auslaufen. Damit entfällt in der Regel die Verpflichtung, an Einkommensschwächere zu vermieten. Mit Ausnahme derjenigen Wohnungen, die im Besitz eines gemeinnützigen Unternehmens bleiben, können die Mieten dann auf die ortsübliche Vergleichsmiete angehoben werden. Diese Wohnungen fehlen damit für die Wohnungsversorgung Einkommensschwächerer.

b) Die Bundesregierung hat in ihrer mittelfristigen Finanzplanung keine Mittel für die Förderung des Mietwohnungsbaues eingeplant. Die Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen erlaubt es nicht länger, Zuschüsse aus dem Landeshaushalt für die Wohnungsbauförderung zu geben.

3. In dieser Situation an sozialdemokratischen Zielen und Grundsätzen festzuhalten bedeutet vor allem, den bereits bestehenden preiswerten Mietwohnraum zu erhalten. Mieterhöhungen in diesen Wohnungen würden die einkommensschwächeren Bevölkerungskreise, alte Menschen mit niedriger Rente, Arbeitslose, Kurzarbeiter, belasten.

a) Ein vorzeitiges Auslaufen der Belegungs- und Kostenmietbindung muß vermieden werden, bzw. noch besser, diese Bindungen sind zu verlängern.

b) Die Modernisierungsförderung sollte weiterhin mit langfristiger Stabilisierung der Mieten verbunden werden.

c) Durch eine sozialpolitische Wohnungsbestandsförderung – Härteausgleich und Streckungsförderung – werden in Nordrhein-Westfalen in denjenigen Wohnungsbeständen sozialverträgliche Mieten gewährleistet, die aufgrund eines verfehlten Förderungssystems in der Vergangenheit zu Kostenmieten geführt haben, die die Vergleichsmiete erreichen oder sogar darüber liegen. Auch nach Auslaufen der jetzigen Regelungen zum 1. Juli 1989 müssen Anschlußmaßnahmen getroffen werden, die sicherstellen, daß Einkommensschwächere auch weiterhin ihre Miete zahlen können.

d) Viele städtebaulich besonders wertvolle Wohnungsbestände in Arbeitersiedlungen drohen durch spekulative Veräußerung und Privatisierung als preiswerter Mietwohnraum verloren zu gehen. Deshalb sind die Bemühungen fortzusetzen, diese Wohnungen durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen erwerben zu lassen und sie damit langfristig für die Wohnungsversorgung Einkommensschwächerer zu sichern. Dies gilt auch für die Mietwohnungen der Neuen Heimat, bei denen ein geeigneter Weg gefunden werden muß, die Wohnungen nicht in die Hände von Spekulanten und professionellen Umwandlern fallen zu lassen.

e) Bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Fehlbelegerabgabe ist gegen die Stimme von Nordrhein-Westfalen festgelegt worden, daß die Fehlbelegerabgabe nur in bestimmten Gemeinden des Landes erhoben werden darf. Darüber hinaus enthalten das Gesetz und die darauf fußenden Verordnungen weitere Ungerechtigkeiten und Unstimmigkeiten.

Das Bundesverfassungsgericht hat angekündigt, daß es in der zweiten Jahreshälfte 1987 über die Verfassungsmäßigkeit der Fehlbelegerabgabe entscheiden wird. Erst dann kann auch politisch über die Zukunft der Fehlbelegerabgabe entschieden werden.

Im Falle der Bestätigung der Verfassungsmäßigkeit des AfWoG durch das Bundesverfassungsgericht wird die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, die Einkommensgrenzen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu erhöhen.

Antrag-Nr.:	C 4
Antragsteller:	SPD-Bezirk Westliches Westfalen
Betreff:	Straßenbau und Umwelt

I. Das Land NRW stellt seit 1980 seine Straßenbaupolitik vorrangig unter drei Prämissen:

- Verbesserung der Umweltqualität
- Erhöhung der Verkehrssicherheit
- Substanzerhalt an vorhandenen Straßen.

Konsequenterweise haben die Beseitigung von Engpässen und Unfallstellen, der Bau von Ortsumgehungen und Reparatur und Ausbau bestehender Straßen bei den Maßnahmen des Landes deutlich an Bedeutung gewonnen.

Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten haben auch viele Parlamente in Städten und Kreisen NRW's ihre Straßenbaupolitik in ähnlicher Weise umorientiert. Nicht der Zubau neuer Straßen, sondern die Optimierung bestehender und die Verkehrsberuhigung insbesondere von Wohnstraßen stehen zunehmend im Vordergrund der Zielsetzung vor Ort.

Dabei wird vom Land und von den Kommunen immer deutlicher erkannt und formuliert, daß der Straßenverkehr, speziell der Individualverkehr, nur ein, wenn auch bedeutendes, Bein der Verkehrspolitik sein kann und die Straßenbaupolitik eingebettet sein muß in ein umfassendes Verkehrskonzept. Verkehrspolitik ist viel mehr als Straßenbaupolitik.

Die jetzt gültigen offiziellen Zielsetzungen der Straßenbaupolitik sind eine Neuorientierung im Vergleich zu den Jahrzehnten davor, sie sind auch ein Ergebnis der Diskussion um die landchaftsfressende und umweltbelastende Wirkung des Straßenbaus.

Die neuen Einsichten stimmen aber bis heute in vielen Punkten mit der Realität des Straßenplanes, des Straßenbaus und der Straßenpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden nicht überein. Gründe dafür sind:

- Die langen Planungszeiten.
- Das Festhalten an früheren Planungen, die eine gewisse Konkretisierung erreicht haben.
- Die offene oder versteckte Mißachtung der neuen Zielsetzung im Straßenbau durch Planer.
- Eine mangelhafte Einflußnahme der Parlamente im Planungsstadium.
- Die Massivität der Verkehrsdichte, die schnelle Lösungen erzwingt. Die objektiven Schwierigkeiten, in vielfältigen Zielkonflikten ökologisch optimale Lösungen für den Straßenbau zu finden.

II. Es ergeben sich folgende Forderungen an die Straßenbaupolitik in Nordrhein-Westfalen:

1. Die Räte müssen kontinuierlich über den Fortgang der Straßenbauplanung für ihren Zuständigkeitsbereich informiert werden.

Besonders in kleinen Kommunen besteht offensichtlich die Gefahr, daß sich wichtige Meinungsbildungsprozesse vorzugsweise im Verwaltungsbereich und ohne intensive Beteiligung der Räte vollziehen.

2. Die Vorbereitung der Fortschreibung des Landesstraßenbedarfs- und Ausbauplans muß so erfolgen, daß die Öffentlichkeit, die Partei und die örtlichen Fraktionen frühzeitig und ausreichend informiert werden.

3. Die Gültigkeit von Linienbestimmungen muß zeitlich begrenzt werden (5 Jahre), damit nicht durch evtl. längst überholte Fest-

legungen andere Planungen blockiert oder beeinflusst werden. Der zuständige Rat soll sich nach angemessener Frist wieder mit der Grundsatzfrage einer neuen Straße befassen müssen, wenn eine Straße trotz Linienbestimmung nicht realisiert wurde.

4. Die ausführende Stelle darf keinen Einfluß haben auf Planung und Genehmigung.

Planung und Genehmigung dürfen nicht in einer Hand liegen. Unter diesen Prämissen ist auch zu prüfen, ob bei den Maßnahmen unter 5 Mio DM Kosten, die die Landschaftsverbände in Eigenverantwortung planen und realisieren, eine ausreichende Prüfung der Umweltverträglichkeit garantiert ist.

5. Nachdem Richtlinien aufgehoben sind, die viele Jahre zu völlig übertriebenen Dimensionierungen (u. a. in neuen Wohnsiedlungen) geführt haben, sollte nunmehr das Gebot eines flächen- und kostensparenden Straßenbaus ausdrücklich vorgeschrieben werden, und es sollte festgelegt werden, daß bei jedem Neubau und Umbau die Interessen aller Verkehrsteilnehmer – nicht nur die der Kraftfahrzeuge – angemessen berücksichtigt werden. Die Bedürfnisse und die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer finden oft noch zu wenig Beachtung.

6. Ein Rückbau von überdimensionierten Straßen und überflüssigen Straßenteilen ist ein sinnvolles politisches Ziel. Der Rückbau und nutzerfreundliche Umbau alter Straßen muß in jedem Fall mitgeplant und finanziell abgesichert werden, wenn neue Entlastungsstraßen gebaut werden.

7. Der Begriff „Ortsumgehung/Umgehungsstraße“ muß präzisiert werden; die scheinbar aus sich heraus umweltfreundliche Formel steht in Wirklichkeit auch für zu große und für überflüssige Straßenbauten.

8. Die Verbreiterung und Begradigung von Ortsdurchfahrten muß generell gestoppt werden und darf nur noch in Einzelfällen und bei Unabweislichkeit erlaubt sein.

9. Zu den ökologischen Zielen beim Straßenbau muß auch gehören, zusammenhängende intakte Naturräume zu erhalten und die Vernetzung von einzelnen Biotopen und Naturinseln nicht zu verhindern.

Unvermeidliche Eingriffe in die Natur infolge Straßenbaus müssen vollständig und Zug um Zug zusammen mit dem Bau der Straße ausgeglichen werden.

10. Das Land soll ein Programm gegen den Verkehrslärm beschließen, das auf bundeseinheitliche Lösungen zielt (Verkehrslärmschutzgesetz), das aber vor allem den Lärm an der Quelle verstärkt bekämpft (Forschen, Entwickeln, Gebote, Verbote). Lärmschutzpläne könnten zunehmend die Voraussetzung für weitere Finanzierung von Straßenbaumaßnahmen sein.

III. Wir brauchen den politischen Mut, alle bisherigen Straßenbauplanungen und alle in Nutzung befindlichen Straßen einer Überprüfung zu unterziehen und zu Änderungen zu kommen, wenn die Planung oder die Nutzung dies ökologisch und verkehrspolitisch geboten erscheinen lassen.

Diese Überprüfung sollte obligatorisch sein, im Rahmen einer umfassenden verkehrspolitischen Diskussion erfolgen und sollte sich an den Zielsetzungen der Straßenbaupolitik des Landes orientieren:

– Verbesserung der Umweltqualität, d. h. Landschaftsverbrauch durch Straßenneubau zu vermeiden; Rückbau und Begrünung von Straßen; Erhöhung der Verkehrssicherheit; Substanzerhalt bei vorhandenen Straßen.

Antrag-Nr.:	C 6
Antragsteller:	SPD-Ortsverein Paderborn
Betreff:	Verkehrspolitik in Ostwestfalen-Lippe

Ostwestfalen-Lippe, mit seinen Oberzentren Bielefeld und Paderborn, darf nicht vom Zukunftskonzept der Deutschen Bundesbahn ausgeschlossen und als Folge daraus kaum einholbar infrastrukturell benachteiligt werden. Aus diesem Grund muß die Intercitystrecke Dortmund-Paderborn-Kassel, wie im Bundesverkehrswegeplan von 1985 ausgewiesen, komplett realisiert werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, nicht durch eine desorientierte Sparpolitik einer kurzzeitigen und nicht stichhaltigen Wirtschaftlichkeitsberechnung seitens der Deutschen Bundesbahn Vorschub zu leisten. In diesem Zusammenhang wird die Entscheidung des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Christoph Zöpel, begrüßt, nachhaltig Druck auf die Entscheidungsträger in Bonn und an der DB-Spitze auszuüben und die Rahmenvereinbarungen mit der Bundesbahn unter anderem mit dem Ausbau der IC-Strecke Dortmund-Paderborn-Kassel zu verbinden.

Antrag-Nr.:	G 7
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Warendorf
Betreff:	Verbesserung des Gefahrguttransports

Der Unfall in Herborn im Juni 1987 hat das Problemfeld der Gefahrguttransporte schlaglichtartig in die Öffentlichkeit gebracht. Dabei handelt es sich um keinen Einzelfall. Unfälle, bei denen durch feuergefährliche und giftige Stoffe Menschen und Umwelt schwer geschädigt werden, sind an der Tagesordnung.

Ca. 200 Mio. t gefährliche Güter werden jährlich auf den deutschen Straßen transportiert. Hinzu kommen ausländische Transittfahrzeuge und Militärfahrzeuge, die nicht erfaßt werden, obwohl sie ebenfalls eine der Hauptgefahrenquellen darstellen.

Die im folgenden aufgeführten Forderungen werden von kritischen Experten und von der ÖTV seit langem erhoben:

– In der Straßenverkehrszulassungsordnung muß der neueste Stand der Technik für die Gefahrgut-Transportfahrzeuge vorgeschrieben werden. Zu nennen sind: Antiblockiersysteme, seitliche Schutzplatten für die Tanks, Schwallschutzvorrichtungen in den Tanks, Vergrößerung der Spurbreite, Schwerpunktabsenkungen zur Verringerung der Umsturzgefahr, exakte Einstellung der Federung.

Der Unfall in Herborn hat gezeigt, daß diese technischen Schutzmaßnahmen einer ständigen Verbesserung und Überprüfung bedürfen.

– Die Straßenverkehrsordnung bietet die Möglichkeit, empfindliche Bereiche, z. B. Tunnel, Stauwerke, Wassergewinnungsgebiete, für den Transport gefährlicher Güter oder wassergefährdender Stoffe zu sperren. Die Anwendung muß auf extreme Gefällstrecken und besonders gefährdete Innenstadtbereiche ausgedehnt werden.

– Die Vorschriften der Gefahrgutverordnung Straße (GGVS) mit den zahlreichen Nebenbestimmungen sind für viele Beteiligte, insbesondere kleinere Spediteure und Fahrer, kaum mehr durchschaubar. Sie müssen grundlegend vereinfacht werden. Wichtig ist, daß nicht nur die Tankwagenfahrzeuge genau gekennzeichnet werden müssen, sondern alle Gefahrguttransporte, damit bei einem Unfall der Feuerwehr die notwendigen Informationen schnell zur Verfügung stehen.

- Die Ausrüstung und Ausbildung der Feuerwehr sowie die speziellen Hilfsdienste für Gefahrgutunfälle müssen wesentlich verbessert werden.
- Die Ausbildung und Erfahrung der Fahrer ist oft unzureichend. Sie muß verbessert werden.
- Die Bestimmungen über den Gefahrguttransport müssen auch für Militärfahrzeuge gelten.
- Aus vorgeblich wirtschaftlichen Gründen veranlassen viele Spediteure, insbesondere die abhängigen Kleinunternehmen, die Fahrer, rechtliche Vorschriften zu verletzen.

Es ist notwendig, die punktuellen Kontrollen der Polizei durch regelmäßige umfassende Überprüfungen und durch verstärkte Geschwindigkeitskontrollen zu ersetzen. Hierzu müssen jedoch die personelle Ausstattung und die Qualifikation der Polizei wesentlich verbessert werden.

Die Ermittlungen müssen auch gegen die Spediteure gerichtet werden und gegebenenfalls zu einem Verlust der Transportgenehmigung für Gefahrgut führen. Als Voraussetzung sind nicht-manipulierbare Fahrtenschreiber einzuführen. Die Bußgelder müssen erhöht werden, damit sie nicht mehr als normale Betriebsausgaben eingeplant werden können.

- Als sichere Alternative ist verstärkt die Bundesbahn für den Transport von Gefahrgut zu nutzen. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist dabei die Kooperation Straße - Schiene über das Container- und über das Huckepack-System, die derzeit ausgebaut werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

- die Vollzugsdefizite bei den bestehenden rechtlichen Instrumenten zu beseitigen,
- Initiativen einzuleiten, die eine Verbesserung der bundesrechtlichen Bestimmungen bewirken können, und
- den Problemkomplex im Rahmen der Forschungsförderung sowie beim Landesprogramm „Soziale Technikgestaltung“ zu berücksichtigen.

Antrag-Nr.:	D.1
Antragsteller:	SPD-Westliches Westfalen
Betreff:	Datenschutz

Es ist sicherzustellen, daß Behörden auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene personenbezogene Daten, ohne Kenntnis und Einverständnis der betroffenen Personen, nicht an private Interessenten weitergeben.

Antrag-Nr.:	D.2
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Warendorf
Betreff:	Gleichstellung der Frauen

Die SPD tritt für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Familie, Beruf und im gesellschaftlichen Leben ein. Um dieses Ziel zu erreichen, stellt sie folgende Forderungen:

1. Gleichstellung in der Familie

Die Formen menschlichen Zusammenlebens sind einem tiefen Wandel unterworfen. Neben die klassische Ehe treten andere Formen familiärer Gemeinschaft und zunehmend Familien mit alleinerziehendem Elternteil. In vielen dieser Situationen sind Frauen benachteiligt.

Die Gleichstellung der Frauen setzt unter anderem voraus, daß

- Erziehungseinrichtungen und insbesondere die Schulen auf ein Selbstverständnis der Jungen und Mädchen von sich selbst hinarbeiten, das von Gleichberechtigung und gleicher Verpflichtung im Verhältnis zueinander geprägt ist. Überholte Rollenbilder müssen über Bord geworfen werden. Jungen und Mädchen sollen gleichermaßen hauswirtschaftliche und pädagogische Grundkenntnisse erwerben, die ihnen die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in einer späteren Familie bzw. in einer Partnerschaft erleichtern.
- Hilfen für Familien in Trennungssituationen ausgebaut werden. Das bezieht sich auf den Ausbau der Partnerschaftsberatungsstellen und die stärkere Förderung von Alleinerziehendenberatungsstellen.
- die Scheidungsfolgenreform der SPD/FDP-Koalition nicht zugunsten der Wiedereinführung des Verschuldungsprinzips durch die Hintertür zu Lasten der Frau geändert wird.
- die Unterhaltsvorschußkassen, die sich bewährt haben, ausgebaut werden, so daß sie bis zur Vollendung der Erstausbildung der Kinder Unterhaltsvorschuß zahlen können.
- die Anrechnung von Kindererziehungsjahren auf die Rentenansprüche deutlich ausgebaut werden.
- der Schwangerschaftsabbruch im Rahmen der Indikationslösung straffrei bleibt, auch wenn er ethisch weiterhin umstritten sein wird. Flächendeckende Schwangerschaftskonfliktzentren sind erforderlich. Absichten der CDU/CSU zur Aushöhlung der Indikationslösung lehnen wir ab.
- Mittel der Empfängnisverhütung und der Geburtenkontrolle auf Krankenschein gewährt werden, um die Partner unabhängig über ihren Kinderwunsch entscheiden lassen zu können.
- Vergewaltigung in der Ehe strafrechtlich verfolgt wird.
- Frauenhäuser, oft als letzte Zuflucht vor Gewalt in der Familie, finanziell abgesichert werden.
- Familienbildungsurlaube mit dem Ziel der besseren Selbsterfahrung der Familie verstärkt angeboten und gefördert werden.
- Kindertagesstätten flächendeckend angeboten werden, um Frauen die Möglichkeit zu geben, sich eine gewisse materielle Unabhängigkeit zu sichern und zur materiellen Sicherstellung der Familie beizutragen.

2. Gleichberechtigung im Arbeitsleben

Für Sozialdemokraten haben Frauen das gleiche Recht auf einen qualifizierten Arbeitsplatz wie Männer. Er sichert ihre materielle Unabhängigkeit und fördert ihre Selbstverwirklichung.

Um dieses Ziel zu erreichen, fordert die SPD:

- weitere Anstrengungen zu unternehmen, die nach wie vor vorhandene Trennung in Frauen- und Männerberufe zu durchbrechen,
- Arbeitnehmern, die dies wünschen, vermehrt Teilzeitarbeitsverhältnisse anzubieten und diese tarifvertraglich und sozialversicherungstechnisch genauso abzusichern wie Vollzeitarbeitsverhältnisse,
- die beruflichen Fortbildungsangebote für Frauen in Familien ihrer Situation entsprechend in Teilzeitform und möglichst wohnungsnah zu organisieren. Die Absicht, für Teilzeitfortbildungsmaßnahmen Unterhaltszuschuß gemäß Arbeitsförderungsgesetz zu gewähren, wird ausdrücklich begrüßt,
- den Frauen gleichen Zugang wie Männern zu Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung, z. B. durch Frauenförderpläne, zu sichern.
- gezielte Förderungsmaßnahmen für Frauen und Mädchen, insbesondere im gewerblich-technischen Bereich (Umschulungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen, zusätzliche Ausbildungsplätze).
- die niedrigere Entlohnung von Frauen für gleichwertige Ar-

beit gesetzlich zu untersagen (Anwendung der EG-Richtlinie) und dieses Verbot zu kontrollieren,

- die Möglichkeit der Strukturpolitik in der Wirtschaftsförderung da anzusetzen, wo es darum geht, regional niedrigere Frauenerwerbsquoten anzuheben.

3. Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen
Sozialdemokraten treten dafür ein, daß das Ziel der Gleichberechtigung von Frauen und Männern dauerhafte Aufgabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ist.

Daher tritt die SPD dafür ein, daß

- Beiträge der Frauenkultur stärker in der praktischen Kulturpolitik Berücksichtigung finden,
- Angebote der Weiterbildung stärker auf den Gleichstellungsauftrag als pädagogischen Pflichtbestandteil hin orientiert werden,
- Vorstände von Verbänden und Gewerkschaften mittelfristig entsprechend ihrem Mitgliederanteil besetzt sind,
- alle Vereine für Frauen und Männer zugänglich sind,
- Vereine, die Frauen die Mitgliedschaft oder Mitwirkungsrechte verweigern, keine öffentlichen Zuschüsse mehr bekommen,
- Frauen die Möglichkeit der Mitwirkung bei freiwilligen und Berufsfeuerwehren sowie ähnlichen Hilfeorganisationen ermöglicht werden muß,
- Geschlechtertrennung in allen Schulen aufgehoben wird. Gesamtschulen sollen regelmäßig als Ganztagschulen eingerichtet werden. Kurzfristig sind Ganztagschulen in allen Schulformen anzubieten,
- bei öffentlichen Veranstaltungen, Weiterbildungsangeboten und ähnlichem Kinderbetreuung organisiert wird, um Frauen bzw. ganzen Familien die Teilnahme zu ermöglichen. Die Bezuschussung der Kinderbetreuung mit öffentlichen Mitteln ist für eine Übergangszeit zu prüfen,
- auf allen Ebenen des Staates und der Gemeinden, von Behörden und öffentlich-rechtlichen Verbänden der Gleichstellungsauftrag institutionalisiert wird,
- auf allen Ebenen Gleichstellungsstellen eingerichtet werden.

4. Gleichberechtigung in der SPD

Die SPD kann nur glaubwürdig das Ziel der Gleichberechtigung der Geschlechter vertreten, wenn sie dies in ihren eigenen Reihen verwirklicht.

Deswegen tritt sie auch dafür ein, daß

- die Frauenbildungsarbeit und das Angebot an Familienseminaren ausgebaut werden,
- weitere politikmotivierende Angebote für Frauen organisiert werden,
- bei Veranstaltungen grundsätzlich Kinderbetreuung angeboten wird.

Antrag-Nr.:	D 3
Antragsteller:	SPD-Bezirk Westliches Westfalen/SPD-Unterbezirk Warendorf
Betreff:	Gleichstellungsbeauftragte in den Kreisen

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, im Landtag folgende Änderung der Kreisordnung herbeizuführen:

In die Kreisordnung wird aufgenommen: „Die Verwirklichung des Verfassungsauftrages der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist auch Aufgabe der Kreise. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe können die Kreise Gleichstellungsbeauftragte bestellen.“

Antrag-Nr.:	D 8
Antragsteller:	SPD-Bezirk Westliches Westfalen
Betreff:	Unterstützung von Arbeitslosen

Die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit steht im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik. Flankierend dazu müssen jedoch kurz und mittelfristig Maßnahmen eingeleitet werden, die die Situation der von Arbeitslosigkeit der Eltern betroffenen Kinder verbessern, das Wissen um die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit erhöht und dieses in die Öffentlichkeit trägt, u. a. mit dem Ziel, individuelle Schuldzuweisungen für Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und gesellschaftliche Ursachen herauszuheben, um der Stigmatisierung und Selbstisolierung der Arbeitslosen und ihrer Kinder entgegenzuwirken.

Deshalb fordert die SPD:

1. daß der bereits monatlich erstellte Arbeitsmarktbericht die Zahlen der durch die Arbeitslosigkeit ihrer Eltern (eines Elternteils) mittelbar betroffenen Kinder und Jugendlichen regelmäßig (mindestens zweimal im Jahr) erfaßt und diese somit veröffentlicht werden.

2. in Bund und Ländern sind ausreichend Forschungsmittel bereitzustellen, die eine differenzierte Erforschung der Auswirkungen elterlicher Arbeitslosigkeit auf Kinder erlaubt. Von Bund und Land sollen gezielt Forschungsprojekte an den Hochschulen initiiert und gefördert werden.

3. Gerade die Situation der betroffenen Kinder verdeutlicht die Notwendigkeit einer Rücknahme der Kürzungen bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, die Rücknahme der Einschränkungen der Anspruchsberechtigung auf Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit (Anwartschaftszeiten), einer Aufstokkung des Arbeitslosengeldes, das ein Absinken unter die Armutsgrenze verhindert, eine Anpassung der Arbeitslosenhilfe an die Höhe des Arbeitslosengeldes und eine Erweiterung der Anspruchsdauer der Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit.

4. Die Beratungs- und Betreuungsangebote für Arbeitslose und ihre Familienangehörigen sind zu verbessern und insbesondere Konzeptionen zu entwickeln, die nicht nur von einem Aufsuchenmüssen ausgehen, sondern aktiv Hilfsangebote entwickeln und damit nach außen gehen, um damit das Problem des „Wegtauchens“ zu verringern.

5. Personengruppen, die beruflich mit Arbeitslosen bzw. deren Kindern zu tun haben (Sozialarbeiter/innen, Lehrer/innen, Erzieher/innen, Mitarbeiter/innen der Arbeits- und Sozialverwaltungen sowie der Gesundheitsversorgung etc.), sind speziell zu diesem Problemfeld (Arbeitslosigkeit und Gesundheit, Auswirkungen auf die Familien etc.) zu schulen. Entsprechend ist dieses Problemfeld bei der Ausbildung o.g. Berufe zu berücksichtigen.

6. Lehrer/innen sind von den Bildungsministerien aufzufordern und zu unterstützen, sich im Rahmen ihrer Arbeit intensiv mit den Ursachen und den Folgen der Arbeitslosigkeit und dem Problem der Arbeitswelt auseinanderzusetzen. Das bewußte Eingehen auf diese Probleme in Zusammenarbeit mit Arbeitsloseninitiativen, Gewerkschaften und Betrieben würde es den Betroffenen gerade durch den Abbau von Vorurteilen erleichtern, mit ihrer Situation umgehen zu können.

Von den verantwortlichen Ministerien (Kultur-, Wissenschaft) sind Mittel bereitzustellen, um für den Unterricht geeignete Materialien zu erarbeiten. Dies kann in Verbindung mit Projekten zur Erforschung der Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit (s. Punkt 2) geschehen.

Antrag-Nr.: D-9
Antragsteller: SPD-Bezirk Westliches Westfalen
Betreff: Hilfsmaßnahmen für Ein-Elternteil-Familien

Der Landesparteitag fordert die Fraktionen der SPD in Bund, Ländern und Kommunen auf, dem Bereich der Ein-Elternteil-Familien erhöhte Aufmerksamkeit und verstärkte Hilfsmaßnahmen zu gewähren.

Nur durch zielgerichtete Hilfen kann der überdurchschnittliche Anteil bei der Fremdunterbringung von Kindern der Ein-Elternteil-Familie abgebaut werden.

Hilfsmöglichkeiten sind:

- Beratende Gespräche bzw. fachliche Begleitung durch Mitarbeiter/innen freier und öffentlicher Jugendhilfe.
- Ausreichende Zahl von Beratungsstellen.
- Ausreichende Kindergarten- und Kindertagesstättenplätze im wohnnahen Bereich. Kindergärten müssen orientiert am Bedarf ganztägig geöffnet sein. Kitas müssen verlängerte Öffnungszeiten anbieten. Die Beitragshöhe für Kitas muß sozial gestaffelt sein.
- Unbedingte Ausweitung der sozialpädagogischen Familienhilfe durch Erhöhung der Landesmittel.
- Pflegekinderdienst mit dem besonderen Schwerpunkt der Tagespflege und der Arbeit mit den leiblichen Eltern.
- Der Ausbau des Unterhaltsvorschußgesetzes von 36 Monaten auf 60 Monate Leistungszeit ist anzustreben.
- Für einen Zeitraum von 2 Jahren sollten sozialhilfeberechtigte Ein-Elternteil-Familien durch Erwerbstätigkeit zusätzlich ein Einkommen bis zur Höhe des doppelten Regelsatzes erwirtschaften dürfen, um dadurch die Ausfallsituation zu kompensieren.
- Auf örtlicher Ebene sind Selbsthilfeorganisationen von Ein-Elternteil-Familien zu unterstützen.

Antrag-Nr.: D-10
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Essen
Betreff: Nationales AIDS-Programm

Für ein nationales AIDS-Programm fordert der Landesparteitag:

- Erarbeitung eines Programms zur Bekämpfung von AIDS gemeinsam durch Bund, Länder und Gemeinden, statt isolierter Einzelmaßnahmen
- des weiteren eine Beteiligung von Krankenkassen und Selbsthilfegruppen
- Koordinierung der bisherigen Aktivitäten in diesem Programm
- Ausrichtung des Programms auf die Schwerpunkte: Aufklärung, Betreuung und Forschungsförderung
- Erarbeitung eines integrierten Konzeptes zur sozialen und psychologischen Betreuung von Infizierten
- Einrichtung von Beratungsstellen
- Erarbeitung eines Präventivkonzeptes über den Bereich der Risikogruppen hinaus
- Umorientierung der Forschung, Verzicht auf Doppelforschung im Grundlagenbereich
- Diskriminierungsverbot und Arbeitsplatzsicherung für Infizierte

Die Einrichtung einer AIDS-Stiftung (ähnlich der Krebsstiftung) ist zu überprüfen. Diese darf allerdings staatliches Handeln nicht überflüssig machen, sondern soll dazu dienen, privates Engagement zu fördern.

Selbsthilfegruppen sind finanziell und organisatorisch besser zu fördern, sie müssen in alle Maßnahmen eingebunden sein, und zwar in allen Phasen der Maßnahmen.

Des weiteren fordert der Parteitag die schnellstmögliche Durchführung einer Fachtagung mit den Schwerpunkten:
 - psychosoziale Probleme bei der Betreuung
 - Gesundheitsbürokratie und AIDS-Selbsthilfen

Eine Meldepflicht wird als untaugliches Instrument abgelehnt, da dadurch die Anzahl der freiwillig Untersuchten zurückginge und letztendlich die Ausbreitung der Krankheit forciert würde.

Wir fordern darüber hinaus von der EG ein Aktionsprogramm „Europa gegen Aids“.

Initiativ-
Antrag-Nr.: 3
Betreff: Aids-Erlaß im Strafvollzug

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung – insbesondere den Landesjustizminister – auf, zum Aids-Erlaß für die Strafvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen Stellung zu nehmen.

Antrag-Nr.: D-11
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Duisburg
Betreff: Untersuchungsprogramm langfristige Strahlenschäden

Die Landesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, daß in kürzester Zeit von geeigneten Stellen in NRW ein langfristig (mindestens auf die Dauer von 20 Jahren) angelegtes Untersuchungsprogramm aufgelegt wird mit der Zielrichtung, die mittel- und langfristigen gesundheitlichen Auswirkungen der erhöhten radioaktiven Strahlung auf Grund der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl festzustellen.

Antrag-Nr.: D-12
Antragsteller: SPD-Bezirk Westliches Westfalen
Betreff: Gehörlose, schwerhörige und tinnitus-geschädigte Mitbürger

1. Der Landesparteitag setzt sich gegenüber Bund und Land nachdrücklich für politische Maßnahmen zur Verbesserung der Situation gehörloser, schwerhöriger und tinnitusgeschädigter Mitbürger ein.

2. Dabei sollen vorrangig folgende Probleme berücksichtigt werden:

- Einrichtung und Finanzierung von Schreibtelefon-Vermittlungsdiensten
- Ausbildung von Gebärdendolmetschern
- Einsatz lautsprachebegleitender Gebärdens in Sonderkindergärten und -schulen für Gehörlose sowie bei der Taubstummlehrausbildung
- Synchronisation und Untertitelung der Fernsehsendungen öffentlich-rechtlicher Anstalten sowie der privaten Anbieter in gehörlosengerechter Form
- Schaffung von Kommunikationszentren
- Verbesserung der Sportförderung.

3. Bei der Weiterentwicklung des Schwerbehindertenrechts

wird insbesondere darauf geachtet, daß noch bestehende Benachteiligungen spezifischer Behindertengruppen, zu denen auch die Tinnitusgeschädigten gehören, entsprechend den behinderungsbedingten Notwendigkeiten abgebaut und weitestgehend beseitigt werden.

Die wissenschaftlichen Bemühungen zur Erforschung und Bekämpfung des Tinnitusphänomens sind zu intensivieren und gezielt zu fördern.

Antrag-Nr.: D 13
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Warendorf
Betreff: Rettungssanitätärgesetz

Die SPD fordert die Landesregierung NW auf, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, ein Rettungssanitätärgesetz zu verabschieden.

In diesem Gesetz sollen Berufsbild und Ausbildungsgang des Rettungssanitäters verbindlich festgeschrieben werden.

Antrag-Nr.: D 15
Antragsteller: SPD-Bezirk Westliches Westfalen/SPD-Unterbezirk Dortmund
Betreff: Rechtliche, politische, soziale und kulturelle Gleichstellung von Ausländern/Integration als gesellschaftliche Aufgabe und politische Zielsetzung

„Integration ist ein ständiger und langwieriger Prozeß wechselseitigen Austausches gleichrangiger Partner, der zu einer neuen, für beide Teile gültigen Qualität führt. Integration beinhaltet ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unter Anerkennung und Wahrung der unterschiedlichen Sprache, Kultur und Religion. Herkunftsbedingte Besonderheiten müssen insoweit akzeptiert werden, als sie nicht gegen das hiesige Rechtssystem verstoßen und sich mit den gesellschaftlichen Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland vereinbaren lassen. Integration kann keine völlige Anpassung an die deutsche Umgebung bedeuten und setzt auch nicht den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit voraus.

Die ausländischen Mitbürger sind nicht nur berechtigt, sondern müssen auch befähigt werden, chancengleich die Angebote der Gesellschaft wahrzunehmen und aktiv ihre Lebensverhältnisse zu gestalten. Dies ermöglicht den ausländischen Mitbürgern soziales Engagement und aktive Teilnahme an der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Den Grad ihrer Integration müssen die ausländischen Mitbürger jeweils selbst frei bestimmen; er soll nicht administrativ erzwungen, sondern durch Verbesserung der Rahmenbedingungen unterstützt werden.

Die Integration der ausländischen Mitbürger ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und erfordert eine Neuorientierung der Ausländerpolitik. Die bisherige „Ausländerbeschäftigungspolitik“ löst nicht die Aufgaben der Zukunft, sondern nur eine Politik, die die ausländischen Mitbürger als integrierten Bestandteil des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland anerkennt.“ (Leitlinien sozialdemokratischer Ausländerpolitik, SPD-Bezirk Westliches Westfalen)

Heute leben in der Bundesrepublik Deutschland über 4,5 Millionen Ausländer. Sie stellen eine in absehbarer Zeit stabile, sozial und kulturell abgegrenzte und nicht zu übersehende Minderheit von ca. 8 % der Gesamtbevölkerung.

Diese Ausländer kamen nicht aus völlig freiem Willen, sondern weil sie hier als Arbeitskräfte gebraucht wurden und weil die wirtschaftliche (und teilweise politische) Not im Heimatland sie dazu zwang. Seit einigen Jahren, nach dem Anwerbestopp kamen sie vor allem, weil sie das Grundbedürfnis hatten, in ihrer Familie zusammenzuleben.

Die vielen hier geborenen Ausländer 2. und 3. Generation hatten nicht die Möglichkeit, über ihren Aufenthaltsort zu bestimmen.

Trotz der verschlechterten wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist der Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien weiterhin unverzichtbar.

Ungefähr die Hälfte der Ausländer leben länger als 10 Jahre, fast 90 % länger als 5 Jahre in der Bundesrepublik. Durch Familien-Nachzug und Gründung neuer Familien haben sie ihren Lebensmittelpunkt mittlerweile überwiegend in Deutschland. Viele Kinder und Jugendliche der sogenannten 2. und 3. Generation sind hier geboren und haben nur noch lose und seltene Kontakte zum „Herkunftsland“. Damit ist die Bereitschaft deutlich erkennbar, sich auf Dauer in der Bundesrepublik einzurichten – ohne allerdings die Bindungen zum oft nur wenige Stunden entfernten Heimatland völlig abzubrechen. Allerdings ist Ausländern die Planung ihres weiteren Lebensweges erheblich erschwert

- durch die Verweigerung demokratischer Rechte, insbesondere der Möglichkeit, durch aktives und passives Wahlrecht selbst an den sie unmittelbar betreffenden politischen Entscheidungen mitzuwirken und damit ihre eigenen Interessen in den politischen Prozeß einzubringen,
- durch eine Ausländergesetzgebung, die ihnen zwar formal viele der auch Deutschen zustehenden Rechte gewährt, im Zweifelsfall aber die „Belange der Bundesrepublik Deutschland“ – sehr unterschiedlich interpretierbar – vor den Schutz der Persönlichkeit und der Familie stellt,
- durch ein Arbeiterlaubnisrecht, welches Ausländern auch nach langdauerndem Aufenthalt oder ausländischen Familien, die erkennbar und zulässigerweise ihren Familienschwerpunkt in die Bundesrepublik Deutschland verlegt haben, ein Zugangsrecht zum Arbeitsmarkt nicht gewährleistet,
- durch Ausgrenzung von der Arbeitslosenhilfeberechtigung gerade in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit mit der Folge, daß die langfristig erworbene soziale Absicherung und – hieran anschließend – das Aufenthaltsrecht gefährdet wird,
- durch Ankündigungen und Beschlüsse über „Rückkehrhilfen“, „Rotation“ und drastische Einschränkungen der Familienzusammenführung,
- durch Anzeichen und Aktionen von Ausländerfeindlichkeit, die mit der Wirtschafts- und Strukturkrise zunehmen.

Auch bei hoher persönlicher Integrationsbereitschaft wirken sich diese objektiven Erschwernisse und Benachteiligungen der ausländischen Minderheit erheblich integrationshemmend aus, führen zu Resignation und Verdrossenheit gegenüber deutschen Behörden und Politikern. Sie bereiten den Nährboden für radikale und nationalistische Aktivitäten.

Die „traditionelle“ Ausländerpolitik, die die Ausländer als Randgruppe mit vorwiegend sozialen Problemen begreift und sie damit als Objekte sozialer Betreuung ansieht, kann (bei allen großen Verdiensten, die die Wohlfahrtsverbände auf diesem Gebiet erworben haben) solche Erschwernisse und Benachteiligungen nicht beseitigen, sondern nur mildern. Notwendig und angebracht ist vielmehr, die hier lebenden Ausländer als mündige Bürger zu betrachten und zu behandeln, die in einem demokratischen Staatswesen das Recht haben müssen, wie jeder andere auch, auf die sie betreffenden Entscheidungen Einfluß zu nehmen und ihren Lebensweg eigenverantwortlich zu planen und zu gestalten.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist vor mehr als 120 Jahren entstanden als eine Bewegung zur Beseitigung politischer, sozialer und ökonomischer Ungleichheit – unabhängig von Rasse, Staatsangehörigkeit und Religion. Dieser Tradition ist sie verpflichtet und deshalb heute gefordert, die politische, rechtliche, soziale und kulturelle Gleichstellung ausländischer Mitbürger anzustreben und zu verwirklichen.

Die SPD tritt deshalb ein

- für politische Beteiligungsrechte von Ausländern vor allem auf kommunaler Ebene,
- für Verbesserungen im Aufenthalts- und Einbürgerungsrecht mit dem Ziel, Verunsicherungen und Einschränkungen abzubauen,
- für konkrete Maßnahmen und Initiativen zur Zusammenarbeit von Deutschen und Ausländern und zum Abbau von Ausländerfeindlichkeit.

Auf der Basis ihrer programmatischen Aussagen und Zielsetzungen bietet die SPD darüber hinaus Ausländern die Möglichkeit der Mitgliedschaft, Mitarbeit, Unterstützung und Hilfestellung.

Antrag-Nr.: D 16
Antragsteller: SPD-Bezirk Westliches Westfalen/SPD-Unterbezirk Dortmund
Betreff: Ausländerrecht

Der SPD-Landesparteitag fordert eine Abkehr von Grundpositionen des bisherigen Ausländerrechts, die

- eine gleichberechtigte Beteiligung der Ausländer am sozialen und politischen Leben in der Bundesrepublik Deutschland behindern,
- destabilisierend wirken und in ihrer Anwendung Unsicherheit dadurch schaffen, daß bei Fehlverhalten des Ausländers seine Ausweisung droht, wenn „Belange der Bundesrepublik Deutschland“ beeinträchtigt werden,
- Integration hemmen und eine aktive Mitgliedschaft in den Parteien, Gewerkschaften und Verbänden behindern, weil die Ausländer durch ihren unsicheren Aufenthaltsstatus ihre Lebensplanung hier nicht langfristig gestalten können.

Der SPD-Landesparteitag setzt sich deshalb für die Durchsetzung eines Niederlassungsrechts für Ausländer ein,

- das nach einem Aufenthalt von 8 Jahren generell erteilt wird,
- das allen hier lebenden erwachsenen Ausländern im Rahmen des Niederlassungsrechtes die gleichen Rechte und Pflichten wie Deutschen verleiht,
- das gleichzeitig die Beibehaltung des Ausländerstatus ermöglicht und damit eine freiwillige Reintegration offenhält,
- das bürokratische Ermessensentscheidungen vermeidet und Rechtsansprüche in den Vordergrund stellt,
- das insbesondere hier im Lande aufgewachsenen Kindern von Ausländern die Möglichkeit eröffnet, ohne bürokratische Hürden die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Der SPD-Landesparteitag spricht sich gegen eine Sonderbehandlung von Ausländern bei der Gewährung von Sozialleistungen aus. Insbesondere darf arbeitslosen Ausländern, wenn der Arbeitsmarkt verschlossen ist, der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe nicht versagt werden.

Im Bereich des Arbeitserlaubnisrechts ist sicherzustellen, daß der Zugang zum Arbeitsmarkt nach einem Aufenthalt von 8 Jahren unbeschränkt möglich ist. In Erweiterung des bisherigen Rechts ist den Ausländern, die zulässigerweise und erkennbar ihren Familienschwerpunkt in das Bundesgebiet verlegt haben,

ebenfalls ausdrücklich ein Anspruch auf unbeschränkte Arbeitserlaubnis einzuräumen.

Die Gewährung politischer Beteiligungsrechte für Ausländer muß ergänzt werden durch entsprechende Verbesserungen ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation.

Eine Erleichterung der Einbürgerung – so notwendig und wünschenswert sie auch ist – stellt keine Alternative, sondern nur eine Ergänzung zum geforderten Niederlassungsrecht dar. Von maßgeblicher Bedeutung ist dabei, daß dem Ausländer die Entscheidung über die Verweildauer sowie über Einbürgerung oder Reintegration/Rückkehr selbst überlassen bleibt.

Antrag-Nr.: D 17
Antragsteller: SPD-Bezirk Westliches Westfalen/SPD-Unterbezirk Dortmund
Betreff: Kommunales Wahlrecht für Ausländer

Der SPD-Landesparteitag setzt sich dafür ein, daß Ausländer, die bereits längere Zeit in der Bundesrepublik leben und damit hier ihren Lebensmittelpunkt haben, gleichberechtigt an den politischen Entscheidungen mitwirken können.

Landtagsfraktion und Landesregierung werden aufgefordert, das aktive und passive kommunale Wahlrecht für alle Ausländer in Nordrhein-Westfalen so schnell wie möglich zu verwirklichen. Die SPD ist für das kommunale Wahlrecht für Ausländer.

Zur Durchsetzung dieser Forderung sind umgehend gleichrangig und gleichzeitig Initiativen auf drei verschiedenen parlamentarischen Ebenen zu ergreifen:

a) Die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung NRW werden aufgefordert, gesetzliche Initiativen zu ergreifen, das Kommunalwahlrecht für Ausländer in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen.

b) Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Initiative einzubringen, die auf dem Wege bilateraler Verhandlungen und Vereinbarungen zur Gewährung des kommunalen Wahlrechts auf Gegenseitigkeit führt, und die Bundesregierung zu veranlassen, im EG-Ministerrat entsprechende Initiativen zu ergreifen.

c) Die Sozialistische Fraktion im Europaparlament wird aufgefordert, entsprechend dem Vorstandsbeschluß des Bundes der Europäischen Sozialisten eine für alle EG-Staaten (und assoziierten Länder) gleichermaßen gültige Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer anzustreben und durchzusetzen sowie darüber hinaus auf die Einführung einer einheitlichen europäischen Staatsbürgerschaft hinzuwirken.

Antrag-Nr.: D 18
Antragsteller: SPD-Bezirk Westliches Westfalen/SPD-Unterbezirk Dortmund
Betreff: Ausländer – unsere Mitbürger

Zur Integration der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer in unsere Gesellschaft gibt es keine Alternative, denn der überwiegende Teil möchte auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Daraus läßt sich ableiten, daß möglichst alle staatlichen Organe, die öffentlich-rechtlichen Medien sowie die demokratischen Parteien, Kirchen und Verbände Rahmenbedingungen schaffen müssen, die eine politische, ökonomische und rechtliche Gleichstellung der Ausländer umgehend anstrebt. Diese Rahmenbedingungen müssen ergänzt werden durch eine Öffentlichkeitsarbeit, die ebenfalls

die Integration der Ausländer ohne Vorbehalt unterstützt und stärkt.

Für die Ausländerarbeit heißt das konkret:

- Die kulturelle Begegnung mit Ausländern zu suchen, um sie besser zu verstehen und die Pflege der kulturellen Eigenart zu unterstützen.
- Im eigenen Umfeld sich mit Ausländern gemeinsam für die Erhaltung von Arbeitsplätzen, eine Verbesserung der Wohnungs- und Schulpolitik einzusetzen, statt nur Forderungen zu stellen an Politiker und Gesetzgebung.
- Positive Ansätze der Verständigung und des gemeinsamen Miteinanders zu suchen, aufzunehmen und fortzuführen.
- Durch solidarisches Handeln eigene Ängste und Vorurteile abzubauen und Ausländer wie Deutsche zu ermutigen, ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten.
- Wachsam zu sein und auf alle Anzeichen von Rassismus, Nationalismus, Vorurteile und Feindbilder hinzuweisen und sie durch mutige Gegenklärung zu entlarven.
- Bei Auseinandersetzungen mit Neonazis und Rechtsradikalen nicht der Versuchung zu erliegen, mit den gleichen Methoden wie sie zu „kämpfen“, sondern statt dessen Formen des gewaltfreien Protestes zu üben, um zu einer sachlichen Information der Öffentlichkeit beizutragen. Das bedeutet, gegen den Strom der Vorurteile und Feindbilder zu schwimmen.

Antrag-Nr.: D 24
Antragsteller: SPD-Ortsverein Hüchelhoven (UB
Erfkreis)
Betreff: Obdachlosenproblematik

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Bundesregierung in geeigneter Weise (Anfrage) zu Aussagen zu zwingen, was sie in der Bundesrepublik gegen die zunehmende Zahl Obdachloser zu unternehmen gedenkt.

Antrag-Nr.: D 29
Antragsteller: SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe/
SPD-Unterbezirk Gütersloh
Betreff: Gedenk- und Dokumentationshalle im
Stukenbrock-Senne

Die Landesregierung NRW wird aufgefordert zu prüfen, ob mit ihrer Hilfe und in Zusammenarbeit mit dem Kreis Gütersloh und der Gemeinde Schloss Holte-Stukenbrock auf dem Gebiet des Ehrenfriedhofes sowjetischer Kriegstoter des ehemaligen Kriegsgefangenen-Stammlagers (Stalag 326-VI-K) in Stukenbrock-Senne, auf dem 65 000 Tote verscharrt wurden, eine Gedenk- und Dokumentationshalle errichtet werden kann. Dabei soll neben der Darstellung der konkreten Ereignisse in Stukenbrock auch die von der SS, der Wehrmachtführung sowie der deutschen Kriegswirtschaft geführte nationalsozialistische Kriegsgefangenen- und Ausrottungspolitik in der Sowjetunion dokumentiert werden, damit der Ehrenfriedhof eine den damaligen Ereignissen angemessene würdige Mahn- und Gedenkstätte wird. Dabei soll das Land NRW die schon bestehenden Kontakte zwischen dem Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“ und dem sowjetischen Kultusministerium berücksichtigen und entsprechende Angebote von sowjetischer Seite nutzen.

Antrag-Nr.: D 30
Antragsteller: SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Betreff: Justiz im „Dritten Reich“

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine Untersuchung über die Justiz im „Dritten Reich“ in Nordrhein-Westfalen in Auftrag zu geben;
2. In Justizgebäuden, in denen im „Dritten Reich“ nationalsozialistisches Justizunrecht geschehen ist, in angemessener Weise der Opfer zu gedenken.

Antrag-Nr.: D 31
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Ennepe-Ruhr/Witten
Betreff: Gestiegene Aktivitäten von
Rechtsextremisten

Mit Empörung und Zorn nehmen wir Kenntnis von den brutalen Ausschreitungen rechtsgerichteter Gruppen gegen Asylanten, Ausländer und Bürger. Unsere Empörung und unser Zorn richten sich besonders gegen die Tatsache, daß hier junge Menschen irregeleitet, verführt und in unverantwortlicher Weise als Handlanger vor den Karren gewissenloser Neonazis gespannt werden.

Der SPD-Landesverband NRW wird dafür sorgen, daß durch gezielte Aufklärungsaktionen in der Öffentlichkeit Jugendliche von diesen Verwirrungen abgehalten bzw. abgebracht werden. Der SPD-Landesverband NRW wird zusammen mit allen Untergliederungen gegen die Hintermänner dieser Ausschreitungen vorgehen. Er appelliert an diejenigen, die als Zeugen oder Opfer von Gewalttaten betroffen sind, nicht still zu halten, sondern polizeiliche und strafrechtliche Verfolgung zu veranlassen. Das Schweigen und die Angst der Opfer sind die Macht der Täter.

Der SPD-Landesverband tritt ein für das Verbot der FAP und der Nationalistischen Front (NF), die in Zielsetzung und Aktivitäten gegen den demokratischen Staat und die Menschlichkeit kämpfen; wir wollen vermeiden, daß durch den Anschein der Legalität das unmenschliche Treiben als staatlich anerkannt und gesellschaftlich geduldet erscheinen könnte. Aus diesem Grunde fordern wir den Bundesminister des Innern auf, den Verbotsantrag des Landes Nordrhein-Westfalen erneut zu überprüfen und wegen der immer brutaleren Praktiken der Drahtzieher und vieler Irregeleiteter endlich entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Initiativ:
Antrag-Nr.: 2
Betreff: Strafverfahren bei der Volkszählung

Der Landesparteitag ist ernstlich besorgt über die Einleitung zahlreicher Strafverfahren gegen Gegner der Volkszählung. Ohne in irgendeiner Form die Boykottaktion billigen zu wollen, ist es politisch unerträglich, wenn das Abschneiden der Zählnummern als Sachbeschädigung kriminalisiert wird. Zum Schutz der Volkszählung reichen die im Volkszählungsgesetz enthaltenen Ordnungsvorschriften aus. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine liberale Handhabung der Sanktionen einzusetzen.

Initiativ-Antrag-Nr.: 4
Betreff: Regelsatz Sozialhilfe

1. Landesregierung und Landtagsfraktion werden aufgefordert, die aufgrund einer NRW-Initiative vereinbarten Verbesserungen der Sozialhilfe nach BSHG, insbesondere die überfällige 10 %-Regelsatzerhöhung auch in NRW beschleunigt sicherzustellen.

2. Partei, Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion und die Landesregierung sollen durch gezielte Initiativen einschließlich öffentlicher Kampagnen entschieden darauf hinwirken, daß Städte, Kreise und Gemeinden von den allmählich untragbar gewordenen finanziellen Belastungen aus der Sozialhilfe nach BSHG durch den Bund spürbar entlastet werden. Die Umwälzung der Folgen der antisozialen Bonner „Wende“-Politik auf Städte, Kreise und Gemeinden und nicht zuletzt auf die am meisten Benachteiligten selbst ist ein wesentliches Element der reaktionären CDU/CSU-FDP-Sozialpolitik in Bonn. Im Zusammenhang mit der betrügerischen sogenannten „Steuerreform“ gefährdet sie den sozialen Frieden in unserem Land, führt zur Verelendung und treibt Städte, Kreise und Gemeinden in den finanziellen Ruin.

Antrag-Nr.: E 1
Antragsteller: SPD-Landesvorstand
Betreff: Die ökologische Erneuerung Nordrhein-Westfalens erfolgreich fortsetzen

1. Neuorientierungen in der Umweltpolitik
2. Umweltpolitische Schwerpunkte
 2. 1 Umweltpolitik und Arbeitsplatzsicherung sind keine Gegensätze
 2. 2 Nordrhein-Westfalen hat eine führende Position in der Umweltindustrie
 2. 3 Moderne Umweltschutztechnologien entwickeln
 2. 4 Für eine konsequente Politik der Luftreinhaltung
 2. 5 Die Spitzenposition in der Abwasserpolitik halten
 2. 6 Die ökologischen Funktionen des Bodens und den Freiraum schützen
 2. 7 Stadtökologie
 2. 8 Ökologische Verkehrspolitik konsequent fortsetzen
 2. 9 Die Abfallwirtschaft ordnen und Entsorgung sicherstellen
 - 2.10 Neue Wege in der Atlastensanierung gehen
3. Umweltprobleme mit den Mitteln ökologisch vertretbarer Technologien lösen
4. Umweltbelastungen national und international abbauen
5. Durch vorbeugende Chemiepolitik Risiken reduzieren
6. Die Verantwortung für umweltgerechtes Verhalten stärken.

1. Neuorientierungen in der Umweltpolitik
 Zum Wege der SPD, die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft zu betreiben, gibt es keine zukunftsorientierte Alternative.

Mit dem Nürnberger Aktionsprogramm haben wir Sozialdemokraten für die Bundesrepublik ein konkretes Programm zur

Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und zur ökologischen und sozialen Erneuerung der Wirtschaft vorgelegt. In Nordrhein-Westfalen haben wir mit unserem Umweltprogramm, der Nordrhein-Westfalen-Initiative Zukunftstechnologien und dem Politikschwerpunkt „Arbeit und Umwelt“ den Weg der ökologischen Erneuerung unseres Industrielandes erfolgreich beschritten. Wir haben Umweltschäden aus der Vergangenheit, doch noch lange nicht alle Altlasten unserer industriellen Geschichte, saniert. Wir haben anstelle der traditionellen Umweltpolitik, die auf die bloße nachträgliche Reparatur eingetretener Umweltschäden ausgerichtet ist, eine umfassende Umweltvorsorgepolitik eingeleitet. Sie muß in Nordrhein-Westfalen auch in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden.

Vor allem herrscht in den Städten, Kreisen und Kommunen ein erhebliches Vollzugsdefizit.

2. Umweltpolitische Schwerpunkte

2.1 Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung sind keine Gegensätze

Wir haben in Nordrhein-Westfalen gezeigt, daß aktiver Umweltschutz auch eine industriepolitische Entwicklungschance ist.

Quantitatives Wachstum allein bedeutet auch die Gefahr neuer Umweltprobleme. Die ökonomische Entwicklung muß ökologisch orientiert sein. Die Strategie heißt deshalb: Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und mehr Arbeitsplätze durch die ökologische Erneuerung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen.

2.2. Nordrhein-Westfalen hat eine führende Rolle in der Umweltindustrie

Bestehende Umweltschäden können abgebaut, zukünftige Belastungen können durch den Einsatz umweltfreundlicher Techniken und Verfahren vermieden werden. Ihre Anwendung ist zugleich eine technologie- und industriepolitische Chance. Nordrhein-Westfalen hat die heute schon führende Position in der Umweltindustrie der Bundesrepublik:

Die Zahl der Umweltfirmen in Nordrhein-Westfalen ist gemessen am Bundesgebiet überdurchschnittlich. Das bedeutet direkt und indirekt 100 000 vom Umweltschutz abhängige Arbeitsplätze. Überdurchschnittlich viele Umweltschutzaufwendungen erfolgen in Nordrhein-Westfalen.

Umweltechnische Produkte werden von nordrhein-westfälischen Firmen für alle Umweltbereiche angeboten. Der Schwerpunkt liegt in der Luftreinhaltung und Abwasserreinigung, der Abfall- und Recyclingtechnik, der Energieeinsparung und -rückgewinnung sowie dem Schallschutz.

Mit der dichtesten Hochschullandschaft verfügt Nordrhein-Westfalen über die besten Voraussetzungen, um die ökologischen und umwelttechnischen Beratungskapazitäten auszubauen, die Kooperationen und den Transfer in der Umweltforschung zu verstärken und forschungs- und entwicklungspolitische Netzwerke für den Umweltschutz zwischen den Hochschulen, der Wirtschaft, dem Staat und den Kommunen einzurichten.

Die Weiterentwicklung und der Ausbau der erfolgreichen Umweltindustrie führen über die Erschließung neuer Märkte zu Wachstum und zu mehr Beschäftigung.

2.3 Moderne Umweltschutztechnologien entwickeln

Das Ziel ist, mit sparsamem Verbrauch von Umweltgütern, Rohstoffen, Energie und Flächen und mit weniger Belastung von Luft, Wasser und Boden zu produzieren. Das kann nur erreicht werden, wenn die Industriegesellschaft alle ihre innovativen Kräfte und technologischen Fähigkeiten einsetzt.

Das konsequente Beschreiten dieses Zukunftspfades ist wichtiger denn je, weil

- die Reparatur von Umweltschäden und die Beseitigung von Altlasten den höchsten umwelttechnischen Standard erfordern,
- die Vorsorge gegen künftige Umweltschäden neue Produktions- und Vermeidungstechnologien verlangt.

Die Entwicklung modernster Umweltschutztechnologie verbessert den Schutz der Umwelt und stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben auf diesem Markt gute Chancen.

2.4 Für eine konsequente Politik der Luftreinhaltung

Die Luftreinhaltung ist eine zentrale Aufgabe unserer Umweltpolitik. Mit der Vereinbarung über den Emissionsminderungsplan zwischen den Betreibern von Kraftwerken der öffentlichen Energieversorgung und der Landesregierung wurde ein entscheidender Schritt zur Verringerung der Luftbelastung in Nordrhein-Westfalen getan. Hier zeigt sich, daß Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft auf der Grundlage klarer staatlicher Vorgaben ein erfolgreicher Weg ist, um ökologisch schnelle Fortschritte zu erzielen und gleichzeitig Unternehmen Produktionssicherheit zu geben.

Nach dem nordrhein-westfälischen Emissionsminderungsplan müssen über 50 Kraftwerke mit Rauchgasentschwefelungsanlagen nachgerüstet werden. Dadurch werden die SO₂-Emissionen von rund 870 000 t/a im Ausgangsjahr 1983 bis 1988 auf rund 290 000 t/a, das heißt um zwei Drittel, bis 1994 auf rund 177 000 t/a, das heißt um 4/5, verringert. Die NO_x-Emissionen werden von rund 490 000 t/a im Ausgangsjahr 1983 bis 1990 auf rund 136 000 t/a, also um fast 3/4 verringert.

Bei der Realisierung des Emissionsminderungsplans handelt es sich um eine große ökonomische und ökologische Kraftanstrengung. Vergleichbares hat es bisher in der Bundesrepublik nicht gegeben. Mit Umrüstungsinvestitionen in der Größenordnung von rund 11 Milliarden DM wird der entscheidende Durchbruch in der Luftreinhaltung erzielt und es werden erhebliche Beschäftigungseffekte erreicht.

Diese Maßnahmen verringern die Belastungen für Menschen und Wälder und sichern den umweltverträglichen Einsatz unserer heimischen Energieträger. Kurzfristig wirkt das Waldhilfeprogramm Nordrhein-Westfalens, das in der Bundesrepublik vorbildlich ist. Die Landesregierung fördert

- Wiederaufforstungen,
- Düngungsmaßnahmen und
- vorbeugenden Waldschutz

in hohem Maße.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,

- diese erfolgreiche Luftreinhaltungspolitik konsequent fortzusetzen und Initiativen zu ergreifen, um

- die Wirkungsforschung über solche Stoffe zu intensivieren, die in kleinen Mengen anfallen, aus diffusen Quellen stammen, aber hochgiftig sein können,
- die Emissionen aus dem Kraftfahrzeugverkehr schnell und nachhaltig zu reduzieren. Dazu gehören die Minimierung des Benzolgehaltes und der Partikelemissionen aus Dieselmotoren sowie die generelle Einführung des Drei-Wege-Katalysators.

2.5 Die Spitzenposition in der Abwasserpoltik halten

Der Wasserschutz Nordrhein-Westfalens reicht aus, das heute und in der Zukunft benötigte Wasser bereitzustellen. Diese Tatsache darf jedoch kein Freibrief für Wasserverschwendung und -verschmutzung sein. In der Abwasserpoltik hat Nordrhein-Westfalen im Bundesvergleich eine Spitzenposition inne.

Die Anschlußquote der Einwohner an öffentliche Kläranlagen liegt in Nordrhein-Westfalen bei über 91 Prozent.

Seit 1985 hat Nordrhein-Westfalen im Landeshaushalt 1,43 Milliarden DM für Abwassermaßnahmen zur Verfügung gestellt. Damit ist ein Investitionsvolumen von fast 2,5 Milliarden DM angeregt worden.

Durch konsequente Anwendung wassersparender Techniken ist im industriellen Bereich ein jährlicher Rückgang des Wasserverbrauchs von rund 2 Prozent zu verzeichnen, das eingesetzte Wasser wird im Durchschnitt 4,2-mal genutzt.

In Nordrhein-Westfalen werden bereits 97 Prozent der Einwohner zentral mit Trinkwasser versorgt.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,

- ökologischen Kriterien im Gewässerausbau und in der Gewässerunterhaltung noch stärker Geltung zu verschaffen
- den Schutz des Wassers vor wassergefährdenden Stoffen weiter zu verbessern
- die Sanierungsmaßnahmen im Abwasserbereich fortzusetzen
- die Kontrolle unserer Gewässer zu intensivieren.

2.6 Die ökologischen Funktionen des Bodens und den Freiraum schützen

Die ökologische Funktion des Bodens, seine Unvermehrbarkeit und die Grenzen seiner Belastbarkeit geben dem Bodenschutz gerade im dicht besiedelten Industrieland NRW einen besonderen Stellenwert.

Der Boden ist Lebensgrundlage und Lebensraum für Mensch, Tier und Pflanze sowie prägendes Element für Natur und Landschaft. Freiraumschutz und die Rückgewinnung von Naturpotential ist mit ein wichtiger künftiger Standortfaktor gerade für die industrielle Ballungsregion an Rhein und Ruhr.

Mit dem neuen Landesentwicklungsplan III, der im Bundesgebiet beispielgebend ist, wird eine Umkehr beim Freiraumverbrauch in Nordrhein-Westfalen eingeleitet. Freiräume dürfen künftig nur dann ausnahmsweise für die Planung von Wohnsiedlungen, Gewerbegebieten, Industrieflächen oder Straßen in Anspruch genommen werden, wenn dies nachprüfbar erforderlich ist.

Nordrhein-Westfalen hat bereits 1985 mit dem Bodenschutzprogramm als erstes Land eine durchgehende Konzeption entwickelt, um in einem kooperativen Ausgleich zwischen Umweltschutz- und Bodennutzungsinteressen ein vernetztes System von Natur- und Landschaftsschutzflächen zu schaffen. Bestandteile dieses Systems sind u. a. das Naturschutzprogramm Ruhrgebiet, das Feuchtwiesenschutzprogramm und das Mittelgebirgsprogramm.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,

- die eingeleitete Natur-, Landschafts- und Bodenschutzpolitik zügig fortzusetzen,
- 3 Prozent der Landesfläche unter Naturschutz zu stellen und die doppelte Fläche durch Nutzungsaufgaben ökologisch zu sichern.

Der Landesparteitag fordert Land und Gemeinden auf, durch konsequente Umsetzung des Landesentwicklungsplans III die Freiräume zu erhalten.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, beim Bund für eine sofortige Verabschiedung eines umfassenden Bodenschutzgesetzes einzutreten.

2.7 Stadtökologie

Ökologische Erneuerung ist in Nordrhein-Westfalen als dem dichtbesiedeltesten Industrieland der Welt eine zentrale Aufgabe gerade auch für die Städte. Durch das rasche, ungeordnete Wachstum im 19. Jahrhundert und in der Nachkriegszeit sind die Städte zu hochbelasteten und instabilen Öko-Systemen geworden, deren Regenerationsfähigkeit stark geschwächt ist. Ihre Stabilisierung ist daher immer mehr vom Einsatz technischer Mittel und vom Import ökologischer Ressourcen – Wasser, Luft, Erholungsraum, Deponiekapazität – aus weniger dicht besiedelten ländlichen Räumen abhängig.

Deshalb ist Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen immer auch „Stadtökologie“. Die ökologische Erneuerung der Städte ist seit Beginn der 80er Jahre zentraler Bestandteil der Politik des Landes. Sie ist Umweltpolitik, Sozialpolitik und Strukturpolitik zugleich.

Die ökologische Stabilisierung der Städte ist notwendig, wenn die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen erhalten bzw. wiederhergestellt werden soll.

Die einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen sind sowohl am Arbeitsplatz als auch in den Wohngebieten den stärksten Umweltbelastungen ausgesetzt. Sie haben am wenigsten die Möglichkeit, diesen Belastungen durch Verlagerung des Wohnstandortes oder durch ausgedehnte Urlaubs- und Wochenendreisen zu entfliehen. Die Verbesserung der ökologischen Bedingungen ist daher auch eine soziale Notwendigkeit.

Auch aus strukturpolitischen Gesichtspunkten ist die ökologische Revitalisierung unverzichtbar, wenn alte Industrielandschaften in der Konkurrenz um Betriebe und private Kapitalinvestitionen künftig bestehen wollen. Immer mehr werden Standortentscheidungen von Betrieben und private Kapitalinvestitionen nämlich nach der Qualität der Wohn- und Umweltbedingungen getroffen.

Die Landesregierung hat deshalb seit 1980 Konzepte zur ökologischen Erneuerung entwickelt und setzt sie in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden um.

Die wichtigsten Handlungsbereiche stadtökologischer Politik sind:

- ein wirksamer Schutz der verbliebenen Freiräume, vor allem in den innerstädtischen Bereichen,
- die ökologische Umgestaltung des Wohnumfeldes, vor allem durch Begrünung und Entsiegelung von Flächen,
- die Verringerung der Umweltbelastung des Kfz-Verkehrs durch eine ökologisch orientierte Stadtverkehrspolitik,
- die Standortsicherung von Industrie- und Gewerbebetrieben in Gemengelage unter Verringerung der betriebsbedingten Emissionen,
- Der Schutz der Baudenkmäler und anderer Bauwerke vor umweltbedingten Schädigungen,
- die Förderung des Bürgerengagements für eine ökologische Stadtpolitik mit dem Ziel, die Eigeninitiative im Freiraumschutz, in der Begrünung des Wohnumfeldes, bei der Vermeidung und Wiederverwertung von Abfällen und im Bereich des ökologischen und sozial-verantworteten Verkehrsverhalten zu stärken,
- die Überarbeitung der städtebaulichen Planungen – Stadtentwicklungspläne, Flächennutzungspläne, Bebauungspläne und städtebauliche Rahmenpläne – nach ökologischen Zielsetzungen.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,

- zusammen mit den Gemeinden die kommunalen Pläne unter stadtökologischen Zielsetzungen zu überarbeiten und mittelfristige Investitionsprogramme für einzelne Stadtteile vorzubereiten,
- für diese Investitionsprogramme mittelfristig verbindliche Finanzierungsgrundlagen durch eine entsprechende Ausgestaltung der zweckgebundenen Zuweisungen im Verhältnis von Bund, Ländern und Gemeinden zu schaffen.

2.8 Ökologische Verkehrspolitik konsequent fortsetzen

Die Politik der Luftreinhaltung, des Freiraumschutzes und der Stadterneuerung kann nur erfolgreich sein, wenn sie begleitet wird von einer ökologischen Verkehrspolitik. Ökologische Verkehrspolitik erkennt die Grenzen und Probleme der Motorisierung. Sie orientiert sich an den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer – besonders der schwächeren – und an der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Die Bemühungen, den „Straßenverkehrsmenschen“ und das „verkehrsgerechte Kleinkind“ zu schaffen, sind gescheitert.

Das dichte und gut ausgebaute Straßennetz unseres Landes macht die ökologische und menschengerechte Orientierung möglich. Die hohe Siedlungsdichte und der große Anteil des Straßenverkehrs an den bestehenden Umweltbeeinträchtigungen machen sie notwendig.

Die wesentlichen Merkmale der ökologischen Verkehrspolitik sind:

- Kritische Überprüfung der bisherigen Bedarfvorstellungen: Ein lediglich verkehrlicher Bedarf kann den Bau einer Straße nicht mehr begründen; vielmehr sind ökologische Vorteile erforderlich, insbesondere durch Entlastung bebauter Gebiete.
- Der öffentliche Personennahverkehr hat Vorrang gegenüber dem privaten Autoverkehr. Dies gilt besonders für die Ballungsgebiete;

- Vorrangige Förderung des Radfahrer- und Fußgängerverkehrs;
- Erhalt und ökologischer Umbau der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur. Hochbelastete Straßen in dicht besiedelten Bereichen sind – etwa durch nachträgliche Untertunnelung – umzugestalten, um die Zerschneidung ganzer Stadtteile und die Belastung durch Lärm und Schadstoffe zu mindern oder aufzuheben.
- Mehr Sicherheit für schwächere Verkehrsteilnehmer, insbesondere durch Tempobeschränkungen und flächenhafte Verkehrsberuhigung. Straßen und Plätze müssen als Entfaltungs- und Kommunikationsräume zurückgewonnen werden.
- Grundsätzlich keine Vermehrung von Verkehrsflächen; Ausgleich von Flächenverlusten durch Entsiegelung oder ökologische Aufwertung anderer Flächen;
- Weitestgehende Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, die Verkehrspolitik der kommenden zehn Jahre an diesen Zielen auszurichten. Um den ökologischen Nachholbedarf in der Verkehrspolitik aufzuarbeiten, sollen die Generalverkehrspläne überarbeitet und die knappen Finanzmittel des Landes für die Verkehrsinfrastruktur zur Umsetzung der ökologischen Verkehrspolitik eingesetzt werden.

2.9 Die Abfallwirtschaft ordnen und die Entsorgung sicherstellen

Für das industrielle Kernland Nordrhein-Westfalen ist Abfallvermeidung wichtiger als Abfallverwertung, Abfallverwertung wichtiger als Abfallbeseitigung. Nicht vermeidbare und nicht verwertbare Abfälle müssen auf hohem Sicherheitsniveau und mit modernen Technologien entsorgt werden.

Abfallexport löst nicht die Probleme, sondern lädt sie nur anderen auf. Den Dreck, den wir selbst erzeugen, müssen wir auch selbst bewältigen. Die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft steht und fällt mit einer umweltverträglichen Abfallwirtschaft. Wer Ja sagt zur Versorgung einer modernen Industriegesellschaft, muß deshalb auch Ja sagen zur Entsorgung der Industriegesellschaft. Das eine bedingt das andere.

In Nordrhein-Westfalen fallen 40 Prozent aller Sonderabfälle der Bundesrepublik an. Zählt man die für Nordrhein-Westfalen typischen Massenabfälle wie Stäube und Schlämme aus Kohle, Stahl und Chemie dazu, erhöht sich der Anteil auf rund 75 Prozent. Im Jahre 1986 wurden in Nordrhein-Westfalen 3,8 Millionen Tonnen Sonderabfälle beseitigt; die Menge für das gesamte Bundesgebiet betrug 4,9 Millionen Tonnen.

Heute werden in Nordrhein-Westfalen jährlich mehr als 10 Millionen Tonnen produktionsspezifische Abfälle wieder verwertet. Bei Abfällen aus dem Baugewerbe liegt die Verwertungsquote bei mehr als 60 Prozent. Insgesamt hat Nordrhein-Westfalen bereits heute eine führende Rolle in der Abfallverwertung. Dennoch ist auf absehbare Zeit mit einem weiteren Anstieg des Abfallaufkommens zu rechnen. Das gilt insbesondere für den industriellen Bereich. Denn mehr Umweltschutz bedeutet z. B. auch mehr Filterstäube und Klärschlämme. Höhere Meßtechnik und verstärkte Sammelaktionen in den Kommunen erhöhen das Sonderabfallaufkommen. Deshalb ist eine umweltverträgliche Entsorgung in Nordrhein-Westfalen zentraler Teil des Umweltschutzes aber auch wichtige Voraussetzung für die Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Umweltverträgliche Entsorgung ist künftig ein wichtiger Standortfaktor.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,

- mit Abfallbehandlungsanlagen möglichst viele Wertstoffe aus Abfällen zurückzugewinnen, Schadstoffe zu minimieren und die Abfälle insgesamt so zu behandeln, daß sie umweltverträglich entsorgt bzw. deponiert werden können,
- mit Hilfe moderner Technologien nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen bestimmte Abfälle und Stoffe gefahrlos für Mensch und Umwelt zu beseitigen. Damit werden technologische Entwicklungen gefördert und genutzt sowie knapper Deponieraum geschont.
- durch die Erschließung von verschiedenen Untertagedeponien, in Kohle- und Salzbergwerken industrielle Massenabfälle und kritische Sonderabfälle in besonderen Gesteinsformen abzulagern.

Erst durch den Verbund dieser unterschiedlichen Anlagentypen kann eine optimale Entsorgungsstruktur und ein vollwertiges Recycling auf hohem technologischem Niveau ermöglicht werden.

2.10 Neue Wege in der Altlastensanierung gehen

Altlasten sind die Folgen unserer industriellen Entwicklung, von Kriegseinwirkungen.

Grundsätzlich gilt für die Sanierung der Altlasten das Verursacherprinzip. Wo die Verursacher nicht mehr haftbar gemacht werden können, ist die Industrie gefordert, ihren Solidarbeitrag zu leisten.

Die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen für die Altlastensanierung zu schaffen, ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Der Landesparteitag bedauert, daß die Bundesregierung hier ihrer umweltpolitischen Verantwortung nicht gerecht geworden ist, sondern Länder und Gemeinden im Stich gelassen hat.

In Nordrhein-Westfalen ist ein System der Altlastenerfassung und -bewertung entwickelt worden, das bundesweit modellhafte Bedeutung hat.

Mitte 1987 waren in Nordrhein-Westfalen rund 10 600 Verdachtsflächen lokalisiert; durch die fortschreitende Erfassung wird diese Zahl noch steigen. Rund 10 Prozent sind teil- oder vollsanierungsbedürftig.

Einen gewichtigen Beitrag bei der Sanierung alter Industrieflächen leistet die Landesregierung seit 1981 mit dem Grundstücksfonds Ruhr und seit 1984 mit dem landesweiten Grundstücksfonds.

Die Landesregierung hat im Haushalt 1986 und 1987 je 40 Millionen DM bereitgestellt, damit in den Kommunen mit den dringlichsten Sanierungen begonnen werden kann.

Der Landesparteitag begrüßt die Absicht der Landesregierung, in Zusammenarbeit mit Industrie und Gemeinden eine eigene gesetzliche Finanzierungslösung für NRW zu schaffen, die die Altlastensanierung mit der Sonderabfallentsorgung verknüpft.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, die notwendigen gesetzlichen, administrativen und finanziellen Regelungen unverzüglich vorzubereiten und umzusetzen.

Der Landesparteitag begrüßt die Absicht der Landesregierung, im Ruhrgebiet ein Staatliches Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft einzurichten.

3. Umweltprobleme mit den Mitteln ökologisch vertretbarer Technologien zu lösen.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, den eingeschlagenen Weg der ökologischen Erneuerung in NRW konsequent weiterzugehen.

Der Landesparteitag stellt fest, daß Umweltprobleme der Industriegesellschaft, die durch die Nebenwirkungen der technologischen Entwicklung entstanden sind, nur durch die Anwendung ökologisch vertretbarer Technologien behoben werden können.

Umweltpolitik ist nur dann erfolgreich, wenn sie keine Blockadepolitik ist. Überall dort, wo Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen politische Verantwortung tragen – ob im Land oder in den Gemeinden –, müssen sie sich für die Akzeptanz und Verwirklichung der umweltpolitisch unverzichtbaren Infrastrukturmaßnahmen einsetzen. Nur so kann der notwendige Schub für eine ökologische Infrastruktur erzeugt werden mit

- Investitionen in Milliardenhöhe,
- der Schaffung neuer und dauerhafter Arbeitsplätze und
- der Verbesserung der Lebensbedingungen.

Umweltschutz darf sich nicht in Absichtserklärungen erschöpfen, sondern muß vor Ort konkrete Verbesserungen bewirken.

4. Umweltbelastungen national und international abbauen

Umweltbelastungen treten großräumig und grenzüberschreitend auf. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Fürsorge für die nachfolgenden Generationen erfordern eine internationale Zusammenarbeit im Umweltschutz.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, dafür einzutreten, daß nationales Umweltrecht nicht durch EG-Gemeinschaftsrecht aufgeweicht wird.

Darüber hinaus hält er es für notwendig, möglichst strenge Umweltschutznormen in der EG durchzusetzen, auch zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen.

Angesichts der weltweit bedrohlichen Entwicklung, die durch den bereits unerwartet hohen Abbau der stratosphärischen Ozonschutzschicht stattfindet, erwartet der Landesparteitag, daß die Bundesregierung und die Europäische Gemeinschaft wirksame Maßnahmen zur Verminderung der Emissionen von Fluorkohlenwasserstoffen (FCKW) ergreifen und ihre zögerliche Haltung bei den Verhandlungen innerhalb der Vereinten Nationen aufgeben.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, nicht zuzulassen, daß die in der Bundesrepublik praktizierten Strahlenschutzvorsorgewerte durch EG-Regelungen aufgeweicht werden.

5. Durch vorbeugende Chemiepolitik Risiken reduzieren

Die Chemieindustrie ist der bedeutendste Wirtschaftsfaktor in Nordrhein-Westfalen. Eine vorsorgende Chemiepolitik muß die Risiken, die heute noch für Umwelt und Gesundheit von Anlagen und Produkten der chemischen Industrie ausgehen, reduzieren.

Der Landesparteitag fordert daher eine vorbeugende Chemiepolitik mit folgenden Zielsetzungen:

- die Entstehung und Verbreitung hochgiftiger und umweltzerstörender Stoffe immer weiter zurückzudrängen,
- insbesondere die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung hochgiftiger, umweltzerstörender Stoffe, die durch umweltverträgliche Stoffe ersetzt werden können, zu verbieten,
- die Anlagen, in denen mit gefährlichen Stoffen umgegangen wird, sicherer zu machen,
- die Verbreitungswege, die Anreicherung, und die Umwandlung gefährlicher Stoffe zu verfolgen,
- die Herstellung, Lagerung, den Transport und die Verwendung sowie Beseitigung gefährlicher Stoffe noch schärfer zu kontrollieren,
- die Öffentlichkeit besser und umfassender zu informieren.

6. Die Verantwortung für umweltgerechtes Verhalten stärken

Schonender Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und umweltbewußtes Verhalten müssen stärker als bisher in der unternehmerischen Willensbildung und Entscheidung selbst verankert werden.

Der Landesparteitag fordert,

- das Haftungsrecht für Umweltschäden den heutigen Erfordernissen anzupassen und eine verschuldensunabhängige Haftung sowie eine weitergehende Beweislastumkehr einzuführen, damit der Marktteilnehmer für die umweltschädlichen Folgen seines Tuns ökonomisch einzustehen hat.
- das Umweltstrafrecht und das Ordnungswidrigkeitenrecht im Hinblick auf die erfaßten Tatbestände und die Strafrahmen wie auf die Nebenfolgen zu verschärfen,
- die Verantwortung von Umweltschutzbeauftragten in den Betrieben zu stärken und ihnen besondere Mitwirkungs- und Schutzrechte zu geben.

Antrag-Nr.:	E 2
Antragsteller:	SPD-Bezirk Westliches Westfalen
Betreff:	Umweltberatung

Der Landesparteitag begrüßt, daß durch die Bemühungen der SPD-Landtagsfraktion und den zuständigen Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft im Landeshaushalt 1986 Mittel bereitgestellt wurden, mit denen ein Modellprojekt „Umweltberatung für Verbraucher – ein integriertes Konzept für die Landes- und kommunale Ebene“ der Verbraucherzentrale Düsseldorf in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden kann.

Die SPD-Frakturen werden aufgefordert, zu prüfen, inwieweit eine Beteiligung an diesem Vorhaben in Frage kommt. Darüber hinaus sind Überlegungen zu einem langfristigen, flächendeckenden Konzept der Umweltberatung in allen Städten, Kreisen und Gemeinden zu entwickeln.

Inhaltlich-organisatorischer Schwerpunkt eines solchen Konzeptes sollte die Schaffung von Einrichtungen sein, die in folgenden Bereichen möglichst unbürokratisch aktiv werden könnten:

- Berücksichtigung ökologischer Aspekte bei Kaufentscheidungen
- Umweltbewußtes Verhalten im Haushalt
- Förderung des umweltpolitischen Engagements
- Bereitstellung einer Infrastruktur für umweltbewußtes Verbraucherverhalten.

Im Rahmen der Erarbeitung eines solchen Konzeptes ist zu prüfen, in welcher Weise Beratungsleistungen für kleine und mittlere Betriebe und – unter Berücksichtigung der Aufgaben der kommunalen Umweltämter bzw. Umweltbeauftragten – für Kommunen angeboten werden können.

Inwieweit dies ausschließlich kommunal organisiert oder gefördert und angeregt wird oder rein privat organisiert und öffentlich unterstützt wird oder in Mischträgerschaft zwischen privaten Organisationen mit Beteiligung der öffentlichen Hand sinnvoll betrieben wird, ist dabei mit zu untersuchen.

Antrag-Nr.:	E 5
Antragsteller:	SPD-Bezirk, Westliches Westfalen
Betreff:	Sonderabfälle

Die systematische Erfassung von Sonderabfällen, die Kontrolle über sie und ihre umweltgerechte Beseitigung haben in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte gemacht.

Das 1972 beschlossene Abfallbeseitigungsgesetz sicherte zunächst einmal bundesweit die Voraussetzungen für die ordnungsgemäße Beseitigung hausmüllähnlichen Gewerbemülls (und des gesamten Hausmülls). Abfälle aus Industrie und Gewerbe, die gefährlich sind und deren Beseitigung besonderer Maßnahmen bedarf – Sonderabfälle –, unterliegen inzwischen der Abfallnachweisverordnung.

Bei Industrie und Gewerbe des Landes Nordrhein-Westfalen fallen z. Z. jährlich an produktionsspezifischen Reststoffen und Abfällen (ohne hausmüllähnliche Abfälle) rd. 22 Mio t an. Hier-von konnten bis jetzt rund 1/3 in weiterverarbeitenden Betrieben und über den Altstoffhandel einer Verwertung zugeführt werden, während noch rd. 16 Mio t als Abfall zu beseitigen waren.

Ein erheblicher Teil dieser Abfälle stellen Sonderabfälle dar, deren Behandlung und Beseitigung besonderen Anforderungen genügen müssen. Von jährlich 3,8 Mio t werden 3,6 Mio t in Deponien und 210 000 t in Verbrennungsanlagen beseitigt. In Nordrhein-Westfalen fallen wegen der zahlreichen Industrieansiedlungen mehr als 40 % aller Sonderabfälle in der Bundesrepublik an. Zählt man die besonders für Nordrhein-Westfalen typischen Massenabfälle wie Stäube und Schlämme aus dem Kohle-, Stahl- und Chemiebereich hinzu, erhöht sich der NRW-Anteil am Aufkommen in der Bundesrepublik auf rd. 75 %. In Nordrhein-Westfalen stehen gegenwärtig zur Behandlung und Beseitigung von Sonderabfällen zur Verfügung:

- 15 Deponien
- 13 Verbrennungsanlagen
- 18 Zwischenlager und Sammelstellen
- 32 Behandlungsanlagen mit Neutralisations-, Entgiftungs- und Emissionsspalanlagen.

Trotz zahlreicher erfolgreicher Maßnahmen zur Reduzierung von Reststoffen und Abfällen im produzierenden Gewerbe und der zunehmenden Verwertung ist kurz- bis mittelfristig mit einer deutlichen Zunahme von Reststoffen und insbesondere Sonderabfällen zu rechnen. Dies ist bedingt durch:

1. verstärkte Überwachung der Abfallerzeuger,
2. neue Erkenntnisse über die Wirkung von Schadstoffen, also auch mögliche höhere Behandlungs- und Beseitigungsanforderungen,

3. Rückstände aus Verwertungsprozessen (Asche, Schlacke, Bauschutt),

4. weniger Beseitigung auf hoher See, vor allem aber

5. neue Abfälle in großen Mengen aus Maßnahmen der Luftreinhaltung, der Abwasserreinigung und der Altlastensanierung.

Daraus folgt die dringende Notwendigkeit, weitere Deponierungsmöglichkeiten zu schaffen und auch vorhandene Verbrennungsanlagen und Vorbehandlungsanlagen auszubauen sowie neue Anlagen zu errichten. Der Export von Abfällen ohne die Möglichkeit einer letztlichen Kontrolle ihrer umweltverträglichen Beseitigung ist keine vertretbare Alternative.

Ein ganz aktuelles Sonderproblem ist die umweltverträgliche Verwertung oder Beseitigung von Altölen und PCB sowie von unterschiedlichen Arten der chlorierten Kohlenwasserstoffe (CKW). Durch das Aufdecken einer inzwischen weltweit zu beobachtenden Verunreinigung von Altölen durch PCB und CKW und die Setzung neuer Richtwerte PCB und Chlor bei der Verwertung von Altölen und Lösungsmitteln ist kurzfristig ein akuter Bedarf an neuen Aufbereitungskapazitäten und vor allem thermischen Behandlungs- und Beseitigungskapazitäten entstanden.

So erscheint ein Bild der Sonderabfallbeseitigung, das z. T. beruhigend ist, zugleich aber auch umgehendes Handeln erfordert. Beispielsweise stehen Bereiche des Handwerks und der Freischaffenden (Labors, Ärzte, Zahnärzte, Kleingewerbebetriebe) bezüglich ihrer Sonderabfälle weitgehend außerhalb der Kontrolle. Zwar hat ein großer Teil auch dieser Berufe ein positives Umweltbewußtsein entwickelt und verhält sich entsprechend. Was an Entwicklerflüssigkeit, Lösungsmitteln, flüssigen Rückständen und Laborabwässern über die Kanalisation abgeleitet wird, ist aber immer noch besorgniserregend. Die Stoffe werden in den Kläranlagen noch oder nicht ausreichend abgebaut; Klärschlamm – eigentlich ein Düngemittel – wird durch solche Praktiken zu Sonderabfall. Die Stoffe belasten auch die Vorfluter, lagern sich an Bach- und Flußböschungen ab und belasten Wasser und Boden und vernichten Kleinlebewesen.

Vergleichbares kann über die Einleitung von Produktionsabwässern etwa aus Galvanfabriken und Färbereien in die Kanalisation oder direkt in die Fließgewässer gesagt werden. Die Einleitungspraktiken mancher Großbetriebe, die längst nicht immer die gegebenen technischen Möglichkeiten verantwortungsbewußt nutzen, müssen weiter verbessert werden.

Diese Betriebe dürfen nicht kraft ihrer kommunalen oder gar regionalen Bedeutung als Umweltverschmutzer auftreten.

Alle genannten Beispiele haben eines gemeinsam: Aggressive, gefährliche, giftige Stoffe, die in das Abwasser kommen, werden nicht als Sonderabfälle und damit nicht umweltgerecht behandelt und beseitigt. Hinzu kommt, daß auch Haushalts-Chemikalien in die Abwässer gelangen, die zwar im Sprachgebrauch nicht als Sonderabfälle gelten, in Wirklichkeit aber in ihrer Massenhaftigkeit vergleichbare Dauerwirkungen auf Kläranlagen und Fließgewässer haben.

Was hier im Hinblick auf die Belastung der Gewässer beschrieben ist, gilt ähnlich für die Luft und den Boden. Die gesetzlichen Voraussetzungen für den Schutz von Boden, Luft und Wasser gegen Sonderabfälle sind grundsätzlich vorhanden, aber

- die geltenden Bestimmungen bleiben hinter den technischen Entwicklungen und Möglichkeiten zurück und lassen wesentliche Bereiche völlig außer Betracht,
- die Kontrollen, ob wenigstens die gesetzlichen Bestimmungen im Umgang mit Sonderabfällen beachtet werden, sind unzureichend, die bewußten Verstöße gegen geltendes Recht sind immer noch zahlreich, ohne daß diese Form der

Umweltkriminalität in jedem Fall hinreichend geahndet würde.

In Sachen Sonderabfälle brauchen wir eine verstärkte Diskussion und Entscheidungsbereitschaft auf allen politischen Ebenen mit dem Ziel,

1. die Effizienz der kontrollierten und umweltgemäßen Erfassung, Behandlung und Beseitigung von Sonderabfällen zu verbessern,
2. auch die Sonderabfall-Problematik in das umfassende Konzept einer ökologischen Erneuerung unserer Industriegesellschaft einzubeziehen, also der Vermeidung von Sonderabfällen und der Wiederverwertung von unvermeidlichen Sonderabfällen erstrangige Bedeutung zuzumessen,
3. für die dringend erforderlichen Behandlungs- und Beseitigungsanlagen Standorte durchzusetzen und Anlagen zu realisieren.

Wir fordern:

vom kommunalen Bereich (Städte – Gemeinden – Kreise):

- lückenlose Erfassung aller Sonderabfälle
- Erfassung auch solcher Abfälle, die üblicherweise nicht als Sonderabfälle klassifiziert werden, in ihrer Wirkung aber vergleichbar sind.
- Erstellung und regelmäßige Fortschreibung von Boden-, Luft- und Gewässergüte-Katastern.
- Einsammeln auch von sonderabfallartigem Haus- und Kleingewerbemüll.
- Verschärfung der Einleitungsvorschriften und verstärkte Kontrollen.
- Intensivere Kontrolle der Sonderabfallerzeuger.
- Ständige Kontrolle auch der Verwerter und der Transporteure von Sonderabfällen.
- Strenge Sanktionen für Verstöße und deren Publizierung.
- Beratung der Abfallerzeuger auf schadstoffarme Produktionsprozesse.
- Mitarbeit an der Ausweitung und Differenzierung der Techniken und der Märkte für Wiederverwertung von Schadstoffen.
- Unterstützung der Akzeptanz von Sonderabfallbeseitigungs- oder -verwertungsanlagen.
- Mitwirkung bei der Beseitigung von Sonderabfällen, auch in Form von Deponien und Verbrennungsanlagen, wenn diese strengsten Umwelanforderungen entsprechen.
- Verbesserte Informationen über Sonderabfall und dessen Konsequenzen für die Umwelt, damit auch für die Menschen.

von Bund und Land

- Erstellen von Sonderabfallplätzen in den Ländern.
- Förderung der Entwicklung von Techniken und Methoden, die schadstoffarme Produktionsprozesse ermöglichen.
- Förderung der Entwicklung von Techniken, die der Bearbeitung der Mehrfachanwendung und der Wiederverwertung von Sonderabfällen dienen und so zur Reduzierung der für Beseitigung anfallenden Mengen beitragen.
- Begünstigung schadstoffarmer Produktionsprozesse im Vergleich zu solchen, die vermeidbare Sonderfälle erzeugen und abgeben.
- Verbot hochgiftiger Sonderabfälle.
- Striktes Kennzeichnungsgebot für schadstoffhaltige Produkte.
- Bundeseinheitliche Nachweispflicht für bestimmte Abfallarten, über den Abfallkatalog der Länderarbeitsgemeinschaft hinaus.
- Die Umgehung der Nachweispflicht durch Hinweis auf Weiterverarbeitung und Wiederverwertung muß unterbunden werden.

- Intensive Hinwirkung auf die Errichtung von ausreichend vielen und umweltgerechten Behandlungs- und Beseitigungsanlagen für Sonderabfälle, die technisch so ausgelegt sind, daß sie ihrerseits keinen Schaden für Menschen und Umwelt erzeugen.

von Gewerbe und Industrie

Gewerbe und Industrie als Haupterzeuger von Sonderabfällen sind gefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, daß Abfallvermeidung, höchstmögliche Rückstandsverwertung und die notwendige Entsorgung integraler Bestandteil der Betriebsplanung und der Produktion werden. Zur Erreichung dieses Zieles sind

- abfallarme Produktions- und Verarbeitungsverfahren zu entwickeln,
- schadstoffhaltige Rohstoffe und Betriebsmittel durch umweltneutrale Einsatzstoffe zu ersetzen,
- qualifizierte Vermeidungs-, Verwertungs- und Beseitigungsverfahren zu entwickeln und die erforderlichen Anlagen zur Beseitigung von Sonderabfällen zu errichten und eigenverantwortlich zu betreiben,
- unvermeidbar anfallende Abfälle mit dem Ziel einer möglichen Verwertung oder adäquaten Beseitigung getrennt zu halten,
- für unvermeidbar schadstoffhaltige Produkte Verknüpfungen von Versorgungs- und Entsorgungsstrukturen anzustreben (Rücknahme von Batterien),
- die Informationssysteme innerhalb der gewerblichen Wirtschaft unternehmens- und branchenübergreifend auszubauen (Abfallbörsen), um weitere Verwertungsmöglichkeiten zu erschließen.

Antrag-Nr.:	E 6
Antragsteller:	SPD-Bezirk Westliches Westfalen
Betreff:	Änderung des § 6 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPiG)

Der Landesregierung wird empfohlen, im Landtag NW einen Gesetzesentwurf zur Änderung von § 6 Abs. 1 LPiG einzubringen, wonach die Zahl der beim Bezirksplanungsrat eingerichteten beratenden Mitglieder um ein weiteres beratendes Mitglied aus dem Kreis der im Regierungsbezirk tätigen Umweltschutzorganisationen erweitert wird.

Antrag-Nr.:	E 8
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Warendorf
Betreff:	Abgrabungsgesetz NRW

Das Abgrabungsgesetz NW wird dahingehend geändert, daß Genehmigungsverfahren nach diesem Gesetz im förmlichen Verfahren durchgeführt werden.

Antrag-Nr.:	E 9
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Mettmann
Betreff:	Novelle des Bundes-Abfallbeseitigungsgesetzes und des Landes-Abfallgesetzes NRW

Bei der anstehenden Novellierung des Bundes-Abfallbeseitigungsgesetzes und der Reform des Landes-Abfallgesetzes NRW sollen zwei Ziele oberste Priorität haben:

- Das Entstehen möglicher Abfälle sollte vermieden werden.
- die anfallende Abfallmenge ist insgesamt zu verringern und

- notwendig anfallende Abfälle sind weitgehend wiederzuverwerten.

Wichtige Schritte dazu sind:

1. Die Produktion umweltbelastender und schädlicher Güter ist durch umwelt- und abbaufreundliche Produkte zu ersetzen.
2. Hersteller müssen zu einem Umdenkungsprozeß veranlaßt werden. Einwegverpackungen (Einwegflaschen, Aluminiumdosen, Plastikbehälter etc.) sind nicht mehr auf den Markt zu bringen; für eine Übergangszeit sind Einwegverpackungen zu besteuern. Aus dem Aufkommen dieser Steuer werden Hersteller von Verpackungsmaterial gefördert, das zur Wiederverwendung bzw. Mehrfachnutzung geeignet ist. Überdies ist gesetzlich ein Rücknahmegebot von Einwegverpackungen durch den Warenproduzenten festzulegen.
3. Verpackungsmaterial ist deutlich zu kennzeichnen, so daß dem Verbraucher der Gebrauch von Recycling-Containern erleichtert wird.
4. Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung muß der Bürger davon überzeugt werden, durch Verwendung wiederverwertbarer Verpackungen weniger Müll zu verursachen und die für die Wiederverwertung aufgestellten Container (Glas, Metalle, Altpapier) verstärkt in Anspruch zu nehmen.

Antrag-Nr.:	E 10
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Warendorf
Betreff:	Für eine ökologische Abfallwirtschaft in Nordrhein-Westfalen

Die SPD in Nordrhein-Westfalen tritt dafür ein, die ökologisch nicht vertretbare Vergeudung von Rohstoffen im Zuge der herkömmlichen Abfallbeseitigung auf Deponien einzudämmen. Die Landschaft und der zur Verfügung stehende Deponieraum sind zu knapp, als daß durch unnötige Inanspruchnahme für Deponien weiterhin Raubbau an Freiraum betrieben werden darf. Die Umweltbelastung durch herkömmliche Abfalldeponien, insbesondere die Grundwasserbelastung, machen es zwingend erforderlich, neue Wege zu beschreiten. Die SPD tritt dafür ein, daß alle Anstrengungen unternommen werden, das Entstehen von Abfällen durch ein vernünftiges Verbraucherverhalten zu verringern (Vermeidung), darüber hinaus Sekundärrohstoffe soweit wie möglich wiederzuverwerten und letztendlich die verbleibenden Reststoffe umweltfreundlich zu lagern. Die SPD tritt für ein ökologisch begründetes Abfallwirtschaftskonzept in Nordrhein-Westfalen ein, das in einem breiten Dialog aller Beteiligten und unter strengster Prüfung der Umweltverträglichkeit der gesamten Entsorgungskette in nächster Zeit entwickelt werden soll.

Siedlungsabfälle

Auf dem Gebiet der Siedlungsabfallwirtschaft verfolgt die SPD folgendes Konzept:

1. Durch geeignete Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, vorbildliches Verhalten der öffentlichen Dienststellen und Vereinbarungen mit dem Groß- und Einzelhandel soll kontinuierlich versucht werden, das Entstehen von Abfällen, insbesondere überflüssiger Verpackungsmaterialien, zu vermeiden. Hierzu ist eine integrierte Öffentlichkeitsarbeit für alle Beteiligten erforderlich.
2. Die unmittelbare stoffliche Verwertung von Abfällen hat Vorrang vor anderen Verwertungs- und Beseitigungsstrategien. Deswegen tritt die SPD dafür ein, daß Siedlungsabfälle getrennt gesammelt werden. Hohen Stellenwert im Zuge der Abfallverwertung hat für die

SPD die Kompostierung organischer Siedlungsabfälle. Garten- und Parkabfälle sollen dezentral vor Ort kompostiert werden. Die Einrichtung zentraler Kompostierungsanlagen soll geprüft werden. Es wird angestrebt, hochwertigen schadstoff- und fremdstoffarmen Kompost herzustellen, welcher sich für den Einsatz im Landschafts- und Gartenbau sowie in der Landwirtschaft eignet. Darüber hinaus kann Kompost ein weites Einsatzfeld im Zuge von Rekultivierungsmaßnahmen finden.

Glas, Papier und Metalle sollen gesondert verwertet werden. Dabei wird privaten und wohlätigen Initiativen die Möglichkeit gegeben, sich weiterhin an der Verwertung zu beteiligen. Für Glas und Papier werden neben der getrennten Sammlung auch wohnungsnaher Depotcontainer aufgestellt.

3. Die SPD sieht in der thermischen Verwertung von Siedlungsabfällen einen gegenüber der direkten stofflichen Verwertung nachrangigen, nichtsdestotrotz jedoch gangbaren plausiblen Weg. Dabei werden Lösungen favorisiert, die den direkten Einsatz der Siedlungsabfälle als Brennstoff in Industrieöfen oder in Heizkraftwerken ermöglichen, um die Energiebilanz der betroffenen Industrieunternehmen zu entlasten.

Müllheizkraftwerke machen nur dann einen Sinn, wenn ein sinnvoller Einsatz der erzeugten Energiemenge langfristig garantiert wird.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen Überlegungen, mit Hilfe der Westdeutschen Zementindustrie im ost-westfälischen Raum einen Entsorgungsverbund für Siedlungsabfälle zu organisieren. Dabei würden die brennbaren Bestandteile der Abfälle in den Drehrohröfen unmittelbar thermisch verwertet. Es muß geprüft werden, ob die Abfälle unmittelbar als Brennstoff eingesetzt werden, oder zunächst über geeignete Pyrolyseverfahren zu einem hochwertigen Gas veredelt werden, das dann im Drehrohröfen eingesetzt wird.

Die Herstellung von Pyrolysegas erleichtert einen breiten Einsatz von Hausmüll erzeugter Energie in Ofenanlagen aller Art. Besonderer Wert ist im Zuge dieser Strategie auf eine geeignete Sortiertechnik zwischen Deponie und Industrieanlage zu legen.

Die SPD wird dieser Strategie die endgültige Zustimmung erst erteilen, wenn durch Umweltverträglichkeitsprüfungen nachgewiesen ist, daß diese Entsorgungskette ökologisch verträglich ist.

4. Die SPD tritt dafür ein, daß die Inanspruchnahme von Deponieraum durch Siedlungsabfälle so eng wie möglich gehalten wird. Im Zuge der Landschaftsplanung sollen künftig Vorabwägungen für die Darstellung von Deponieflächen stattfinden. Aufgrund der unterschiedlichen geohydrologischen Gegebenheiten in Teilräumen des Landes geht die SPD von der Vorstellung ab, daß jede abfallbeseitigungspflichtige Körperschaft in ihren Grenzen Hausmülldeponien vorhalten muß. Durch vernünftige Absprachen und Verträge muß es zu einer regionalen Arbeitsteilung kommen, die den Gesichtspunkten der Entsorgungssicherheit und der Umweltverträglichkeit Rechnung trägt. Siedlungsabfalldeponien sollen künftig dem jeweils höchsten Stand der Technik entsprechen, was sich insbesondere auf die Dichtigkeit, Kontrollierbarkeit und Regenerierbarkeit der Deponiesohle, die Sickerwasserbehandlung und -abführung sowie die Deponiegasnutzung bezieht. Die Rekultivierungsziele für Deponien müssen im Zuge der Landschaftsplanung festgelegt werden.

5. Das Einsammeln und der Transport von Abfällen fällt in die Zuständigkeit der Gemeinden. Die SPD tritt dafür ein, daß in kreisangehörigen Gemeinden zwischen Kreis und Gemeinden freiwillige Vereinbarungen abgeschlossen werden, in denen das Verwertungskonzept auf der einen Seite und das Sammeln und der Transport auf der anderen Seite aufeinander abgestimmt werden.

Die SPD stützt die Überlegung, den finanziellen Mehraufwand, der durch neue Aktivitäten auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft entsteht, durch Rationalisierungsmaßnahmen im Bereich von Sammeln und Transport auszugleichen.

6. Die SPD empfiehlt, daß benachbarte Gebietskörperschaften über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft verhandeln.

Inert- und Baustoffe

Die SPD tritt dafür ein, daß verstärkt Anstrengungen auf dem Gebiet des Baustoffrecyclings unternommen werden.

Problemabfälle

Problemabfälle aus privaten Haushalten sollen wie bisher in getrennten Sammelaktionen erfaßt und der Sonderabfallbeseitigung bzw. Verwertung zugeführt werden. Diese Aktivitäten sollen in verdichteten Räumen durch mobile Sammelaktionen verstärkt werden.

Industrielle Massenabfälle

Die SPD tritt dafür ein, daß die Lagerung von industriellen Massenabfällen, z. B. Kraftwerksrückständen, auf ein Minimum reduziert wird. Auch hier soll die Verwertung Vorrang haben. Die zu entsorgenden Reststoffe sollen, wenn möglich, vom Verursacher direkt entsorgt werden. In Frage kommt hierfür die energische Weiterentwicklung des Entsorgungsbergwerks-Konzepts.

Industrielle Sonderabfälle

Für die Beseitigung industrieller Sonderabfälle ist ein Höchstmaß an Sorgfalt und Kontrolle sowie Sicherheit bei der Entsorgung erforderlich. Die SPD setzt sich für folgende Maßnahmen ein:

1. Das Entstehen und der Transport von Sonderabfällen müssen lückenlos erfaßt, die Erfassungsbögen EDV-gestützt abgespeichert werden, damit die Massenströme auch im nachhinein verfolgt werden können.

2. Auch auf dem Gebiet der Sonderabfallwirtschaft hat die Verwertung Vorrang vor der Beseitigung. Die SPD unterstützt das Konzept der Industrie- und Handelskammern, die eine Abfallbörse eingerichtet haben.

Es ist Aufgabe der kommunalen Wirtschaftsförderung, sich verstärkt um das Engagement privater Unternehmen bei der Verwertung industrieller Sonderabfälle zu bemühen.

3. Die Beseitigung von Sonderabfällen erfordert häufig Spezialanlagen, die nur für einen größeren Einzugsbereich als den einer Gebietskörperschaft eingerichtet werden können. Aus diesem Grunde ist ein geschlossenes Entsorgungskonzept seitens der Landesregierung zu entwickeln.

Die SPD unterstützt die Planungen verschiedener Industrieunternehmen, hochkontaminierte Öle und gegebenenfalls Schlämme in vorhandenen und gegebenenfalls umzurüstenden Ofenanlagen zu verwerten.

Diese Strategie ist ein Beitrag zur rationellen Energieverwendung und verspricht darüber hinaus ein Höchstmaß an Umweltfreundlichkeit und Sicherheit. Die SPD wird ihre Zustimmung zu dieser Strategie jedoch davon abhängig machen, daß durch unabhängige Gutachter im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung in sinngemäßer Anwendung der EG-Richtlinie zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen die techni-

sche Zuverlässigkeit und Umweltverträglichkeit dieses Entsorgungskonzeptes nachgewiesen wird.

Die SPD fordert darüber hinaus, daß die Betreiber solcher Anlagen sich einer kontinuierlichen Überwachung der Betriebsabläufe durch EDV-gestütztes Monitoring stellt. Die Betriebsabläufe müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Um Fehler bei der Emissionsmessung zu korrigieren und Ängste der Bürger auszuräumen, empfiehlt die SPD, daß außer den kontinuierlichen Immissionsmessungen auch Dioxine, Furane und PCB's am Boden durchgeführt werden.

Das hohe Temperaturniveau z. B. der großen Drehrohröfen der Zementindustrie sowie die im Sinne der Gleichmäßigkeit der Klinkerproduktion erforderliche gleichmäßige Temperaturführung versprechen mit großer Wahrscheinlichkeit, daß hochtoxische Schadstoffe nahezu restlos vernichtet werden können.

Die SPD tritt dafür ein, daß auf Sonderabfalldeponien künftig nur noch ausschließlich anorganische Stoffe gelagert werden. Die Standorte für Sonderabfalldeponien müssen besonders sorgfältig ausgewählt werden.

Altlasten

Die SPD unterstützt die flächendeckende Erfassung von Altlasten. Sie tritt dafür ein, daß die erforderlichen Gefährdungsabschätzungen beschleunigt durchgeführt werden. Die Gefährdungsabschätzung soll möglichst die Daten miterfassen, die für die Entscheidung über eine mögliche technische Sanierung erforderlich sind.

Die SPD tritt nachdrücklich dafür ein, daß zur Beurteilung der Gefährdung durch kontaminierte Böden und die Möglichkeiten der weiteren Nutzung der betroffenen Flächen Grenz- und Schwellenwerte entwickelt werden, die es erleichtern, eindeutige Entscheidungen über die weitere Vorgehensweise sowohl im Hinblick auf die Sanierung als auch die vorhandene und mögliche Nutzung zu treffen.

Die SPD sieht in der Sanierung kontaminierter Industriebrachen eine der entscheidenden strukturpolitischen Aufgaben zur Ökologisierung der alten Industrieviertel in Nordrhein-Westfalen. Deshalb unterstützt sie die Überlegungen der Landesregierung, die Abwicklung der Sanierung von Altlasten über einen Zweckverband zu steuern und über eine Umlage im Zuge der Sonderabfallbeseitigung zu finanzieren, zumal eine bundeseinheitliche Lösung der Finanzierung von Altlasten nicht in Sicht ist.

Die SPD unterstützt die Überlegung, in sehr eindeutig zu definierenden Einzugsbereichen Anlagen zur thermischen Behandlung kontaminierter Böden, insbesondere von Kokereistandorten, zu errichten. Dabei sind hohe Maßstäbe an Sicherheit und Umweltverträglichkeit der Anlagen zu stellen. Auch solche Anlagen müssen einer Umweltverträglichkeitsprüfung in sinngemäßer Anwendung der EG-Richtlinie unterworfen werden.

Die SPD unterstützt alle Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen, auf physikalischem, chemischem und biologischem Wege kontaminierte Böden zu reinigen. Sie weist jedoch darauf hin, daß viele der in der Entwicklung befindlichen Verfahren zur Sanierung von Altdeponien und alten Industriestandorten großmaßstäblich vorläufig nicht zur Verfügung stehen werden. Deswegen bleibt die thermische Behandlung auf mittlere Sicht der einzige gangbare Weg.

Das Ausbaggern kontaminierter Böden und deren Verbringung auf Deponien stellt ebenso wie die Einkapselung an Ort und Stelle nur eine Übergangslösung dar, womöglich gar nur die Verlagerung der Altlast von der einen zu anderen Stellen.

Keine Auslandsentsorgung

Die SPD tritt dafür ein, daß mit allen Mitteln die Verbringung von Industrieabfällen und kontaminierten Böden auf Deponien im Ausland unterbunden wird. Ausnahmen können nur dann zugelassen werden, wenn die zu beschickenden Deponien den in

der Bundesrepublik entwickelten höchsten Ansprüchen an Sicherheit und Umweltverträglichkeit entsprechen.

Im Hinblick auf die Deponie Schönberg empfiehlt die SPD deren Sanierung in einer gemeinsamen deutsch-deutschen Anstrengung.

Neue Entwicklungen

Die SPD fordert und stützt neue technische Entwicklungen auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft und der Entsorgung. Sie lädt interessierte Firmen in Nordrhein-Westfalen ein, entsprechende Aktivitäten zu entfalten. Durch eigene Anstrengungen auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft sollen Land und Kommunen geeigneten Herstellern von Anlagen die Gelegenheit geben, neue Methoden des Recyclings und der Sortiertechnik zu erproben.

Die SPD sieht in der Weiterentwicklung umweltverträglicher Abfallbeseitigungstechniken sowie von Stoffen und Stoffkomponenten, die sich der Wiederverwertung erschließen, eine besondere strukturpolitische Chance für das Land Nordrhein-Westfalen.

Die SPD unterstützt Überlegungen, Steinkohlebergwerke zu Entsorgungsbergwerken auszubauen. Dabei ist insbesondere zu überprüfen, inwieweit Belastungen für den Grundwasserhaushalt ausgeschlossen werden können.

Antrag-Nr.:	E 11
Antragsteller:	SPD-Bezirk Westliches Westfalen
Betreff:	Novellierung des Wasserverbandsgesetzes und der Wasserverbandsordnung

Das Wasserverbandsgesetz und die Wasserverbandsordnung vom 10. 2. 1937 sollen wie folgt geändert werden:

1. Wasserverbandsgesetz vom 10. 2. 1937

Der § 2 ist um die Absätze 2, 3 und 4 zu ergänzen:

a) Abs. 2 – Der Gewässerausbau und die Gewässerunterhaltung hat im Sinne von § 90 Landeswassergesetz zu erfolgen.

b) Abs. 3 – Wasser- und umweltgefährdende Stoffe, unter anderem Bauschutt, dürfen im Gewässerausbau und -unterhaltung nicht verwendet werden. Totes Material darf nur dort eingebaut werden, wo der Lebendverbau keinen ausreichenden Schutz gewährleistet.

c) Abs. 4 – Bei der Erfüllung der Aufgaben der Wasser- und Bodenverbände sind die Bestimmungen des Landschaftsgesetzes und des Landeswassergesetzes zu beachten.

Antrag-Nr.:	E 14
Antragsteller:	SPD-Ortsverein Havixbeck
Betreff:	Berücksichtigung des Umweltschutzes bei Maßnahmen der Wasser- und Bodenwirtschaft

Der Landtag schafft die gesetzlichen Voraussetzungen, daß alle Maßnahmen der Wasser- und Bodenverbände mit den jeweiligen Gemeinden abgestimmt werden müssen.

Antrag-Nr.:	E 19
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Steinfurt
Betreff:	Für eine sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaftspolitik

Die SPD-Fraktionen im Land NRW und im Bund setzen sich für eine sozial- und umweltfreundliche Landwirtschaftspolitik ein. Subventionen werden in Zukunft an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtet. Unterstützungswürdig ist der „biologische Landbau“, die Anlage von Biotopen, die Extensivierung von Flächen, die Grünland-Landwirtschaft sowie die flächenabhängige Produktion.

Antrag-Nr.:	E 21
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Mettmann
Betreff:	Umweltschutzmaßnahmen in privaten Haushalten

Die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, in ihrem Umweltprogramm eine kontinuierliche und umfassende Verbraucheraufklärung über Umweltschutzmaßnahmen aufzunehmen.

Die Aufklärung der Bevölkerung sollte u. a. erfolgen durch:

- Einrichtung einer Verbraucherberatungsstelle im Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft;
- Einflußnahme in den Mitbestimmungsgremien der Rundfunkanstalten, in privaten Haushalten durch eine eigene informative Sendereihe publik zu machen (vergleichbar mit „Der 7. Sinn“);
- Kennzeichnungspflicht über die biologische Abbaufähigkeit bei Reinigungsmitteln.

Antrag-Nr.:	E 22
Antragsteller:	SPD-Ortsverein Höxter
Betreff:	Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ auf örtlicher Ebene

Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Kommunalfraktionen werden aufgefordert zu prüfen, ob und in welcher Weise auf örtlicher Ebene ein Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ unter öffentlicher und parlamentarischer Kontrolle bei den für die Wirtschaftsförderungen zuständigen Stellen oder öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten (z. B. Sparkassen) zu bilden ist.

In diese Fonds sollen Gelder aus den Gewinnen von kommunalen Unternehmen und Sparkasse, aus (z. B. von den Sparkassen) herausgegebenen zinsgünstigen Umweltobligationen u. ä. fließen. Aus den Fonds sind kommunale und betriebliche Umweltschutzmaßnahmen in Form von zinslosen bzw. zinsgünstigen Krediten bzw. Zuschüssen zu fördern. Bei ihrer Vergabe ist vor allem die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu berücksichtigen.

Antrag-Nr.:	E 23
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Mettmann
Betreff:	Wein-Skandal

Die SPD wird aufgefordert, sich auf Bund und EG-Ebene im weinrechtlichen Bereich für einen besseren Gesundheitsschutz und für die Vermeidung mißbräuchlicher Praktiken einzusetzen.

Antrag-Nr.: E 26
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Mettmann
Betreff: Gefahr durch Atommülltransporte

Die Studie der „Gruppe Ökologie e. V.“, Hannover, zur Ver- und Entsorgung der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage für atomare Brennstoffe in Wackersdorf wird zum Anlaß genommen, die Landesregierung aufzufordern, Gefährdungen durch radioaktive Frachten in NRW untersuchen zu lassen und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Antrag-Nr.: F 1
Antragsteller: SPD-Landesvorstand
Betreff: Bildung und Kultur öffnen Chancen für die Zukunft

I. Leistungen und gesellschaftspolitische Ziele

Nordrhein-Westfalen als attraktive Region in Europa und als das industrielle Herz der Bundesrepublik Deutschland stützt sich gleichermaßen auf seine Wirtschaftskraft und seine Leistungen in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Als eine der fünf führenden Kulturregionen in der Welt bietet Nordrhein-Westfalen zudem jede kulturelle Attraktivität.

Bildung und Qualifikationen öffnen und sichern Lebens- und Berufschancen. Sozialdemokraten wollen, daß immer mehr Menschen die Chance haben, ihre persönlichen und beruflichen Lebensbedingungen in Freiheit und in Verantwortung zu gestalten. Bildung und Qualifikation sind gleichzeitig entscheidende Voraussetzungen für die sozial- und umweltverträgliche Gestaltung der technischen Gesellschaft.

Auf der Grundlage der Kulturhoheit der Länder bieten Bildungs- und Kulturpolitik auch dem Land Nordrhein-Westfalen einen fast souveränen Handlungsspielraum, um Bildung und Kultur als „-Rohstoff der Zukunft“ zu fördern. Bildungsleistungen sind Dienstleistungen des Staates, um den technologischen und gesellschaftlichen Wandel zu bewältigen und zu gestalten.

Mit dem Anspruch auf Chancengleichheit wollen Sozialdemokraten nach wie vor in allen Regionen des Landes leistungsfähige Bildungsangebote schaffen, um die größtmögliche Bildungsbeteiligung für alle Bürger zu erreichen. Dazu ist in Schule und Hochschule erforderlich

- die soziale Öffnung und die breiteste Bildungsbeteiligung,
- die inhaltliche Öffnung und die ständige Modernisierung der Bildungsinhalte,
- die regionale Öffnung und leistungsfähige, ortsnahe Schulen und erreichbare Hochschulen.

Mit diesen Zielen soll ein enges Netz von leistungsfähigen und humanen Schul- und Hochschulangeboten erreicht und gesichert werden.

Unter der Verantwortung sozialdemokratischer Landesregierungen hat sich das Niveau der Qualifizierung entscheidend verbessert:

- Die Übergänge in die weiterführenden Schulen wurden verändert, und zwar von 1970 bis 1986

in der Hauptschule von 59,6 Prozent auf 31,3 Prozent,
in der Realschule von 20,4 Prozent auf 23,6 Prozent,
im Gymnasium von 25,4 Prozent auf 33,9 Prozent,
in der Gesamtschule von 1,3 Prozent auf 8,4 Prozent.

- die Zahl der Hauptschüler ohne Schulabschluß wurde von 23,1 Prozent auf 6,3 Prozent gesenkt.

- 1966 studierten an den 17 Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen rund 80 000, nach der Neugründung von 29 Hochschulen besuchen nunmehr 420 000 Studenten die 46 öffentlichen und privaten Hochschulen und Fachhochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen.

Mit seinen beispielhaften Leistungen in Bildung, Wissenschaft und Forschung sucht Nordrhein-Westfalen seinesgleichen nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland.

II. Sozialdemokratische Leitlinien und Forderungen in der Bildungspolitik

Die Bildungsreform muß fortgesetzt werden. Wir Sozialdemokraten wollen, daß unser hochentwickeltes und differenziertes Bildungswesen fortentwickelt wird. Wir bekräftigen unsere Auffassung: Die integrierte Gesamtschule ist die bessere Schule für alle Schülerinnen und Schüler. Sie muß überall dort angeboten werden, wo dies dem Elternwillen entspricht. Die politische Überzeugungsarbeit für die Durchsetzung weiterer Gesamtschulen muß wesentlich verstärkt werden. Wir wollen erreichen, daß allen Kindern und Jugendlichen eine Bildung zuteil wird, die sie als erwachsene Bürger nach der Jahrtausendwende instandsetzt, in einer veränderten natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt ihr Leben aus persönlicher Verantwortung heraus zu gestalten.

Bildung bedeutet deshalb für uns

- die Entwicklung fachlicher Tüchtigkeit, die unsere Kinder und Jugendlichen in einer dramatisch sich verändernden Industriegesellschaft befähigt, die beruflichen Herausforderungen der Zukunft zu bestehen,
- die Entwicklung von Selbstbewußtsein und Verantwortungsgefühl, die unseren Kindern und Jugendlichen ermöglichen, aus demokratischer Grundhaltung und Solidarität heraus das gesellschaftliche und politische Leben in unserem Staat aktiv mitzugestalten,
- die Förderung all der Kräfte, die Kinder und Jugendliche darin bestärken, in einer Welt, die zunehmend mehr Freizeit, aber auch zunehmend mehr Fremdbestimmung durch Konsumangebot und Medien kennt, aus eigenem Urteil und eigener Kreativität heraus ihr Leben zu führen.

Wir gehen davon aus,

- daß fachliche Leistung und die Bereitschaft, soziale und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, gleichermaßen entscheidende Voraussetzungen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Weiterentwicklung sind,
- daß auch im Hinblick auf den Umbau der Wirtschaftsstruktur in unserem Lande geistige Beweglichkeit und Umstellungsfähigkeit eine immer größere Rolle spielen werden,
- daß immer mehr Menschen den Willen und die Gelegenheit haben müssen, hinzuzulernen und ihre Qualifikationen zu erweitern,
- daß das Bemühen um mehr Chancengleichheit auch künftig die Bildungspolitik der Landesregierung bestimmt, und dies in besonderer Weise auch die Chancen der Mädchen in Schule und Ausbildung erhalten und verbessern soll,
- daß Chancengleichheit nicht nur die freie Entwicklung in der

Erstausbildung bedeutet, sondern auch für die immer notwendiger werdende Weiterqualifizierung gilt.

Wir fordern deshalb,

- daß auch bei zurückgehenden Schülerzahlen und unter ungünstigeren finanziellen Voraussetzungen ein gleichwertiges Angebot leistungsfähiger Bildungseinrichtungen in allen Landesteilen erhalten bleibt oder geschaffen wird,
- daß die Arbeits- und Berufswelt stärker als bisher zu einem Schwerpunkt des Bildungsprozesses in allen Schulformen gemacht wird. Das ist eine ganz besondere Herausforderung für das berufliche Bildungswesen, bei dem die Verknüpfung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung insbesondere in dem Konzept der Kollegschule gewährleistet wird.
- daß die Möglichkeiten zur beruflichen Weiterqualifizierung in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Weiterentwicklung unseres Landes gestaltet werden und daß die entsprechenden Bildungsangebote in einem Kooperationsbund zwischen den verschiedenen Trägern der Weiterbildung organisiert werden, die wiederum mit Hochschulen und beruflichen Schulen eng zusammenarbeiten,
- daß Schulen immer mehr zu einem Zentrum eines vielfältigen sozialen Beziehungsgeflechtes von Bildung, Kultur, Bürgermitwirkung, Geselligkeit, Arbeitswelt, Sport und Freizeit werden,
- daß die soziale Lage der Schüler und Studenten finanziell stabilisiert wird, damit ein Recht auf Bildung tatsächlich wahrgenommen werden kann und breite Bildungsreserven für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft nicht ungenutzt bleiben,
- daß die soziale, inhaltliche und regionale Öffnung der reichhaltigen und vielfältigen Hochschulen als Beitrag zur Reform unserer Industriegesellschaft fortgesetzt wird,
- daß die Forschungsinfrastruktur in den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gestärkt wird, damit neue und andere Strukturprobleme des Landes bewältigt werden,
- daß der Transfer zwischen Wissenschaft und Industrie nicht als Einbahnstraße ausgebaut werden soll,
- daß die Erfordernisse eines leistungsfähigen Bildungs- und Hochschulsystems im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes weiterhin verbessert werden, die personelle und pädagogische Erneuerung für ein zukunftsorientiertes Bildungswesen ständige Aufgabe der Politik bleibt und daß gleichzeitig ein Teil der nachrückenden Lehrergeneration eine Chance in der Schule bekommt.

III. Die Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalen sichern und aktivieren

Die Kulturhoheit des Landes verlangt eine aktive Kulturpolitik der Landespolitik. Höhere Lebenserwartung und Verkürzung der Lebensarbeitszeit werden neue und mehr kulturelle Bedürfnisse entstehen lassen, die von öffentlichen und privaten Kulturangeboten zu erfüllen sind. In den Kulturindustrien (z. B. Musik-, Buch-, Medien-, Film-, Mode-, Design- und Kunstmarkt) entstehen neue Arbeitsplätze. Die kulturelle Attraktivität ist zu einem Basisfaktor für persönliche und wirtschaftliche Standortentscheidungen geworden. Kultur erleben und gestalten ist ein „Lebensmittel“ für den einzelnen.

Gleichwohl muß Kultur für den Bürger finanzierbar bleiben. Wirtschaftliche Effizienz, überschaubare Entscheidungsstrukturen und Kooperationsbereitschaft müssen insbesondere von den zentralen Kultureinrichtungen Theatern, Opern, Orchestern und Museen verlangt werden.

Ein „NRW-Kulturticket“, das in jeder Stadt des Landes für jede auswärtige Kulturveranstaltung gekauft werden kann, würde das Erlebnis der Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalen fördern.

Ein jährlich stattfindender „Kulturdialog Nordrhein-Westfalen“ unter Beteiligung der privaten und öffentlichen Kulturträger und mit deren inhaltlicher Mitwirkung könnte das vorhandene Kulturangebot im Lande Nordrhein-Westfalen bereichern und neue Impulse geben.

Die Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalen wird zwar vorrangig, aber nicht ausschließlich durch die Metropolen im Lande Nordrhein-Westfalen getragen. Die kulturelle Attraktivität wird vielmehr geprägt von zahlreichen zentralen und dezentralen, privaten und öffentlichen Kulturangeboten. 35 Theater, ca. 240 Museen, rund 1 400 private Galerien, 26 Orchester, 293 Bibliotheken mit hauptamtlicher Leitung, 46 öffentliche und private Hochschulen und Fachhochschulen, die auch Kultureinrichtungen sind, über 500 Einrichtungen der Weiterbildung, die dichteste Rundfunklandschaft in der Bundesrepublik Deutschland – diese Einrichtungen leisten ihren ständigen Beitrag zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

Die Bewahrung und Erneuerung historischer Stadtkerne und die Umnutzung von Denkmälern für soziale und kulturelle Einrichtungen in den Gemeinden haben die Lebensbedingungen der Bürger in unseren Städten entscheidend verbessert und unsere Umwelt lebenswerter gestaltet. Auf der Grundlage des Denkmalschutzgesetzes mit seinem weitgefaßten Denkmalbegriff sind von den Gemeinden bis 1986 37 254 Baudenkmäler, 1 328 Bodendenkmäler und 329 bewegliche Denkmäler unter Schutz gestellt worden. Bis 1990 wird die Unterschutzstellung von rund 80 000 Baudenkmalern erwartet.

Mit dem Museum für Industrie- und Sozialgeschichte in der Trägerschaft der beiden Landschaftsverbände entsteht in Nordrhein-Westfalen mit Unterstützung des Landes in allen Teilen Nordrhein-Westfalens das größte Museum der Welt.

Aus der Kooperation mit den Gemeinden sowie mit den Sekretariaten für gemeinsame Kulturarbeit in Wuppertal und Gütersloh sind landesweite Kulturveranstaltungen entstanden, die für den einzelnen Bürger und für das Landesbewußtsein eine dauernde Bereicherung sind. Mit der Eröffnung des Neubaus der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 1986 wurde eine herausragende Ergänzung der Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalen erreicht.

Mit der „Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege“ wird eine Bürgerinitiative für Kultur in Nordrhein-Westfalen geschaffen werden, um Objekte der Heimat- und Kulturpflege dauernd zu sichern. Alle Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen können sich in einem Förderverein an den Aufgaben der Stiftung beteiligen.

Die Landesregierung soll die Fortentwicklung ihrer Reformleistungen in der Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik öffentlich mit Experten diskutieren. Dazu sind regelmäßig Sachverständige, Betroffene und Interessierte einzuladen, um mit ihnen Ziele und Maßnahmen, die für die Modernisierung unseres Landes notwendig sind, zu erörtern.

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Dialog mit den von ihren Maßnahmen Betroffenen zu führen.

Materialien zu Antrag F 1:

Änderungsantrag F 9

Wir fordern,

- daß auch bei zurückgehenden Schülerzahlen und unter ungünstigen finanziellen Voraussetzungen ein gleichwertiges Angebot leistungsfähiger Bildungseinrichtungen erhalten bleibt oder geschaffen wird,
- daß die Möglichkeiten zur beruflichen Weiterqualifizierung in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Weiterbildung unseres Landes gestaltet werden und daß die entsprechenden Bildungsangebote in einen Kooperationsbund zwischen den verschiedenen Trägern der Weiterbildung organisiert werden, die wiederum mit den Hochschulen und beruflichen Schulen eng zusammenarbeiten. Die Hochschulen werden aufgefordert, Konzepte für die wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Weiterbildung zu erarbeiten, die ein unerläßlicher Faktor für eine wirtschaftliche und sozialverträglich fortschreitende Entwicklung des Landes ist.
- daß die Schulen immer mehr zu einem Zentrum eines vielfältigen sozialen Beziehungsgeflechts von Bildung, Kultur, Bürgermitwirkung, Geselligkeit, Arbeitswelt, Sport und Freizeit werden,
- daß den Hochschulen bei gleichbleibenden Studierendenzahlen keine weiteren Sachmittelkürzungen und Stellenstreichungen zugemutet werden. Die demographische Entwicklung wird zunächst lediglich zu einem sehr langsamen Abbau der Überlasten an den Hochschulen führen.
- daß die soziale Lage der Schüler/innen und Studenten/innen verbessert wird, damit ein Recht auf Bildung tatsächlich wahrgenommen werden kann und breitere Bildungsreserven für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft nicht ungenutzt bleiben. Die Abschaffung des Schüler-Bafög, die Umstellung der Studierendenförderung auf Darlehen sowie der unsoziale Darlehenteilerlaß durch die konservative Bundesregierung benachteiligt besonders Arbeiterkinder, Mädchen und junge Frauen. Immer mehr sozial schwächer gestellte Studenten/innen müssen während des Studiums einer Erwerbsarbeit nachgehen. Deshalb fordern Sozialdemokraten/innen die Wiedereinführung des Schüler-Bafög und eine Rückkehr zum Zuschußsystem bei der Studierendenförderung. Dabei müssen die Bedarfssätze den Berechnungen des Deutschen Studentenwerkes und die Förderungshöchstdauer an die tatsächlichen Studienbedingungen angepaßt werden. Wir begrüßen die Entscheidung der nordrhein-westfälischen Landesregierung, auf die Einführung von Studiengebühren und die Erhöhung der Sozialbeiträge, die die schwierige finanzielle Lage der sozial schwächer gestellten Studierenden weiter verschärfen würden, zu verzichten.
- daß die Studienreformen im Zusammenwirken von Staat und Hochschule, Lehrenden, Lernenden und der Berufswelt fortgesetzt werden. Verkürzte Studienzeiten dürfen nur Ergebnis einer inhaltlichen Studienreform durch entfrachtete Studien- und Prüfungsordnungen sein. Bildungsgänge für kleine Elitegruppen gehören nicht in unsere Hochschulen, deshalb lehnen Sozialdemokraten/innen die schon herrschende Praxis von Elite-Aufbaustudiengängen mit persönlichen Auswahlgesprächen und anderen Ausleseverfahren ab. Die vom Wissenschaftsrat empfohlenen Postgraduiertenstudiengänge eignen sich nicht als Element der Studienreform. Sie schaffen eine 30 %ige Übergangselite, die umfangreiche Lehrdeputate und den ganzen Forschungsbereich aus dem grundständigen Studium abzieht und damit das „Studium für alle“ qualitativ ausdünn.
- daß die soziale, inhaltliche und regionale Öffnung der Hochschulen als Beitrag zur Reform der Industriegesellschaft fortgesetzt wird. Die Hochschule muß sich deshalb auch mit neuen Problemen und Aufgaben auseinandersetzen. Dazu sind die Förderung neuer und bisher vernachlässigter Wissenschaften notwendig, wie die Ökologieforschung, die Arbeitswissenschaften, die Gesundheitsforschung, Bildungs- und Berufsforschung, Forschung zu globalen Problemen, Regionalforschung oder Kunst- und Kulturforschung,
- daß die Forschungsinfrastruktur in den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gestärkt wird, damit durch die Bewältigung von Strukturproblemen ein wesentlicher Beitrag zur ökologischen und ökonomischen Erneuerung des Landes geleistet werden kann. Neben einer herausragenden naturwissenschaftlichen und medizinischen Forschung an den Hochschulen gewinnt die Orientierungsfunktion der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften an Bedeutung. Für Sozialdemokraten/innen gehört daher eine sozialverträgliche Forschungspolitik zu den zentralen Anliegen. Das Programm „Sozialverträgliche Technikforschung“ muß deshalb unter Berücksichtigung einer stärkeren Verzahnung mit der Gesamtinitiative Zukunftstechnologie in vollem Umfang weitergeführt werden. In die Konzepte der 22 Forschungstransferstellen, die den Kontakt zwischen Wirtschaft und Wissenschaft verbessern, müssen Kommunen und kommunale Unternehmen zur Lösung örtlicher Probleme wie Energieversorgung, öffentlicher Nahverkehr oder Altlastensanierung einbezogen werden. Großforschungseinrichtungen müssen noch stärker für die ökologische Erneuerung des Landes genutzt werden. In den Zukunftstechnologien muß der Schwerpunkt auf der Entwicklung neuer umwelt- und ressourcenschonender Verfahren liegen. Hier hat gerade Nordrhein-Westfalen gute Chancen, neue Industriezweige zu fördern und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen,
- daß der Transfer zwischen Wissenschaft und Industrie nicht als Einbahnstraße ausgebaut werden soll,
- daß Geistes- und Sozialwissenschaften, Natur- und technische Wissenschaften gleichwertig zu fördern sind. Die Notwendigkeit der ökonomischen und ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft verpflichtet alle Wissenschaften gemeinsam. Frauenforschungsinstitute, die frauenspezifische Inhalte in den Wissenschaften verankern, und Kooperationsstellen, Hochschule-Gewerkschaften, die Probleme der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz und neue Produkt- und Informationstechniken sowie Regionalstrukturprobleme und ihre Auswirkungen auf die Arbeitnehmer in Zusammenarbeit mit Wissenschaftler(innen) untersuchen, sind an jedem größeren Hochschulstandort einzurichten. Wissenschaftsläden, die die Wissenschaft für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich zu machen versuchen, sind zu fördern,
- daß die Erfordernisse eines leistungsfähigen Bildungs- und Hochschulsystems im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes weiterhin verbessert werden, die personelle und pädagogische Erneuerung für ein zukunftsorientiertes Bildungswesen ständige Aufgabe der Politik bleibt und daß gleichzeitig ein Teil der nachrückenden Lehrergeneration eine Chance in der Schule bekommt. Derzeit beginnen nur 3 % der Studierwilligen mit dem Lehramtsstudium, zu wenig, um quantitativ und qualitativ den Unterrichtsstandard in den Schulen halten zu können. Hier muß die Landesregierung gegensteuern. Sie darf die Lehrerbildung nicht dem Prinzip von Angebot und Nachfrage aussetzen. Bildung heute ist die Investition für die Zukunft unseres Landes.

Änderungsantrag F 10

Die Landesregierung wird aufgefordert, weitere Kollegschaften in Nordrhein-Westfalen einzurichten.

Begründung:

Das bildungspolitische Ziel, Integration beruflicher und allgemeiner Bildung durch die Kollegschaft, muß weiterhin verwirk-

licht werden. Die Kollegscheule bietet den Jugendlichen neben der beruflichen Erstausbildung auch die Chance, gleichzeitig den nächst höheren Schulabschluß allgemeinbildender Art zu erreichen. Gerade Arbeitnehmer, die ihre Interessen in der AfA vertreten, sind meist aus finanziellen Gründen gezwungen, eine berufliche Erstausbildung zu beginnen. Ihnen wird die Möglichkeit geboten, durch Erhöhung ihrer Abschlüsse in der allgemeinen Bildung und der dadurch erlangten Fachoberschul-, Fachhochschul- oder Hochschulreife andere berufliche Wege einzuschlagen.

Änderungsantrag F 13

Der SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen stellt fest, daß Studiengebühren, die von den Studenten einen eigenständigen Finanzierungsbeitrag zum Studium bedeuten würden, mit einer sozialdemokratischen Bildungspolitik nicht vereinbar sind. Dies gilt für alle öffentlichen Studiengänge sowie für alle Studenten an öffentlichen Hochschulen unabhängig von der Studiendauer. Er fordert daher jede sozialdemokratische Landesregierung auf, die Einführung von Studiengebühren nicht einmal in Erwägung zu ziehen.

Die jetzige Landesregierung wird aufgefordert, in der Öffentlichkeit klarzustellen, daß Studiengebühren von ihr auch nach 1988 weder geplant noch beabsichtigt sind, also auch nach 1988 nicht zum Gegenstand der Haushaltsberatungen gemacht werden.

Die SPD NRW begrüßt, daß die Landesregierung anders als die niedersächsische Landesregierung die Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudierende abgelehnt hat und fordert sie auf, von dieser Haltung auch in Zukunft nicht abzuweichen.

Änderungsantrag F 14

Die SPD NRW wendet sich vorsorglich gegen alle Bestrebungen, Studenten mit erhöhten Studiengebühren zu bestrafen, nur weil sie die Regelstudienzeit überschreiten.

Antrag-Nr.:	F 13
Antragsteller:	SPD Ortsverein Bielefeld-West
Betreff:	Gleichberechtigung im schulischen Bereich

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle ihr möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen, Männern und Frauen auch im schulischen Bereich zu fördern. Hierzu eignen sich insbesondere folgende Punkte:

- Die positiven Erfahrungen des Modellversuchs NRW zu „Mädchen in gewerblich-technischen Berufen“ müssen ausgewertet und in weitere Modellversuche eingebracht werden. Hier ist es unverzichtbar, Mädchen frühzeitig auf ihre Berufswahl vorzubereiten. Solche Beratung muß die Familie miteinbeziehen, mit dem schulischen Unterricht inhaltlich verschränkt werden und insbesondere bei der Auswahl von Betriebspraktikumsplätzen greifen. Diese Beratung müßte fortgeführt werden bis in das erste Jahr der beruflichen Ausbildung, damit bei anstehenden Schwierigkeiten gezielt und schnell geholfen werden kann.
- Das Schülerbetriebspraktikum muß durch eingehende Vor- und Nachbereitungsphasen in der Schule begleitet werden. Inhaltlich muß dabei ausführlich auf geschlechtsspezifische Berufe und die Ausbildungs- und Arbeitssituation von Frauen

und Mädchen eingegangen werden. Die Auswahl der Praktikumsstellen muß dabei in Absprache mit den Schülerinnen und ihren Eltern so getroffen werden, daß Mädchen nicht vorwiegend nur in Praktikumsstellen vermittelt werden, die auf niedrig qualifizierte, schlechte Berufe orientieren. Auch auf betrieblicher Ebene muß Aufklärungsarbeit geleistet werden.

- Benachteiligungen aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit sind meist unbewußt und deshalb besonders schwer zu ändern. Deshalb wird der Kultusminister des Landes NRW aufgefordert, hier eine landesweite zentrale Lehrerfortbildungsmaßnahme durchzuführen, die über geschlechtliche Diskriminierung im Erziehungs- und Lehrerverhalten aufklärt sowie Modelle für Unterricht entwickelt, der Mädchen und Jungen gleichermaßen fördert.
- Sämtliche Richtlinien und Lehrpläne für alle Fächer aller Schulformen sind auf geschlechtsdiskriminierende Elemente hin zu untersuchen und entsprechend zu überarbeiten. Hierzu gehört es auch, nicht nur Benachteiligungen von Mädchen abzubauen, sondern auch positive Identifikationsangebote, wie bei den Jungen auch, aufzunehmen. Bei der anstehenden Richtlinienüberarbeitung ist in jede Kommission zu jedem Fach mindestens eine Frau zu berufen, die dem Geschlechtsrollenaspekt besondere Aufmerksamkeit widmet.
- Eine Schulbuchgenehmigung in NRW erfolgt nach Überprüfung, ob das entsprechende Buch den Richtlinien/Lehrplänen im jeweiligen Fach entspricht. Darüber hinaus wird gefordert, in allen Fächern eine Sonderprüfung durch gesonderte Gutachter/innen durchzuführen, die nicht nur auf aktive Diskriminierungen achten, sondern auch überprüfen, ob und inwieweit positive Leitbilder für Mädchen entwickelt werden.
- In naturwissenschaftlich-technischen Fächern sind Mädchen deutlich unterrepräsentiert, in sprachlich-literarischen Fächern deutlich überrepräsentiert. Diese Entwicklung setzt ca. mit dem 7./8. Schuljahr ein und wird nur in Einzelfällen durchbrochen. Die Berufswahl der Mädchen und Jungen ist hierdurch deutlich geschlechtsspezifisch eingeschränkt. Hier wird die Landesregierung NRW aufgefordert:
 - die Beratung in der Schule zu verstärken und Beratungslehrerinnen gerade zu diesem Thema auszubilden und einzusetzen,
 - Modellversuche für Mädchen in naturwissenschaftlich-technischen Fächern durchzuführen,
 - durch die Finanzierung von empirischen Untersuchungen die Ursachen für die Kurs- und Fächerwahl in Sek. I und Sek. II zu erforschen.

Antrag-Nr.:	F 16
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Meftmann
Betreff:	Wehrdienst

Die SPD-Landtagsfraktion und der Kultusminister des Landes werden aufgefordert, sich allen Plänen zur Verkürzung der Schulzeit zugunsten einer Verlängerung des Wehrdienstes zu widersetzen.

Antrag-Nr.: G 1
Antragsteller: SPD-Ortsverein-Herme-Strunkede
Betreff: Friedenspolitik

„Das Ringen um Entspannung – fest im Westen verankert –, das Ringen um Entspannung, Rüstungsabbau und Zusammenarbeit um europäische Selbstbehauptung und um jeden möglichen, realistischen Ost-West-Ausgleich, das Einstehen für Menschenrechte und für mehr Gerechtigkeit – und Vernunft – in den Nord-Süd-Beziehungen, nicht zuletzt auch der Übergang von einer deklamatorischen zu einer konkreten Deutschland-Politik – aus der Zusammenfügung dieser Inhalte und Orientierungen ist ein gutes Markenzeichen der deutschen Sozialdemokratie geworden.“ (Willy Brandt, Abschiedsrede am 14. 6. 87 in Bonn).

Die Durchsetzung friedenspolitischer Zielsetzung sozialdemokratischer Friedenspolitik ist gerade zu einer Zeit intensiver Abrüstungsbemühungen von größter Wichtigkeit. Daher bekräftigt der SPD-Landesparteitag noch einmal die Notwendigkeit, Lehrer/innen des Landes NW in die Lage zu versetzen, gemäß dem Kultusminister-Erlaß zur Friedenserziehung vom 1. 3. 1985 in den Schulen Friedenserziehung durchführen zu können, damit Schüler/innen sich ihrer Verantwortung für Sicherung und Erhalt des Friedens bewußt und sie zu einer aktiven und reflektierten Mitgestaltung der Friedenspolitik befähigt werden.

Aus diesem Grund fordert der SPD-Landesparteitag die Landesregierung auf, Lehrerfortbildungsmaßnahmen zur Friedenserziehung die nötige politische Priorität einzuräumen und dafür ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Antrag-Nr.: G 2
Antragsteller: SPD-Unterbezirk-Ernebe-Ruhr/Witten
Betreff: Sanktionen gegen Südafrika

Wir fordern die Bundesregierung

1. zur sofortigen Einleitung von umfassenden und bindenden Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika
 - kein Kapitalexport deutscher Banken
 - keine weiteren Investitionen deutscher Firmen
 - kein Export von Computern und ähnlichen elektronischen Materials zur Personenerfassung
 - Importstopp für südafrikanische Waren und Rohstoffe
2. zur strikten Einhaltung des bindenden UN-Rüstungsembargos und Ausdehnung auf den paramilitärischen Bereich (z. B. Polizei)
 - Verbot des Exports von Nuklearteilen, Waffen, militärischen Gütern, Rüstungslizenzen und ganzen Systemen sowie LKW oder Teilen davon
 - Stopp der militärisch-nuklearen Zusammenarbeit
3. zur ersatzlosen Kündigung des Kulturabkommens mit dem Apartheidsregime
 - Stopp aller Sportbegegnungen
 - keine Einladung südafrikanischer Wissenschaftler zu deutschen Seminaren
4. zur Nutzung der diplomatischen Beziehungen zur Unterstützung der Bevölkerung beim Kampf gegen das Apartheidsystem
5. zur sofortigen bedingungslosen Freilassung von Nelson Mandela sowie aller politischer Gefangener in Südafrika und Namibia

6. zum Ausbau der materiellen Solidarität mit den Befreiungsbewegungen ANC, SWAPO und UDF

auf.

Weiterhin fordern wir Südafrika auf:

1. Sämtliche Apartheidsgesetze aufzuheben und den Ausnahmezustand in zahlreichen Distrikten zurückzunehmen.
2. Sämtliche politischen Gefangenen freizulassen und zu entschädigen.
3. Ebenso die Angehörigen der durch Polizei und Militär Ermordeten zu entschädigen.
4. Die militärischen Aggressionen gegen alle Nachbarländer einzustellen.
5. Die völkerrechtswidrige Besetzung Namibias aufzugeben.
6. Sämtliche Homelands aufzulösen.
7. Wiederezulassung der verbotenen schwarzen Oppositionsgruppen und Rückkehrmöglichkeit für schwarze Emigranten.
8. Vollständige demokratische Strukturen im Parlament und eine demokratische Wahlgesetzgebung einzuführen.

Wir fordern die Bürger der Bundesrepublik auf:

1. Keine Waren aus Südafrika zu kaufen.
2. keine Geldgeschäfte mit solchen Banken zu tätigen, die mit Südafrika zusammenarbeiten.

Antrag-Nr.: H 1
Antragsteller: SPD-Landesvorstand
Betreff: Satzungsänderung

Die Satzung wird wie folgt geändert:

§ 9, Absatz 1, Satz 3:

„Der Landesvorstand besteht aus dem/der Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schatzmeister/der Schatzmeisterin und fünfzehn Beisitzern/Beisitzerinnen.“

Absatz 2, Satz 2:

„Nacheinander werden gewählt: der Vorsitzende/die Vorsitzende, die stellvertretenden Vorsitzenden, der Schatzmeister/die Schatzmeisterin in besonderen Wahlgängen, die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes.“

Wortlaut der überwiesenen Anträge

Antrag-Nr.: A 2
Antragsteller: SPD-Landesvorstand
Betreff: Finanz- und Steuerpolitik

I.

Die Finanz- und Steuerpolitik der Bonner Koalition ist unsolid finanziert, wirtschaftspolitisch ungeeignet, verteilungspolitisch ungerecht und gefährdet mit ihren ruinösen Folgen für die öffentlichen Kassen die Haushaltswirtschaft von Ländern und Gemeinden.

1. Verteilungspolitische Schlagseite

- Die Bundesregierung entlastet über kreditfinanzierte Steuersenkungen einen Teil der heutigen Steuerzahler und läßt die Steuerzahler der kommenden Generation dafür die Zehne bezahlen.
- Die Bundesregierung verspricht Steuersenkungen in Milliardenhöhe ohne zu sagen, wie sie diese bezahlen will oder besser, wer sie bezahlen soll.
- Die Bundesregierung entlastet einseitig die Bezieher hoher und höchster Einkommen.

Mit dem Steuerpaket 1990 setzt die Regierungskoalition in Bonn ihrem seit 1982 praktizierten Kurs der Umverteilung von unten nach oben fort. Würden seit der Wende 1982 Unternehmen und Unternehmern Steuergeschenke zugeschoben, die sich bis 1987 auf sechs Milliarden DM jährlich aufsummieren – vornehmlich aus Gewerbe- und Vermögensteuersenkungen und höheren Abschreibungen –, soll 1990 die Verschiebung der Steuerlast zugunsten Besserverdienender und der Wirtschaft noch weiter verschärft werden.

Während den Besserverdienenden und Gewinn- und Besitz-einkommensbezieher 1990 massive Entlastungsvorteile gewährt werden sollen, fallen die Steuerentlastungen bei Lohn- und Gehaltsbezieher äußerst spärlich aus. So sollen durch den Steuersenkungsteil 1990 die Bezieher niedriger Einkommen nur im Durchschnitt um DM 460,- entlastet werden, während Spitzenverdiener eine durchschnittliche Steuersenkung in Höhe von DM 21 400,- erhalten sollen.

Dies ergibt sich daraus, daß Spitzenverdiener nicht allein von der Senkung des Spitzensteuersatzes profitieren, sondern aufgrund der Besonderheiten unseres Tarifsystems mit wachsendem Einkommen alle Entlastungsstufen durchlaufen. So werden sie 1990 sowohl von

- der Anhebung des Grundfreibetrages,
- der Linearisierung der Progression und vor allem
- von der Senkung des Spitzensteuersatzes

profitieren.

In dieser Strategie einseitiger Entlastung hoher und höchster Einkommen fügt sich auch die erweiterte zweite Stufe der Steu-

ersenkungsaktion 1988 ein. Verheiratete mit einem steuerpflichtigen Einkommen von DM 36 000,- erhalten im Jahr dann DM 94,- oder knapp DM 8,- im Monat. Dagegen sollen Verheiratete mit einem Einkommen von DM 260 000,- um insgesamt DM 6 256,- im Jahr oder rund DM 520,- monatlich entlastet werden.

Dies geschieht vor dem Hintergrund einer ohnehin gigantischen Umverteilung:

Das Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer ist von 1982 bis jetzt um 136 Milliarden DM gestiegen. Davon verblieben ihnen nach Abzug von 62,7 Prozent Steuern und Abgaben 50,7 Milliarden DM. Der Bruttoeinkommenszuwachs der Unternehmer und Vermögensbesitzer belief sich im gleichen Zeitraum auf 155 Milliarden DM. Ihnen wurden 6,4 Prozent oder 10,5 Milliarden DM weggesteuert und damit verblieben 144,5 Milliarden DM. Gleichzeitig sank der Anteil der Einkommen der Arbeitnehmer am Gesamtnettoeinkommen seit 1982 um 8,2 Prozent auf 58,1 Prozent, während der der Unternehmer und Vermögensbesitzer am Gesamtnettoeinkommen seit 1982 von 33,7 Prozent auf 41,9 Prozent stieg. Das ist der niedrigste Anteil der Arbeitnehmer am Gesamtnettoeinkommen seit 1950, obwohl der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen um 15 Prozent auf 83 Prozent gestiegen ist.

Diese ungerechte Steuer- und Finanzpolitik darf im Interesse der Mehrheit der Menschen nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern im gesamten Bundesgebiet nicht fortgesetzt werden. Wir haben dazu auf unserem Parteitag in Nürnberg und auf dem außerordentlichen Parteitag in Offenburg detaillierte Konzepte beschlossen. Die beschlossenen Grundsätze gelten weiter, müssen aber der sich verändernden wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt und – wenn nötig – ergänzt werden. Für unsere Steuer- und Finanzpolitik gilt:

- Wir sagen Nein zu der von der Bonner Koalition beabsichtigten Steuersenkung 1990 einschließlich des auf 1988 vorgezogenen Teils, weil sie wenige sehr gut Verdienende noch stärker entlastet und die Mehrheit der Normalverdiener über die Anhebung von Verbrauchsteuern und den Abbau von Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer noch stärker zu belasten droht.
- Um die in unser Steuersystem eingebaute Belastungsdynamik im Interesse der Steuerzahler abzumildern, treten wir dafür ein, den zweiten Teil der Steuersenkung 1986/88 so umzugestalten, daß kleine und mittlere Einkommen verstärkt entlastet werden. Das heißt:
 - Erhöhung des Grundfreibetrages auf DM 5 022,- für Ledige und DM 10 044,- für Verheiratete,
 - Ausdehnung der unteren Proportionalzone auf DM 21 600,- für Ledige und DM 43 200,- für Verheiratete sowie
 - Abflachung der unteren und mittleren Progressionsbereiche bis DM 41 000,- für Ledige und DM 82 200,- für Verheiratete.

Dieser Umgestaltungsvorschlag kostet fünf Milliarden DM weniger als das Konzept der Koalition. Er entlastet Verheiratete

mit einem Bruttoeinkommen bis etwa DM 80 000,- (Ledige bis etwa DM 43 000,-); begünstigt werden damit nicht nur die Bezieher geringer Einkommen, sondern auch Facharbeiter, Angestellte, Ingenieure, Meister sowie kleinere und mittlere Unternehmen.

Wir treten für eine Reform des Familienlastenausgleichs ein. Dazu gehört in erster Linie die Abschaffung der ungerechten Kinderfreibeträge und die Reform des Ehegatten-Splittings. Wir wollen das einheitliche Kindergeld von DM 100,- für das erste, DM 200,- für das zweite und DM 300,- für das dritte und jedes weitere Kind. Außerdem fordern wir eine spürbare Begrenzung des Splitting-Vorteils, um damit den Familienlastenausgleich weiter zu verbessern. Insgesamt führen diese steuerpolitischen Vorschläge für 1988 im Vergleich zu den Absichten der Bundesregierung dazu, daß 80 Prozent der Verheirateten und 70 Prozent der Ledigen günstiger behandelt werden.

Um die Investitionskraft der kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken, sprechen wir uns für die Einführung einer begrenzten steuerfreien Investitionsrücklage aus. Gleichzeitig soll die Senkung der Vermögensteuer, die überwiegend große und größte Vermögen begünstigt hat, rückgängig gemacht werden.

Wir werden bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen besonderes Augenmerk auf die Steuervereinfachung legen, weil ein komplizierteres Steuerrecht die begünstigt, die sich Steuerberater oder eigene Finanzabteilungen leisten können. Zu den erforderlichen Maßnahmen gehören unter anderem der Abbau von Subventionen und eine größere Übersichtlichkeit des Steuerrechts durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und Streichung von steuerlichen Ausnahmeregelungen.

2. Fehlende wirtschaftspolitische Impulse

Die Steuerpolitik der Bundesregierung ist auch wirtschafts- und beschäftigungspolitisch falsch. Die Steuergeschenke für die Reichen werden nicht zu beschäftigungswirksamen Investitionen und damit zu Wachstumseffekten führen. Durch steuerliche Entlastungen für Nettogewinn- und Besitzeinkommensbezieher werden sich keine zusätzlichen Konsum- und Investitionsimpulse setzen lassen, weil sie größtenteils in Geldanlagen, überwiegend ins Ausland, fließen. Mit dieser Politik der Vernachlässigung breiter Schichten der Bevölkerung wird kein Beitrag zur notwendigen Stärkung der Binnennachfrage und zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit geleistet. Die zur Finanzierung der Steuerreform 1990 vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer und von Verbrauchsteuern wird ebenfalls keine konjunkturstimulierende Wirkung haben, da sie das verfügbare Einkommen insbesondere der unteren und mittleren Einkommensschichten verringern und damit die allein nachfragewirksame Massenkaufkraft schwächen wird.

3. Belastungswirkungen für die öffentlichen Haushalte

Die ökonomisch falsche und verteilungspolitisch fragwürdige Steuerpolitik der Bundesregierung wird zudem alle öffentlichen Haushalte vor große Finanzierungsprobleme stellen. War noch vor der Bundestagswahl ein Gesamtdefizit von 17 Milliarden DM für 1987 und 26 Milliarden DM für 1990 für alle öffentlichen Haushalte vorgesehen, nimmt die Bonner Regierung heute ein Defizit von 49 Milliarden DM für 1987 und 65 Milliarden DM für 1990 hin; führende Unions-Politiker sprechen sogar von 100 Milliarden DM im Jahre 1990.

Durch die Steuerreform 1990 wird das Land von Einnahmeverlusten in Höhe von rund sieben Milliarden DM betroffen sein,

wovon – unter Berücksichtigung von Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich – vier Milliarden DM auf das Land und drei Milliarden DM auf die Kommunen entfallen werden.

Alle Anzeichen deuten daraufhin, daß das Land und seine Gemeinden von der angekündigten Teilfinanzierung in Höhe von 19 Milliarden DM voraussichtlich nicht profitieren werden. Auf den Bundeshaushalt entfällt der überwiegende Teil der direkten Finanzhilfen und mit wenigen Ausnahmen aller Verbrauchsteuereinnahmen, so daß ein Subventionsabbau oder Steuererhöhungen in diesen Bereichen allein dem Bund zufließen würden.

Aber nicht erst 1990, sondern schon 1988 werden die Steuerpläne der Bundesregierung die finanzielle Situation des Landes und seiner Gemeinden entscheidend schwächen. Mit rund 2,3 Milliarden DM netto (nach kommunalem Finanzausgleich) wird die zweite – erweiterte – Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1988 den Landeshaushalt belasten.

Für die Gemeinden wird sie zu Mindereinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer von 1,06 Milliarden DM führen, die unter Einbeziehung der Wirkungen des kommunalen Finanzausgleichs Einnahmeverluste von insgesamt 1,7 Milliarden DM bringen werden.

Diese Einnahmeverluste werden die Gemeinden und die Städte unseres Landes nur durch Ausgabenverzichte ausgleichen können. Ohne Einschränkungen kommunaler Leistungen – gerade im freiwilligen Bereich – wird dies nicht gehen. Auf diesem Wege müssen alle Bürger ihre eigene Steuererleichterung mit einer Einschränkung öffentlicher Leistungen bezahlen.

Mit ihren finanz- und steuerpolitischen Plänen setzt die Bundesregierung auf den armen Staat. Sie will die Staatsquote weiter senken, ohne dabei zu berücksichtigen, daß die staatlichen Aufgaben in Zukunft eher zu- als abnehmen werden. Die Bundesregierung handelt unverantwortlich gegenüber den mehr als zwei Milliarden Arbeitslosen und ihren Familien:

Wo mehr staatliche Infrastrukturinvestitionen, vor allem im Umweltbereich, und mehr Arbeitsmarktpolitik für mehr Beschäftigung dringend notwendig wären, werden Bund, Ländern und Gemeinden durch die Plünderung öffentlicher Kassen die erforderlichen finanziellen Handlungsmöglichkeiten genommen. Die Finanz- und Steuerpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung geht damit zu Lasten der Beschäftigungsmöglichkeiten von Arbeitslosen und verursacht weitere Arbeitsplatzverluste.

Zur Sicherung seiner Zukunftsfähigkeit braucht das Land nicht weniger, sondern mehr Mittel. Es ist daher zwingend erforderlich, durch Verzicht auf ruinöse Steuersenkungsaktionen die öffentliche Hand in die Lage zu versetzen, die drei wichtigsten Zukunftsaufgaben zu bewältigen:

- die Bewältigung der Arbeitslosigkeit
- der Schutz der Umwelt sowie
- die Bewahrung der sozialen Gerechtigkeit.

II.

Die steuer- und finanzpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung werden in ihren ruinösen Folgen für die Kassen von Land und Gemeinden den bisher erfolgreichen Kurs der Haushaltskonsolidierung massiv gefährden. Seit Beginn der achtziger Jahre steht die Haushaltspolitik des Landes unverändert unter dem Primat der Konsolidierung der Landesfinanzen.

Abnehmende Steuereinnahmen als Folge einer unzureichenden konjunkturellen Entwicklung und zahlreicher Steuersen-

kungsgesetze sowie unveränderte Finanzierungslasten bei der Umstrukturierung des Landes haben die Finanzpolitik vor neue Herausforderungen gestellt. Wachsende Zinsbelastungen als Folge einer zunehmenden Inanspruchnahme des Kapitalmarktes haben zudem zu einer Einschränkung der finanziellen Handlungsspielräume geführt. Dieser für die Entwicklungschancen unseres Landes ungünstige Trend konnte nur durch eine kontinuierliche Politik der Begrenzung des Kreditbedarfs und des Zinsbelastungsanstiegs gebrochen werden.

Dieser Herausforderung haben wir uns frühzeitig mit einer längerfristig orientierten Konsolidierungsstrategie gestellt. Dieser auf Sicherung der finanziellen Handlungsspielräume gerichtete Kurs hat in den Beschlüssen der Duisburger und Aachener Landesparteitage seine Bestätigung gefunden. Nach diesen Beschlüssen sollte bis zum Anfang der neunziger Jahre das Defizit im Landeshaushalt auf ein längerfristig vertretbares Niveau zurückgeführt werden.

Für die haushaltspolitischen Entscheidungen der letzten Jahre bedeutete dies, daß

- durch eine sparsame und effektive Bewirtschaftung der vorhandenen Mittel,
- durch sozial ausgewogene Einschränkungen von Leistungen sowie
- durch eine an aufgabenkritischen Gesichtspunkten orientierte Beschränkung der Personalkostenquote

der Ausgabenwuchs in den einzelnen Jahren eng zu begrenzen und jeweils unter dem vom Finanzplanungsrat empfohlenen Richtwert von 3 v. H. zu halten war.

Ergebnis dieser Politik war, daß in dem Zeitraum von 1981 bis 1985 die Gesamtausgabensteigerungsrate Nordrhein-Westfalens die mit Abstand niedrigste aller Flächenländer war. Die jährliche Nettokreditaufnahme konnte zudem von 1981 mit 10,1 Milliarden DM bis 1987 auf 5,6 Milliarden DM – also fast auf die Hälfte – reduziert werden. In der mittelfristigen Perspektive sollte bis 1990 über die Zwischenwerte 4,6 Milliarden DM für 1988, 3,2 Milliarden DM für 1989 und 2,0 Milliarden DM für 1990 in Ausfüllungen der Parteitagebeschlüsse das angestrebte Konsolidierungsziel erreicht werden.

Die von der Bundesregierung zu verantwortende Politik der Austrocknung der finanziellen Grundlage unseres Landes, die

- durch Steuersenkungsaktionen ohne Augenmaß,
- durch Passivität gegenüber einer immer schwächer werdenden konjunkturellen Entwicklung sowie
- durch eine unverändert verfassungswidrige Benachteiligung im bundesstaatlichen Finanzausgleich

gekennzeichnet ist, hat jedoch einen Bruch der bisherigen Konsolidierungslinie unvermeidbar werden lassen. Diese Einbrüche auf der Einnahmeseite des Landeshaushaltes können trotz größter Anstrengungen durch korrigierende Entscheidungen auf der Ausgabe Seite nicht mehr aufgefangen werden. Allein über zusätzliche Kreditaufnahme können die ruinösen Folgen dieser Politik noch ausgeglichen werden. Eine Korrektur der Zielwerte für die Entwicklung der Kreditaufnahmelinie um 1,1 Milliarden DM auf 5,7 Milliarden DM für 1988, um 1,8 Milliarden DM auf 5,0 Milliarden DM für 1989 und um 2,4 Milliarden DM auf 4,4 Milliarden DM für 1990 ist deshalb zwangsläufige Konsequenz.

Gleichwohl steht fest, daß ohne diese finanzwirtschaftlichen Einflüsse der verfehlten Bonner Politik das Land seine ursprünglichen Konsolidierungsziele hätte erreichen können.

Trotz enger werdenden Finanzierungsrahmens werden die haushaltspolitischen Entscheidungen bis 1990 davon bestimmt

sein müssen, dem wirklich Notwendigen den absoluten Finanzierungsvorrang einzuräumen.

Dies gilt für

- die Zukunftssicherung der Montan-Regionen,
- die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
- die ökonomische und ökologische Erneuerung unseres Landes sowie
- die vorrangige Förderung von Wissenschaft und Forschung.

Nötig ist dazu vor allem eine Fortsetzung der Politik strenger Ausgabenbegrenzung bei Beachtung und Wahrung der genannten Vorrangbereiche. Nur auf diesem Wege wird unser Land auch in den neunziger Jahren seine finanzielle Handlungsfähigkeit bewahren können.

III.

Für Nordrhein-Westfalen ist eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Gemeinden und die Reform der Gemeindefinanzierung von zentraler Bedeutung

- Nordrhein-Westfalen hat mit Kohle und Stahl wesentlich zum Aufbau unserer Republik nach dem Kriege beigetragen. Es ist unerträglich, daß Nordrhein-Westfalen nun für die übrige Republik einen Großteil der Lasten für den wesentlichen nationalen Energieträger Kohle trägt und zusätzlich dafür beim bundesstaatlichen Finanzausgleich bestraft wird. Eine Reform dieses Finanzausgleiches muß daher die Kohlelast berücksichtigen und einen angemessenen Nachteilsausgleich für die vergangenen Jahre auf der Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes enthalten. Auch der Bund wird durch Übernahme der ihm zufallenden Verantwortung für die Strukturpolitik die Regionen entlasten müssen, die bisher im Interesse des gesamten Bundesgebietes überproportionale Lasten zum Beispiel für die Energieversorgung oder in der Überwindung von Branchenkrisen (Stahl, Schiffbau) zu tragen haben.

- Gesunde Kommunalfinanzen brauchen eine solide Grundlage. Die wiederholten Eingriffe des Bundesgesetzgebers in die Gewerbesteuer haben die Unterschiede in der Finanzkraft zwischen den Gemeinden zu Lasten vor allem der strukturschwachen Großstädte ständig vergrößert. Die Steuerpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung und die massiven Einschnitte in das soziale Netz, die die Sozialhilfeeats besonders belasten, haben die Finanzsituation gerade der strukturschwachen Kommunen zusätzlich verschärft.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat in der Vergangenheit das in seinen Kräften stehende getan, um den notwendigen Ausgleich der Finanzkraft zwischen den Gemeinden herzustellen. Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1988 wird die Bedarfsbestimmung im kommunalen Finanzausgleich verbessert. Den strukturschwachen Gemeinden soll zudem dadurch geholfen werden, daß künftig die Zahl der Arbeitslosen und die Dauer der Arbeitslosigkeit als Bedarfelemente in das System der Schlüsselzuweisungen aufgenommen werden.

Das Instrument des kommunalen Finanzausgleichs ist jedoch – auch in seiner reformierten Form – überfordert, die bestehenden Strukturprobleme der finanzschwachen Gemeinden Nordrhein-Westfalens, die aus der Steuergesetzgebung des Bundes entstanden und noch entstehenden Belastungen sowie die Folgelasten der andauernden Massenarbeitslosigkeit auszugleichen.

Die aus strukturellen und konjunkturellen Gründen völlig unterschiedliche Finanzsituation der Gemeinden kann nachhaltig nur durch eine grundlegende Gemeindefinanzierungsreform verbessert werden. Alle Städte und Gemeinden haben Anspruch auf eine ihren investiven und sozialen Aufgaben entsprechende Finanzausstattung.

Daher kommt die immer wieder geforderte Abschaffung der Gewerbesteuer für uns so lange nicht in Frage, wie eine Neuordnung des kommunalen Steuersystems nicht erfolgt ist. Unter den gegebenen Bedingungen fordern wir die Neuordnung der Gewerbesteuer sowie eine Anhebung des Gemeindeanteils am Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer. Notwendig ist vor allem die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen für die Gewerbesteuer, wie dies der Deutsche Städtetag parteiübergreifend vorgeschlagen hat. Nur so können die Wirksamkeit des Hebesatzrechts der Gemeinden gesichert und die Finanzautonomie der Gemeinden gewahrt werden.

Wir fordern die gewerbesteuerrechtliche Gleichbehandlung von Selbständigen und Gewerbetreibenden. Außerdem fordern wir die Aufhebung der Kürzungen der Hinzurechnung bei Dauerschulden und Dauerschuldzinsen. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag für die Wiederherstellung der Gleichbehandlung von Eigenkapital und Fremdkapital.

Eine gesunde kommunale Selbstverwaltung in der Zukunft setzt eine Initiative zur Stärkung der kommunalen Finanzautonomie heute voraus. Kommunale Selbstverwaltung ist ohne gesicherte eigene, in Ausmaß und Entwicklung verantwortlich zu gestaltende Einnahmen der Gemeinden nicht denkbar. Solange sich die Bundesregierung dieser zentralen Aufgabe verweigert, bleiben ihre Bekenntnisse zur kommunalen Selbstverwaltung „Lippenbekenntnisse“.

Änderungs-
Antrag-Nr.: ...
Antragsteller: ...
Betreff: ...

Maßgabe:

Der Landesvorstand wird beauftragt, die Aufklärung über die Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung zu einem Schwerpunkt seiner politischen Arbeit zu machen.

Dabei gehen wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen von folgender Grundposition aus:

- Die Einnahmen der öffentlichen Hände dürfen nicht verkürzt werden.
- Steueränderungen, die zur Entlastung Besserverdienender führen, sind unakzeptabel.

Für die Aufklärungskampagne sollen die Argumentationen des Landesvorstandes in seinen Anträgen A 1 und A 2 ausgewertet und popularisiert werden.

(Dies schließt den Änderungsantrag 2 zu Antrag A 2 ein.)

I.

Die Finanz- und Steuerpolitik der Bonner Koalition ist unsolidarisch finanziert, wirtschaftspolitisch ungeeignet, verteilungspolitisch ungerecht und gefährdet mit ihren ruinösen Folgen für die öffentlichen Kassen die Haushaltswirtschaft von Ländern und Gemeinden.

1. Verteilungspolitische Schlagseite

- Die Bundesregierung entlastet über kreditfinanzierte Steuersenkungen einen Teil der heutigen Steuerzahler und läßt die Steuerzahler der kommenden Generation dafür die Zechen bezahlen.
- Die Bundesregierung verspricht Steuersenkungen in Milliardenhöhe ohne zu sagen, wie sie diese bezahlen will oder besser, wer sie bezahlen soll.
- Die Bundesregierung entlastet einseitig die Bezieher hoher und höchster Einkommen.

Mit dem Steuerpaket 1990 setzt die Regierungskoalition in Bonn ihrem seit 1982 praktizierten Kurs der Umverteilung von unten nach oben fort. Wurden seit der Wende 1982 Unternehmen und Unternehmern Steuergeschenke zugeschoben, die sich bis 1987 auf sechs Milliarden DM jährlich aufsummieren – vornehmlich aus Gewerbe- und Vermögenssteuersenkungen und höheren Abschreibungen –, soll 1990 die Verschiebung der Steuerlast zugunsten Besserverdienender und der Wirtschaft noch weiter verschärft werden.

Während den Besserverdienenden und Gewinn- und Zeiteinkommensbeziehern 1990 massive Entlastungsvorteile gewährt werden sollen, fallen die Steuerentlastungen bei Lohn- und Gehaltsbeziehern äußerst spärlich aus. So sollen durch den Steuersenkungsteil 1990 die Bezieher niedriger Einkommen nur im Durchschnitt um DM 460,- entlastet werden, während Spitzenverdiener eine durchschnittliche Steuersenkung in Höhe von DM 21 400,- erhalten sollen.

Dies ergibt sich daraus, daß Spitzenverdiener nicht allein von der Senkung des Spitzensteuersatzes profitieren, sondern aufgrund der Besonderheiten unseres Tarifsystems mit wachsendem Einkommen alle Entlastungsstufen durchlaufen. So werden sie 1990 sowohl von

- der Anhebung des Grundfreibetrages,
- der Linearisierung der Progression und vor allem
- von der Senkung des Spitzensteuersatzes

profitieren.

In dieser Strategie einseitiger Entlastung hoher und höchster Einkommen fügt sich auch die erweiterte zweite Stufe der Steuersenkungsaktion 1988 ein. Verheiratete mit einem steuerpflichtigen Einkommen von DM 36 000,- erhalten im Jahr dann DM 94,- oder knapp DM 8,- im Monat. Dagegen sollen Verheiratete mit einem Einkommen von DM 260 000,- um insgesamt DM 6 256,- im Jahr oder rund DM 520,- monatlich entlastet werden.

Dies geschieht vor dem Hintergrund einer ohnehin gigantischen Umverteilung:

Das Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer ist von 1982 bis jetzt um 136 Milliarden DM gestiegen. Davon verblieben ihnen nach Abzug von 62,7 Prozent Steuern und Abgaben 50,7 Milliarden DM. Der Bruttoeinkommenszuwachs der Unternehmer und Vermögensbesitzer belief sich im gleichen Zeitraum auf 155 Milliarden DM. Ihnen wurden 6,4 Prozent oder 10,5 Milliarden DM weggesteuert und damit verblieben 144,5 Milliarden DM. Gleichzeitig sank der Anteil der Einkommen der Arbeitnehmer am Gesamtnettoeinkommen seit 1982 um 8,2 Prozent auf 58,1 Prozent, während der der Unternehmer und Vermögensbesitzer am Gesamtnettoeinkommen seit 1982 von 33,7 Prozent auf 41,9 Prozent stieg. Das ist der niedrigste Anteil der Arbeitnehmer am Gesamtnettoeinkommen seit 1950, obwohl der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen um 15 Prozent auf 83 Prozent gestiegen ist.

Diese ungerechte Steuer- und Finanzpolitik darf im Interesse der Mehrheit der Menschen nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern im gesamten Bundesgebiet nicht fortgesetzt werden. Wir haben dazu auf unserem Parteitag in Nürnberg und auf dem außerordentlichen Parteitag in Offenburg detaillierte Konzepte beschlossen. Die beschlossenen Grundsätze gelten weiter, müssen aber der sich verändernden wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt und – wenn nötig – ergänzt werden. Für unsere Steuer- und Finanzpolitik gilt:

- Wir sagen Nein zu der von der Bonner Koalition beabsichtigten Steuersenkung 1990 einschließlich des auf 1988 vorgezogenen Teils, weil sie wenige sehr gut Verdienende noch stärker entlastet und die Mehrheit der Normalverdiener über die Anhebung von Verbrauchsteuern und den Abbau von Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer noch stärker zu belasten droht.
- Um die in unser Steuersystem eingebaute Belastungsdynamik im Interesse der Steuerzahler abzumildern, treten wir dafür ein, den zweiten Teil der Steuersenkung 1986/88 so umzugestalten, daß kleine und mittlere Einkommen verstärkt entlastet werden. Das heißt:
 - Erhöhung des Grundfreibetrages auf DM 5 022,- für Ledige und DM 10 044,- für Verheiratete,
 - Ausdehnung der unteren Proportionalzone auf DM 21 600,- für Ledige und DM 43 200,- für Verheiratete sowie
 - Abflachung der unteren und mittleren Progressionsbereiche bis DM 41 000,- für Ledige und DM 82 200,- für Verheiratete.

Für globale steuerliche Entlastungen der Unternehmen besteht kein Anlaß. Investitionen und Kapitalanlagen in Produktivkapital wollen wir fördern durch Beseitigung steuerrechtlicher und faktischer Privilegien für andere Kapitalanlagen. Es muß erreicht werden, daß Kapital in produktive Investitionen fließt und nicht unproduktiv angelegt wird. Hierzu ist notwendig, daß insbesondere Zinserträge künftig steuerlich genauso effektiv erfaßt werden, wie heute Löhne und Gehälter oder Dividenden. Die bessere Erfassung von Kapitaleinkünften muß Hand in Hand gehen mit einer Verzehnfachung des Sparerfreibetrages für Zinserträge auf DM 3 000,-/6 000,- (Ledige/Verheiratete).

Um die Investitionskraft der kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken, sprechen wir uns für die Einführung einer begrenzten steuerfreien Investitionsrücklage aus. Gleichzeitig soll die Senkung der Vermögensteuer, die überwiegend große und größte Vermögen begünstigt, sowie die von der konservativ-liberalen Koalition beschlossene Verkürzung der Abschreibungsfrist für Betriebsgebäude, rückgängig gemacht werden.

Zur Finanzierung eines beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms wollen wir eine zeitlich befristete Ergänzungsabgabe für Besserverdienende mit zu versteuerndem Jahreseinkommen von mehr als DM 60 000,-/120 000,- (Ledige/Verheiratete) in Höhe von 5 Prozent der Einkommensteuerschuld und 5 Prozent der Körperschaftsteuerschuld.

Wir treten für eine Reform des Familienlastenausgleichs ein. Dazu gehört in erster Linie die Abschaffung der ungerechten Kinderfreibeträge und die Reform des Ehegatten-Splittings. Wir wollen das einheitliche Kindergeld von DM 100,- für das erste, DM 200,- für das zweite und DM 300,- für das dritte und jedes weitere Kind. Außerdem fordern wir eine spürbare Begrenzung des Splitting-Vorteils, um damit den Familienlastenausgleich weiter zu verbessern. Insgesamt führen diese steuerpolitischen Vorschläge für 1988 im Vergleich zu den Absichten der Bundesregierung dazu, daß 80 Prozent der Verhei-

rateten und 70 Prozent der Ledigen günstiger behandelt werden.

Um die Investitionskraft der kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken, sprechen wir uns für die Einführung einer begrenzten steuerfreien Investitionsrücklage aus. Gleichzeitig soll die Senkung der Vermögensteuer, die überwiegend große und größte Vermögen begünstigt hat, rückgängig gemacht werden.

Wir werden bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen besonderes Augenmerk auf die Steuervereinfachung legen, weil ein komplizierteres Steuerrecht die begünstigt, die sich Steuerberater oder eigene Finanzabteilungen leisten können. Zu den erforderlichen Maßnahmen gehören unter anderem der Abbau von Subventionen und eine größere Übersichtlichkeit des Steuerrechts durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und Streichung von steuerlichen Ausnahmeregelungen.

Die Vergabe öffentlicher Fördermittel an die Privatwirtschaft muß beschäftigungsorientiert erfolgen und einer wirksamen Erfolgskontrolle unterworfen werden. In den Fällen, in denen es strukturpolitisch sinnvoll ist, sind Beteiligungen verlorenen Zuschüssen vorzuziehen.

2. Fehlende wirtschaftspolitische Impulse

Die Steuerpolitik der Bundesregierung ist auch wirtschafts- und beschäftigungspolitisch falsch. Die Steuergeschenke für die Reichen werden nicht zu beschäftigungswirksamen Investitionen und damit zu Wachstumseffekten führen. Durch steuerliche Entlastungen für Nettogewinn- und Besitzeinkommensbezieher werden sich keine zusätzlichen Konsum- und Investitionsimpulse setzen lassen, weil sie größtenteils in Geldanlagen, überwiegend ins Ausland, fließen. Mit dieser Politik der Vernachlässigung breiter Schichten der Bevölkerung wird kein Beitrag zur notwendigen Stärkung der Binnennachfrage und zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit geleistet. Die zur Finanzierung der Steuerreform 1990 vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer und von Verbrauchsteuern wird ebenfalls keine konjunkturstimulierende Wirkung haben, da sie das verfügbare Einkommen insbesondere der unteren und mittleren Einkommenschichten verringern und damit die allein nachfragewirksame Massenkaufkraft schwächen wird.

3. Belastungswirkungen für die öffentlichen Haushalte

Die ökonomisch falsche und verteilungspolitisch fragwürdige Steuerpolitik der Bundesregierung wird zudem alle öffentlichen Haushalte vor große Finanzierungsprobleme stellen. War noch vor der Bundestagswahl ein Gesamtdéfizit von 17 Milliarden DM für 1987 und 26 Milliarden DM für 1990 für alle öffentlichen Haushalte vorgesehen, nimmt die Bonner Regierung heute ein Defizit von 49 Milliarden DM für 1987 und 65 Milliarden DM für 1990 hin; führende Unions-Politiker sprechen sogar von 100 Milliarden DM im Jahre 1990.

Durch die Steuerreform 1990 wird das Land von Einnahmeverlusten in Höhe von rund sieben Milliarden DM betroffen sein, wovon – unter Berücksichtigung von Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich – vier Milliarden DM auf das Land und drei Milliarden DM auf die Kommunen entfallen werden.

Alle Anzeichen deuten daraufhin, daß das Land und seine Gemeinden von der angekündigten Teilfinanzierung in Höhe von 19 Milliarden DM voraussichtlich nicht profitieren werden. Auf den Bundeshaushalt entfällt der überwiegende Teil der direkten Finanzhilfen und mit wenigen Ausnahmen aller Verbrauchs-

steuereinnahmen, so daß ein Subventionsabbau oder Steuererhöhungen in diesen Bereichen allein dem Bund zufließen würden.

Aber nicht erst 1990, sondern schon 1988 werden die Steuerpläne der Bundesregierung die finanzielle Situation des Landes und seiner Gemeinden entscheidend schwächen. Mit rund 2,3 Milliarden DM netto (nach kommunalem Finanzausgleich) wird die zweite – erweiterte – Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1988 den Landeshaushalt belasten.

Für die Gemeinden wird sie zu Mindereinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer von 1,06 Milliarden DM führen, die unter Einbeziehung der Wirkungen des kommunalen Finanzausgleichs Einnahmeverluste von insgesamt 1,7 Milliarden DM bringen werden.

Diese Einnahmeverluste werden die Gemeinden und die Städte unseres Landes nur durch Ausgabenverzichte ausgleichen können. Ohne Einschränkungen kommunaler Leistungen – gerade im freiwilligen Bereich – wird dies nicht gehen. Auf diesem Wege müssen alle Bürger ihre eigene Steuererleichterung mit einer Einschränkung öffentlicher Leistungen bezahlen.

Mit ihren finanz- und steuerpolitischen Plänen setzt die Bundesregierung auf den armen Staat. Sie will die Staatsquote weiter senken, ohne dabei zu berücksichtigen, daß die staatlichen Aufgaben in Zukunft eher zu- als abnehmen werden. Die Bundesregierung handelt unverantwortlich gegenüber den mehr als zwei Milliarden Arbeitslosen und ihren Familien:

Wo mehr staatliche Infrastrukturinvestitionen, vor allem im Umweltbereich, und mehr Arbeitsmarktpolitik für mehr Beschäftigung dringend notwendig wären, werden Bund, Ländern und Gemeinden durch die Plünderung öffentlicher Kassen die erforderlichen finanziellen Handlungsmöglichkeiten genommen. Die Finanz- und Steuerpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung geht damit zu Lasten der Beschäftigungsmöglichkeiten von Arbeitslosen und verursacht weitere Arbeitsplatzverluste.

Zur Sicherung seiner Zukunftsfähigkeit braucht das Land nicht weniger, sondern mehr Mittel. Es ist daher zwingend erforderlich, durch Verzicht auf ruinöse Steuersenkungsaktionen die öffentliche Hand in die Lage zu versetzen, die drei wichtigsten Zukunftsaufgaben zu bewältigen:

- die Bewältigung der Arbeitslosigkeit
- der Schutz der Umwelt sowie
- die Bewahrung der sozialen Gerechtigkeit.

II.

Die steuer- und finanzpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung werden in ihren ruinösen Folgen für die Kassen von Land und Gemeinden den bisher erfolgreichen Kurs der Haushaltskonsolidierung massiv gefährden. Seit Beginn der achtziger Jahre steht die Haushaltspolitik des Landes unverändert unter dem Primat der Konsolidierung der Landesfinanzen.

Abnehmende Steuereinnahmen als Folge einer unzureichenden konjunkturellen Entwicklung und zahlreicher Steuersenkungsgesetze sowie unveränderte Finanzierungslasten bei der Umstrukturierung des Landes haben die Finanzpolitik vor neue Herausforderungen gestellt. Wachsende Zinsbelastungen als Folge einer zunehmenden Inanspruchnahme des Kapitalmarktes haben zudem zu einer Einschränkung der finanziellen Handlungsspielräume geführt. Dieser für die Entwicklungschancen unseres Landes ungünstige Trend konnte nur durch eine kontinuierliche Politik der Begrenzung des Kreditbedarfs und des Zinsbelastungsanstiegs gebrochen werden.

Dieser Herausforderung haben wir uns frühzeitig mit einer längerfristig orientierten Konsolidierungsstrategie gestellt. Die auf Sicherung der finanziellen Handlungsspielräume gerichtete Kurs hat in den Beschlüssen der Duisburger und Aachener Landesparteitage seine Bestätigung gefunden. Nach diesen Beschlüssen sollte bis zum Anfang der neunziger Jahre das Defizit im Landeshaushalt auf ein längerfristig vertretbares Niveau zurückgeführt werden.

Für die haushaltspolitischen Entscheidungen der letzten Jahre bedeutete dies, daß

- durch eine sparsame und effektive Bewirtschaftung der vorhandenen Mittel,
- durch sozial ausgewogene Einschränkungen von Leistungen sowie
- durch eine an aufgabenkritischen Gesichtspunkten orientierte Beschränkung der Personalkostenquote

der Ausgabenzuwachs in den einzelnen Jahren eng zu begrenzen und jeweils unter dem vom Finanzplanungsrat empfohlenen Richtwert von 3 v. H. zu halten war.

Ergebnis dieser Politik war, daß in dem Zeitraum von 1981 bis 1985 die Gesamtausgabensteigerungsrate Nordrhein-Westfalens die mit Abstand niedrigste aller Flächenländer war. Die jährliche Nettokreditaufnahme konnte zudem von 1981 mit 10,1 Milliarden DM bis 1987 auf 5,6 Milliarden DM – also fast auf die Hälfte – reduziert werden. In der mittelfristigen Perspektive sollte bis 1990 über die Zwischenwerte 4,6 Milliarden DM für 1988, 3,2 Milliarden DM für 1989 und 2,0 Milliarden DM für 1990 in Ausfüllungen der Parteitagebeschlüsse das angestrebte konsolidierungsziel erreicht werden.

Die von der Bundesregierung zu verantwortende Politik der Austrocknung der finanziellen Grundlage unseres Landes, die

- durch Steuersenkungsaktionen ohne Augenmaß,
- durch Passivität gegenüber einer immer schwächer werdenden konjunkturellen Entwicklung sowie
- durch eine unverändert verfassungswidrige Benachteiligung im bundesstaatlichen Finanzausgleich

gekennzeichnet ist, hat jedoch einen Bruch der bisherigen Konsolidierungslinie unvermeidbar werden lassen. Diese Einbrüche auf der Einnahmeseite des Landeshaushaltes können trotz größter Anstrengungen durch korrigierende Entscheidungen auf der Ausgabenseite nicht mehr aufgefangen werden. Allein über zusätzliche Kreditaufnahme können die ruinösen Folgen dieser Politik noch ausgeglichen werden. Eine Korrektur der Zielwerte für die Entwicklung der Kreditaufnahmelinie um 1,1 Milliarden DM auf 5,7 Milliarden DM für 1988, um 1,8 Milliarden DM auf 5,0 Milliarden DM für 1989 und um 2,4 Milliarden DM auf 4,4 Milliarden DM für 1990 ist deshalb zwangsläufige Konsequenz.

Gleichwohl steht fest, daß ohne diese finanzwirtschaftlichen Einflüsse der verfehlten Bonner Politik das Land seine ursprünglichen Konsolidierungsziele hätte erreichen können.

Trotz enger werdenden Finanzierungsrahmens werden die haushaltspolitischen Entscheidungen bis 1990 davon bestimmt sein müssen, dem wirklich Notwendigen den absoluten Finanzierungsvorrang einzuräumen.

Dies gilt für

- die Zukunftssicherung der Montan-Regionen,
- die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
- die ökonomische und ökologische Erneuerung unseres Landes sowie
- die vorrangige Förderung von Wissenschaft und Forschung

Nötig ist dazu vor allem eine Fortsetzung der Politik strenger Ausgabenbegrenzung bei Beachtung und Wahrung der genannten Vorrangbereiche. Nur auf diesem Wege wird unser Land auch in den neunziger Jahren seine finanzielle Handlungsfähigkeit bewahren können.

III.

Für Nordrhein-Westfalen ist eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Gemeinden und die Reform der Gemeindefinanzierung von zentraler Bedeutung

- Nordrhein-Westfalen hat mit Kohle und Stahl wesentlich zum Aufbau unserer Republik nach dem Kriege beigetragen. Es ist unerträglich, daß Nordrhein-Westfalen nun für die übrige Republik einen Großteil der Lasten für den wesentlichen nationalen Energieträger Kohle trägt und zusätzlich dafür beim bundesstaatlichen Finanzausgleich bestraft wird. Eine Reform dieses Finanzausgleiches muß daher die Kohlelast berücksichtigen und einen angemessenen Nachteilsausgleich für die vergangenen Jahre auf der Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes enthalten. Auch der Bund wird durch Übernahme der ihm zufallenden Verantwortung für die Strukturpolitik die Regionen entlasten müssen, die bisher im Interesse des gesamten Bundesgebietes überproportionale Lasten zum Beispiel für die Energieversorgung oder in der Überwindung von Branchenkrisen (Stahl, Schiffbau) zu tragen haben.
- Gesunde Kommunalfinanzen brauchen eine solide Grundlage. Die wiederholten Eingriffe des Bundesgesetzgebers in die Gewerbesteuer haben die Unterschiede in der Finanzkraft zwischen den Gemeinden zu Lasten vor allem der strukturschwachen Großstädte ständig vergrößert. Die Steuerpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung und die massiven Einschnitte in das soziale Netz, die die Sozialhilfeeinsparungen besonders belasten, haben die Finanzsituation gerade der strukturschwachen Kommunen zusätzlich verschärft.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat in der Vergangenheit das in seinen Kräften stehende getan, um den notwendigen Ausgleich der Finanzkraft zwischen den Gemeinden herzustellen. Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1988 wird die Bedarfsbestimmung im kommunalen Finanzausgleich verbessert. Den strukturschwachen Gemeinden soll zudem dadurch geholfen werden, daß künftig die Zahl der Arbeitslosen und die Dauer der Arbeitslosigkeit als Bedarfselemente in das System der Schlüsselzuweisungen aufgenommen werden.

Das Instrument des kommunalen Finanzausgleiches ist jedoch – auch in seiner reformierten Form – überfordert, die bestehenden Strukturprobleme der finanzschwachen Gemeinden Nordrhein-Westfalens, die aus der Steuergesetzgebung des Bundes entstanden und noch entstehenden Belastungen sowie die Folgelasten der andauernden Massenarbeitslosigkeit auszugleichen.

Die aus strukturellen und konjunkturellen Gründen völlig unterschiedliche Finanzsituation der Gemeinden kann nachhaltig nur durch eine grundlegende Gemeindefinanzierungsreform verbessert werden. Alle Städte und Gemeinden haben Anspruch auf eine ihren investiven und sozialen Aufgaben entsprechende Finanzausstattung.

Daher kommt die immer wieder geforderte Abschaffung der Gewerbesteuer für uns so lange nicht in Frage, wie eine Neuordnung des kommunalen Steuersystems nicht erfolgt ist. Unter den gegebenen Bedingungen fordern wir die Neuordnung der Gewerbesteuer sowie eine Anhebung des Gemeindeanteils am

Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer. Notwendig ist vor allem die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen für die Gewerbesteuer, wie dies der Deutsche Städtetag parteiübergreifend vorgeschlagen hat. Nur so können die Wirksamkeit des Hebesatzrechts der Gemeinden gesichert und die Finanzautonomie der Gemeinden gewahrt werden.

Wir fordern die gewerbesteuerrechtliche Gleichbehandlung von Selbständigen und Gewerbetreibenden. Außerdem fordern wir die Aufhebung der Kürzungen der Hinzurechnung bei Dauerschulden und Dauerschuldzinsen. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag für die Wiederherstellung der Gleichbehandlung von Eigenkapital und Fremdkapital.

Eine gesunde kommunale Selbstverwaltung in der Zukunft setzt eine Initiative zur Stärkung der kommunalen Finanzautonomie heute voraus. Kommunale Selbstverwaltung ist ohne gesicherte eigene, in Ausmaß und Entwicklung verantwortlich zu gestaltende Einnahmen der Gemeinden nicht denkbar. Solange sich die Bundesregierung dieser zentralen Aufgabe verweigert, bleiben ihre Bekenntnisse zur kommunalen Selbstverwaltung „Lippenbekenntnisse“.

Begründung:

Es handelt sich, weitgehend wörtlich, um wichtige Passagen aus dem Nürnberger Aktionsprogramm, die aus irgendwelchen Gründen bisher im A 2 nicht auftauchen.

Antrag-Nr.:	A 7
Antragsteller:	SPD-Ortsverein Langenberg
Betreff:	Technologie-Beratungsstellen

an: die SPD-Landtagsfraktion

Die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen, um in Zusammenarbeit mit dem DGB-Landesbezirk weitere Technologie-Beratungsstellen einrichten zu können.

Begründung:

Die Einrichtung von Technologie-Beratungsstellen hat sich in hervorragender Weise bewährt. Sie ist eine wichtige Hilfe bei der Beratung von Betriebsräten bei Einführung von neuen Technologien in den Unternehmen. Die starke Beanspruchung der Technologie-Beratungsstellen hat dazu geführt, daß lange Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen. Dieser Zustand muß durch die Einrichtung weiterer Beratungsstellen behoben werden.

Antrag-Nr.:	A 21
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Warendorf
Betreff:	Ökologische und ökonomische Erneuerung in Nordrhein-Westfalen – Anforderung an die kommunale und regionale Wirtschaftspolitik –

als Material an: SPD-Landesvorstand, -Landtagsfraktion und Landesregierung

Angesichts stark verlangsamten gesamtwirtschaftlichen Wachstums, schwerwiegender Strukturprobleme des Bergbaus, des Stahls, der Baustoffindustrie und der Landwirtschaft sowie stark reduzierter finanzieller Handlungsspielräume des Landes, der Städte und Gemeinden, sind einer zukunftsorientierten regionalen und kommunalen Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen enge Grenzen gesetzt. Die Wirtschaftspolitik insgesamt ist Aufgabe der Bundesregierung, die dieser Verpflichtung nicht gerecht wird.

Stärkung der Investitionskraft der öffentlichen Haushalte, Stärkung der privaten Nachfrage, Zukunftsinvestitionen in struktur-

schwachen Räumen sowie Verkürzung der Arbeitszeit sind die entscheidenden strategischen Ansatzpunkte, denen sich die Bundesregierung in unverantwortlicher Weise verweigert.

Nordrhein-Westfalen ist es in den vergangenen Jahrzehnten gelungen, den Strukturwandel in den Montanregionen, in landwirtschaftlich geprägten Räumen, aber auch in bestimmten Produktionsbereichen, wie der Textil- und Baustoffindustrie, regional- und sozialpolitisch abzufedern. Heute besteht die Gefahr, daß der weitere Strukturwandel in den kommenden Jahren von starken sozial- und strukturpolitischen Brüchen begleitet wird. Dies gilt insbesondere, wenn sich die Bundesregierung den besonderen Herausforderungen des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen nicht stellt.

Die Märkte für Energiedienstleistungen haben sich in dem vergangenen Jahrzehnt dermaßen dramatisch verengt, daß aus innen- und außenwirtschaftlichen Gründen ein Aufrechterhalten der bisherigen Stein- und Braunkohleproduktion gefährdet ist. Die internationale und insbesondere europäische Marktlage verengt die Absatzmöglichkeiten für die Stahlindustrie ebenso. Die Überschußproduktion der Landwirtschaft wird künftig nicht weiter aufrechtzuerhalten sein. Die Agrarpolitik des Bundes und der europäischen Gemeinschaft unterstützt zudem die Intensivierung und den Konzentrationsprozeß auf diesem Sektor. Angesichts zunehmender Bedarfssättigung auf dem Sektor des Hoch- und des Tiefbaus wird sich die Bauindustrie und die Baustoffindustrie der verengten Marktsituation anpassen müssen. Der Einsatz moderner Technologien in der Produktion erhöht zwar die Wettbewerbsfähigkeit, beschleunigt jedoch den Abbau von Arbeitsplätzen.

Vor diesem Hintergrund sind die Ziele und Möglichkeiten einer ökologisch und ökonomisch ausgerichteten Regional- und Strukturpolitik durch die SPD in den kommenden Monaten neu zu bestimmen. Ziel muß es sein:

- den unausweichlichen Strukturwandel sozialpolitisch, strukturpolitisch und ökologisch abzufedern,
- gefährdete Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft durch eine große Sanierungsanstrengung zu reaktivieren,
- die laufende Produktion umweltverträglich umzustrukturieren,
- zukunftsorientierte Technologien sozialverträglich einzusetzen,
- die Entwicklung neuer Dienstleistungen marktwirksam zu erschließen.

Die vorhandenen Förderinstrumente, insbesondere die „Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, sind auf ihre Wirksamkeit hin kritisch zu hinterfragen, ebenso wie ergänzende Landesprogramme. Einen positiven Ansatzpunkt sieht die SPD in der „Initiative Zukunftstechnologien“ sowie der „Zukunftsinitiative Montanregion“ der nordrhein-westfälischen Landesregierung.

Im Zusammenhang mit der Gefahr des Zusammenbruchs regionaler Strukturen sieht die SPD die Gefahr zunehmender regionaler Disparitäten. Der Abwanderungsdruck aus den alten Industrieregionen Nordrhein-Westfalens in die Ballungsrandzone, unterstützt durch einen veränderten Altersaufbau der Bevölkerung, kann dazu führen, daß Regionen wie die Emserzone ökonomisch und sozial ausbluten, während andere Räume in ihren ökologischen Ausgleichsfunktionen einem zunehmenden Nutzungsdruck ausgesetzt sind. Der Gefahr der dauerhaften Alimentierung alter Industrieregionen und des parallelen mit öffentlichen Mitteln zu subventionierenden Aufbaus neuer Strukturen in anderen Wirtschaftsräumen muß durch eine aktive an ökonomischen und ökologischen Kriterien zu bemessenden Strukturpolitik begegnet werden.

Trotz des begrenzten Handlungsspielraums werden die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen alles versuchen, ihre Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auszuschöpfen. Dabei werden sie auch neue Wege beschreiten.

2. Zielsetzung

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen setzen sich mit Nachdruck dafür ein, die alten Montanstandorte ökologisch so instandzusetzen, daß eine zukunftsorientierte ökonomische Entwicklung an ihnen möglich wird.

Das gleiche gilt für eine Reihe traditioneller Chemiestandorte sowie von Gemengelagen von Industriestädten.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen geht davon aus, daß die ökonomischen und sozialen Probleme der Landwirtschaft nur dann mit Erfolg gelöst werden können, wenn dieselben Ressourcen, die die Intensivierung der Landwirtschaft und deren Überproduktion bis heute begünstigen, umgeleitet werden in ein Programm zur flächendeckenden Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion. Nur durch eine solche Politik können ein zusätzlicher Druck auf den Arbeitsmarkt aufgrund von Freisetzen in der Landwirtschaft vermieden, flächenhafte landwirtschaftliche Brachen verhindert, die Konzentration landwirtschaftlicher Produktion auf weniger Betriebe eingedämmt, und das Leitbild von einem ökologisch ausgeglichenen Naturhaushalt in der bäuerlichen Kulturlandschaft wiederhergestellt werden.

Im Zusammenhang mit diesen Zielen wird sich die nordrhein-westfälische SPD der ökologischen Umstrukturierung des Chemiestandorts Nordrhein-Westfalen zuwenden. Die künftige Chemieproduktion soll die bisherigen Sicherheits- und Umwelt Risiken mindern, mit Hilfe umweltverträglicher Verfahren biologisch abbaubare Produkte herstellen, und damit ökologische Schäden für die heutigen und künftigen Generationen vermeiden.

Alle bislang schwerpunktmäßig eingesetzten Primärenergieträger dürfen aus Sicht der Sozialdemokratie nur als Übergangslösung begriffen werden, bis es gelingt, im großen Maßstab für inländischen und weltweiten Bedarf regenerative Energiequellen wirtschaftlich zu erschließen. Angesichts der Tatsache, daß die meisten fossilen Energieträger nur sehr befristet zur Verfügung stehen und deren Einsatz darüber hinaus erhebliche ökologische Risiken mit sich bringt, fordert die SPD die eindeutige Schwerpunktsetzung einer zukunftsorientierten Energiepolitik auf die Nutzung regenerativer Energiequellen.

Die SPD fordert die Umkehr von der bisherigen ressourcenvernichtenden, umweltfeindlichen und sozialpolitisch nicht vertretbaren Überproduktionspolitik auf dem Agrarsektor hin zu einer bedürfnisorientierten, ressourcenschonenden und auf ökologischen Ausgleich bedachten Landwirtschaftspolitik, die den Dienstleistungscharakter der Landwirtschaft zur Bewahrung und Entwicklung der Ressourcen des ländlichen Raumes gesellschaftlich auch honorieren muß.

Die Sozialdemokraten sehen die zwingende Notwendigkeit einer zukunftsorientierten Weichenstellung auf dem Gebiet der Verkehrspolitik. Die gleichzeitige Förderung des massenhaften Individualverkehrs und des öffentlichen Personenverkehrs, aber auch des Güterschwerverkehrs auf der Straße und des Güterverkehrs auf der Schiene und zu Schiff, sind ökonomisch und ökologisch nicht länger durchzuhalten. Die SPD setzt sich für die Entwicklung umwelt-, sozial- und stadtverträglicher Verkehrsmittel ein. Der Hochgeschwindigkeits-PKW darf zumindest als Stadtauto keine Zukunft haben. Die Straßenbaupolitik ist auf diese Zielsetzung abzustimmen.

Für den Personenverkehr in Ballungsräumen und den Massengüterverkehr sind moderne öffentliche Verkehrsmittel zu entwickeln und einzusetzen.

3. Umwelt- und sozialverträgliche Zukunftsinstrumente in Nordrhein-Westfalen

Die SPD tritt dafür ein, daß die nordrhein-westfälische Forschungs- und Entwicklungsförderung verstärkt darauf abzielt, umwelt- und sozialverträgliche Techniken zu entwickeln und ihre Markteinführung zu erleichtern. Mit nordrhein-westfä-

schen Mitteln geförderte Forschungs- und Entwicklungsprojekte sollen künftig auch Auskunft über die ökologischen und sozialen Folgen und deren Handhabung geben.

Die nordrhein-westfälische SPD sieht die zwingende Notwendigkeit, den für Exportchancen der nordrhein-westfälischen Industrie bedeutenden Anlagenbau dahingehend umzustrukturieren, daß sozial und ökologisch angepaßte Technologien, die sowohl dezentral als auch zentral einsetzbar sind, zum Einsatz kommen. Nur so wird man den unterschiedlichen Anforderungen von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern gerecht werden können.

Die Bauwirtschaft und Baustoffindustrie wird künftig nur dann Überlebenschancen haben, wenn sie sich den neuen Bedarfen an angepaßter Infrastruktur, neuen, auch demografisch bedingten, Lebensweisen, dem veränderten Wertgefüge der Bürger anpaßt und umwelt- sowie sozialverträgliche Angebote im Bereich Städtebau, Wohnungsbau, Industriebau und Infrastrukturbau ermöglicht.

Die nordrhein-westfälische SPD wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten diese Entwicklung unterstützen.

Die SPD tritt für eine eindeutige Schwerpunktsetzung im Rahmen des Programms „Zukunftstechnologien“ auf dem Sektor regenerativer Energiequellen, insbesondere auch Wasserstofftechnologien ein. Große Anstrengungen sind auf dem Gebiet der Sicherung der Trinkwasserversorgung und des Schutzes der Naturressource Wasser in Nordrhein-Westfalen erforderlich. Neben der Vermeidung von Schädigungen der Ressource Wasser durch die industrielle Produktion, durch Versiegelung des Bodens und durch über den Bedarf hinausgehenden Einsatz großer Wassermengen, setzt sich die SPD für eine Dezentralisierung der Wasserversorgungspolitik und die Nutzung auch kleinräumigerer Ressourcen ein. Die SPD unterstützt alle Bemühungen, auch größere Fließgewässer, aus deren Uferfiltraten noch heute Trinkwasser gewonnen wird, abwassertechnisch zu sanieren und zu renaturieren.

4. Öffentlicher Investitionsbedarf

Der Bedarf an öffentlichen, insbesondere kommunalen Investitionen ist in den kommenden Jahren erheblich. Ein größerer Teil der kommunalen Infrastruktur muß erneuert bzw. den heutigen und künftigen Bedürfnissen angepaßt werden. Dies gilt für öffentliche Einrichtungen, Sportstätten, Schulen, Verkehrsflächen, die Ver- und Entsorgung. Die Instandsetzung bzw. Erneuerung der Infrastruktur muß verbunden werden mit der Attraktivierung unserer Gemeinden bzw. durch Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung, der Dorferneuerung sowie der Stadtökologie.

Die hierzu erforderlichen Investitionen könnten im hohen Maße beschäftigungswirksam sein, wenn die Bundesregierung das Land Nordrhein-Westfalen und seine Gemeinden finanziell ausstatten und auf die zweite Stufe der geplanten Einkommenssteuerreform weitgehend verzichten würde.

5. Strukturreform des politischen Handelns

Die SPD setzt sich für eine engere und erfolgsorientierte Verzahnung von Regionalplanung und Regionalpolitik ein. Die Instrumente der Regionalplanung sind sowohl im Hinblick auf die veränderte Bevölkerungsentwicklung, der Verschärfung der teilregionalen ökonomischen Lage, als auch im Hinblick auf die Sicherung natürlicher Ressourcen zu verfeinern und aufs engste mit den Förderungsinstrumenten des Landes, sowohl auf dem Gebiet der Förderung kommunaler Investitionen als auch der regionalen Wirtschaftsförderung zu verknüpfen.

Die SPD setzt sich darüber hinaus dafür ein, daß alle bedeutenden öffentlichen und privaten Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Sinne der EG-Richtlinie unterworfen werden, nicht etwa um Investitionen und Vorhaben zu behindern, sondern um sie umweltverträglich auszugestalten und zukunftsorientierte Standortentscheidungen zu ermöglichen.

Die SPD begrüßt, daß die nordrhein-westfälische Landesregierung als einzige die Technologieförderung des Landes um das Landesprogramm „Mensch und Technik – Sozialverträgliche Technikgestaltung“ angereichert hat. Der nordrhein-westfälische Landtag ist der einzige in der Bundesrepublik, der eine Kommission zu diesem Zukunftsthema eingerichtet hat. Diese Ansätze sind auszubauen zu einem Instrument der integrierten Technologiefolgeabschätzung, der Qualifizierung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung und der Stärkung der Ressource „Soziale Kreativität“ am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Die SPD hat in der Vergangenheit die außerbetriebliche Ausbildung als Maßnahme im Kampf gegen die Ausbildungsnot junger Menschen eingeleitet und gefördert. Sie fordert, daß die Anstrengungen bedarfsgerecht weiterentwickelt und im Sinne einer außerbetrieblichen beruflichen Weiterbildung in dem Maße ausgebaut werden, wie die Anstrengungen auf dem Gebiet der Erstausbildung zurückgenommen werden können. Dabei sind Überkapazitäten im Bereich der vollzeitschulischen Berufsausbildung verstärkt mit zu nutzen. Insbesondere für Frauen sind geeignete Angebote zur Wiedereingliederung in das Berufsleben, aber auch zur Erschließung gewerblich-technischer Berufschancen, zu schaffen. In diesem Zusammenhang tritt die SPD dafür ein, daß den Frauen der Eintritt in das Berufsleben und die Wahrnehmung einer beruflichen Tätigkeit dadurch erleichtert wird, daß das Angebot an Kindertagesstätten ausgebaut wird. Hierbei kann die vorhandene Kindergarteninfrastruktur angesichts rückläufiger Geburtenentwicklung übergangsweise mit genutzt werden.

Die angesichts rückläufiger Studentenzahlen überschüssigen personellen und räumlichen Ressourcen der Hochschulen des Landes sind ebenfalls für die Zwecke der qualifizierten Weiterbildung sowie der Forschung zu erschließen.

Die SPD tritt dafür ein, daß die Wirtschaftsförderung des Landes, die Arbeitsverwaltung, die Kommunalpolitik, das Kreditgewerbe künftig verstärkt Beschäftigungs- und Arbeitsloseninitiativen, die Arbeitsplätze erhalten oder neu schaffen wollen, unterstützen. In dem Zusammenhang wird die Gründung der entsprechenden Einrichtung in Bottrop durch das Land Nordrhein-Westfalen begrüßt. Die rechtlichen und materiellen Voraussetzungen für genossenschaftliche Lösungen, die Entwicklung neuer Unternehmens- und Arbeitsformen sind im Land Nordrhein-Westfalen weiter zu verbessern. In dem Zusammenhang unterstützt die SPD Ansätze, Gelände und Gebäude von in Konkurs gegangenen Betrieben potentiellen Existenzgründern und Beschäftigungsinitiativen für eine Übergangszeit kostengünstig zur Verfügung zu stellen.

Die SPD fordert die Industrie- und Handelskammern, die Gewerkschaften und die kommunalen Einrichtungen für Wirtschaftsförderung auf, Möglichkeiten des Technologietransfers und der Kooperation mit den Hochschulen des Landes auch außerhalb von Ballungsräumen ortsnah auszubauen.

Die Entwicklung und der Einsatz neuer Technologien im Bereich unserer Gemeinden stellt neue Ansprüche an die Qualität kommunalpolitischer Entscheidungen. Die SPD tritt dafür ein, daß sich die für die Stadtentwicklung zuständigen Gremien und Kommunalvertretungen verstärkt mit technologiepolitischen Fragen befassen. Gegebenenfalls sollen zusätzliche Ausschüsse geschaffen werden. Die SGK wird aufgefordert, diese Entwicklung aktiv zu unterstützen.

Die SPD tritt für eine Politik der aktiven Standortsicherung ein, wenn es um die Anwendung neuer Technologien, besonders auf dem Gebiet des Umweltschutzes, geht. Die Entscheidungsprozesse vor Ort sollen dadurch gestützt werden, daß sie durch ein hohes Maß an Bürgerbeteiligung sowie die Prüfung der Umwelt- und Sozialverträglichkeit begleitet werden.

6. Verantwortung der Unternehmen

Die Politik des Landes Nordrhein-Westfalen kann – wenn auch nur in eingeschränktem Maße – Rahmenbedingungen und in-

frastrukturelle Voraussetzungen dafür schaffen, daß die unausweichliche Notwendigkeit des Strukturwandels zur ökologischen und ökonomischen Erneuerung des Landes genutzt werden. Entscheidend für den Erfolg einer solchen Strategie wird das Verantwortungsbewußtsein der privaten Unternehmen sein, sich an diesem Prozeß aktiv zu beteiligen. Die SPD sieht große ökonomische Chancen in der Ökologisierung der Industriepolitik, die jedoch von den Unternehmen selbst in erster Linie wahrgenommen werden müssen.

7. Verantwortung der Bundesregierung

Die SPD in Nordrhein-Westfalen fordert die Bundesregierung auf, sich den Problemen des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen zu stellen. Es liegt in der Verantwortung der Wirtschaftspolitik des Bundes, den Industriestandort Nordrhein-Westfalen in seinen Anstrengungen zur Erneuerung und Revitalisierung zu stützen. Es geht über die Kräfte einer Landesregierung, über deren Finanzsituation nicht zuletzt die Bundesregierung bestimmt, die positiven Ansätze bisheriger Umwelt-, Struktur- und Technologiepolitik aus eigener Kraft hinaus quantitativ auszubauen und neue qualitative Akzente zu setzen. Vor diesem Hintergrund unterstreicht die SPD, daß es an dem Bedarf der Wirtschaft und der Bürger des Landes vorbeigeht, durch dramatische Eingriffe in die Einnahmekraft der öffentlichen Hände das Erneuerungspotential der Bundesländer und der Gemeinden zu beschneiden.

8. Aufgabe der SPD in Nordrhein-Westfalen

Die SPD in Nordrhein-Westfalen setzt ihren eindeutigen Arbeitsschwerpunkt für die kommenden zwei Jahre auf die Konkretisierung und Ausgestaltung ihrer Zielsetzung von der ökologischen und ökonomischen Erneuerung des Landes. Sie wird hierzu im Jahre 1988 einen Sonderparteitag veranstalten. Bis dahin wird sie sich bemühen, auf allen Gliederungsebenen kooperative Arbeitsformen zwischen den Gliederungen und den Arbeitsgemeinschaften der SPD, den Ratsfraktionen, Vertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaft und Wissenschaft zu entwickeln.

Sie fordert die SGK auf, ihrerseits einen Schwerpunkt auf die Entwicklung neuer Formen der kommunalen Wirtschaftspolitik zu setzen.

Antrag-Nr.:	B 5
Antragsteller:	SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Betreff:	Regionale Energiepolitik für Arbeit und Umwelt

an: die SPD-Landtagsfraktion zur Überprüfung der Realisierungsmöglichkeiten

1. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, in nächster Zeit als ersten wichtigen Schritt den Entwurf eines „Gesetzes zur sparsamen, rationellen, sozial- und umweltverträglichen Energiewirtschaft“ in den Landtag einzubringen. Mit Hilfe dieses Gesetzes soll in Ausführung der in der Regierungserklärung vom 10. 6. 1985 geäußerten Ziele vor allem über die Förderung kommunaler Versorgungsunternehmen die Dezentralisierung der Energieerzeugung und eine flexible Versorgungsstruktur ermöglicht werden. Nur so läßt sich vermeiden, daß weiterhin Kraftwerke mit riesigem Investitionsbedarf und langen Realisierungszeiträumen auf Jahrzehnte hinaus die weitere Energiepolitik unbeweglich machen oder als Investitionsruinen den Stromkunden belasten. Neben den Förderungsmöglichkeiten des neuen Gesetzes gilt es, alle Möglichkeiten des bestehenden Energie-, Kartell- und

Umweltrechts zu nutzen, um die Allgemeininteressen gegenüber den Monopolinteressen der Energiewirtschaft wirkungsvoll durchzusetzen.

Antrag-Nr.:	C 5
Antragsteller:	SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Betreff:	Verkehrspolitik in Ostwestfalen-Lippe

als Material an: die Landesregierung

Zum Erhalt der Bundesbahnstrecke Nr. 105 Herford – Bünde – Bassum werden folgende Forderungen erhoben:
Der Schienenpersonen- und Güterverkehr auf der gesamten Bundesbahnstrecke 105 ist aufrechtzuerhalten und zu verbessern. Im Reisezugverkehr müssen die kostengünstigeren Leichttriebwagen als Anschlußverkehrsmittel zu und von den Fernverkehrs- und IC-Bahnhöfen zum Einsatz kommen. Die Oberbaumaßnahmen zwischen Sulingen und Schwaförden sollen kurzfristig durchgeführt werden und der fehlende Streckenblock zwischen Sulingen und Bassum muß eingebaut werden.

Die Strecke 105 soll elektrifiziert werden, um sie als dritte Nord-Süd-Verbindung von Bremen über Bielefeld nach Kassel und nach Frankfurt am Main nutzen zu können. Der Bahnhof Neue Mühle (Rödinghausen) muß weiterhin als Haltepunkt bestehen bleiben.

Ein Zeittaktverkehr zu den Oberzentren Bielefeld, Osnabrück und Bremen ist einzuführen.

Begründung:

Die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt erneut, Einschränkungen im Schienenverkehr auf der Bundesbahnstrecke 105 vorzunehmen und somit einen weiteren Schritt zur Aufgabe des Schienenpersonenverkehrs auf der gesamten Bahnstrecke zu vollziehen. Bei allem Verständnis dafür, daß die Bundesbahn ihre Wirtschaftlichkeit zu verbessern sucht, muß berücksichtigt werden, daß die Einstellung des Eilzugverkehrs auf der Strecke 105 und die Aufgabe des Reisezugbetriebes zwischen Rahden und Bassum erhebliche Nachteile für alle Einwohner des hiesigen Raumes mit sich bringt.

Die struktur- und verkehrspolitischen Programme in Bund, Ländern und Gemeinden haben Verbesserungen in der Infrastruktur der schwach strukturierten Gebiete und somit die Hebung der Attraktivität des ländlichen Raumes und die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Gebieten der BRD zum Ziel. Die von der Deutschen Bundesbahn geplanten Maßnahmen laufen diesen Zielsetzungen zuwider. Das Gefälle zwischen den Ballungsräumen und den ländlichen Gebieten wird noch größer, falls es zu den vorgesehenen Fahrplanausdünnungen und zu einem weiteren Rückzug der Deutschen Bundesbahn kommt.

Antrag-Nr.:	D 4
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Warendorf
Betreff:	Jugend braucht Zukunft – Zukunft braucht Jugend!

an: den Landesvorstand

1. Sinnvolle Zukunftsperspektive für alle

Die soziale Lage von Jugendlichen in der Bundesrepublik verschlechtert sich massiv. Ausbildungskatastrophe, Jugendarbeitslosigkeit und Jugendarmut zerstören die materielle Basis für eine eigenständige Lebensperspektive. Ohne Arbeit und

Einkommen, ohne eine bedarfsorientierte Mindestsicherung haben Jugendliche keine Möglichkeit, sich vom Elternhaus zu lösen und ein eigenständiges Leben zu führen.

Sinnvolle Lebens- und Arbeitsperspektiven werden zunichte gemacht. Die kapitalistische Krise bewirkt Abdrängungs- und Aufspaltungsprozesse. Dies bietet Ansatzpunkte für reaktionäre und konservative Ideologie und Politik, die sozialdarwinistische Parole „Leistung muß sich wieder lohnen“ findet auf diesem Boden auch Anklang unter Jugendlichen.

Dieser Entwicklung muß eine sozialdemokratische Jugendpolitik auf allen politischen Ebenen entgegenwirken. Jugendpolitik findet nicht nur auf Bundes-, nur auf Landes- oder nur auf Gemeindeebene statt, sondern überall. Jugendinteressen werden sowohl im Finanz-, als auch im Wirtschafts-, Sozial- oder Wissenschaftsministerium berührt. Jugendpolitik läßt sich genauso wenig in eine Ministeriumsnische abdrängen wie die berechtigten Forderungen von Frauen nach Gleichberechtigung. Die SPD muß aber auch deutlich machen, daß sie für die Belange der Jugend nicht nur schöne Worte, sondern auch Taten hat. Mit dem Kampf um materielle Interessen, für das Recht auf Arbeit und Bildung für alle Jugendlichen, muß es darum gehen, die Verwirklichung einer eigenständigen Lebensphase für Jugendliche zu ermöglichen.

2. Situation von Jugendlichen

Über eine Million Jugendliche in der BRD ohne Ausbildung und Arbeitsplatz beweisen das Unvermögen des kapitalistischen Systems, das Recht auf Arbeit und Bildung für alle einzulösen. Allein in Nordrhein-Westfalen sind ca. 45 000 Jugendliche unter 20 arbeitslos, fast 30 000 überwiegend weibliche Lehrstellenbewerber sind ohne Ausbildungsplatz geblieben. Viele Jugendliche befinden sich in sogenannten „Warteschleifen“ (Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundschuljahr, weiterführende Schulen etc.), um der drohenden Arbeitslosigkeit zu entgehen. Frauen sind hiervon in der Mehrzahl betroffen.

Das marktorientierte System der Berufsausbildung befindet sich seit Jahren in der Krise – und das nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht, was die steigende Nachfrage nach einer Zweitausbildung sowie nach zukunftsorientierten Berufen überhaupt zeigt. Wenn staatliche Ausbildungspolitik wirksam und erfolgreich sein will, dann darf sie im Interesse der Jugendlichen das Ausbildungssystem dem Marktmechanismus nicht allein überlassen, damit das Recht auf Bildung für alle verwirklicht wird.

Die SPD fordert die Ergänzung des dualen Ausbildungssystems unter regionalen und fachlichen Gesichtspunkten.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat große Anstrengungen unternommen, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Aber Sonderprogramme, so unverzichtbar sie derzeit auch sind, können allein keine Abhilfe schaffen, denn die Anzahl der „Benachteiligten“ hat inzwischen ein zu hohes Niveau erreicht. Die für unmittelbar Betroffene unübersehbare Zahl von 18 Einzelprogrammen des Landes bedarf der Überprüfung und Integration in ein handhabbares Ausbildungsprogramm für Benachteiligte.

Nach der Ausbildungskatastrophe folgt oft die Übernahmekatastrophe. Immer mehr Jugendliche mit Abschluß werden als „Angelernte“, „Teilzeitarbeiter/innen“ oder zu verschlechterten Bedingungen übernommen, wenn sie überhaupt nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz finden. Schätzungen gehen davon aus, daß in Teilregionen des Landes bereits über 25 % der unter 25-jährigen arbeitslos sind.

Dadurch steigt die Armut unter Jugendlichen massiv an, denn viele erhalten weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Die Gewährung der Sozialhilfe scheitert meist an den strengen Bedürfnisprüfungen oder dem Verweis auf die Unterhaltungspflicht der Eltern. Auf dieser Grundlage ist es für viele Jugendliche nicht möglich, eine eigene Lebensperspektive aufzubauen.

Die hier skizzierten Krisenprozesse haben Einfluß auf das kulturelle Leben der Jugendlichen. Sie sehen sich gezwungen, ihre

berechtigten Ansprüche auf ein Minimum zu reduzieren oder sogar völlig aufzugeben. Dabei ist die Teilnahme am kulturellen Leben, an „ihrer Kultur“, ein wichtiger Bestandteil der Sozialisation, die nicht nur von den regionalen Gegebenheiten, sondern zum Großteil von den finanziellen Verhältnissen abhängt. Jugendliche, die kaum die materielle Lebensgrundlage bestreiten können, werden vom kulturellen Leben ferngehalten und in das gesellschaftliche Abseits gedrängt.

3. Orientierungspunkte für eine Zukunftsperspektive für Jugendliche

Die wichtigsten politischen Weichenstellungen, eine Zukunftsperspektive für alle Jugendlichen zu schaffen, müssen auf Bundes- und Landesebene vollzogen werden. Die Kürzung vor Programmen der Sozialpolitik und der Jugendpolitik sowie die Reduzierung der Einnahmekraft der Bundesländer und der Gemeinden durch die Steuerreform verengen die an sich schon schmalen jugendpolitischen Handlungskorridore in Nordrhein-Westfalen noch weiter. Die Haushaltskonsolidierungspolitik des Landes darf nicht zu Lasten der Zukunftsfähigkeit der Jugend gehen. Jugendpolitik darf nicht nur im Verwalten und in der Verteilung von Mitteln an Verbände bestehen, sondern sie muß neue Gestaltungsräume zurückgewinnen.

Auch die Kommunalpolitik ist gefordert. Sie darf sich nicht damit begnügen, auf die schwere Situation auf Landes- und Bundesebene zu verweisen. Sozialdemokratische Kommunalpolitik muß energisch Initiativen ergreifen, um den Jugendlichen ein Zukunftskonzept anbieten zu können.

Die Basis für dieses Zukunftskonzept muß die materielle Existenzsicherung für alle Jugendlichen sein, die eine eigenständige Lebens- und Zukunftsgestaltung ermöglicht. Dazu gehört eine qualifizierte und zukunftsorientierte Schul- und Berufsausbildung. Bildungspolitik darf sich nicht nur an den vorgegebenen Sachzwängen des Finanzministeriums oder den Wünschen des Kapitals orientieren. Die Gesamtschule muß in Nordrhein-Westfalen Regelschule werden. Die Zusammenführung beruflicher und schulischer Bildung durch die Kollegschulen muß weitergeführt und ausgebaut werden. Der Hochschulbereich muß wieder stärker unterstützt, anstatt gestutzt werden. Die Diskussion um die inhaltliche Bildungsreform muß neu begonnen werden.

Appelle an die Betriebe, Sofortprogramme, „Warteschleifen in Schulen“ bilden keine Perspektive gegen Ausbildungsnot und Arbeitslosigkeit. Deshalb müssen gesetzliche Regelungen einer Umlagefinanzierung in der beruflichen Bildung ergriffen werden: Wer nicht ausbildet, muß zahlen! Die politischen Voraussetzungen hierfür sind zumindest in Nordrhein-Westfalen gegeben – sie müssen endlich genutzt werden.

Gefordert sind außerdem konkrete Schritte zur Aufhebung der Benachteiligung junger Frauen. Alle Subventionen und Finanzleistungen des Landes, Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme sind in einem ersten Schritt zu quotieren und an die Erstellung von Frauenförderplänen zu binden. Die Kürzungen im jugendpolitischen Bereich müssen zurückgenommen werden. Erforderlich ist eine deutliche Anhebung und Ausdehnung des Landesausbildungsgesetzes und die Anhebung der Ausbildungsvergütungen in staatlich (mit-)finanzierten Ausbildungsprojekten.

Jugendpolitik muß sich an den veränderten Werten und Bedürfnisse der Betroffenen orientieren, sie darf nicht über deren Köpfe hinweg bestimmt werden. Das gilt besonders für den kulturellen Bereich. Hier müssen Ansätze selbstorganisierter und -verwalteter Kulturarbeit unterstützt werden. Die Kommunen sollen Jugend- und Kulturinitiativen finanzielle Mittel, aber auch Räumlichkeiten u. a. zur Verfügung stellen. Kommunale Freizeit- und Kultureinrichtungen müssen allgemein zugänglich und kostenlos sein, sowie den Benutzern ein Höchstmaß an Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten gewährleisten.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen kann zwar keine „Ersatz-Bundesregierung“ sein, sie kann und muß aber

helfen, Zukunftsperspektiven für Jugendliche freizuschäufeln, denn Jugend braucht Zukunft! – und die Zukunft braucht Jugend!

Antrag-Nr.: D 5
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hagen
Betreff: Landesjugendplan

an: die Landtagsfraktion

Die SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen und der SPD-Landesparteitag werden aufgefordert, mit dafür Sorge zu tragen, daß der Landesjugendplan in seinem derzeitigen Umfang in voller Höhe auch im Jahr 1988 erhalten bleibt.

Um den Landesjugendplan, Erholungsmaßnahmen, Sozialstationen und Beratungsstellen auch zukünftig im bisherigen Umfang zu ermöglichen, muß die unsinnige Bonner Steuerreform, die vornehmlich Besserverdienende begünstigt, mindestens in den Teilbereichen, die die Länder und Gemeinden übermäßig und zusätzlich belasten, rückgängig gemacht werden.

Antrag-Nr.: D 6
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Olpe
Betreff: Vorgesehene Förderungsmittel zum Bereich Jugendarbeit/Landesjugendplan 1987

an: die Landtagsfraktion

Die Landesregierung NRW wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die für den Bereich der Jugendarbeit in 1987 im Landesjugendplan NW vorgesehenen Förderungsmittel nicht gekürzt oder gestrichen werden und daß sichergestellt wird, daß auch in den Folgejahren keine Kürzungen des Landesjugendplanes vorgenommen werden. Die bereits beschlossenen Stellensperren (6-monatige Sperrfrist vor erneuter Einstellung) im Bereich der „Offenen Türen“ müssen wieder rückgängig gemacht werden.

Begründung:

Nach teilweise erheblichen Kürzungen in der Jugendarbeit in den vergangenen Jahren und einer Konsolidierung in den letzten zwei Jahren steht für die Zukunft zu befürchten, daß die Jugendarbeit im Lande NRW durch massive finanzielle Einsparung in ihrer Substanz gefährdet wird. Die finanzielle Situation des Landes NW wird durch die Auswirkung der unsozialen Bonner Steuerreform schwer erschüttert.

Die bisher bekanntgewordene Diskussion und Vorgabe zum Landshaushalt 1988 lassen für das nächste und Folgejahre Schlimmstes befürchten: Mit massiven Einsparungen im Landesjugendplan soll u. a. die finanzielle Misere des Landes behoben werden. Die hier angesprochenen Bereiche der Jugendarbeit erhalten Zuschüsse der Länder, Städte und Gemeinden, die als „freiwillige Leistungen“ gesetzlich nicht abgesichert sind und somit dem Rotstift immer als erstes zum Opfer fallen. Sollten die beabsichtigten Kürzungen im Landesjugendplan 1988 tatsächlich greifen, wird dies für viele Träger der Jugend- und Kinderarbeit das „Aus“ bedeuten. Dies kann nicht so hingenommen werden. Es gilt, Positionen zu beziehen: Gegen die Steuerreform für die Millionäre und gegen die Millionen und gegen den damit verbundenen weiteren Abbau von sozialen Leistungen des Staates.

Gerade in Zeiten, die durch massenhafte Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und fehlende Zukunftsperspektiven auch schon

für Kinder gekennzeichnet sind, ist kein Abbau, sondern ein Ausbau auch der finanziellen Möglichkeiten der Jugendarbeit vonnöten. Sich gegen Kürzungen im Landesjugendplan einzusetzen, heißt also in erster Linie, gegen die unsoziale Steuerreformpolitik der Bundesregierung Dampf zu machen. Das heißt jedoch auch, daß die Landesregierung NW nicht die Umverteilungspolitik dieser Bundesregierung nachvollziehen darf. Der Landesjugendplan und seine unterschiedlichen Förderungsbeiriche müssen auch im Jahre 1988 und darüber hinaus abgesichert werden.

Antrag-Nr.: D 7
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Warendorf
Betreff: Personal im Kindergarten

an: die Landtagsfraktion

Die Landesregierung NRW wird aufgefordert, die Mindestzahl der Hilfskräfte in Kindergärten so zu erhöhen, daß in jeder Gruppe eine Fachkraft und mindestens eine Hilfskraft tätig sind. Die dadurch anfallenden Mehrkosten werden nach § 14 Kindergartengesetz als Betriebskosten veranlagt.

§ 4 Abs. 3 der „Vereinbarung über die Voraussetzungen der Eignung der in Tageseinrichtungen für Kinder und Kinderheimen der Träger der freien Jugendhilfe tätigen Erzieher und sonstigen Kräfte“ vom 1. 3. 1974 ist folgendermaßen zu ändern:

„In allen übrigen Tageseinrichtungen für Kinder mit nur einer Gruppe müssen zwei Kräfte tätig sein. Für je zwei Gruppen sind außer den Gruppenleiterinnen mindestens zwei Hilfskräfte, ab drei Gruppen eine dritte Hilfskraft, ab fünf Gruppen eine fünfte Hilfskraft erforderlich. Schulpraktikanten sind nicht anzurechnen.“

Begründung:

Die o.g. Vereinbarung vom 1. 3. 1974 sieht für je zwei Gruppen außer den Gruppenleitern bzw. -innen mindestens eine Hilfskraft, ab drei Gruppen eine zweite Hilfskraft, ab fünf Gruppen eine dritte Hilfskraft vor. Schulpraktikanten werden nicht angerechnet. Dies bedeutet, daß z. B. in einem Kindergarten mit drei Gruppen eine Gruppe von einer Fachkraft allein betreut wird. In den beiden anderen Gruppen sind je eine Fachkraft und je eine Hilfskraft tätig. Eine dieser drei Fachkräfte nimmt außerdem die Funktion der Kindergartenleitung wahr und ist mit Verwaltungsaufgaben etc. betraut.

Bei einer Gruppenstärke von 25 Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren kommt es in der Regel zu einer Überforderung der Fachkraft, die allein für eine Gruppe zuständig ist.

Das Kindergartengesetz schreibt bindend vor, daß die Lebenssituation jedes einzelnen Kindes zu berücksichtigen ist. Eigenaktivität und Selbständigkeit des Kindes sollen geweckt und gefördert werden, ebenso die schöpferischen Kräfte des Kindes unter Berücksichtigung seiner individuellen Neigungen und Begabungen. Das Kind soll unterschiedliche soziale Verhaltensweisen, Situationen und Probleme bewußt erleben und lernen, Konflikte und Spannungen in demokratischer Weise zu lösen. Diesen vielfältigen Aufgaben kann eine Kraft, die allein in einer Kindergartengruppe arbeitet, nicht gerecht werden. Sie kommt in der Regel nicht dazu, Kinder zu beobachten, gezielt auf einzelne Kinder einzugehen, Gruppenarbeit anzubieten usw. Die Gefahr, Konflikte und Spannungen unter den Kindern vorwiegend durch autoritäre Maßnahmen zu beheben, ist groß. Kindergartenkinder benötigen ein hohes Maß an emotionaler Zuwendung, die ihnen eine einzelne Bezugsperson, welche für 25 Kinder zuständig ist, nicht ausreichend geben kann.

Ein weiterer wesentlicher Gesichtspunkt ist die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen für die pädagogischen Kräfte im Kindergarten. Die Möglichkeit, sich auf Tagungen fortzubilden, die während der Dienstzeit stattfinden, ist für Fachkräfte, die alleine eine Kindergartengruppe betreuen, kaum gegeben. Die Kindergärten bzw. Kindergartenträger sind bestrebt, durch die unentgeltlich arbeitende Schulpraktikanten/innen die personelle Situation zu verbessern. Letzteres macht deutlich, wie dringend erforderlich die Anhebung der Mindestzahl der Hilfskräfte in Kindergärten ist.

Antrag-Nr.:	D 14
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Warendorf
Betreff:	Rettungsdienst

als Material an die Landesregierung

Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert,

a) Initiativen zur Vereinheitlichung der Ausbildung des Rettungsdienstpersonals im Bund/Länderausschuß „Rettungswesen“ erneut zu ergreifen und zum Abschluß zu bringen;

b) zwischenzeitlich für das Land Nordrhein-Westfalen folgende Grundsätze für die Ausbildung des Personals im Rettungsdienst bindend vorzuschreiben:

- 160 Stunden theoretische Ausbildung
- 160 Stunden klinische Ausbildung
- 160 Ausbildungsstunden in der Rettungswache.

Diese Ausbildungszeiten sind mindestens nachzuweisen. Die Abschlußprüfung erfolgt in einem Lehrgang, dessen Dauer 40 Stunden umfassen muß.

Voraussetzung zur Teilnahme an dieser Ausbildung ist eine Erste-Hilfe-Ausbildung, die nicht länger als ein Jahr zurückliegen darf – gerechnet vom Beginn der Ausbildung.

Die 160 Stunden umfassende klinische Ausbildung soll zusammenhängend durchgeführt werden. Sie kann in höchstens zwei Abschnitte zu je 80 Stunden gegliedert werden. Die übrige Ausbildung kann in Blöcken oder berufsbegleitend bzw. ganz oder teilweise in offener Ausbildung erfolgen. Der 40 Stunden umfassende Abschlußlehrgang muß im Block durchgeführt werden.

Die Prüfungen nach der Mindestausbildung werden staatlich durchgeführt.

Eine ständige Fortbildung ist erforderlich. Dazu ist ein Fortbildungsprogramm für theoretische und klinische Ausbildung festzulegen.

Der Lernzielkatalog für die Ausbildung im Rettungsdienst ist differenziert zu erarbeiten und bindend vorzuschreiben.

c) Die Regierungspräsidenten umgehend anzuweisen, nicht nur die gem. § 8 des Rettungsgesetzes (RettG) von den Trägern des Rettungsdienstes zu erstellenden Bedarfspläne nach formalen Kriterien zu prüfen, sondern auch ihre konkrete Ausgestaltung hinsichtlich ihrer Gesetzeskonformität und rettungsdienstlichen Effektivität zu überwachen;

d) den § 8 Rettungsgesetz dahingehend zu erweitern, daß die Bedarfspläne jährlich fortzuschreiben und nach jeweils 5 Jahren neu zu erstellen sind.

Begründung:

Das RettG des Landes NW gilt seit dem 1. 1. 1975. In ihm sind die Grundsätze des Rettungsdienstes festgelegt. Um der in § 1 RettG definierten Aufgabe des Rettungsdienstes, nämlich „bei Notfallpatienten lebensrettende Maßnahmen am Notfallort

durchzuführen und die Transportfähigkeit herzustellen . . .“, nachkommen zu können, bedarf es einer fest zu definierenden Qualifikation des zum Einsatz kommenden Personals.

Diese Grundqualifikation ist nur mit einem festzulegenden Mindestausbildungsprogramm zu erreichen. Die ständige Fortbildung ist wegen des medizinisch-technologischen Fortschritts zur Pflicht zu machen und vom einzelnen nachzuweisen. Da rettungsdienstliche Einsätze nicht vor Ländergrenzen haltmachen können, ist ein bundeseinheitlicher Mindeststandard endlich festzulegen.

Nach 12jähriger Geltungszeit des RettG ist es dem Bund/Länderausschuß noch immer nicht gelungen, einheitliche Ausbildungsstandards festzuschreiben. Daher muß das Land NW im Interesse der Gesundheit seiner Bürger eine praktische Vorreiterfunktion einnehmen. Es erleichtert mit dieser Feststellung nicht nur den Trägern des Rettungsdienstes die notwendige Auswahl des Personals für den Rettungsdienst, sondern hilft auch damit den freiwilligen Hilfsorganisationen, ihr jeweiliges Ausbildungsprogramm inhaltlich und zeitlich zu strukturieren und ihre Auszubildenden zielorientiert auf die jeweiligen Prüfungen vorzubereiten.

Antrag-Nr.:	D 23
Antragsteller:	SPD-Ortsverein Werne-Vollmond
Betreff:	Ausländische Flüchtlinge

an: die Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion des Landes Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert, für eine gerechte Lastenverteilung bei der Aufnahme und Versorgung von ausländischen Flüchtlingen zu sorgen. Hierzu gehören folgende Maßnahmen:

1. Asylbewerber

- Volle Kostenübernahme der Einrichtungs- und Unterhaltungskosten von/für Übergangsheime ohne einen Haushaltsvorbehalt durch das Land,

- Entbürokratisierung des Bewilligungsverfahrens,
- umgehend rechtlich abgesicherte Durchführungsbestimmungen für die Rückführung und Umverteilung von Folgeantragstellern sind zu erlassen.
- Aufhebung der zeitlichen Befristung auf ein Jahr bei der Zahlung der Betreuungspauschale für Asylbewerber, die nicht in Übergangsheimen untergebracht sind (§ 6 Flüchtlingsaufnahmegesetz).

2. de facto Flüchtlinge

- Anrechnung der im jeweiligen Stadtgebiet lebenden de facto Flüchtlinge auf die Aufnahmequote der Stadt,
- Übernahme der bisher von den Kommunen zu tragenden Kosten für die an de facto Flüchtlinge geleistete Sozialhilfe durch das Land (Änderung § 6 Flüchtlingsaufnahmegesetz),
- Zahlung der Betreuungspauschale in Höhe von DM 30,- pro Person auch für de facto Flüchtlinge (§ 6 Flüchtlingsaufnahmegesetz) durch das Land,
- Hinwirken des Landes auf eine bundeseinheitliche Regelung des Aufenthaltsstatus von de facto Flüchtlingen bestimmter Nationalzugehörigkeit, um eine „Binnenflucht“ von Flüchtlingen innerhalb der Bundesrepublik zu verhindern.

3. Asylberechtigte

- Übernahme der bisher von den Gemeinden getragenen Kosten für Sozialhilfeleistungen an Asylberechtigte durch das Land.

Begründung:

Die Bedeutung der Verbesserung der Lebensbedingungen für die ausländischen Flüchtlinge liegen neben der politisch-moralischen Verpflichtung zu einer humanitären Aufnahme auch im handfesten eigenen Interesse der Gemeinden, Städte und Kreise. Die Verhinderung von Konflikten, von Ghettobildungen, der Entwicklung von neuen sozialen Brennpunkten und von Kriminalität im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme ist eine Aufgabe, der sich die Gemeinden im Interesse ihrer Bürger annehmen müssen. Dabei dürfen die Gemeinden jedoch finanziell nicht alleingelassen werden.

Allein in Bochum liegen die Ausgaben für Asylbewerber, de facto Flüchtlinge und Asylberechtigte, die nicht vom Bund oder vom Land erstattet werden, bei rd. 5,9 Mio. DM im Jahre 1987.

Antrag-Nr.:	D 25
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Meitmann
Betreff:	Asylrecht

an: die Bundestags- und Landtagsfraktion

Die SPD NRW fordert

- die Rücknahme der eingetretenen Verschärfungen im Asylrecht
- die Aufhebung des Arbeitsverbotes für Asylbewerber
- die Aufhebung der räumlichen Beschränkung des Aufenthaltsortes für Asylbewerber
- die Unterbringung der Asylbewerberfamilien in Wohnungen statt in Sammelunterkünften.

Begründung:

Artikel 16 des Grundgesetzes lautet: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“.

Dieses Grundrecht auf Asyl wird aber durch Gesetze eingeschränkt. Die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Berlin wollen das Asylrecht weiter verschärfen. Politiker von CDU und CSU konstruieren mit fragwürdigen Zahlen eine „Asylantenflut“ und versuchen, ausländerfeindliche Gefühle in der Bevölkerung für ihre Zwecke zu nutzen. Sie werfen den Flüchtlingen – die bei uns Asyl suchen – vor, unser Sozialsystem zu mißbrauchen und sich auf Kosten des deutschen Steuerzahlers ein bequemes Leben zu machen. Die Realität für die in der Bundesrepublik lebenden Asylbewerber sieht aber anders aus:

- sie werden nach der Einreise erkennungsdienstlich behandelt,
- sie dürfen ihren Aufenthaltsort nur aus sogenannten „dringenden“ Gründen verlassen,
- sie dürfen nicht arbeiten, es sei denn, sie werden zu „zusätzlicher, gemeinnütziger“ Tätigkeit verpflichtet (für DM 1,50 pro Stunde).
- sie werden bei Behörden oft schlecht behandelt und nur unzureichend über ihre Rechte aufgeklärt.

Die Gesetze sind darauf angelegt, eine Integration der Flüchtlinge zu verhindern. Die vorgeschlagene Änderung des Asylrechts würde die Zahl der Asylsuchenden nicht verringern, sondern ihre Situation verschlechtern und die Asylverfahren weiter bürokratisieren.

Statt Verschärfung des Asylrechts sind Maßnahmen notwendig, die die entsprechenden Gesetze wieder in Einklang mit dem Grundgesetz bringen und den Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben in der Bundesrepublik ermöglichen.

Antrag-Nr.:	D 27
Antragsteller:	SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe/ SPD-Unterbezirk Höxter-Warburg
Betreff:	Verwaltungsoffenheit

an: die Landesregierung und Landtagsfraktion

Auf Bundes- und Länderebene soll durch Gesetze, die jeder interessierten Bürger ein Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht gegenüber der Verwaltung einräumen, das Prinzip der Verwaltungsoffenheit eingeführt werden. Berechtigten Geheimhaltungsinteressen (Schutz persönlicher Daten Dritter, Staatssicherheit u. ä.) ist durch entsprechende Ausnahmebestimmungen Rechnung zu tragen. Die Verweigerung von Auskunft oder Akteneinsicht unter Berufung auf diese Ausnahmebestimmungen muß vollständiger gerichtlicher Überprüfung zugänglich gemacht werden.

Begründung:

Das geltende Recht der Bundesrepublik geht für den Bereich der Verwaltung vom Prinzip der Geheimhaltung aus. Informationsrechte des Bürgers gegenüber der Verwaltung bestehen nur, soweit gewisse eng begrenzte gesetzliche Ausnahmeregelungen dies ausdrücklich vorsehen (s. etwa § 29 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Akteneinsichtsrecht der Verfahrensbeteiligten und § 4 der Landespressegesetze für das Auskunftsrecht der Presseangehörigen).

Dieses Prinzip der Geheimhaltung ist einem demokratischen Staat und einer demokratischen Regierung und Verwaltung, die sowohl auf das Vertrauen als auch auf die Kontrolle durch die Bürger und die öffentliche Meinung angewiesen sind, nicht mehr gemäß.

Eine wachsende Anzahl demokratischer Staaten ist deshalb durch Erlass entsprechender Gesetze, die das hergebrachte Verhältnis von Regel und Ausnahme umkehren und jedem Bürger grundsätzlich einen Informationsanspruch gegenüber der Verwaltung einräumen, zum Prinzip der Verwaltungsoffenheit übergegangen (Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark, USA (Freedom of Information Act, 1974), Niederlande (Wet openbaarheid van bestuur, 1980)); Darstellungen dieser Regelungen bei Donald C. Rowat (Hrsg.), *Le Secret Administratif dans les Pays Developpés*, Paris 1977, und in einem vom Max-Planck-Institut Heidelberg dem Bundesminister des Inneren, Projektgruppe Datenzugangsrecht, erstatteten Gutachten über ausländisches Datenzugangsrecht, 1981).

Aus den genannten Gründen hat auch die Parlamentarische Versammlung des Europarates allen Mitgliedsstaaten die Einführung eines Systems der Aktenöffentlichkeit empfohlen (Res. 854, 1978).

Die effektive Realisierung des dem Bürger einzuräumenden Informationsrechts setzt voraus, daß die Berechtigung einer auf die erforderlichen Ausnahmeregelungen gestützten Auskunft bzw. Einsichtsverweigerung durch die Verwaltungsbehörden gerichtlich in vollem Umfang überprüfbar ist, und daß sich die Behörde dieser Überprüfung nicht durch Informationsverweigerung gegenüber dem Gericht entziehen kann. Dem Gericht gegenüber muß daher in jedem Fall eine vollständige Offenlegungspflicht bestehen. Die Wahrung der durch die Ausnahmebestimmungen geschützten Geheimhaltungsbelange ist unter dieser Voraussetzung nur dadurch möglich, daß die gerichtliche Prüfung der Dokumente bzw. Auskünfte, für die die Behörde einen Geheimhaltungsgrund geltend macht, in camera, d. h. unter Ausschluß der Gegenpartei, um deren Informationsanspruch es geht, erfolgt. Dies bedürfe als eine im Interesse der betroffenen Partei erforderliche Ausnahme von den Grundsätzen der Öffentlichkeit und insbesondere der Parteiöffentlichkeit des Gerichtsverfahrens einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung.

als Material an: Landesregierung und Landtagsfraktion

1. Neuorientierungen in der Umweltpolitik
2. Umweltpolitische Schwerpunkte
 2. 1 Umweltpolitik und Arbeitsplatzsicherung sind keine Gegensätze
 2. 2 Nordrhein-Westfalen hat eine führende Position in der Umweltindustrie
 2. 3 Moderne Umweltschutztechnologien entwickeln
 2. 4 Für eine konsequente Politik der Luftreinhaltung
 2. 5 Die Spitzenposition in der Abwasserpolitik halten
 2. 6 Die ökologischen Funktionen des Bodens und den Freiraum schützen
 2. 7 Stadtökologie
 2. 8 Ökologische Verkehrspolitik konsequent fortsetzen
 2. 9 Die Abfallwirtschaft ordnen und Entsorgung sicherstellen
 2. 10 Neue Wege in der Altlastensanierung gehen
3. Umweltprobleme mit den Mitteln ökologisch vertretbarer Technologien lösen
4. Umweltbelastungen national und international abbauen
5. Durch vorbeugende Chemiepolitik Risiken reduzieren
6. Die Verantwortung für umweltgerechtes Verhalten stärken.

1. Neuorientierungen in der Umweltpolitik

Zum Wege der SPD, die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft zu betreiben, gibt es keine zukunftsorientierte Alternative.

Mit dem Nürnberger Aktionsprogramm haben wir Sozialdemokraten für die Bundesrepublik ein konkretes Programm zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und zur ökologischen und sozialen Erneuerung der Wirtschaft vorgelegt. In Nordrhein-Westfalen haben wir mit unserem Umweltprogramm, der Nordrhein-Westfalen-Initiative Zukunftstechnologien und dem Politikschwerpunkt „Arbeit und Umwelt“ den Weg der ökologischen Erneuerung unseres Industrielandes erfolgreich beschritten. Wir haben Umweltschäden aus der Vergangenheit, doch noch lange nicht alle Altlasten unserer industriellen Geschichte, saniert. Wir haben anstelle der traditionellen Umweltpolitik, die auf die bloße nachträgliche Reparatur eingetretener Umweltschäden ausgerichtet ist, eine umfassende Umweltvorsorgepolitik eingeleitet. Sie muß in Nordrhein-Westfalen auch in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden.

Mehr Umweltschutz verlangt mehr Politik. Umweltschädliches Verhalten muß für den Verursacher teurer werden als die notwendige Umweltvorsorge. Dies bedeutet u. a.:

- Eine Ausweitung der umweltpolitischen Mindeststandards (Grenzwerte, Ge- und Verbote) und ihre kontinuierliche Anpassung an den Stand der Technik.
- Eine Erweiterung des Systems der Mindeststandards um Zielvorgaben für einen ständig geringer werdenden Umweltverbrauch. Dafür sind insbesondere Umweltabgaben auszubauen und wirksamer zu gestalten.

- Eine Weiterentwicklung des Bewirtschaftungsprinzips in der Umweltplanung und Umweltgesetzgebung. Mit der Ausrichtung auf regionale Umweltgüterziele hat niemand das Recht, Wasser, Boden, Luft, die Pflanzen- und Tierwelt sowie andere Umweltgüter zu schädigen.
- Ein Handeln nach Verdachtsmomenten, d. h. im Zweifel für den Schutz von Umwelt und Gesundheit. Dazu gehören die Umkehr der Beweislast und eine Neuordnung des Haftungsrechts.
- Eine Abkehr vom Verdünnungsprinzip durch die Einführung ökologischer Bilanzierungen auf betrieblicher, regionaler und gesamtwirtschaftlicher Ebene.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, neben der Fortführung eigener Anstrengungen entsprechende Gesetzesinitiativen im Bundesrat einzuleiten.

2. Umweltpolitische Schwerpunkte

2.1 Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung sind keine Gegensätze

Wir haben in Nordrhein-Westfalen gezeigt, daß aktiver Umweltschutz auch eine industriepolitische Entwicklungschance ist.

Quantitatives Wachstum allein bedeutet auch die Gefahr neuer Umweltprobleme. Die ökonomische Entwicklung muß ökologisch orientiert sein. Die Strategie heißt deshalb: Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und mehr Arbeitsplätze durch die ökologische Erneuerung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen.

Arbeit und Umwelt, die Zusammenführung der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft mit der Sicherung und Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze, ist unser vorrangiges reformpolitisches Ziel der nächsten Jahre.

Der Landesparteitag fordert Landesregierung und Landtagsfraktion auf, einen Haushaltstitel „Arbeit und Umwelt“ einzurichten, aus dem vor allem im Ruhrgebiet Modellprojekte für

- die Entwicklung neuen Umweltgewerbes,
- stadtökologische Innovationen,
- umweltverträgliche Verkehrssysteme,
- umweltschonende Maßnahmen der Ver- und Entsorgung sowie
- eine rationelle Energieverwendung

gefordert werden.

Zugleich ist die Landesregierung aufgefordert, sich für einen Ausbau zinsgünstiger Kreditangebote von Sparkassen und öffentlichen Banken für Umweltschutzinvestitionen einzusetzen.

2.2. Nordrhein-Westfalen hat eine führende Rolle in der Umweltindustrie

Bestehende Umweltschäden können abgebaut, zukünftige Belastungen können durch den Einsatz umweltfreundlicher Techniken und Verfahren vermieden werden. Ihre Anwendung ist zugleich eine technologie- und industriepolitische Chance. Nordrhein-Westfalen hat die heute schon führende Position in der Umweltindustrie der Bundesrepublik:

Die Zahl der Umweltfirmen in Nordrhein-Westfalen ist gemessen am Bundesgebiet überdurchschnittlich. Das bedeutet direkt und indirekt 100 000 vom Umweltschutz

abhängige Arbeitsplätze. Überdurchschnittlich viele Umweltaufwendungen erfolgen in Nordrhein-Westfalen.

Umweltechnische Produkte werden von nordrhein-westfälischen Firmen für alle Umweltbereiche angeboten. Der Schwerpunkt liegt in der Luftreinhaltung und Abwasserreinigung, der Abfall- und Recyclingtechnik, der Energieeinsparung und -rückgewinnung sowie dem Schallschutz.

Mit der dichtesten Hochschullandschaft verfügt Nordrhein-Westfalen über die besten Voraussetzungen, um die ökologischen und umweltechnischen Beratungskapazitäten auszubauen, die Kooperationen und den Transfer in der Umweltforschung zu verstärken und forschungs- und entwicklungspolitische Netzwerke für den Umweltschutz zwischen den Hochschulen, der Wirtschaft, dem Staat und den Kommunen einzurichten.

Die Weiterentwicklung und der Ausbau der erfolgreichen Umweltindustrie führen über die Erschließung neuer Märkte zu Wachstum und zu mehr Beschäftigung.

2.3 Moderne Umweltschutztechnologien entwickeln

Das Ziel ist, mit sparsamem Verbrauch von Umweltgütern, Rohstoffen, Energie und Flächen und mit weniger Belastung von Luft, Wasser und Boden zu produzieren. Das kann nur erreicht werden, wenn die Industriegesellschaft alle ihre innovativen Kräfte und technologischen Fähigkeiten einsetzt.

Das konsequente Beschreiten dieses Zukunftspfades ist wichtiger denn je, weil

- die Reparatur von Umweltschäden und die Beseitigung von Altlasten den höchsten umweltechnischen Standard erfordern,
- die Vorsorge gegen künftige Umweltschäden neue Produktions- und Vermeidungstechnologien verlangt.

Die Entwicklung modernster Umweltschutztechnologie verbessert den Schutz der Umwelt und stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben auf diesem Markt gute Chancen.

2.4 Für eine konsequente Politik der Luftreinhaltung

Die Luftreinhaltung ist eine zentrale Aufgabe unserer Umweltpolitik. Mit der Vereinbarung über den Emissionsminderungsplan zwischen den Betreibern von Kraftwerken der öffentlichen Energieversorgung und der Landesregierung wurde ein entscheidender Schritt zur Verringerung der Luftbelastung in Nordrhein-Westfalen getan. Hier zeigt sich, daß Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft auf der Grundlage klarer staatlicher Vorgaben ein erfolgreicher Weg ist, um ökologisch schnelle Fortschritte zu erzielen und gleichzeitig Unternehmen Produktionssicherheit zu geben.

Nach dem nordrhein-westfälischen Emissionsminderungsplan müssen über 50 Kraftwerke mit Rauchgasentschwefelungsanlagen nachgerüstet werden. Dadurch werden die SO₂-Emissionen von rund 870 000 t/a im Ausgangsjahr 1983 bis 1988 auf rund 290 000 t/a, das heißt um zwei Drittel, bis 1994 auf rund 177 000 t/a, das heißt um 4/5, verringert. Die NO_x-Emissionen werden von rund 490 000 t/a im Ausgangsjahr 1983 bis 1990 auf rund 136 000 t/a, also um fast 3/4 verringert.

Bei der Realisierung des Emissionsminderungsplans handelt es sich um eine große ökonomische und ökologische Kraftanstrengung. Vergleichbares hat es bisher in der Bundesrepublik nicht gegeben. Mit Umrüstungsinvestitionen in der Größenordnung von rund 11 Milliarden DM wird der entscheidende Durchbruch in der Luftreinhaltung erzielt und es werden erhebliche Beschäftigungseffekte erreicht.

Diese Maßnahmen verringern die Belastungen für Menschen und Wälder und sichern den umweltverträglichen Einsatz unserer heimischen Energieträger. Kurzfristig wirkt das Waldhilfeprogramm Nordrhein-Westfalens, das in der Bundesrepublik vorbildlich ist. Die Landesregierung fördert

- Wiederaufforstungen,
- Düngungsmaßnahmen und
- vorbeugenden Waldschutz

in hohem Maße.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,

- diese erfolgreiche Luftreinhaltungspolitik konsequent fortzusetzen und Initiativen zu ergreifen, um
- die Wirkungsforschung über solche Stoffe zu intensivieren, die in kleinen Mengen anfallen, aus diffusen Quellen stammen, aber hochgiftig sein können,
- die Emissionen aus dem Kraftfahrzeugverkehr schnell und nachhaltig zu reduzieren. Dazu gehören die Minimierung des Benzolgehaltes und der Partikelemissionen aus Dieselmotoren sowie die generelle Einführung des Drei-Wege-Katalysators.
- um auf Bundesautobahnen ein Tempolimit von 100 km/h und auf Landstraßen von 80 km/h einzuführen.

2.5 Die Spitzenposition in der Abwasserpolitik halten

Der Wasserschutz Nordrhein-Westfalens reicht aus, das heute und in der Zukunft benötigte Wasser bereitzustellen. Diese Tatsache darf jedoch kein Freibrief für Wasserverschwendung und -verschmutzung sein. In der Abwasserpolitik hat Nordrhein-Westfalen im Bundesvergleich eine Spitzenposition inne.

Die Anschlußquote der Einwohner an öffentliche Kläranlagen liegt in Nordrhein-Westfalen bei über 91 Prozent.

Seit 1985 hat Nordrhein-Westfalen im Landeshaushalt 1,43 Milliarden DM für Abwassermaßnahmen zur Verfügung gestellt. Damit ist ein Investitionsvolumen von fast 2,5 Milliarden DM angeregt worden.

Durch konsequente Anwendung wassersparender Techniken ist im industriellen Bereich ein jährlicher Rückgang des Wasserverbrauchs von rund 2 Prozent zu verzeichnen, das eingesetzte Wasser wird im Durchschnitt 4,2-mal genutzt.

In Nordrhein-Westfalen werden bereits 97 Prozent der Einwohner zentral mit Trinkwasser versorgt.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,

- ökologischen Kriterien im Gewässerausbau und in der Gewässerunterhaltung noch stärker Geltung zu verschaffen

- den Schutz des Wassers vor wassergefährdenden Stoffen weiter zu verbessern
- die Sanierungsmaßnahmen im Abwasserbereich fortzusetzen
- die Kontrolle unserer Gewässer zu intensivieren.
- durch klare Auflagen für die Landwirtschaft zu erreichen, daß das Grundwasser vor Nitrat, chlorierten Kohlenwasserstoffen und anderen gefährlichen Chemikalien geschützt wird. Die SPD lehnt die Einführung eines Wasserpfennigs ab.

Zugleich fordert der Landesparteitag die Landesregierung auf, im Bundesrat initiativ zu werden, um im Wasserhaushaltsgesetz

- den „Stand der Technik“ für Direkt- und Indirekteinleiter ab sofort grundsätzlich vorzuschreiben, soweit gefährliche Stoffe betroffen sind,
- in den Erlaubnisverfahren die Beteiligung der Öffentlichkeit sicherzustellen und die Einleitungsbescheide anerkannten Umweltverbänden zugänglich zu machen.

2.6 Die ökologischen Funktionen des Bodens und den Freiraum schützen

Die ökologische Funktion des Bodens, seine Unvermehrbarkeit und die Grenzen seiner Belastbarkeit geben dem Bodenschutz gerade im dicht besiedelten Industrieland NRW einen besonderen Stellenwert.

Der Boden ist Lebensgrundlage und Lebensraum für Mensch, Tier und Pflanze sowie prägendes Element für Natur und Landschaft. Freiraumschutz und die Rückgewinnung von Naturpotential ist mit ein wichtiger künftiger Standortfaktor gerade für die industrielle Ballungsregion an Rhein und Ruhr.

Mit dem neuen Landesentwicklungsplan III, der im Bundesgebiet beispielgebend ist, wird eine Umkehr beim Freiraumverbrauch in Nordrhein-Westfalen eingeleitet. Freiräume dürfen künftig nur dann ausnahmsweise für die Planung von Wohnsiedlungen, Gewerbegebieten, Industrieflächen oder Straßen in Anspruch genommen werden, wenn dies nachprüfbar erforderlich ist.

Nordrhein-Westfalen hat bereits 1985 mit dem Bodenschutzprogramm als erstes Land eine durchgehende Konzeption entwickelt, um in einem kooperativen Ausgleich zwischen Umweltschutz- und Bodennutzungsinteressen ein vernetztes System von Natur- und Landschaftsschutzflächen zu schaffen. Bestandteile dieses Systems sind u. a. das Naturschutzprogramm Ruhrgebiet, das Feuchtwiesenschutzprogramm und das Mittelgebirgsprogramm.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,

- die eingeleitete Natur-, Landschafts- und Bodenschutzpolitik zügig fortzusetzen,
- 3 Prozent der Landesfläche unter Naturschutz zu stellen und die doppelte Fläche durch Nutzungsaufgaben ökologisch zu sichern,
- den Schutz des Bodens und die Einschränkung des Bodenverbrauchs ausdrücklich in den entsprechenden Landesgesetzen festzuschreiben,

- die Ergebnisse der 12 Jahre vorgeschriebenen Landschaftsplanung öffentlich darzustellen und auf eine Beschleunigung der Umsetzung hinzuwirken,
- sich im Bundesrat für die Einführung der Verbandsklage für anerkannte Naturschutzverbände und für die Änderung, bzw. Streichung der verschiedenen Landwirtschaftsklauseln im Bundesnaturschutzgesetz einzusetzen.

Der Landesparteitag fordert Land und Gemeinden auf, durch konsequente Umsetzung des Landesentwicklungsplans III die Freiräume zu erhalten.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, beim Bund für eine sofortige Verabschiedung eines umfassenden Bodenschutzgesetzes einzutreten.

2.7 Stadtökologie

Ökologische Erneuerung ist in Nordrhein-Westfalen als dem dichtbesiedeltesten Industrieland der Welt eine zentrale Aufgabe gerade auch für die Städte. Durch das rasche, ungeordnete Wachstum im 19. Jahrhundert und in der Nachkriegszeit sind die Städte zu hochbelasteten und instabilen Öko-Systemen geworden, deren Regenerationsfähigkeit stark geschwächt ist. Ihre Stabilisierung ist daher immer mehr vom Einsatz technischer Mittel und vom Import ökologischer Ressourcen – Wasser, Luft, Erholungsraum, Deponiekapazität – aus weniger dicht besiedelten ländlichen Räumen abhängig.

Deshalb ist Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen immer auch „Stadtökologie“. Die ökologische Erneuerung der Städte ist seit Beginn der 80er Jahre zentraler Bestandteil der Politik des Landes. Sie ist Umweltpolitik, Sozialpolitik und Strukturpolitik zugleich.

Die ökologische Stabilisierung der Städte ist notwendig, wenn die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen erhalten bzw. wiederhergestellt werden soll.

Die einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen sind sowohl am Arbeitsplatz als auch in den Wohngebieten den stärksten Umweltbelastungen ausgesetzt. Sie haben am wenigsten die Möglichkeit, diesen Belastungen durch Verlagerung des Wohnstandortes oder durch ausgedehnte Urlaubs- und Wochenendreisen zu entfliehen. Die Verbesserung der ökologischen Bedingungen ist daher auch eine soziale Notwendigkeit.

Auch aus strukturpolitischen Gesichtspunkten ist die ökologische Revitalisierung unverzichtbar, wenn alte Industrielandschaften in der Konkurrenz um Betriebe und private Kapitalinvestitionen künftig bestehen wollen. Immer mehr werden Standortentscheidungen von Betrieben und private Kapitalinvestitionen nämlich nach der Qualität der Wohn- und Umweltbedingungen getroffen.

Die Landesregierung hat deshalb seit 1980 Konzepte zur ökologischen Erneuerung entwickelt und setzt sie in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden um.

Die wichtigsten Handlungsbereiche stadtökologischer Politik sind:

- ein wirksamer Schutz der verbliebenen Freiräume, vor allem in den innerstädtischen Bereichen,
- die ökologische Umgestaltung des Wohnumfeldes, vor allem durch Begrünung und Entsiegelung von Flächen,
- die Verringerung der Umweltbelastung des Kfz-Verkehrs durch eine ökologisch orientierte Stadtverkehrspolitik,

- die Standortsicherung von Industrie- und Gewerbebetrieben in Gemengelage unter Verringerung der betriebsbedingten Emissionen,
- Der Schutz der Baudenkmäler und anderer Bauwerke vor umweltbedingten Schädigungen,
- die Förderung des Bürgerengagements für eine ökologische Stadtpolitik mit dem Ziel, die Eigeninitiative im Freiraumschutz, in der Begrünung des Wohnumfeldes, bei der Vermeidung und Wiederverwertung von Abfällen und im Bereich des ökologischen und sozial-verantworteten Verkehrsverhalten zu stärken,
- die Überarbeitung der städtebaulichen Planungen – Stadtentwicklungspläne, Flächennutzungspläne, Bebauungspläne und städtebauliche Rahmenpläne – nach ökologischen Zielsetzungen.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,

- zusammen mit den Gemeinden die kommunalen Pläne unter stadtökologischen Zielsetzungen zu überarbeiten und mittelfristige Investitionsprogramme für einzelne Stadtteile vorzubereiten,
- für diese Investitionsprogramme mittelfristig verbindliche Finanzierungsgrundlagen durch eine entsprechende Ausgestaltung der zweckgebundenen Zuweisungen im Verhältnis von Bund, Ländern und Gemeinden zu schaffen.

2.8 Ökologische Verkehrspolitik konsequent fortsetzen

Die Politik der Luftreinhaltung, des Freiraumschutzes und der Stadterneuerung kann nur erfolgreich sein, wenn sie begleitet wird von einer ökologischen Verkehrspolitik. Ökologische Verkehrspolitik erkennt die Grenzen und Probleme der Motorisierung. Sie orientiert sich an den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer – besonders der schwächeren – und an der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Die Bemühungen, den „Straßenverkehrsmenschen“ und das „verkehrsgerechte Kleinkind“ zu schaffen, sind gescheitert.

Das dichte und gut ausgebaute Straßennetz unseres Landes macht die ökologische und menschengerechte Orientierung möglich. Die hohe Siedlungsdichte und der große Anteil des Straßenverkehrs an den bestehenden Umweltbeeinträchtigungen machen sie notwendig.

Die wesentlichen Merkmale der ökologischen Verkehrspolitik sind:

- Kritische Überprüfung der bisherigen Bedarfvorstellungen: Ein lediglich verkehrlicher Bedarf kann den Bau einer Straße nicht mehr begründen; vielmehr sind ökologische Vorteile erforderlich, insbesondere durch Entlastung bebauter Gebiete.
- Der öffentliche Personennahverkehr hat Vorrang gegenüber dem privaten Autoverkehr. Dies gilt besonders für die Ballungsgebiete;
- Vorrangige Förderung des Radfahrer- und Fußgängerverkehrs;
- Erhalt und ökologischer Umbau der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur. Hochbelastete Straßen in dicht besiedelten Bereichen sind – etwa durch nachträgliche Untertunnelung – umzugestalten, um die Zerschneidung ganzer Stadtteile

und die Belastung durch Lärm und Schadstoffe zu mindern oder aufzuheben.

- Mehr Sicherheit für schwächere Verkehrsteilnehmer, insbesondere durch Tempobeschränkungen und flächenhafte Verkehrsberuhigung. Straßen und Plätze müssen als Entfaltung- und Kommunikationsräume zurückgewonnen werden.
- Grundsätzlich keine Vermehrung von Verkehrsflächen; Ausgleich von Flächenverlusten durch Entsiegelung oder ökologische Aufwertung anderer Flächen;
- Weitestgehende Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, die Verkehrspolitik der kommenden zehn Jahre an diesen Zielen auszurichten. Um den ökologischen Nachholbedarf in der Verkehrspolitik aufzuarbeiten, sollen die Generalverkehrspläne überarbeitet und die knappen Finanzmittel des Landes für die Verkehrsinfrastruktur zur Umsetzung der ökologischen Verkehrspolitik eingesetzt werden.

2.9 Die Abfallwirtschaft ordnen und die Entsorgung sicherstellen

Für das industrielle Kernland Nordrhein-Westfalen ist Abfallvermeidung wichtiger als Abfallverwertung, Abfallverwertung wichtiger als Abfallbeseitigung. Nicht vermeidbare und nicht verwertbare Abfälle müssen auf hohem Sicherheitsniveau und mit modernen Technologien entsorgt werden.

Abfallexport löst nicht die Probleme, sondern läßt sie nur anderen auf. Den Dreck, den wir selbst erzeugen, müssen wir auch selbst bewältigen. Die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft steht und fällt mit einer umweltverträglichen Abfallwirtschaft. Wer Ja sagt zur Versorgung einer modernen Industriegesellschaft, muß deshalb auch Ja sagen zur Entsorgung der Industriegesellschaft. Das eine bedingt das andere.

In Nordrhein-Westfalen fallen 40 Prozent aller Sonderabfälle der Bundesrepublik an. Zählt man die für Nordrhein-Westfalen typischen Massenabfälle wie Stäube und Schlämme aus Kohle, Stahl und Chemie dazu, erhöht sich der Anteil auf rund 75 Prozent. Im Jahre 1986 wurden in Nordrhein-Westfalen 3,8 Millionen Tonnen Sonderabfälle beseitigt; die Menge für das gesamte Bundesgebiet betrug 4,9 Millionen Tonnen.

Heute werden in Nordrhein-Westfalen jährlich mehr als 10 Millionen Tonnen produktionsspezifische Abfälle wieder verwertet. Bei Abfällen aus dem Baugewerbe liegt die Verwertungsquote bei mehr als 60 Prozent. Insgesamt hat Nordrhein-Westfalen bereits heute eine führende Rolle in der Abfallverwertung. Dennoch ist auf absehbare Zeit mit einem weiteren Anstieg des Abfallaufkommens zu rechnen. Das gilt insbesondere für den industriellen Bereich. Denn mehr Umweltschutz bedeutet z. B. auch mehr Filterstäube und Klärschlämme. Höhere Meßtechnik und verstärkte Sammelaktionen in den Kommunen erhöhen das Sonderabfallaufkommen. Deshalb ist eine umweltverträgliche Entsorgung in Nordrhein-Westfalen zentraler Teil des Umweltschutzes aber auch wichtige Voraussetzung für die Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Umweltverträgliche Entsorgung ist künftig ein wichtiger Standortfaktor.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,

- mit Abfallbehandlungsanlagen möglichst viele Wertstoffe

aus Abfällen zurückzugewinnen, Schadstoffe zu minimieren und die Abfälle insgesamt so zu behandeln, daß sie umweltverträglich entsorgt bzw. deponiert werden können,

- mit Hilfe moderner Technologien nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen bestimmte Abfälle und Stoffe gefahrlos für Mensch und Umwelt zu beseitigen. Damit werden technologische Entwicklungen gefördert und genutzt sowie knapper Deponieraum geschont.
- durch die Erschließung von verschiedenen Untertagedeponien, in Kohle- und Salzbergwerken industrielle Massenabfälle und kritische Sonderabfälle in besonderen Gesteinsformen abzulagern.

Erst durch den Verbund dieser unterschiedlichen Anlagentypen kann eine optimale Entsorgungsstruktur und ein vollwertiges Recycling auf hohem technologischem Niveau ermöglicht werden.

2.10 Neue Wege in der Altlastensanierung gehen

Altlasten sind die Folgen unserer industriellen Entwicklung, von Kriegseinwirkungen.

Grundsätzlich gilt für die Sanierung der Altlasten das Verursacherprinzip. Wo die Verursacher nicht mehr haftbar gemacht werden können, ist die Industrie gefordert, ihren Solidarbeitrag zu leisten.

Die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen für die Altlastensanierung zu schaffen, ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Der Landesparteitag bedauert, daß die Bundesregierung hier ihrer umweltpolitischen Verantwortung nicht gerecht geworden ist, sondern Länder und Gemeinden im Stich gelassen hat.

In Nordrhein-Westfalen ist ein System der Altlastenerfassung und -bewertung entwickelt worden, das bundesweit modellhafte Bedeutung hat.

Mitte 1987 waren in Nordrhein-Westfalen rund 10 600 Verdachtsflächen lokalisiert; durch die fortschreitende Erfassung wird diese Zahl noch steigen. Rund 10 Prozent sind teil- oder vollsanierungsbedürftig.

Einen gewichtigen Beitrag bei der Sanierung alter Industrieflächen leistet die Landesregierung seit 1981 mit dem Grundstücksfonds Ruhr und seit 1984 mit dem landesweiten Grundstücksfonds.

Die Landesregierung hat im Haushalt 1986 und 1987 je 40 Millionen DM bereitgestellt, damit in den Kommunen mit den dringlichsten Sanierungen begonnen werden kann.

Der Landesparteitag begrüßt die Absicht der Landesregierung, in Zusammenarbeit mit Industrie und Gemeinden eine eigene gesetzliche Finanzierungslösung für NRW zu schaffen, die die Altlastensanierung mit der Sonderabfallentsorgung verknüpft.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, die notwendigen gesetzlichen, administrativen und finanziellen Regelungen unverzüglich vorzubereiten und umzusetzen.

Der Landesparteitag begrüßt die Absicht der Landesregierung, im Ruhrgebiet ein Staatliches Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft einzurichten.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat einen erneuten Anlauf für eine bundeseinheitliche Regelung zu Finanzierung der Altlastensanierung zu unternehmen.

Dazu gehört ein „Entgiftungsbeitrag“, der von der Industrie aufzubringen ist, die zu den Altlasten beigetragen hat und für die Schadstoffe verantwortlich ist. Basis für einen derartigen Beitrag können chemische Grundstoffe, Schwermetalle und Sondermüll sein.

3. Umweltprobleme mit den Mitteln ökologisch vertretbarer Technologien zu lösen.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, den eingeschlagenen Weg der ökologischen Erneuerung in NRW konsequent weiterzugehen.

Der Landesparteitag stellt fest, daß Umweltprobleme der Industriegesellschaft, die durch die Nebenwirkungen der technologischen Entwicklung entstanden sind, nur durch die Anwendung ökologisch vertretbarer Technologien behoben werden können.

Umweltpolitik ist nur dann erfolgreich, wenn sie keine Blockadepolitik ist. Überall dort, wo Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen politische Verantwortung tragen – ob im Land oder in den Gemeinden –, müssen sie sich für die Akzeptanz und Verwirklichung der umweltpolitisch unverzichtbaren Infrastrukturmaßnahmen einsetzen. Nur so kann der notwendige Schub für eine ökologische Infrastruktur erzeugt werden mit

- Investitionen in Milliardenhöhe,
- der Schaffung neuer und dauerhafter Arbeitsplätze und
- der Verbesserung der Lebensbedingungen.

Umweltschutz darf sich nicht in Absichtserklärungen erschöpfen, sondern muß vor Ort konkrete Verbesserungen bewirken.

4. Umweltverträglichkeitsprüfung als Instrument der Umweltvorsorge

Wichtiges Instrument der Umweltvorsorge ist die generelle Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen bei wichtigen Einzelprojekten und bei raumbezogenen Planungen und Maßnahmen. Umweltverträglichkeitsprüfungen sind die Grundlage für ökologische Bewertungen, die für eine längerfristig ausgerichtete und systematische Umweltschutzpolitik unverzichtbar sind.

Die SPD fordert eine zügige Umsetzung der EG-Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung in nationalem Recht, wobei allerdings Durchführungskriterien und Maßnahmenkatalog wesentlich zu erweitern sind.

Der SPD-Landesparteitag fordert Landesregierung und Landtagsfraktion auf, ein UVP-Gesetz für eine Bundesratsinitiative und für NRW zu entwickeln. Unverzichtbar sind

- Offenlegung des Bewertungsverfahrens,
- Aufstellung von Beteiligungsregelungen bei der Durchführung der UVP unter Einfluß der anerkannten Naturschutzverbände,
- Darlegung von Alternativen,
- Entwicklung eines Umweltmonitoring (längerfristige Beobachtung der ökologischen Entwicklung).

5. Umweltbelastungen national und international abbauen

Umweltbelastungen treten großräumig und grenzüberschreitend auf. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Fürsorge für die nachfolgenden Generationen erfordern eine internationale Zusammenarbeit im Umweltschutz.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, dafür einzutreten, daß nationales Umweltrecht nicht durch EG-Gemeinschaftsrecht aufgeweicht wird.

Darüber hinaus hält er es für notwendig, möglichst strenge Umweltschutznormen in der EG durchzusetzen, auch zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen.

Angesichts der weltweit bedrohlichen Entwicklung, die durch den bereits unerwartet hohen Abbau der stratosphärischen Ozonschutzschicht stattfindet, erwartet der Landesparteitag, daß die Bundesregierung und die Europäische Gemeinschaft wirksame Maßnahmen zur Verminderung der Emissionen von Fluorkohlenwasserstoffen (FCKW) ergreifen und ihre zögerliche Haltung bei den Verhandlungen innerhalb der Vereinten Nationen aufgeben.

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, nicht zuzulassen, daß die in der Bundesrepublik praktizierten Strahlenschutzvorsorgewerte durch EG-Regelungen aufgeweicht werden.

6. Durch vorbeugende Chemiepolitik Risiken reduzieren

Die Chemieindustrie ist der bedeutendste Wirtschaftsfaktor in Nordrhein-Westfalen. Eine vorsorgende Chemiepolitik muß die Risiken, die heute noch für Umwelt und Gesundheit von Anlagen und Produkten der chemischen Industrie ausgehen, reduzieren.

Der Landesparteitag fordert daher eine vorbeugende Chemiepolitik mit folgenden Zielsetzungen:

- die Entstehung und Verbreitung hochgiftiger und umweltzerstörender Stoffe immer weiter zurückzudrängen,
- insbesondere die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung hochgiftiger, umweltzerstörender Stoffe, die durch umweltverträgliche Stoffe ersetzt werden können, zu verbieten,
- die Anlagen, in denen mit gefährlichen Stoffen umgegangen wird, sicherer zu machen,
- die Verbreitungswege, die Anreicherung, und die Umwandlung gefährlicher Stoffe zu verfolgen,
- die Herstellung, Lagerung, den Transport und die Verwendung sowie Beseitigung gefährlicher Stoffe noch schärfer zu kontrollieren,
- die Öffentlichkeit besser und umfassender zu informieren,
- eine unverzügliche Bewertung der Altstoffe nach umwelt- und gesundheitsverträglichen Kriterien,
- eine Herabsetzung der Eingriffsschwelle für die Anmeldestelle bei der Neuzulassung chemischer Stoffe,
- Weiterentwicklung der Gefahrstoff-Verordnung zum Schutz der Umwelt und der Verbraucher sowie durch Verbotsregelungen, Grenzwerte und Ersatzstoffregelungen,
- Entwicklung eines technischen Regelwerks für Innenraumbelastungen (TA Innenraum).

7. Die Verantwortung für umweltgerechtes Verhalten stärken

Schonender Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und umweltbewußtes Verhalten müssen stärker als bisher in der

unternehmerischen Willensbildung und Entscheidung selbst verankert werden.

Der Landesparteitag fordert,

- das Umweltstrafrecht und das Ordnungswidrigkeitenrecht im Hinblick auf die erfaßten Tatbestände und die Strafraumen wie auf die Nebenfolgen zu verschärfen,
- einen Ausbau und eine Konzentration besonders sachkundiger Polizeibeamten in Schwerpunktdezernaten der Umweltkriminalität (Öko-Polizei),
- einen Ausbau der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung für Informations-, Anhörungs-, Erörterungs- und Mitentscheidungsrechte in Umweltschutzfragen sowie bei Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitnehmer.

Antrag-Nr.:	E 12
Antragsteller:	SPD-Unterbezirk Unna
Betreff:	Gewässerschutz (Industrie)

an: Landesregierung und Landtagsfraktion

Die Chemiekatastrophe von Sandoz sowie die im Nachhinein bekanntgewordenen „Unfälle“ mit Chemikalien, aber auch die genehmigten Einleitungen von Hunderten von Tonnen Gift in unsere Flüsse und die Nordsee gefährden zunehmend unser Trinkwasser.

Die Produktion gefährlichster Stoffe darf nicht ausschließlich der privatwirtschaftlichen Entscheidung überlassen werden. Dringend erforderlich sind Maßnahmen zur Kontrolle, Bestrafung und Sanierung bei unerlaubten Einleitungen und Überprüfung bisher genehmigter Einleitungen. Der Landesparteitag fordert deshalb Gesetzesänderungen mit folgenden Zielen:

1. Vor Genehmigung einer Einleitung hat der Antragsteller nachzuweisen,
 - inwieweit der einzuleitende Stoff im Produktionsprozeß überhaupt entstehen muß
 - keine andere Art der „Entsorgung“ technisch möglich ist.

Durch den Gesetzgeber ist zu gewährleisten, daß die Produktion von Giftstoffen, soweit sie durch unschädliche, mindestens aber weniger schädliche Stoffe ersetzbar sind, zu verbieten ist.

2. Die von den Chemiekonzernen zu führenden Wasserbücher, in denen die Einleitungsstoffe und ihre Mengen verzeichnet werden, sind offenzulegen.

3. Die Einleitungsstellen in den Flüssen sind so anzulegen, daß sie kontrollierbar sind. Ihre Kontrolle ist rund um die Uhr zu gewährleisten, z. B. durch automatische Meßfühler oder Laborschiffe der Kontrollbehörden.

4. Die Kosten der Kontrollinvestitionen und -maßnahmen sind seitens der Einleiter zu tragen. Die Einleitungen selbst sind gebührenpflichtig zu machen. Dabei sollte die Höhe der Gebühren die Einleiter veranlassen, so wenig wie tatsächlich notwendig einzuleiten.

Antrag-Nr.: E 13
Antragsteller: SPD-Ortsverein Kranenburg
Betreff: Abwasserbeseitigung

an: Landesregierung und Landtagsfraktion

Änderung des § 51 Abs. 2 Ziffer 1 LWG NW.
Nach § 51 Abs. 2 Ziff LWG NW gelten die Bestimmungen des Abschnitts II „Abwasserbeseitigung“ nicht für Abwässer, die auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Böden aufgebracht werden, sofern das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung nicht überschritten wird. Das MURL hat in der Vergangenheit mehrfach die Auffassung vertreten, daß die Beseitigung des einem dem landwirtschaftlichen Betrieb zugeordneten Wohnhaus anfallenden Abwassers unter diese Ausnahmebestimmung fällt, sofern die weiteren Voraussetzungen dieser Vorschrift erfüllt sind. Zur Begründung hat er ausgeführt, daß der Wortlaut der Vorschrift keine Einschränkung allein auf den Produktionsbereich beinhaltet. Anders als § 33 Abs. 1 Ziff 1 WHG enthalte § 51 Abs. 2 Ziff 1 LWG keinen Unterschied zwischen „Haushalt“ und dem „landwirtschaftlichen Hofbetrieb“.
Der § 51 Abs. 2 Ziff 1 LWG soll nun so geändert werden, daß der Wortlaut der Vorschrift nur auf den Produktionsbereich eingeschränkt wird, nicht aber für den Wohnbereich. Dies bedeutet, daß der Landwirt zwar für den Produktionsbereich vom Kanalanschluß und Benutzungszwang befreit werden kann, nicht aber für die häuslichen Abwässer aus dem Wohnhaus, wenn ein direkter Anschluß an die öffentlichen Abwasseranlagen möglich ist.
Ist ein Kanalanschluß nicht möglich (z. B. Außenbereich, wo kein Kanal verlegt worden ist – oder wird) bleibt das oben genannte unberührt.

Begründung:

Gemäß o. g. Paragraphen besteht in bestimmten Fällen ein Rechtsanspruch auf Befreiung vom Kanalanschluß- und Benutzungszwang. So hat beispielsweise ein Landwirt einen gesetzlichen Anspruch auf Befreiung von der Abwasserbeseitigungspflicht, wenn das anfallende Abwasser auf landwirtschaftlich genutzte Böden aufgebracht wird und das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung nicht überschritten wird. Diese Regelung gilt auch für die häuslichen Abwässer aus dem Wohnhaus des Landwirts. Die vorgesehene Befreiungsmöglichkeit findet ihre Rechtsgrundlage auch im § 19 Satz 2 GO NW (Kann-Bestimmung). In der Tat sieht es so aus, daß z. B. der Landwirt seine häuslichen Abwässer zusammen mit Jauche einer abflußlosen Grube zuleiten kann, auch wenn ein Anschluß an die öffentliche Abwasseranlage möglich ist. Dieses für die landbauliche Verwertung vorgesehene Gemisch wird dann tatsächlich (wie auch in der Gemeinde Kranenburg praktiziert) zur landwirtschaftlichen Düngung aufgebracht. Obwohl hierbei gewisse Kriterien berücksichtigt werden müssen, so verstößt der § 51 Abs. 2 Ziff 1 LWG gegen den Gleichgewichtsgrundsatz nach Art. 3 Grundgesetz, da diese Privilegierung der Landwirte oder Gärtner gegenüber anderen Grundstückseigentümern willkürlich ist, denn der „Normalbürger“ unterliegt dem Kanalanschluß- und Benutzungszwang. Auch aus ökologischen Gründen ist der o. g. § unzulässig. Im Wohnhaus eines landwirtschaftlichen Betriebes fallen nämlich mindestens ebensoviel Abwässer an, die dort weder privat beseitigt noch verwertet werden können. Darunter fallen z. B. die in Wasch- und Geschirrspülmaschinen sowie bei der Körperreinigung produzierten Abwässer an. Werden die häuslichen Abwässer eines Landwirts (wie oben erwähnt) zusammen mit der Jauche einer abflußlosen Grube zugeleitet, so entsteht zwar ein Gemisch, das aber doch nicht schadlos aufgebracht werden kann.

Unter diesen Gesichtspunkten wird die o. g. Änderung beantragt.

Antrag-Nr.: E 25
Antragsteller: SPD-Ortsverein Havixbeck
Betreff: Erhalt von Öko-Nischen

an: Landesregierung und Landtagsfraktion

Der Landtag wird aufgefordert, das Gesetz zum Schutz der Wallhecken dahingehend zu erweitern, daß auch Feldrainhecken aus Brombeergebüsch etc. und Feldgehölzinseln geschützt werden.

Begründung:

Bei der Vergrößerung der Ackerflächen und dem Umbrechen der Weiden, insbesondere zum Maisanbau, wurden in letzter Zeit diese wichtigen Öko-Nischen größtenteils beseitigt. Mit der geforderten schnellstmöglichen gesetzlichen Regelung und wirksamen Durchführungsbestimmungen wäre vielleicht noch ein Teil zu erhalten.

Antrag-Nr.: E 79
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hagen
Betreff: Fachhochschule Hagen

an: Landesregierung und Landtagsfraktion

Der Landesparteitag der SPD NRW fordert die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auf, im Rahmen der Überlegungen zu den für die 90er Jahre geplanten Hochschulstrukturmaßnahmen den Standort Hagen der Fachhochschule Hagen mit allen Fachbereichen zu sichern und zu stärken.
Die Fachhochschule Hagen ist am Standort Hagen wegen ihrer regional-politischen Bedeutung unverzichtbar. Diese Fachhochschule ist mit ihren technischen Fachbereichen Architektur, Bauingenieurwesen, Elektrotechnik Motor der heimischen Wirtschaft und trägt mit ihrem Fachbereich Sozialwesen mit wachsender Bedeutung zu gesellschaftlichen Entscheidungen im kommunalen Bereich der Region bei.

Rund 70 bis 80 % aller Studenten der Fachhochschule Hagen kommen aus der Region, und weit mehr als die Hälfte der Absolventen erhält einen Arbeitsplatz in der Region – das gilt auch für die Absolventen der Studiengänge des Sozialwesens. Die ökonomische und ökologische Ergänzung der Region wird entscheidend durch die Gesamtheit aller Hagener Fachbereiche vorangetrieben. Sicherung des Hochschulstandortes Hagen heißt Sicherung des Fachhochschulstandortes Hagen. Die Sicherung der Zukunft für die Region muß durch die praxisnahe Ausbildung des Nachwuchses am Ort unter Einbindung der Fachhochschule in der Region erfolgen. Nur ein heimatnaher Studienplatz ermöglicht den Kindern aller gesellschaftlichen Schichten ein kostengünstiges Studium. Gerade für eine SPD-Regierung gilt besonders, daß sie sich für den Erhalt aller Studienchancen im Interesse der Arbeitnehmerkinder sowie für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzt. Die Fachhochschule Hagen hat bereits bei den Strukturmaßnahmen der Jahre 1982–1985, gemessen an ihrer Größe und im Vergleich zu anderen Hochschulen des Landes, im Übermaß gelitten!

Die Grundsätze des Antrages der SPD-Landtagsfraktion vom 12. 2. 87 (Landtagsdrucksache 10/1718):

– daß die Qualität des regionalen Bildungsangebotes ein wichtiger Bewertungsmaßstab bei der Beurteilung von Re-

- gionen ist; das gilt für Arbeitnehmer wie Unternehmer;
 - daß zukunftsorientierte Unternehmen zunehmend die Nähe zu leistungsfähigen Hochschulen und Forschungseinrichtungen suchen;
 - daß insbesondere durch junge Wissenschaftler Innovationsanstöße durch eigene Unternehmen gegeben werden, wobei häufig der Prozeß der Abnabelung von der Hochschule ganz bewußt noch nicht beendet wird;
 - daß Hochschulen in sich in nicht unerheblichem Maße Wirtschaftsfaktoren sind, die eine große Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen auch im gewerblichen und administrativen Bereich anbieten und auch mittelbar die Wirtschaftskraft einer Region beeinflussen,
- gelten auch für die Region Hagen/Markl

Die Studie in den VDI-Nachrichten Nr. 15 vom 10. 4. 87 zeigt eindrucksvoll, daß die Absolventen der traditionsreichen Fachhochschule Hagen/Iserlohn bei den „Spitzen-Ingenieuren“ aus dem Bereich der Fachhochschulen in der Bundesrepublik an der Spitze stehen.

Antrag-Nr.: F 8
Antragsteller: SPD-Ortsverein Havixbeck
Betreff: Dreizügigkeit an Gesamtschulen

an: Landesregierung und Landtagsfraktion

§ 10 a SchVG NRW wird geändert mit dem Ziel, als Mindestzügigkeit für Gesamtschulen die Dreizügigkeit festzulegen.

Begründung:

Die Gesamtschule ist besonders für ländliche Gebiete aufgrund der demographischen Entwicklung die einzige Zukunftslösung.

Die gesetzlich vorgeschriebene Vierzügigkeit erschwert die Errichtung und führt schon auf mittlere Sicht zu einer Konzentration weiterführender Schulen in den Ortszentren. Lange Schulwege und kulturelle Verarmung der kleineren Orte wären die weiteren Folgen.

Antrag-Nr.: F 9
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Wuppertal
Betreff: Gesamthochschule Wuppertal

an: Landesregierung und Landtagsfraktion

1. Die Gesamthochschule Wuppertal in ihrer Fächervielfalt zu erhalten.
2. Die rigorosen Kürzungspläne zu verhindern.
3. An den Grundprinzipien der Gesamthochschule festzuhalten.
4. Den Endausbau der GH Wuppertal zu beschleunigen. Dabei sind kostengünstige Übergangslösungen, z. B. der Umzug der Fachbereiche Kunst, Musik, Design in die Hofaue, zu ermöglichen.

Begründung:

Der Herausfall eines Fachbereiches aus kurzfristigen Studien- und Einstellungstrends, wie der Lehrerausbildung, würde die Aufbauarbeit der GH für die bergische Region zunichte machen.

Die Institution der Gesamthochschule hat sich bewährt. Ihre durchlässige Struktur, der interdisziplinäre Anspruch und die Förderung der Studenten/innen aus dem 2ten Bildungsweg entspricht sozialdemokratischer Bildungspolitik.

Die Wuppertaler Hochschule hat durch die Zurückstellung der 3. Ausbaustufe und die Bewältigung von Studentenzahlen weit über ihre räumliche und personelle Kapazität hinaus einen gewaltigen Sparbeitrag im voraus geleistet. Das diffuse Sparkonzept des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung ist ein Armutszeugnis für sozialdemokratische Bildungspolitik.

Antrag-Nr.: F 11
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Uring
Betreff: Lehrerarbeitsplätze

an: Landesregierung und Landtagsfraktion

1. Durch Arbeitszeitverkürzung (Stundenermäßigung), Beschäftigung in ordentlichen Teilzeitverhältnissen und die Einführung kleinerer Klassen könnte die Lehrerarbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden.
2. Dazu gehört auch, daß in den Schulen ausreichend Lehrpersonal bereitsteht, um bei Urlaub, Kur und Krankheit den Ausfall von Unterricht zu verhindern. Dies hat ebenfalls einen zusätzlichen Beschäftigungseffekt.
3. Wir gehen davon aus, daß bei zusätzlicher Einstellung arbeitslose Lehrer bevorzugt werden und überprüft wird, inwieweit Finanzmittel der Bundesanstalt dabei mit einfließen können.
4. Der Gesetzgeber ist aufzufordern, die rechtlichen Grundlagen zur Einstellung von Referendaren in der Form zu ändern, daß diese in ein Angestelltenverhältnis übernommen werden können, damit sie im Falle einer Nichtübernahme in den Schuldienst ein Recht auf Bezug von Arbeitslosengeld erworben haben.

Begründung:

Trotz zurückgehender Schülerzahl und steigender Lehrerarbeitslosigkeit ist die Schüler/Lehrer-Relation, d. h. die Anzahl von Schülern pro Lehrer, unverändert hoch.

Antrag-Nr.: F 12
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hörter/Warburg
Betreff: Kein Elternanteil an Schulbüchern bei Erwerbs- und Arbeitslosigkeit

an: Landesregierung und Landtagsfraktion

Die SPD-Fraktion des Landes NRW und die Landesregierung werden beauftragt, darauf hinzuwirken, daß ab dem Schuljahresbeginn 1986/87 der Elternanteil an den Schulbüchern entfällt, wenn Eltern schulpflichtiger Kinder erwerbslos sind bzw. der Haupternährer Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezieht.

Begründung:

Die Elternbeiträge zu den Schulbüchern sind zwar nicht gravierend (1985 betrugensie ca. 34,- DM in der Sekundarstufe 1), aber bei länger andauernder Arbeitslosigkeit ist die finanzielle Lage derart angespannt, daß selbst diese geringen Beträge nur schwer bzw. gar nicht aufgebracht werden können. Noch gravierender wird dieses Problem bei gleichzeitigem Schulbesuch mehrerer Kinder. Hier müssen dann z. B. auf einen Schlag Beträge aufgebracht werden, die an die 200,- DM-Grenze gehen.

Antrag-Nr.: F 15
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Mettmann
Betreff: Einführung der gemäßigten Kleinschreibung

an: Landesregierung und Landtagsfraktion

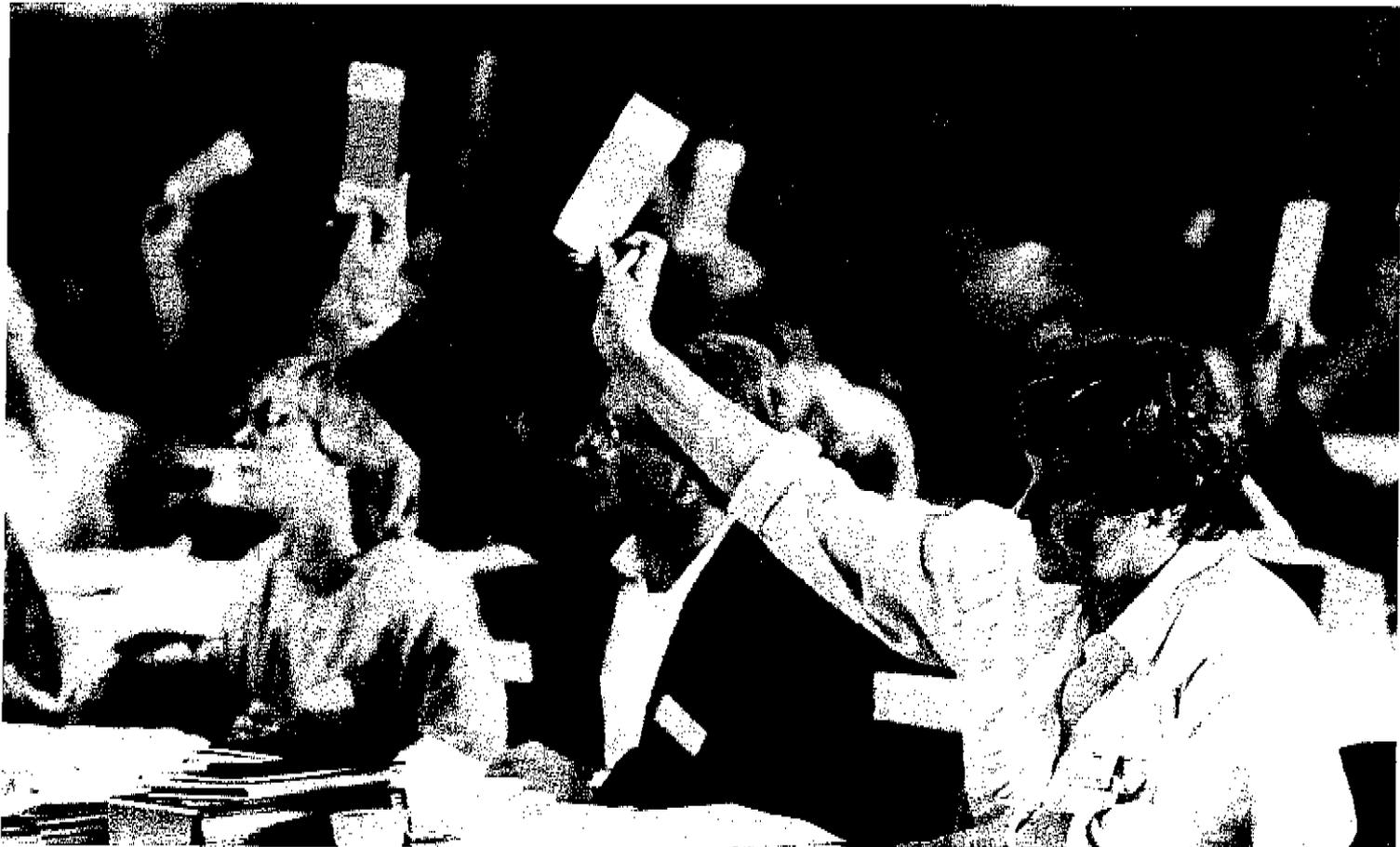
Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, die generelle Einführung der gemäßigten Kleinschreibung in der deutschen Sprache unter politischen Gesichtspunkten zu prüfen und zu einem geeigneten Zeitpunkt die notwendigen Schritte zu einer Realisierung einzuleiten.

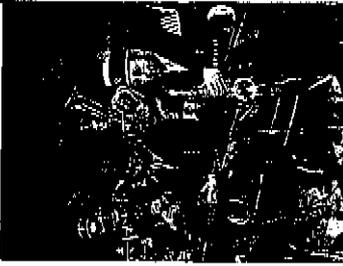
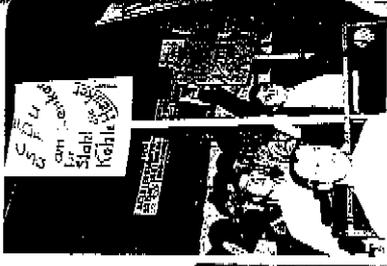
Begründung:

In der Öffentlichkeit wird immer wieder lebhaft Klage über mangelhafte Rechtschreibkenntnisse der Schulentlassenen geführt, zuletzt durch den Vorsitzenden der Westdeutschen Rektorenkonferenz Berchem (s. WAZ v. 25. 09. 85, S. 1). Die meisten Sprachen in Europa, insbesondere auch die sehr verbreiteten Sprachen Englisch und Französisch, benutzen die Kleinschreibung.

Die zunehmende Kommunikation über nationale Grenzen hinaus verlangt die Erlernung fremder Sprachen durch sehr viel mehr Menschen als früher. Die Großschreibung in der deutschen Sprache behindert ihre Erlernung und Verbreitung.

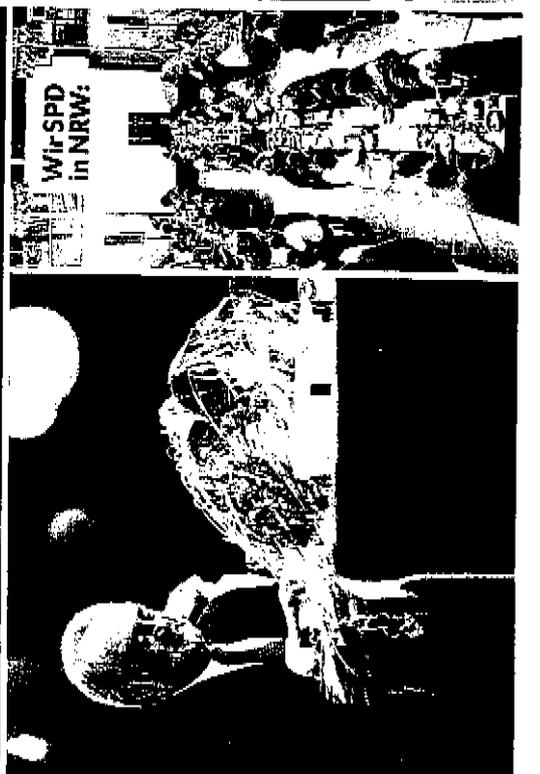
Die Einführung der Kleinschreibung kann man durchaus auch unter sozialen Gesichtspunkten sehen. Eine Beeinträchtigung der Literatur und die Einwendungen der Eliten sind aus guten Gründen zu vernachlässigen. Wenn es möglich war, mitten im letzten Krieg, nämlich 1941, von der früheren Sütterlin-Schrift auf die lateinische Schreibweise umzustellen, dann dürfte die Ministerialbürokratie heute wohl nicht überfordert sein, die Reform vor dem Eintritt ins 3. Jahrtausend in die Tat umzusetzen.



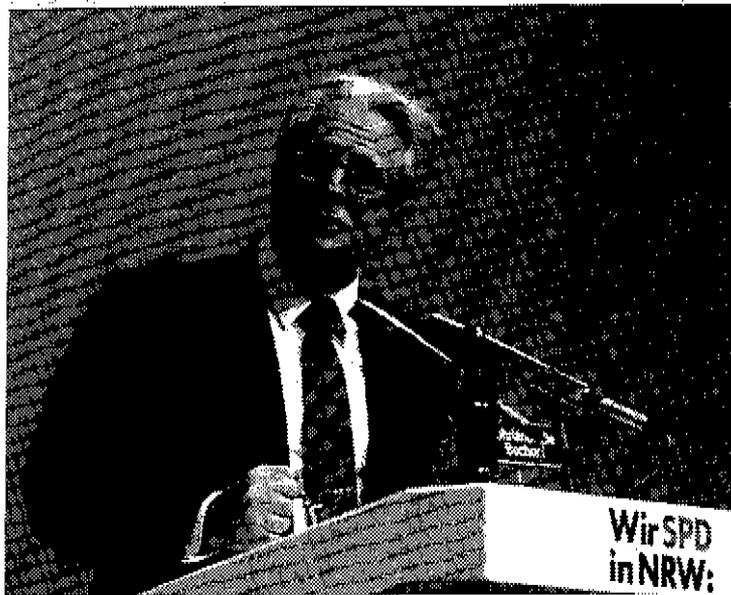


Wir machen uns stark für mehr Gerechtigkeit.

Wir SPD in NRW:



14. Rede des Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel



Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freunde. Dies ist für mich heute eine Premiere. Zwar habe ich unzählige Male in Nordrhein-Westfalen auf Parteitagen und auch auf großen Versammlungen gesprochen. Aber zum ersten Male spreche ich heute vor dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Gestattet mir deshalb – noch keine Gefühlsausbrüche, liebe Genossinnen und Genossen, hebt Euch das auf –, gestattet mir deshalb zu Beginn drei persönliche Bemerkungen:

Zunächst und vor allem möchte ich gerade in Eurer Mitte ein Wort der Verbundenheit und des Dankes an meinen Vorgänger im Amt des Parteivorsitzenden, an Willy Brandt, richten. An Willy Brandt, der die Sozialdemokratie fast ein Vierteljahrhundert geführt hat, der viele Male Euer Spitzenkandidat auf der NRW-Landesliste für den Bundestag war, und mit dessen Namen und mit dessen Leistung sich einige unserer stolzesten Erfolge verbinden, so auch der größte Wahlsieg unserer Geschichte im Herbst 1972. Wichtiger aber noch erscheint mir, daß dank seiner Anstrengungen die Worte Frieden und Deutschland wieder in einem Atemzug genannt werden können. Daß Willy Brandt wie kaum ein anderer – und wenn man wie ich am Mittwoch dieser Woche vor dem Mahnmahl im Warschauer Ghetto gestanden hat, dann wird einem das noch einmal bewußt und deutlich –, daß er wie kaum ein anderer den Versöhnungswillen eines Volkes verkörpert, das aus den bitteren Erfahrungen seiner Geschichte gelernt hat. Ich überbringe Euch seine Grüße, und ich überbringe ebenso die Grüße Herbert Wehners und Helmut Schmidts. Wir sind stolz auf das, was diese Männer für unser Land geleistet haben.

Mein Dank geht sodann an Euch und an Johannes Rau. Die ganze Partei weiß: Das Herz der deutschen Sozialdemokratie schlägt unverändert im Revier, schlägt in Nordrhein-Westfalen. Ohne Euch und ohne Eure Anstrengungen hätten wir uns am Tage der Bundestagswahl nicht einigermassen behauptet, son-

dern einen empfindlichen Einbruch erlitten. Und ohne Johannes Rau und seinen beispielhaften Einsatz hätten viele den Mut und vielleicht auch ein Stück ihres Selbstbewußtseins verloren. Dafür und für die Ermutigung, die von Nordrhein-Westfalen gerade in schwierigen Zeiten für die deutsche Sozialdemokratie immer wieder ausgegangen ist, danke ich Euch. Dir, lieber Johannes, danke ich auch für die freundschaftliche Zusammenarbeit, die uns – in welchen Funktionen auch immer – nun schon seit über einem Vierteljahrhundert verbindet. Und natürlich gratuliere ich Dir, Christoph Zöpel und Antje Huber und allen Vorstandsmitgliedern. Ich bitte um Entschuldigung, auch ein Oberlehrer ist lernfähig, und wenn die Empfehlungen von einem Zuständigen kommen, dann werden sie sofort übernommen. Also, jetzt gratuliere ich noch einmal. Natürlich gratuliere ich Dir, lieber Johannes, Dir, lieber Christoph, Dir, liebe Antje und allen Vorstandsmitgliedern sehr herzlich zur Wahl oder Wiederwahl für eine neue Amtsperiode. Ganz besonders freue ich mich auch darüber, daß sich die Zahl der weiblichen Mitglieder im Vorstand deutlich erhöht hat, wenn die Informationen stimmen, von eins auf fünf, das ist ein großer Schritt nach vorne.

Ein großer Schritt nach vorne

Laßt mich aus aktuellem Anlaß sagen: Daß wir den Auftrag des Nürnberger Parteitages und schon des Esseners in Richtung der Statutenergänzung befolgen, ist wichtig, daß wir aber, unabhängig davon, dort, wo gewählt wird, dafür sorgen, daß der Frauenanteil in dieser Art und Weise gesteigert wird, das ist mindestens ebenso wichtig, nein, es ist noch wichtiger.

Genossinnen und Genossen. Ich weiß – und das ist meine dritte Bemerkung –, die Mehrheiten in vielen nordrhein-westfälischen Städten, Gemeinden und Landkreisen und die Mehrheit in Eurem Land – die sind Euch ebensowenig in den Schoß gefallen wie den Saarländern oder den Bremern. Sie sind die Frucht harter Arbeit, und sie sind auch die Frucht einer Erfahrung, die sich immer aufs Neue bestätigt. Die Erfahrung nämlich, nur wer das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besitzt, kann Wahlen gewinnen, und nur wer Wahlen gewinnt, kann die Dinge auch verändern und gestalten. Nur er kann dann auch für zahlenmäßig schwächere Gruppen, beispielsweise für Studenten und Schüler, für Selbständige und Künstler, für Menschen in besonderer Not und Bedrängnis oder auch für die sogenannten Randgruppen oder, um an Eure Diskussion anzuschließen, beispielsweise auch für die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger tatsächlich etwas erreichen und durchsetzen. Wir wollen nicht kommentierend oder jammernd neben der Entwicklung herlaufen in unserem Lande, in dieser Republik, wir wollen diese Entwicklung wieder verantwortlich gestalten, nicht nur hier, in der ganzen Bundesrepublik.

Weil Ihr Euch dessen bewußt seid, haben sich an Euch hier in Nordrhein-Westfalen schon viele die Zähne ausgebissen. Herr Dufhues oder Herr Grundmann zum Beispiel, oder Herr Biedenkopf oder Herr Worms, oder wie sie alle heißen. Und ich bin sicher: Herrn Blüm wird es nicht anders ergehen als denen, die ich da gerade genannt habe. Die Menschen erkennen bereits, wie weit bei ihm Reden und Handeln auseinanderklaffen,

wie hohl manche seiner Versprechungen schon nach wenigen Wochen klingen. Ehrlich währt am längsten – sagt ein altes Sprichwort. Und darum wird auch von dem lauten Blüm am Ende nur ein welk gewordenes Blümchen übrig bleiben. Und dafür seid Ihr die Garanten.

Vom lauten Blüm zum welken Blümchen

Ich sprach von Euren Erfolgen. Erfolge haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, nach einer längeren Durststrecke, vor drei Wochen auch wieder in zwei anderen Bundesländern erzielt. Die Bremer Genossinnen und Genossen haben die absolute Mehrheit behauptet, in Schleswig-Holstein sind die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nach dreißig Jahren erstmals wieder die stärkste Partei. Das zeigt, Genossinnen und Genossen: Wir sind wieder im Aufstieg. Aber ich füge hinzu: Wir sind noch nicht über den Berg. Jetzt sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich und nicht ein Ausruhen. Außerdem, laßt mich das sehr nüchtern sagen, manche Fortschritte verdanken wir auch wieder dem kläglichen Zustand der Koalition und insbesondere dem kläglichen Zustand der CDU, und der ist in der Tat beklagenswert.

In Schleswig-Holstein hat sich die politische Moral der Union einem absoluten Tiefpunkt genähert. Dabei lasse ich offen, was Herr Barschel wirklich gewußt oder angeordnet hat. Schon das, was er selbst zugegeben hat, was niemand mehr bestreitet, ist ein unglaublicher Skandal. Unstreitig ist, und das wird bei mancher Auseinandersetzung ein bißchen verdeckt, daß die schleswig-holsteinische CDU einen Parteifreund, dessen Methoden in Bremen selbst der dortigen CDU auf die Nerven gegangen waren, in die Kieler Staatskanzlei geholt und als Wahlkämpfer aus Steuergeldern bezahlt hat; unstreitig ist, daß dieser Mann aus der Staatskanzlei heraus, nur 30 Schritte vom Amtszimmer des Herrn Barschel entfernt, Björn Engholm bespitzeln und mit Dreck bewerfen ließ und schmierige Aktionen auch gegen die Grünen und andere Wählergruppen in Szene setzte. Für all das hat Herr Barschel mit seinem Rücktritt nach langem Zögern endlich die politische Verantwortung übernommen. Aber der Rücktritt ändert nichts an der Notwendigkeit, die Machenschaften und das wirkliche Ausmaß seiner persönlichen Verstrickung restlos aufzuklären. Der Aufklärung bedarf jetzt aber auch die Rolle, die Herr Stoltenberg in diesem Zusammenhang gespielt hat. Immerhin handelt es sich bei fast allen Beteiligten um CDU-Mitglieder. Auch hat die Zentralfigur dieses Skandals nicht nur in der Staatskanzlei, sondern auch in dem und für den CDU-Landesvorstand gearbeitet. Dennoch hat sich Herr Stoltenberg im Gegensatz zu Herrn Barschel bis heute nicht zu seiner Verantwortung als CDU-Landesvorsitzender bekannt.

Genossinnen und Genossen, die schleswig-holsteinischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben unsere volle Unterstützung, wenn sie auch in der Frage Stoltenberg auf restlose Aufklärung drängen. Außerdem eine ganz kleine Fußnote: Könnt Ihr Euch vorstellen, was in gewissen Medien dieser Republik los wäre, wenn das Ganze nicht in einer CDU-Staatskanzlei und unter dem CDU-Landesvorsitzenden lief? Die Frage ist natürlich rein theoretisch, weil so etwas in einer SPD-Staatskanzlei nicht passieren würde. Aber man wird doch wenigstens einmal fragen dürfen, um die Ungeheuerlichkeit dieser Vorgänge deutlicher ins Bewußtsein zu heben. Übrigens: Wo bleibt eigentlich und wo blieb in dieser Affäre eigentlich Herr Kohl – der Vorsitzende der Union? Der hat ja jetzt den Eindruck erweckt, als wenn er Schleswig-Holstein eigentlich so gut wie überhaupt nicht kenne. Er, der als Kanzler, und ich habe seine Erklärungen noch im Ohr, einmal mit der vollmundigen Ankündigung angetreten ist, er, Kohl, werde die deutsche Politik geistig-moralisch erneuern? Dieser Mann hat bisher kein einziges kritisches Wort über die Machenschaften in der Kieler Staatskanzlei gefunden. Stattdessen hat er auf die Presse eingepreßelt. Das, so meine ich, ist ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver, für das sich ein Bundeskanzler im Grunde zu schade sein

sollte. Es wäre nicht nur anständig, es wäre von seinem Standpunkt aus auch sehr klug gewesen, wenn er selbst in seinem Land für Ordnung gesorgt hätte.

Kiel: Die Jungen zeigen ihre Abscheu

Es ist schon schlimm, daß sich eine große Partei derart in einen politisch-moralischen Sumpf verstrickt hat. Schlimmer noch ist aber, daß sie damit den Parlamentarismus insgesamt in Mitleidenschaft zieht und das Vertrauen, täuschen wir uns da nicht, aller politischen Parteien insgesamt schädigt. Es wird lang



dauern, bis sich die politische Kultur unseres Landes von diesem Anschlag wieder erholt hat. Und wenn besorgt gefragt wird, warum denn die Wahlbeteiligung der Jungen fehlt, dann ist eine der Antworten, weil die Jungen auch mit Wahlenhaltung auf solche Dinge reagieren und dadurch ihren Abstand und ihre Abscheu zum Ausdruck bringen.

Schleswig-Holstein ist jedoch nicht das einzige Desaster der Union. Ein weiteres spielt sich auf der Bundesebene ab. Ich meine den erbitterten Richtungskampf zwischen CDU und CSU. Ein Richtungskampf, dessen Fronten auch quer durch die CDU verlaufen. Denn natürlich stehen Herr Dregger und die sogenannten Stahlhelmer, so nennen sie sich selbst, in der CDU bei diesem Kampf viel näher bei Herrn Strauß als bei Herrn Geißler. Ich werde über den Ausgang dieses Streits nicht spekulieren. Ich will mich auch nicht zu den abstoßenden Beschimpfungen äußern, mit denen dieser Streit seit Wochen ausgetragen wird, und bei dem Verbalinjurien, wegen denen jeder normale Bürger vor dem Amtsrichter verurteilt werden würde, schon zu Alltäglichkeit geworden sind. Immerhin, ein von unserer Pressestelle gefertigter Katalog der in der Koalition in den letzten Wochen gewechselten Beschimpfungen umfaßt bereits fast 313 Stichworte, und es sind wöchentlich ein bis zwei Ergänzungslieferungen notwendig. Wahrscheinlich müssen wir dem nächst zu einer Loseblatt-Sammlung übergehen, damit wir hier überhaupt noch folgen können.

Kein Zurück hinter Nürnberg

Genossinnen und Genossen, hier geht es aber im Grunde um etwas anderes. Mir zeigt dieses Beispiel, wohin eine Partei kommt, wenn sie ihre Wertorientierung verliert, wenn sie vor neuen Herausforderungen die Augen verschließt, wenn ihr nichts anderes mehr einfällt als das stupide und hilflose „Weiter so“. Wir haben diese Gefahren, vor denen auch wir wahrlich nicht gefeit waren, wenn wir ehrlich sind, gerade noch rechtzeitig erkannt. Und wir haben mit den Nürnberger Beschlüssen

die Antworten gegeben, deren Fehlen die Union jetzt so umtreibt und sie in Unruhe versetzt. Wir können es deshalb in Ruhe abwarten, ob sich jetzt auch die Union auf diesen Weg macht und sich auch da und dort unseren Positionen zu nähern versucht. Denn das war doch schon oft so. Ob soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung, Umweltschutz als Staatsziel, Ost- oder Deutschlandpolitik oder zuletzt Verzicht auf die Pershing-I-A-Systeme – in all diesen Fällen hat sich die Union mit jahrelanger, gelegentlich jahrzehntelanger Verspätung unserer Politik angeschlossen; oft allerdings halbherzig und oft auch mit schlimmen Rückfällen.

Wir brauchen uns deshalb nicht zu sorgen. Die Menschen können schon ganz gut zwischen dem Original und der – widerwillig gefertigten – Kopie unterscheiden. Aber, Genossinnen und Genossen, wir müssen an unserer Meinungsführerschaft festhalten. Wir müssen diese Meinungsführerschaft ausbauen. Und darum sage ich einmal mehr: Es darf kein Zurück hinter Nürnberg geben. Und ich danke Euch, daß Ihr mit Euren Beschlüssen Nürnberg bekräftigt und noch glaubwürdiger gemacht habt.

Ich tadle nicht, daß einige – wie viele es sind, weiß man ja nicht genau – die Richtung der Union ändern wollen. Aber wie Herr Geißler dabei agiert, wie er dabei beispielsweise zusammen mit Herrn Blüm das Thema Menschenrechte mißbraucht und instrumentalisiert, das verdient schärfste Kritik. Wir Sozialdemokraten haben uns schon seit 1985 öffentlich und im Stillen um die Rettung der vierzehn Chilenen bemüht. Die Bundesregierung hat noch im Juni erklärt, es bestehe wegen dieser Chilenen keinerlei Handlungsbedarf. Dann hat Herr Blüm seine spektakuläre Reise unternommen und den Anschein erweckt, nur so könnten die Chilenen vor dem Schlimmsten bewahrt werden. Dann kam er nach Hause und erklärte wiederum gemeinsam mit Herrn Zimmermann vor dem Parlament, es bestehe keinerlei Handlungsbedarf. Genossinnen und Genossen, das ist unredlich und muß als Unredlichkeit auch gebranntmarkt werden.

Hier geht es nicht um Taten, sondern um Worte. Hier geht es nicht um Inhalte, sondern um die Besetzung von Begriffen. Hier, Genossinnen und Genossen, werden aus der Haut von Menschen, die um ihr Leben fürchten müssen, parteipolitische Riemenschnitten. Und zum Thema Apartheid soll dasselbe Stück ein zweites Mal aufgeführt werden. Das ist nicht nur unredlich, das ist verächtlich.

Unredlich ist auch, daß zwei Parteien, die sich bis aufs Messer bekämpfen und auf den meisten Feldern der Politik geradezu erbitterte Auseinandersetzungen liefern, weiterhin dreist behaupten, daß sie in allen wesentlichen Fragen übereinstimmen und deshalb im Sinne der Geschäftsordnung des Bundestages nach wie vor eine einzige Fraktion seien. Da fällt einem nur die alte Volksweisheit ein „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich“. In Wahrheit, Genossinnen und Genossen, wird die Unionsfraktion nämlich schon lange nicht mehr durch gemeinsame Ziele, sondern nur durch das Bestreben zusammengehalten, der SPD die Rechte und Positionen vorzuenthalten, die ihr als stärkste Fraktion zustünden, wenn CDU und CSU die Geschäftsordnung respektieren würden und auch im Bundestag als gegnerische, um die Richtung streitenden Fraktionen auftreten würden.

Unions-Streit lähmt die Koalition

Der Streit in der Union und in der Koalition hat noch eine weit schlimmere Folge. Er lähmt die Koalition, er macht sie auf wichtigen politischen Feldern handlungsunfähig. Und das in einem Zeitpunkt, in dem aktives und konsequentes politisches Handeln dringender denn je gefordert ist.

Das sind doch nicht Hirngespinnste oder Erfindungen der Sozialdemokraten, das ist doch die Wahrheit: Fünf Jahre nach dem Regierungsantritt des Herrn Kohl und seiner Koalition und nach fünf Jahren einer überaus günstigen Weltwirtschaftskonjunktur hat es unser Land mit einer Stahlkrise, einer Kohlekrise, einer

Werftenkrise, einer Agrarkrise, einer Massenarbeitslosigkeit, die von neuem steigt, einer teils offenen, teils verschämten Armut zu tun, die schleichend weiter um sich greift, und zudem haben wir es noch zu tun mit einer immer deutlicher werdenden Krise der öffentlichen Finanzen!

Über die Stahl- und Kohlekrise brauche ich Euch hier nichts zu erzählen. Sie bedroht mindestens hunderttausend Arbeitnehmer unmittelbar. Und jeder weiß, daß diese Krisen ganze Städte und Regionen, vor allem an der Ruhr und im Aachener Revier mit dem wirtschaftlichen Tod bedrohen. Was tut die Bundesregierung, was tut Herr Kohl eigentlich, um das abzuwenden? Um den Menschen wieder Hoffnung zu geben? Was tun sie, um dem Verfassungsgebot Genüge zu tun, das ihnen die Schaffung und Erhaltung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilen der Bundesrepublik zur Pflicht macht?

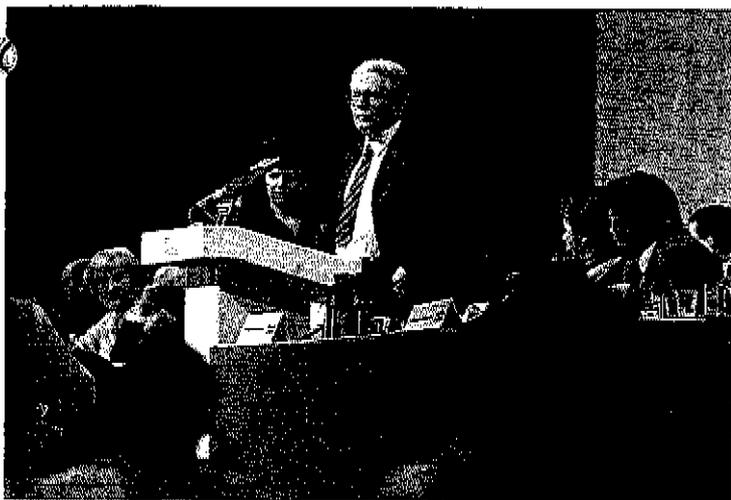
Genossinnen und Genossen, das sind nicht Wohltaten, wenn sie in dieser Richtung tätig werden, das ist ihre verfassungsmäßige Pflicht. Und wir fordern die Erfüllung dieser Pflichten ein. Die Agrarkrise bedroht nach Angaben des Bauernverbandes, und an dessen Spitze stehen ja nun wahrlich keine Sozialdemokraten, die Existenz von annähernd 200 000 bäuerlichen Familienbetrieben. Die Massenarbeitslosigkeit wird in diesem Jahr im Durchschnitt bei 2,2 Millionen liegen, und dabei arbeiten wir noch mit den Zahlen der Statistik, von denen wir wissen, daß sie der Wirklichkeit wegen absichtlicher Manipulation, teils wegen Unvollständigkeit der Erfassung, nicht entsprechen. Und diese Zahl wird in den nächsten Jahren eher noch steigen. Und sie wächst zur Zeit ja schon wieder gegenüber dem Vorjahr. So allein Ende September gegenüber September 1986 um über 60 000. Ebenso wächst die Zahl der Kurzarbeiter wieder, und zwar fühlbar. Unsere Langzeitarbeitslosen, das heißt die, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, haben inzwischen eine dreiviertel Million erreicht. Das sind nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung rund 360 000 Langzeitarbeitslose mehr als im Durchschnitt des letzten Amtsjahres von Helmut Schmidt. Und die Armut, die die Union am liebsten totschiweigen möchte, schlägt sich immer deutlicher in den Leistungen der Sozialhilfe nieder, die zugleich die Finanzkraft der Kommunen und der Städte, hier vor allem im Revier, in kaum noch erträglicher Weise belastet. 1981 waren es 16,3 Milliarden, 1986 aber 24 Milliarden DM, also eine Steigerung um rund 50 Prozent in fünf Jahren. Und das nicht, weil die Leistungen gesteigert wurden, sondern deswegen, weil mehr und mehr Menschen das Existenzminimum nur mit Hilfe der Sozialhilfe erreichen können.

Neuverschuldung wird sich verzehnfachen

Auch die Krise der öffentlichen Finanzen spiegelt sich in alarmierenden Zahlen. So wird das Defizit von Bund, Ländern und Gemeinden 1990 je nach Konjunkturverlauf nicht, wie bisher geschätzt, bei 24,5 Milliarden, sondern zwischen 64,5 und 105 Milliarden DM liegen. Und das sind nicht Zahlen, die wir erfunden haben, das sind Zahlen, die von Herrn Späth oder von Herrn Rommel stammen. Herr Späth spricht von 85 Milliarden, und Herr Rommel steht in der Schätzung noch höher. So heißt es, die Neuverschuldung der öffentlichen Hände wird sich in diesem Jahr gegenüber ihrer bisherigen Planung sogar verzehnfachen. Ich muß wieder fragen und, Genossinnen und Genossen, stellt Ihr bitte die Fragen draußen auch: Was wäre passiert, wenn unter Hans Matthöfer oder Hans Apel und Helmut Schmidt die Schuldenaufnahme sich gegenüber der Planung verzehnfacht hätte? Ich lasse mit mir darüber reden, ob Schuldenaufnahmen gesteigert werden müssen, weil es die Arbeitsmarktlage oder die wirtschaftliche Situation erfordert, aber ich lasse den anderen nicht durchgehen, daß sie uns jahrelang mit diesen Verschuldungskampagnen die Hölle heiß gemacht haben. Außerdem will ich wissen, wofür Schulden gemacht werden, und ich füge hier ein, Schulden für den Abbau der Arbeitslosigkeit, dafür sind Sozialdemokraten Gesprächs-

partner. Schulden, um die Spitzensteuer zu senken – mit uns niemals und unter keinen Umständen! Laßt mich noch einmal zu den Kommunen kommen: Die Kommunen, Städte, Gemeinden und Landkreise werden 1990 einen Einnahmeausfall von über zehn Milliarden DM erleiden und mit ihrer Investitionskraft auf das Niveau der 50er Jahre absinken. Gleichzeitig werden bis zum Ende der jetzt gültigen mittelfristigen Finanzplanung die Investitionen des Bundeshaushaltes mit 11,2 Prozent auf den tiefsten Stand seit 1949 sinken.

Und da muß ich wieder an die Vergangenheit erinnern. Schuldenaufnahme für ein ZIP-Programm, das Hunderttausenden von Menschen über lange Zeit Arbeit gegeben hat, ja! Schulden, die aufgenommen werden, während gleichzeitig die Investitionsquote auf einen absoluten Tiefstand sinkt, sind unverantwortlich und fordern die Kritik heraus. Und zu all dem sagt die Union: Weiter so? Herr Kohl meint das und behauptet nach wie vor, aber das tut er ja nun fast nur noch allein, seine Regierung sei die erfolgreichste Europas und es gehe uns so gut wie nie zuvor. Wenn diese Regierung die erfolgreichste Europas ist, dann möchte ich einmal die weniger erfolgreichen Regierungen in Europa sehen: Das ist ja eine kollektive Kränkung aller europäischen Regierungen! Das sollten wir laut und deutlich sagen. Die Bundesrepublik ist weiß Gott kein Armenhaus. Im Ge-



genteil: Das Bruttosozialprodukt ist in der Zeit von 1982 bis 1986, und ich meine jetzt das Jahresbruttosozialprodukt im Jahr 82 verglichen mit dem Jahr 86, um über 350 Milliarden DM gestiegen. Und in einzelnen Branchen, selbst bei den Banken und in der chemischen Industrie, sind die Gewinne geradezu explodiert. Es gibt übrigens dafür noch ein sehr anschauliches Beispiel. Ich finde VW großartig. Und was die Arbeitskolleginnen und -kollegen dort leisten, und was sie für Autos bauen, viele und gute, finde ich Klasse. Aber wie da verdient wird, das wird doch deutlich, wenn man verfolgt hat, daß da eine halbe Milliarde fehlt und die merken das gar nicht! Sonst geht der, dem was fehlt, zum Staatsanwalt und sagt, was ist hier los. Hier kam der Staatsanwalt und sagte: „Fehlt bei Ihnen nicht was?“ Das ist doch ein Zeichen dafür, daß die Ertragslage Klasse ist. Und, Genossinnen und Genossen, wir sollten dies auch nicht herunterreden. Das, was ich da sage, ein Plus von 350 Milliarden DM Bruttosozialprodukt, zeigt, welche Kraft in unserem Volk und in unserer Volkswirtschaft steckt. Und mit welchem Fleiß und welchem Können unsere männlichen und weiblichen Facharbeiter, Techniker, Ingenieure und Kaufleute, unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt und auch Männer und Frauen in den Unternehmensleitungen tätig sind. Denn ihrer aller Anstrengung ist das volkswirtschaftliche Ergebnis in erster Linie zu verdanken. Daneben haben natürlich auch günstige Außenbedingungen, wie etwa die gesunkenen Öl- und Rohstoffpreise, eine Rolle gespielt. Das heißt übrigens auch, daß ein Teil unseres Wohlstandes aus bitteren Einbußen und dem Elend der Dritten Welt stammt. Das zu sagen, ist nicht populär – aber es ist die Wahrheit!

Ein neuer Skandal ersten Ranges

Ich will jetzt nicht auf die Frage eingehen, ob diese Entwicklung auf einem festen Fundament ruht und ob alle Faktoren des Bruttosozialproduktes auch dem sozialen Nutzen dienen. Bis in die Reihen der Koalition hat sich ja inzwischen herumgesprochen, daß wir für Teile dieses qualitativen Wachstums einen unverantwortlich hohen Preis an Qualität der Umwelt und des Lebens zahlen. Ich lasse auch die Frage dahingestellt, wie lange diese Konjunktur so noch andauern wird. Immerhin gibt es nach Meinung unabhängiger Institute Warnzeichen, die möglicherweise, wir wollen das nicht hoffen, ein Ende, jedenfalls aber eine Verlangsamung der gegenwärtigen Konjunktur als möglich, wenn nicht sogar als wahrscheinlich erscheinen lassen. Ich konzentriere mich vielmehr auf die Frage: Wem ist denn diese gemeinsame Anstrengung, wem ist denn dieses Plus von 350 Milliarden eigentlich zugute gekommen? Wohin ist der Zuwachs denn eigentlich geflossen? Und ich ergänze die Frage: Ist unsere wirtschaftliche Stärke genutzt worden, um die Arbeitslosigkeit abzubauen, um Strukturkrisen zu überwinden und um Vorsorge für die Zukunft zu treffen?

Die Antwort ist ein klares Nein! In Wahrheit hat in den fünf Jahren der Regierung Kohl die größte Umverteilung in der Geschichte der Bundesrepublik stattgefunden. Und zwar eine Umverteilung von unten nach oben. 1982 betrug der Anteil der Arbeitnehmereinkommen, der Anteil der Arbeitnehmereinkommen an Löhnen und Gehältern, am gesamten Netto-Einkommen unseres Volkes 66,3 Prozent. 1986, also im fünften Jahr der Regierung Kohl, sind es noch 58,4 Prozent. Gleichzeitig ist der Anteil der Unternehmens- und Vermögensbesitzer am Gesamt-Netto-Einkommen von 33,7 Prozent auf 41,6 Prozent gestiegen. Von dem Zuwachs, also den Ergebnissen gemeinsamer Anstrengungen, sind den Arbeitnehmern netto, nach Abzug der Steuern und der Abgaben, ganze 52,7 Milliarden DM, den Unternehmenseignern und Vermögensbesitzern aber netto 142,4 Milliarden DM geblieben. Genossinnen und Genossen, der Anteil der Arbeitnehmer am Netto-Volkseinkommen war, vom Jahr 1953 abgesehen, da war es noch ein viertel Prozent weniger, nie so niedrig wie im fünften Jahr der Regierung Kohl seit Gründung dieser Bundesrepublik. Und noch nie in unserer Geschichte ist in fünf Jahren eine solche Veränderung in der Verteilung unseres Bruttosozialproduktes eingetreten. Genossinnen und Genossen, das ist für sich schon ein sozialer Skandal ersten Ranges.

Es fehlt am politischen Willen der Regierung

Und ich lade Euch ein, daß Ihr diese Zahlen unter die Menschen bringt und sie anschaulich macht. Ihr könnt nicht warten, bis die Bild-Zeitung diese Zahlen bringt. Da werdet Ihr schwarz, wenn Ihr so lange wartet. **Ihr** müßt diese Zahlen unter die Menschen tragen. Auf dem Hintergrund dieser Zahlen ist aber auch die Passivität der Koalition gegenüber der Massenarbeitslosigkeit und gegenüber der Stahl- und Kohlekrise noch härter zu verurteilen. Genossinnen und Genossen, daß wir 1947, 48, 49, als wir bettelarm waren, in der Lage waren, 14 Millionen Flüchtlingen zu helfen, daß sie hier wieder Boden unter die Füße bekamen, daß wir als Bettelarme durch eine große Gemeinschaftsanstrengung in der Lage waren, die neun Millionen Wohnungen, die fehlten, in relativ kurzer Zeit zu schaffen und unsere Städte wieder aufzubauen, dies führt doch zu der Frage, warum das, was damals möglich war, jetzt, wo wir steinreich sind und über diese Stärke verfügen, nicht möglich sein soll, wenn es um die Senkung der Arbeitslosigkeit geht. Es fehlt nicht an den Mitteln zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und zur aktiven Gestaltung und sozialen Absicherung der Strukturveränderungen. Der Zuwachs von 350 Milliarden macht das deutlich. Es fehlt an etwas ganz anderem. Es fehlt

am politischen Willen dieser Regierung, tatsächlich dies als eine Gemeinschaftsaufgabe anzusehen. Und Herr Bange mann sagt das auch ganz klipp und klar, das müsse man alles dem Selbstlauf der Wirtschaft überlassen. Da dürfe sich der Staat und die Politik nicht einmischen.

Nur in einem Punkt, da will die Regierung handeln, und das ist die Senkung der Spitzensteuersätze. Die und weitere Steuermaßnahmen verspricht die Regierung unentwegt. Aber sie sagt nicht, daß sie damit die Länder und Gemeinden finanziell an den Rand des Ruins bringt und viele Städte und Gemeinden tatsächlich finanziell ruiniert. Und sie sagt erst recht nicht, wie sie den Fehlbetrag von 20 Milliarden decken will, für den auch nach ihrer Meinung ein Ausgleich notwendig ist. Da reden Herr Kohl und Herr Stoltenberg ganz nebulös von „Umschichten“ oder von „Erweiterung der Bemessungsgrundlage“. In Wahrheit steckt dahinter die Absicht, die Mehrwertsteuer oder andere Verbrauchssteuern zu erhöhen oder die Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmer durch die Besteuerung der Sonn- und Feiertagszuschläge oder auch durch die Kürzung der Freibeträge oder auch durch andere Maßnahmen noch weiter zu steigern. Da sagt Herr Stoltenberg in der Haushaltsdebatte, er werde hier angemessen vorgehen, weil das Bundesverfassungsgericht die völlige Abschaffung der Arbeitnehmerfreibeträge verboten habe. Genossinnen und Genossen, was ist das für eine Ausflucht, wo sind wir eigentlich, daß ein Bundesminister der Finanzen im Bundesrat erklärt, daß er Bundesverfassungsgerichtsurteile respektieren werde. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit! Auch das ist nur eine mißglückte Ausflucht. Die Wahrheit ist: Die Mehrheit unseres Volkes wird nach der Verwirklichung dieser farnosen Steuerpläne nicht besser, sondern schlechter dastehen als heute. Den Rahm werden nur die ganz hohen Einkommen, die mit den Spitzensteuersätzen, abschöpfen.



Wir lehnen Steuersenkungen nicht generell ab. Im Gegenteil. Wir halten es beispielsweise für ein Unding, daß immer noch Mitbürgerinnen und Mitbürger Steuern zahlen müssen, deren Netto-Einkommen nach Abzug der Steuern unter den Sozialhilfesätzen liegt. Steuersenkungen, bei denen die Großverdiener auf Kosten der breiten Schichten entlastet werden, sind jedoch ungerecht und unsozial. Wir werden sie weiterhin mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Und wir warten jetzt gespannt auf den Tag im Oktober, an dem Herr Stoltenberg seine Deckungspläne tatsächlich vorlegt, an dem die Hosen auf diesem Gebiete heruntergelassen werden. Es wird kein erfreulicher Anblick sein, der sich da bietet. Und da mache ich auch keinen Unterschied, wer von den Verantwortlichen die Hosen herunterläßt.

110

Wir setzen dem Versagen Konzepte entgegen

Aber wir kritisieren nicht nur. Wir setzen dem Versagen der Koalition unsere Konzepte entgegen. Etwa die Arbeitszeitverkürzung und das Projekt Arbeit und Umwelt zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Oder unser Stahl- und Kohlekonzept. Ihr habt diese Konzepte, die sehr weitgehend mit den Forderungen der Gewerkschaften übereinstimmen, insbesondere auch mit den Forderungen der IGBE in Euren gestrigen Beschlüssen bekräftigt und wollt wie in der Vergangenheit Euren Beitrag als Land leisten. Und hier muß ich einmal sagen, auch von den anderen Bundesländern her gesehen, was NRW in nationalen Interessen an Steuergeldern für die Sicherung der Steinkohle aufgebracht hat, das ist eine Leistung, die nicht im nachhinein Kritik, sondern hohe Anerkennung und Solidarität der übrigen Bundesländer verdient.

Ich begrüße Eure Beschlüsse zu diesem Punkt. Und ich füge hinzu: Wir wissen, daß man nicht auf Dauer mehr produzieren kann, als der Markt aufnimmt. Aber die notwendigen Umstellungen dürfen eben nicht mit Massenentlassungen und dem Ruin ganzer Regionen einhergehen. Deshalb, und das sagen wir nicht nur hier, sondern das sagen wir auch bei jeder Gelegenheit im Bundestag, deshalb muß der Bund hier genauso helfen, wie er das mit weit höheren Beträgen beim Airbus oder bei der Landwirtschaft Tag für Tag tut. Genossinnen und Genossen, ich kritisiere gar nicht, daß auf den Gebieten etwas geschieht, aber wenn es in Bereichen geschieht, in denen die wirtschaftlichen Strukturen in einem ganz anderen Zustand wie hier sind, dann muß es erst recht hier geschehen, und da möchte ich auch noch einmal ein Wort zu Herrn Späth sagen. Wenn Baden-Württemberg sogar eine Ansiedlung von Daimler-Benz mit einem dreistelligen Millionenbetrag fördert, dann können sich Baden-Württemberg und Lothar Späth nicht ins Abseits stellen, wenn es um eine nationale Gemeinschaftsanstrengung für das Revier und für die Kohle- und Stahlgebiete geht. Die Ankündigungen vom letzten Donnerstag, die haben wir gehört, und ich habe nicht zu widersprechen, wenn die IG Metall sagt, das sei ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings nur ein Schritt, und wenn man es vergleicht mit den Leistungen des Landes, dann muß man hinzufügen: Es ist ein ungenügender Schritt. Anerkennung verdient eigentlich nur eines, und diese Anerkennung in Anführungszeichen: Was aus einem Plus von 40 Millionen, das nun tatsächlich bei der Stahlrunde für Nordrhein-Westfalen herausgekommen ist, was aus diesem Plus von 40 Millionen in einer geradezu demagogischen Weise propagandistisch gemacht wird! Aber, Genossinnen und Genossen, das gehört zu dem, was Johannes Rau gestern gesagt hat. Das beste Mittel gegen den Nachfolger von Herrn Worms ist ein gutes Gedächtnis, ist die Frage, in Wochen und Monaten bohrend wiederholt, was aus all diesen Ankündigungen und Versprechen eigentlich geworden ist.

Das Revier hat moralischen Anspruch auf Hilfe

Der Bund muß sich auch bei der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen engagieren. Man muß im gesamtwirtschaftlichen, im gesamten Interesse der Republik bei der notwendigen Strukturveränderung in Eurem Lande helfen. Darauf haben die Regionen, die seinerzeit einen entscheidenden Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik geleistet haben, denen wir alle seinerzeit für jede Tonne Stahl, die zusätzlich erzeugt wurde, für jede Tonne Kohle, die letztlich gefördert wurde, dankbar waren, auch einen moralischen Anspruch. Wenn dieser Anspruch nicht erfüllt wird, dann werden die Betroffenen seine Erfüllung auf ihre Weise einfordern. Mit Protesten und Demonstrationen, vielleicht auch mit einer Demonstration an die richtige Adresse in Bonn, wie das erst kürzlich die Eisenbahner in sehr eindrucksvoller Weise getan haben. Und

das wird dann sozial, aber auch ökonomisch teuer werden, als wenn den Betroffenen wirksam geholfen wird. Außerdem erfordern unsere nationalen Interessen ein ausreichendes Maß an Produktionskapazität beim Stahl und die Erhaltung einer entsprechenden Förderkapazität bei der Kohle.

Deshalb bekräftige ich für die gesamte Sozialdemokratie: Ein „Aus“ für die Kohle wird es mit der SPD ebensowenig geben wie ein „Aus“ für den Stahl. Das ist die Leitlinie unserer Politik seit Jahrzehnten, und dabei bleibt es. Wir fordern weiterhin die nationale Stahlrunde, ein Konzept, das die Stahlstandorte in ihrem Kern erhält, und ein Programm für die Standorte im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe und auf der Grundlage der Bund-Länder-Finanzierung, nach Artikel 194a, Absatz 4 des Grundgesetzes, eine energische Intervention gegen die überbordenden Subventionen in anderen europäischen Ländern und die volle Ausschöpfung der Mittel des EG-Sozialfonds. Im übrigen, wenn hier Namen genannt werden in diesem Zusammenhang, dann muß ich sagen, einer von denen, die vieles in Brüssel versäumt haben, die in Brüssel nicht entschieden genug aufgetreten sind, das ist auch Graf Lambsdorff, der jetzt über-



Wir SPD in NRW:

all als Kritiker auftritt und im nachhinein alles besser weiß und sich damit im Grunde selber kritisiert. Wir unterstreichen die Notwendigkeit einer Fortsetzung der Kohlevorrangpolitik.

Ein Stück aus dem Tollhaus

In diesem Zusammenhang ein Wort zur Kernenergie. Es ist doch fast ein Stück aus dem Tollhaus, wenn die Herren Kohl, Blüm und Bangemann jetzt den Bergleuten weismachen wollen, daß ihre Rettung von neuen und zusätzlichen Atomkraftwerken abhängt. Neue Atomkraftwerke, die ans Netz gehen, bedeu-

ten, daß Kohle verdrängt, sie bedeuten nicht, daß Kohle gerettet wird. Jedes neue Kernkraftwerk, das ans Netz geht, ist ein Todesurteil für zwei oder drei Zechen. Das ist die Wahrheit. Und diese Wahrheit müssen wir auch unter die Menschen bringen. Die Argumentation, neue und zusätzliche Kernkraftwerke zur Rettung der Kohle, die käme mir so vor, als wenn die Bundesbahn dafür eintreten würde, noch mehr Autos zu verkaufen, damit die Bundesbahn überlebt. Das hat ungefähr die selbe Logik.

Kernenergie: Wir bleiben beim Nein

Wir bleiben deshalb beim Nein zu einer Technologie, deren gefahrlose Beherrschbarkeit nur gewährleistet sehen kann wer glaubt, daß Menschen unfehlbar seien. Genossinnen und Genossen, bei den Risiken, die wir heute nicht nur verstandenmäßig, sondern auch mit dem Bewußtsein erfassen, bei der tiefen Unterscheidung der Gefahr hier, weil sie räumlich und zeitlich nicht begrenzt ist gegenüber den bisherigen Erfahrungen, wäre diese Technologie nur vertretbar, und das haben wir ja lange und zäh und bitter gelernt, wenn Menschen sagen könnten, überall mag es Fehler geben, aber wenn Menschen Atomkraftwerke bauen, planen und betreiben, dann wird es keine Fehler geben, kein menschliches Versagen, dann wird nicht das Material versagen, dann wird nie das Verfahren außer Kontrolle geraten. Hier ist ein Punkt, der in meinem eigenen Prozeß das Nein schließlich zur zwingenden Antwort macht. Dafür nehme ich nicht die Partei in Anspruch, das ist meine persönliche Aussage. Ich sage, unfehlbar ist der Herrgott. Wenn Menschen anfangen zu behaupten, sie seien auf einem bestimmten Gebiet unfehlbar, dann sprengen sie den Rahmen der ihnen von ihrer schicksalhaften Bestimmung her gesetzt ist. Und das ist für mich der letzte Grund für das Nein. Wir bleiben bei der Forderung, eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft binnen einer Frist möglich zu machen, die wir – entsprechende Gesetzgebungsmehrheiten vorausgesetzt, das steht nämlich im Nürnberger Beschluß –, auf ein Jahrzehnt veranschlagt haben.

Das Brockdorf-Gutachten, das Eure Landesregierung eingeholt hat, stützt unsere Einschätzungen, und es sollte nicht in Strom der vielen Meldungen untergehen, daß jetzt auch der Hauptvorstand der geschäftsführenden VdEW und sogar der Bundeskongreß der DAG Beschlüsse gefaßt haben, die in unsere Richtung zielen. Dieses Nein zu einer bestimmten Technologie verbindet sich mit einem Ja zu wirklichem, zu menschlich-freundlichem technischem Fortschritt. Denn wir haben durchaus Vertrauen zu unseren Naturwissenschaftlern, zu unseren Ingenieuren und zu unseren Facharbeitern! Wir trauen ihnen zu, daß sie die gewaltigen Reserven der Energieeinsparung nutzen und alternative Arten der Energieerzeugung entwickeln können, wenn wir nur die Kräfte auf dieses Ziel konzentrieren. Genossinnen und Genossen, ich bin älter und, wie Ihr beobachtet habt, im allgemeinen auch ruhiger geworden. Aber es gibt Punkte, da kann ich mich ereifern wie ein Junger. Und dies ist ein solcher Punkt. Wenn es um neue militärische Technologien, wenn es um immer tödlichere Systeme im Weltall oder hier auf der Erde geht, dann ist alles möglich! Dann ist kein Aufwand zu hoch, dann ist kaum irgendeine Frist zu kurz. Von dem ersten gelungenen Atomspaltungsversuch im Jahre 1938 bis zum Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima hat es ganze sieben Jahre gedauert. Ich weigere mich, und ich glaube, wir alle weigern uns, es zu akzeptieren, daß Wissenschaft und Technik zu solchen Anstrengungen nur auf militärischem, aber nicht auf zivilem Gebiet möglich sein soll. Darin steckt, daß wir zu Naturwissenschaften, zur Technik, zu Facharbeitern Vertrauen haben, und das läßt sich auf die einfache Formel bringen: Herrgott nochmal, dann holen wir doch unsere besten Köpfe und Hände ein Zeitlang aus den Rüstungslabors dieser Welt heraus und setzen sie hinter diese Aufgabe; und es ginge mit dem Teufel zu, wenn wir es nicht schaffen sollten.

NRW-SPD und Bundes-SPD sprechen mit einer Zunge

Euer gestriger Beschluß bringt all dies zum Ausdruck. Und er steht mit Nürnberg in vollem Einklang. Ich danke Euch, ich danke Johannes Rau, ich danke Euch allen, daß Ihr die Hoffnungen derer enttäuscht habt, die geglaubt haben, hier würde sich ein Widerspruch auf tun zwischen Nürnberg und dem, was Ihr hier beschließt. Nein, diese Erwartungen unserer Gegner sind enttäuscht worden. Die nordrhein-westfälische SPD und die Bundes-SPD sprechen in dieser Frage mit einer Zunge, und dafür danke ich Euch. Ich füge hinzu, dieser Beschluß macht deutlich, daß Landesregierungen an das geltende Recht gebunden sind und es so lange anwenden müssen, bis wir stark genug sind, dieses Recht zu ändern. Laßt mich da noch eine kleine Fußnote hinzusetzen, ohne eine große Energiedebatte auslösen zu wollen. Ich habe gelesen, daß die Entsorgungsfra ge wieder Gegenstand der Prüfung sein soll. Wenn man dieses Traverspiel in Gorleben verfolgt, dann wird diese Frage der Entsorgung noch einmal eine Frage werden, die das Gesamtproblem auf den Tisch bringt – auch unter dem geltenden Recht.

Ich kann heute nicht alle Felder der Politik behandeln, obwohl es mich drängen würde, auch auf Feldern der Alterssicherung, der Kostendämpfung im Gesundheitswesen, Umweltschutz, Bewahrung der inneren Liberalität, dem Versagen der Koalition unsere Rezepte entgegenzusetzen. Auch hier versäumt die Koalition ihre Pflicht. Und das gilt auch wiederum für den Herrn Bundesarbeitsminister. Ich hätte einen Ratschlag für ihn: Er sollte weniger in der Welt herumreisen, stattdessen endlich auf seinem Arbeitsgebiet als Bundesarbeitsminister sein Pensum erledigen. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt zur Reform der Rentenversicherung und ein Konzept zur Reform des Gesundheitswesens. Herr Blüm hat bisher auch auf diesem Sektor nur heiße Luft und farbige Sprechblasen geliefert.

Zu einem Thema will ich mich aber noch äußern, nämlich zur Sicherung des Friedens. Denn alle Anstrengungen setzen die Erhaltung des Friedens voraus. Erfreulicherweise sieht es so aus, als ob sich die Weltmächte jetzt in Bälde endgültig über die Verschrottung der Mittelstreckenraketen einigen werden. Und, Genossinnen und Genossen, ich möchte hier einmal sagen, dies wird ein Tag der Freude und der Hoffnung für die Friedensbewegung. Wenn nicht so viele Millionen von Menschen gefordert hätten, macht an irgendeiner Stelle endlich Schluß mit diesem wahnwitzigen Rüstungswettlauf, dann wäre der Tag heute noch nicht in Sicht. Und darum ist es ein Tag der Freude und der Zuversicht. Mir gefällt nicht alles, was im Fernsehen zu sehen ist. Aber die Sendung, wenn die Zerstörung der ersten Rakete und die Zerstörung des ersten Sprengkopfes gezeigt wird, das wird ein Eindruck sein, der in den Köpfen hängenbleiben wird. Noch hoffnungsvoller wäre es allerdings, wenn die Bundesrepublik und die Bundesregierung dieser Entwicklung vorangehen und sie nach Kräften fördern würde, statt ihr zögernd und widerwillig zu folgen und bei jedem Schritt wieder neue Schwierigkeiten zu machen. Statt, wie wir das schon jetzt tun, die dritte Nulllösung, nämlich die Nulllösung für Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von 150 bis 500 km und konventionelle Abrüstungsmaßnahmen zu fordern.

Wir sind im Aufstieg – aber noch nicht über den Berg

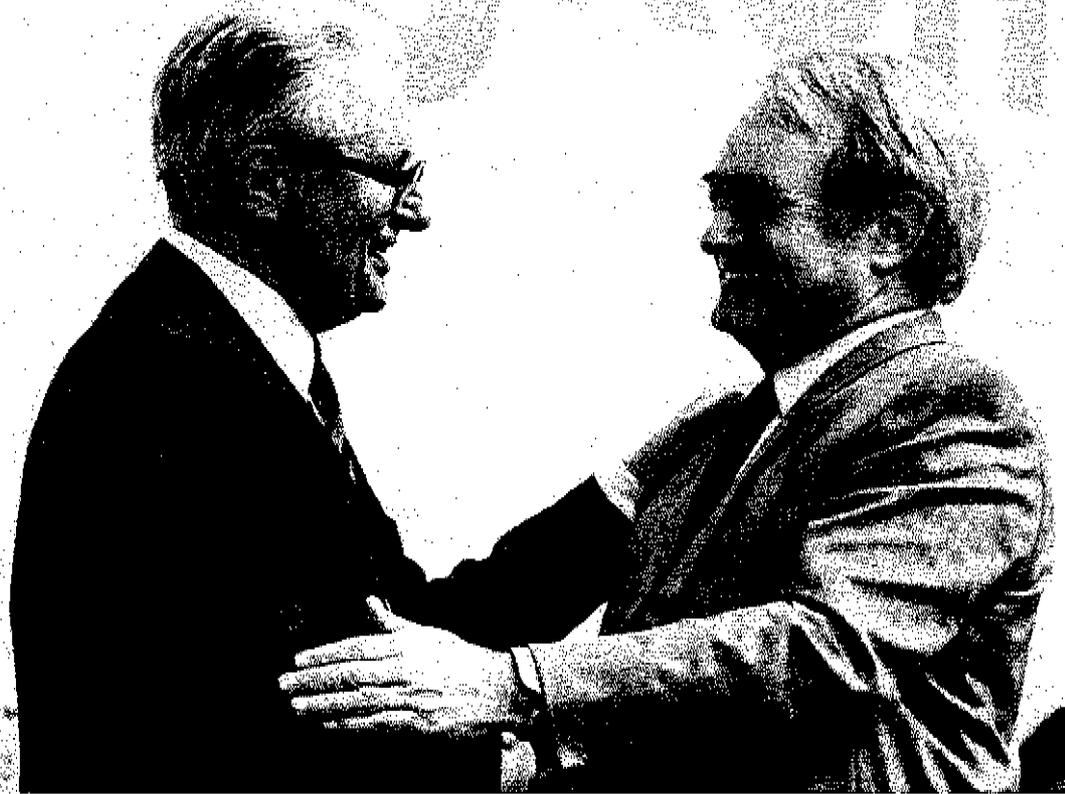
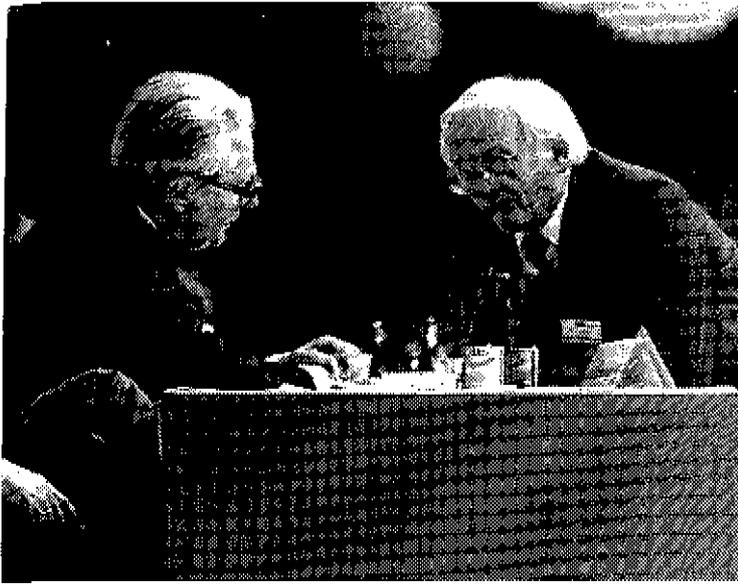
Genossinnen und Genossen: Es ist oft von Meinungsführerschaft die Rede. Ich glaube, es ist unsere Partei in einer gemeinsamen Anstrengung gelungen, auf diesem Feld wieder die Meinungsführerschaft zu übernehmen. Ich denke dabei auch an den Begriff der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, der noch vor zwei Jahren mit Handbewegungen abgetan wurde und heute in der internationalen Diskussion bereits eine zentrale Rolle einnimmt. Und ich habe auch mit Genugtuung ver-

merkt, daß der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Richard von Weizsäcker, bei der Tischrede, als Honetker sein Gast war, sich für die weitere Konkretisierung dieses Begriffs der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit der beiden Bündnisse ausgesprochen hat. Und da eine kleine Fußnote am Rande, das darf ja auch mal sein, Genossinnen und Genossen. Mir ist es ja recht, wenn der Bundeskanzler ins Ausland fährt. Aber wenn der Bundespräsident ins Ausland fährt, dann ist mir noch wohler.

Ich sagte, wir haben wieder Tritt gefaßt, wir sind wieder im Aufstieg, aber, ich sag's noch einmal, wir sind noch nicht über den Berg, dazu sind noch große Anstrengungen erforderlich. Drei erscheinen mir besonders wichtig. Erstens, und das ist eine Bitte, die ich überall in der Bundesrepublik an die Partei richte, nicht nur bei Euch: Macht die Fenster und Türen der Partei so weit wie nur möglich auf. Wartet nicht, bis die Menschen zu uns kommen. Sucht sie dort auf, wo sie sich befinden, wo sie leben, und redet nicht nur auf sie ein, sondern hört den Menschen auch zu. Und helft ihnen, wenn sie Hilfe brauchen. Nicht mit Beschlüssen allein, sondern so konkret wie möglich. Genossinnen und Genossen: Ein Mensch, dem Sozialdemokraten in einer konkreten Lebenslage geholfen haben, der wird uns stärker folgen und stärker glauben als einer, den wir mit 20 Drucksachen ausgestattet haben. Mit Worten predigen ist gut und wichtig, mit seinem eigenen Beispiel, ja mit seinem eigenen Leben zu predigen, das ist besser. Und wieder ein Einschub: Woher beruht denn das hohe moralische Ansehen eines Mannes wie Herbert Wehner? Es beruht doch darauf, daß dieser Mann Zeit seines Lebens mit seinem Tun und mit seinem Leben gepredigt hat und nicht nur mit Worten. Deshalb ist es wichtig, daß wir nicht zuviel Zeit im inneren Betrieb verbrauchen. Es muß auch noch Zeit für die Mitarbeit in den Gewerkschaften, in Verbänden und Vereinen, in Initiativen und Selbsthilfegruppen oder auch bei Kirchengemeinden bleiben. Dort und im Betrieb und in der Nachbarschaft sollte man sich dann allerdings auch als Sozialdemokrat oder als Sozialdemokratin zu erkennen geben, nicht aufdringlich, aber selbstbewußt und nicht – wie Johannes Rau das immer wieder gesagt hat im vergangenen Jahr – mit gesenktem Kopf.

Das schöpferische Potential der Gesellschaft nutzen

Zweitens: nehmt die Diskussion über unser Grundsatzprogramm ernst. Dank Willy Brandt und der Kommission, die unter seinem Vorsitz tätig war, und hier erwähne ich ausdrücklich, weil er viele Anstöße gegeben hat, Erhard Eppler, haben wir für diese Arbeit in Gestalt des Irseer Programmtextes eine vorzügliche Grundlage. Jetzt muß die breite Diskussion dieses Entwurfs in Gang gesetzt werden. Gerade bei einem Grundsatzprogramm gilt auch der Weg, der Prozeß, der zum endgültigen Text führt. Die Art und Weise, wie er zustande kommt, ist wichtig, nicht nur das Ergebnis. Godesberg hat uns vor 30 Jahren großen Auftrieb gegeben. Das kann sich, wenn wir es nur richtig anfangen, wiederholen. Aber auch hier dürfen wir nicht unter uns bleiben. Sachverstand, Perspektiven über den Tag hinaus, Verantwortungsbewußtsein, auch für das Leben kommender Generationen, gesellschaftliches Engagement, soziale Phantasie, Genossinnen und Genossen, das alles gibt es nicht nur in unseren Reihen. Das gibt es in reichem Maße in allen Schichten und in vielen Institutionen unseres Volkes. Wir wären nicht nur arrogant, wir wären auch töricht, wenn wir uns das schöpferische Potential in unserer Gesellschaft nicht zunutze machen würden. Natürlich wird das neue Programm unserer Partei sein, das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Und wir haben es seinerzeit zu verabschieden und zu verantworten. Aber nach einer breiten Diskussion kann, nein, meine Überzeugung ist, wird dieses Programm fester, realistischer, kühner und vielleicht auch verständlicher sein, als wenn wir es nur in engen Zirkeln vorbereiten. Denn die Menschen wissen, daß die Fragen, die wir hier beantworten,



nicht nur Fragen an eine Partei sind, sondern Fragen an unser ganzes Volk, ja Fragen an die ganze Menschheit, und darum ladet sie ein, uns zu raten und uns zu helfen und uns zu unterstützen. Wer einmal um seinen Rat gefragt worden ist, ist schon auf dem Wege dazu, sich für uns zu öffnen und sich zu engagieren.

Drittens: Werbt neue Mitglieder! Gewiß, Eure Organisationsdichte ist vergleichsweise hoch, von je 45 Wahlberechtigten in Nordrhein-Westfalen ist eine oder einer Mitglied unserer Partei. Aber das genügt nicht. Die Zahlen waren auch bei Euch schon höher. Wir dürfen nicht austrocknen. Und die Tatsache, die ich auf dem Juso-Bundeskongreß erwähnt habe, daß die Zahl unserer Mitglieder zwischen 24 und 35 von 1976 164 000 auf jetzt 86 000 zurückgegangen ist, ist ein Alarmzeichen, das wir nicht überhören dürfen. Und darum sage ich, bei aller Bedeutung unserer inhaltlichen Arbeit, darum sage ich als Vorsitzender dieser Partei, zehn neue Mitglieder, das kann wichtiger sein als eine noch so gute Entschließung. Ich bitte deshalb, daß jede Ortsvereinsversammlung, jede Vorstandssitzung, jeder Parteitag in nächster Zeit mit einem Bericht über die Mitgliederentwicklung beginnt. Zur allgemeinen Überraschung kann ich mitteilen, daß nach diesem Verfahren bereits auch der Parteivorstand das erste Mal über diese Situation beraten hat mit interessanten Vergleichszahlen und Vergleichsentwicklungen zwischen den Bezirken. Hier kann man ruhig ein bißchen Wettbewerbsgefühle ansprechen.

Kümmert Euch um die neuen Mitglieder

Außerdem noch eine Bitte: Ich bin mir nicht zu schade, auch bei dieser Gelegenheit über solche Dinge zu reden, das gehört nämlich auch zu unserer Politik und zu unserem Erfolg. Ich bitte nämlich, wenn einer oder eine neu geworben worden ist, dann kümmert Euch um das neue Mitglied. Es kann doch nicht wahr sein, daß von den Geworbenen nach einem Jahr ein nicht unbeträchtlicher Prozentsatz schon wieder unsere Reihen ver-

läßt! Das ist eine Kritik daran, wie wir mit denen, die mitmachen wollen, umgehen.

Genossinnen und Genossen, die Partei, der wir angehören, ist keine Eintagsfliege und keine zufällige Ansammlung von Menschen, die flüchtig zusammentreffen und dann wieder auseinanderlaufen. Wir sind eine Gemeinschaft, deren Geschichte weiter zurückreicht als die anderen Parteien. Im nächsten Jahr werden wir im Reichstag in Berlin und dann in einem großen Treffen in Frankfurt das 125jährige Jubiläum, die 125jährige Wiederkehr des Tages feiern, an dem Ferdinand Lassalle den Vorsitz, die Präsidentschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins übernommen hat. Wir sind auch eine Gemeinschaft, die unsere verfassungsmäßige und unsere gesellschaftliche Ordnung stärker geprägt hat als jede andere politische Kraft in diesen 125 Jahren. Daraus ergibt sich Verpflichtung und Auftrag für uns Heutige. Genossinnen und Genossen, wir wollen nicht durch die Zeit hindurchgehen oder uns durch die Zeit möglichst unbeschädigt hindurchschlängeln. Wir wissen, daß wir inmitten eines großen Umbruchs stehen. Wir wissen, daß wir vieles verändern müssen, wenn wir auch in Zukunft ein einträgliches, ja nur ein menschenwürdiges Leben führen, wenn wir die Qualität unseres Lebens verbessern, ja wenn wir sie nur bewahren wollen. Darum müssen wir gestalten. Willy Brandt hat 1969 in dieser berühmten ersten Regierungserklärung gesagt: Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an. Ich sage für die heutige Zeit: Wir stehen nicht am Ende der Reformen, wir beginnen erst richtig mit diesen Reformen, und diese Reformen werden immer dringender. Je später sie ins Werk gesetzt werden, um so höher der Preis, den unser Volk, unser Kontinent, den die Menschheit für dieses Säumen zu zahlen hat. In diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, laßt uns von neuem an die Arbeit gehen. Hier in Bochum, in Nordrhein-Westfalen, in der ganzen Bundesrepublik mit einer Sozialdemokratie, die nicht die Sozialdemokratie des Abwartens oder des Pessimismus oder des Skeptizismus ist, sondern mit einer Sozialdemokratie der Zuversicht und der Hoffnung, die, wie Bloch es gesagt hat, nicht ins Scheitern, sondern ins Gelingen verliebt ist. Ich danke Euch.

15. Schlußwort von Johannes Rau



Liebe Freunde, der eine oder andere von uns hat in den letzten Stunden immer wieder auf die Uhr gesehen, und ich will das jetzt nicht provozieren. Aber ein Schlußwort ist aus mehreren Gründen dennoch sinnvoll und notwendig, und ich danke der kleinen, radikalen Minderheit, die sich das noch anhört.

Ich denke, bevor wir Bilanz ziehen, sollten wir noch einmal kurz innehalten. Die Bilanz ist nämlich nur möglich geworden aufgrund der hervorragenden Arbeit der Antragskommission und des Präsidiums. Wir vergessen auch nicht den Dank an diejenigen, die nicht auf dieser Bühne zwei Tage zugebracht haben, sondern die, als hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiter aus dem Unterbezirk Bochum und dem Bezirk Westliches Westfalen, die Organisation dieses Parteitages geleistet haben. Herzlichen Dank auch an die Arbeitnehmer, die uns etwas zu essen gegeben haben und die das sogar vorher gekocht haben. All denen gilt mein herzlicher Dank, und wir versprechen, daß wir gleich fahren.

Mehr Kandidaten bei Vorstandswahlen

Aber nun muß ich noch ein Wort sagen zum neuen Landesvorstand und zum alten Landesvorstand. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit denen, die gewählt worden sind. Wir haben die Zahl der Frauen im Landesvorstand kräftig erhöht. Ich freue mich auch darüber. Ich sage: Der Landesvorstand wird alles tun, um viel im Bezirk Mittelrhein zu sein. Denn, daß wir bei der Wahl einen gehabt haben, der es nicht geschafft hat, den Oberbürgermeister der größten Stadt unseres Landes, das

kann bei den Mittelrheinern zu Verärgerung und Frustration führen, die ich verstehe. Das hat nichts mit dem Gewählten zu tun, aber das gibt's gelegentlich. Und da ich selber 1973 einmal außer der Reihe kandidiert habe und gewählt worden bin – ich würde das nie mehr wieder tun – sage ich: Das war keine gegen einen Bezirk gerichtete Entscheidung. Wir haben bisher zwischen den Bezirken immer ausgewogen und wir sollten vielleicht darüber reden, ob wir nicht aus allen Bezirken mehr Kandidaturen brauchen, damit ein echter Wettbewerb entsteht.

Wir haben eine wichtige Veränderung beschlossen. Wir haben jetzt einen Schatzmeister; das ist nicht nur eine Formalie. Ich hoffe, daß Fritz Ziegler, so wie das auf der Bundesebene geschieht, uns, dem Vorsitzenden und seinen Stellvertretern, in besonderer Weise zuarbeitet und uns noch stärker als bisher unsere Arbeit, auch im organisatorischen und finanziellen Bereich, erleichtert und abnimmt. Denn die Entwicklung, liebe Freunde, bei den anderen Parteien ist so, daß sie uns in manchem voraus sind, was Service-Leistungen, was Personal angeht, was Design angeht, was Agenturen angeht. Da ist noch viel zu tun.

Vier Mitglieder des Landesvorstandes haben nicht mehr kandidiert.

Helga Schmedt, sie war zehn Jahre Mitglied im Landesvorstand und sie hat aufgrund des Ergebnisses am 25. Januar den Einzug in den Bundestag nicht mehr geschafft. Helga, wir vergessen Dich nicht, wir haben Respekt vor der Arbeit, die Du in Deiner Region immer wieder getan und gezeigt hast – sehr viel Basisarbeit, sehr viel unmittelbarer Kontakt mit vielen Bürgerinnen und Bürgern. Ich danke Dir herzlich für deine Mitarbeit.

Neun Jahre war Rainer Maedge dabei. Er ist aus dem Landtag und aus dem Landesvorstand ausgeschieden wegen einer neuen beruflichen, westfälischen Position. Und er war nicht nur neun Jahre im Landesvorstand, sondern er war in ganz wichtigen Jahren Landesgeschäftsführer und hat uns geholfen, den Wahlkampf 1980 so zu führen, daß wir die absolute Mehrheit der Mandate bekommen haben. Er hat sich in den letzten Jahren besonders um Wirtschaftspolitik, um Kontakte in diesem Bereich gekümmert, von seiner Landtagsarbeit her bis in den Energiebereich. Vielen Dank für seine Mitarbeit.

Werner Kuhlmann – wir waren viele Jahre im Landtag zusammen –, den kenne ich noch als Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei. Wir kennen seine Arbeit in der Stadt Gelsenkirchen als Oberbürgermeister, seine Leistungen als Landesvorsitzender der SGK. Dort ist er weiterhin im Vorstand. Sabine Zech, die jetzt auch im Landesvorstand ist, ist die neue SGK-Landesvorsitzende. Ergebnisse wie in Gelsenkirchen sind Traumergebnisse, und die gibt es nur, weil dort Bodenhaftung ist. Werner Kuhlmann mit seiner plastischen Sprache, mit seiner Vorliebe für deutliche Konturen bei dem, was er sagt – Mißverständnisse waren da nie möglich –, wir danken Dir von Herzen für das, was Du auf vielen Ebenen bei uns im Landesvorstand und in der Landespolitik bewegt und gelegentlich gerade gerückt hast, und wir wünschen Dir für Deine weitere Arbeit in Gelsenkirchen und über die Stadt hinaus alles Gute.

Der vierte, den ich nenne, da muß ich ehrlich sagen: Das geht bei mir über das hinaus, was ich bei allen dreien gesagt habe. Denn der vierte, von dem ich jetzt spreche, mit dem bin ich

schon in der zweiten Partei. Ich meine Diether Posser. Wir kennen uns jetzt 35 Jahre. Und es hat in 35 Jahren nicht einen Tag gegeben, wo wir an der Loyalität des jeweils anderen gezweifelt hätten, nicht einmal an dem Tag, als wir gegeneinander kandidiert haben. Und daß wir das damals zeigen konnten, daß man gegeneinander kandidiert, daß einer gewinnt und einer nicht gewinnt, und dann ist die Freundschaft unverändert, dann bewährt sie sich auf vielen, vielen Ebenen, das ist schon etwas Besonderes, auch etwas Besonderes in der SPD. Nun ist Diether Posser der dienstälteste Minister, er ist jetzt neun Jahre Finanzminister und war vorher Minister für Bundesangelegenheiten und Justizminister – von der Arbeitskraft her, kann der drei Ministerien leiten. Aber allmählich fängt er doch an, davon zu sprechen, was in den Büchern steht, die er schreiben will. Gestern hat er mir wieder davon erzählt. Ein Mann dieser Loyalität, ein Mann dieser Integrität, den läßt man ungern aus einem Gremium gehen. Diether, herzlichen Dank.

Nachdenklichkeit und Offensive

Und jetzt laßt mich, liebe Freunde, versuchen, nicht im Vorgriff auf die Zeitungen der kommenden Woche, auch nicht auf die von morgen, zumal die Sportnachrichten über den Ticker gekommen sind, zusammenfassen: Was für einen Parteitag haben wir miteinander erlebt? Manche sind enttäuscht, weil der seit Wochen und Monaten angekündigte Zoff nicht gekommen ist; wir hatten es aber auch nie versprochen. Wir haben nie gesagt, wir wären zerstritten und irritiert, wie wir das in letzter Zeit gelesen haben. Und auch heute morgen habe ich in einer Zeitung gelesen, ich hätte ja jetzt 2 Prozent weniger bekommen als vor zwei Jahren: da sähe man es ja. Freunde, tröstet Euch, diese zwei Prozent legen wir 1990 drauf, dann ist die Sache wieder in Ordnung. Beim Nordrhein-Westfalen-Ergebnis, nicht in der Partei.

Wir haben einen Parteitag gehabt, bei dem wollten wir jedenfalls zeigen, daß Nachdenklichkeit bei den Argumenten und Offensive in der Sache keine Gegensätze sind, sondern daß das zusammengehört. Wir wollten und wir haben gezeigt: Wir haben ein Konzept für die gute Zukunft unseres Landes, für die Lebensqualität in Städten und Gemeinden, für Bildung und Kultur, für die ökonomische und ökologische Erneuerung unseres Landes. Wir sind geschlossen und wir sind entschlossen.

Wir richten uns bei unseren Parteitagen nicht nach den vorher gezeichneten Bildern von der Zerstrittenheit der Partei. Das ist doch ein ganz alter Trick: Wenn wir mal Probleme richtig diskutieren, dann sind wir zerstritten. Wenn die bei der Union sich die Köpfe einschlagen, sofern sie Köpfe finden, ist das Vielfalt. Bei denen ist das Vielfalt, bei uns ist das Zerstrittenheit.

„Die SPD hat ein Konzept der praktischen Reformen“

Ich denke, wir haben nicht nur deutlich gemacht, daß wir Konzepte haben, daß wir geschlossen sind, sondern wir haben auch deutlich gemacht, die SPD hat ein Konzept der praktischen Reformen. Wir wollen Veränderungen, Verbesserungen der Lebensbedingungen der Menschen, nicht beharren, nicht alles festhalten, was man hat, und das Neue suchen für die heranwachsende Generation, die bei uns beim Wählen und bei der Mitarbeit noch zu wenig repräsentiert ist. Wer das Neue sucht, der darf das Bewährte nicht aufgeben, er muß es verteidigen, und so verteidigen wir Kohlevorrangpolitik, Sicherung der nationalen Stahlbasis, Miteinander von Arbeit und Umwelt. Und das vierte: Ich hoffe von diesem Parteitag geht die Mitteilung aus, und wir geben sie weiter: Die SPD ist keine Aussteigerpartei, sondern eine Partei des technischen Fortschritts. Wir wollen den technischen Fortschritt, weil wir uns von einer Technik verabschieden müssen, die den fehlerfreien Menschen voraussetzt. Darum wollen wir den technischen Fortschritt.



Nun erinnere ich, wirklich zum Schluß, an das, was heute im Referat von Jochen Vogel noch einmal deutlich geworden ist. Ich habe das immer gewußt: Es gibt nicht das Gegeneinander von Bundes-SPD und nordrhein-westfälischer SPD. Jochen Vogel hat darum doch gesagt, dies ist das Herz der SPD, das Revier, Nordrhein-Westfalen. Das Herz muß natürlich kräftig schlagen, und wenn das Herz nicht kräftig ist, dann gibt es Kreislaufstörungen und zwar nicht nur im Herz, sondern dann ist der gesamte Körper betroffen. Ich denke, Jochen Vogel hat deutlich gemacht, wir sind mitten in der Partei, wir sind Mitte der Partei, aber wir sind nicht das ein und alles, sondern unsere Funktion nehmen wir wahr, ohne die der anderen in Bayern, Baden-Württemberg, in Schleswig-Holstein und in Bremen kleiner zu machen als sie ist.

Da ich immer für ein Bibelwort gut bin, will ich sagen, der Apostel Paulus hat sich abschließend geäußert: So aber der Fuß spräche, ich bin eine Hand, was soll aus dem Leib werden. Das soll heißen: Jeder muß das sein, was ihm zukommt.

„Wir denken auf Nebenmann“

Wir haben gezeigt, wir stehen nebeneinander, wir denken auf Nebenmann und nicht auf Vordermann. Partei, Regierung und Fraktion haben unterschiedliche Aufgaben, auch unterschiedliche Möglichkeiten, und sie stehen nicht gegeneinander, sondern miteinander. Wenn wir das miteinander tun, dann gehen wir stark in die kommenden Auseinandersetzungen, dann ist das Motto des Parteitages erfüllt, daß wir uns stark machen für mehr soziale Gerechtigkeit.

Ohne mich selber zu zitieren: Ein gutes Gedächtnis ist eine scharfe Waffe. Wir sollten uns dessen erinnern. Jetzt beginnt die Zeit der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, vom Schnellen Brüter bis zur Sozialpolitik. Dabei machen wir die Fenster und die Türen weit auf und bitten Menschen reinzukommen, nicht in irgendeine Beliebigkeit. Wer Türen öffnet, wer sagt: Kommt doch dazu zur guten Sache der SPD, der verläßt nicht die Sache der SPD. Horst-Ludwig Riemer hat einmal von der F.D.P. gesagt, sie sei nach allen Seiten offen. Das sind wir nicht, weil wir wissen: Wer nach allen Seiten offen ist, der ist nicht ganz dicht. Aber offene Türen haben, Menschen einzuladen und dazuzukommen, Arbeitnehmer, Männer und Frauen, aber auch die Selbständigen, die Freiberufler, neue Mitglieder zu gewinnen, Programme und praktische Politik zusammenhalten und auf diese Weise glaubwürdig zu bleiben, das ist unser Auftrag, den wir für die kommenden zwei Jahre haben.

An der Erfüllung dieses Auftrags werden wir gemessen. Aber der Ernstfall ist nicht der Parteitag, sondern das sind die Tage, Wochen und Monate danach. Das ist die Begegnung mit den Bürgerinnen und Bürgern. Nun danke ich allen, die mitgetan haben. Ich weiß, wie das

dann so ist, wenn man nach zwei Tagen müde und ein bißchen erschöpft aus der Halle geht. Willy Brandt würde jetzt sagen: Grüßt die Genossen in den Ortsvereinen und Eure Familien. Ich sage: Schönen Gruß zuhause, Glückauf Euch allen und herzlichen Dank für diese Tage in Bochum.



Asche auf den Schädel des korrupten Polizeipräsidenten niederkrachen. Außerdem bedient sich der versierte Bestseller-Schreiber aller Verfahren des Denkens und Handelns, mit denen gemeinhin die Tugenden der Leser von ...

noch fad und über weite Strecken einfach kitschig. Die story wäre banal: eine Frau zwischen zwei Männern ...

Im Bild eine Frau, sie erzählt ihre ... Rücken frei für Rau ...

96 % für Rau

... bei Wahl zum SPD-Chef ...



rec
wei
ken,
der
den
Vera
in L
schen
Fraue
Bett 2
schien
als Führerfig
überhöhten,
faßbaren Üb
„aber typisch
ließe sich fo
man das woh
so gründlich
diesem Buch,
verurteilt und
Identifikation
verführt.

NRW-SPD bekräftigt klare Absage an die Atomenergie

„Gültig für THTR wie für Schnellen Brüter“ – „Traumnote“ für Rau

Die NRW-SPD will raus aus der Kernenergie

Vogel: Die SPD ist im Aufstieg

Rau mit großer Mehrheit wiedergewählt

Landespartei wählt Rau mit großer Mehrheit

MÜLLER
Bösartigkeit ihrer Krebsgeschwül-
„Ich weiß gar nicht
durchgehalten hat
run ...

SPD mit Augenmaß

„Kein Zurück“ der SPD hinter Nürnberger Ausstiegsbeschluss

Schwester“, bittet sie ihre Brieffreundin Friederike Hesse in Darmstadt, ich hoffe mit der Zeit soll alle ...

Zum SPD-Parteitag

Geschlossen

Fast 100 Prozent für Johannes Rau

Rau nimmt den CDU-PR-Mann

Blüm aufs Korn

KOMMENTARE

Energieprofil gezeigt

Große Mehrheit für raschen Kernkraft-Ausstieg

Vogel: „Kein Zurück“ der SPD hinter Nürnberger Ausstiegsbeschluss

Rau: Blüm-Haltung zu Kalkar doppelbödig

„Kommunal-Wahlrecht für ausländische Mitbürger“

SPD-Parteitag fordert trotz Bedenken Raus:

Ausländer sollen wählen dürfen

Große Mehrheit für raschen Kernkraft-Ausstieg

spricht Cornelia, die ihre „Seelenkräfte“ erschöpfen und in einem Brief an Georg ...

sen nicht, ob allein ihre zarte körperliche Konstitution zu dem Zustand führte oder

„Einmal mehr erwies sich Rau als der große Polit-Magier. In seiner vielbeachteten Grundsatzrede setzte er klare Akzente und überlegte auch die hartnäckigsten Zweifler in den eigenen Reihen, die dem Ministerpräsidenten im Gefolge der Bundestags-Niederlage Führungsschwächen und Amtsmüdigkeit vorgeworfen hatten. Davon war in Bochum nichts zu spüren. Rau brillierte rhetorisch und thematisch. Nein, die SPD an Rhein und Ruhr hat mit Johannes Rau ihr unverändert bestes Zugpferd. Statt zerstritten, bot sich dem Beobachter in Bochum ein Parteitag der Harmonie und Geschlossenheit. Johannes Rau machte es möglich. Herausforderer Blüm wird sich zu ihm messen lassen müssen.“

Die Glocke

„Nach dem Bochumer Parteitag sieht die Welt für Johannes Rau aber wieder freundlicher aus. Zwar ist bei Stahl und Kohle noch keine Schlacht gewonnen, doch die Entzauberung von Blüm hat begonnen und zugleich wird die SPD an Rhein und Ruhr nicht länger von der Kernenergie in die innere Zerreißprobe gestürzt. Der Ausstieg wurde in Bochum zwar vorprogrammiert, doch Handlungsspielraum bleibt. Beim Hochtemperatur-Reaktor Hamm-Hentrop muß Rau keinen Rechtsbruch begehen, um Parteitagsbeschlüsse umzusetzen.“

Westdeutsche Zeitung

„Im Vorfeld des Bochumer SPD-Parteitag gab es Mutmaßungen, bei der Frage der Kernenergie würden die Emotionen hochgehen, würden wegen der Kompromißbereitschaft der IG Bergbau unter Umständen sogar die Fetzen fliegen. Nichts von alledem. Es gab wenig scharfe Töne in der Ruhrland-Halle . . . Das Sprengstoff-Thema, wie es denn die SPD in NRW wirklich mit dem Ausstieg aus der Kernkraft halte, war verpufft. Mit dem Leitartikel des Vorstandes konnten nämlich alle leben.“

Recklinghäuser Zeitung

„Wenn die Krise der Sozialdemokraten und die Formschwäche ihrer Landesregierung keine fixe Erfindung der Medien ist, dann haben die Delegierten des Bochumer SPD-Parteitag ein Meisterstück an politischer Suggestion geliefert. Sie präsentierten sich dort als eine propere Partei, die mit sich im reinen ist. Die Führungsspitze erhielt bei ihrer Wiederwahl traumhaft hohe Zustimmungswerten zwischen 85 und 96 Prozent; nahezu alle Anträge wurden einmütig verabschiedet.“

Aachener Nachrichten

„Als es um das Kommunalwahlrecht für Ausländer ging, zeigten die Delegierten ganz unerwartet wieder Biß. Ihre Rechnung: Sie hatten Rau mit seinem Energieantrag nicht im Stich gelassen, jetzt forderten sie eine Gegenleistung. Obwohl der Landeschef und auch sein Innenminister Herbert Schnoor dagegen waren, beschlossen die Delegierten, nach dem einmütigen Ja zum Ausstieg in den Ausstieg, nun auch das aktive und passive Wahlrecht für Ausländer, „so schnell wie möglich zu verwirklichen.“

Kölnische Rundschau

„Ein herausragendes Ergebnis des Bochumer SPD-Landesparteitages ist die Wiederwahl von Johannes Rau zum Landesvorsitzenden. hat ein glänzendes Ergebnis erzielt. Die Niederlage, die er als Kanzlerkandidat bei der Bundestagswahl einstecken mußte, hat seine Stellung in der Landespartei nicht geschwächt. Er ist nach wie vor ohne Konkurrenz. Bei dem Versuch der SPD 1990 zum dritten Mal die absolute Mehrheit in NRW zu erreichen, ist Rau ein wichtiges Argument . . . Mit der Bochumer Entscheidung hat die SPD ihre grüne Flanke geschlossen. Den Grünen, die ohnehin tief in der Krise stecken, dürfte es nun doch schwerer werden, genügend Wähler für sich zu gewinnen.“

Westdeutsche Allgemeine

Pressestimmen Pressestimmen Pressestimmen

„Die von manchen Beobachtern der landespolitischen Szene erwartete Zerreißprobe der nordrhein-westfälischen SPD fand nicht statt: Einigkeit in Sachfragen und ein eindrucksvolles Ergebnis für Ministerpräsident Johannes Rau bei seiner Wiederwahl zum Landesvorsitzenden machen deutlich, daß die SPD wieder den Tritt gefaßt hat. Dazu hat Rau in Bochum natürlich selbst ein gutes Stück beigetragen. Er hat die Herausforderung durch den neuen CDU-Landesvorsitzenden Norbert Blüm, worauf viele in der SPD seit Wochen schon gewartet hatten, voll angenommen. Ist seinerseits in die Offensive gegangen.“

Neue Westfälische

„Mit einem fast einmütigen Votum für den schnellstmöglichen, aber streng an den rechtlichen Möglichkeiten orientierten Ausstieg aus der Kernenergie und der Wiederwahl des Landesvorsitzenden Johannes Rau mit 96 Prozent der Delegiertenstimmen hat die nordrhein-westfälische SPD am Wochenende auf dem Bochumer Landesparteitag demonstrativ ihre Geschlossenheit bekundet.“

Süddeutsche Zeitung

„In wochenlangen öffentlichen Diskussionen hatte die NRW-SPD um ihren Ausstiegskurs gestritten. Mit dem Ergebnis dieser Diskussion zeigte sich der mit eindrucksvollem Ergebnis wiedergewählte SPD-Landesvorsitzende Ministerpräsident Johannes Rau zufrieden. Denn der Parteitag folgte seinem Appell, die Handlungsfähigkeit der Landesregierung nicht durch einen strikten Ausstiegsschluß einzuschränken.“

Münstersche Zeitung

„Nordrhein-Westfalens Sozialdemokraten scheinen gerüstet für die politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre. Sie haben beim Parteitag Geschlossenheit gezeigt, große Bereitschaft zur Verantwortung demonstriert, Augenmaß bewiesen und nicht zuletzt ihrem Vormann Johannes Rau in einem überzeugenden Votum das Vertrauen ausgesprochen.“

Neue Rhein-Zeitung

Impressum

Herausgeber: SPD-Landesverband NRW,
Elisabethstraße 3, 4000 Düsseldorf 1
Verantwortlich: Bodo Hombach